Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft

Von Karl Kautsky

Broschiert 3 Mark, gebunden 4.50 Mark



Leipzig 1918
Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft



Sozialdemokratische Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft

Von Karl Kautsky



Leipzig 1918
Verlag der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft



Vorwort.

Nach der Gewinnung der Staatsmacht in Rußland durch die Bolschewiki im November des vorigen Jahres mußte man mit der Möglichkeit, wenn auch noch nicht Wahrscheinlichkeit eines baldigen allgemeinen Friedensschlusses und daher mit einem Nahen der Uebergangswirtschaft rechnen. Dem entsprach es, daß damals aus Parteikreisen eine Reihe von Anfragen über strittige Punkte der Uebergangswirtschaft an mich gerichtet wurden. Das veranlaßte mich, sie eingehender zu untersuchen.

War aber der Friede wirklich so nahe, als es damals mitunter schien, dann mußte die Arbeit rasch abgeschlossen und veröffentlicht werden. Denn es wäre zu spät, wollten wir die theoretischen Schwierigkeiten der Uebergangswirtschaft erst zu klären beginnen, wenn wir bereits in ihrer Praxis mitten drinn sind.

Ich brachte die vorliegende Schrift daher schon im März zum Ende, ungefähr zur Zeit des Friedensschlusses von Brest-Litowsk. Leider hat sich meine Eile als völlig überflüssig herausgestellt, die Beendigung des Krieges scheint heute ferner zu liegen, als in den ersten Monaten dieses Jahres.

Technische Hindernisse, die mit dem Kriegszustand zusammenhängen, haben die Drucklegung meiner Arbeit erheblich verzögert, und doch erscheint sie immer noch zu einer Zeit, in der die Beschäftigung mit der Uebergangswirtschaft fast nur theoretischer Art ist und noch erheblich lange so zu bleiben verspricht.

Die Eile der Abfassung, zu der ich mich unter dem Drang der erwähnten Verhältnisse zwang, veranlaßte mich, von einer systematischen Erörterung des Gegenstandes abzusehen. Ich habe nicht alle Fragen der Uebergangswirtschaft behandelt, von Steuerfragen z. B. gänzlich abgesehen, und nicht alle, die ich in Betracht zog, mit gleicher Ausführlichkeit erörtert. Ich wendete mich hauptsächlich jenen zu, die für manche meiner Freunde strittiger Natur waren. So erwähne ich z. B. die Wohnungsfrage nur kurz, widme dagegen der Geldfrage mehr als ein Drittel der Schrift. Sie schien mir die meisten theoretischen Schwierigkeiten zu bieten und hier durfte ich am wenigsten voraussetzen, denn es

fehlt noch an einer populären Darstellung des Geldwesens vom Marxschen Standpunkte aus. Es erschien mir daher notwendig, um meine Auffassung zu begründen, eine allgemein verständliche Auseinandersetzung der Theorie vom Gelde zu geben. Das hat den Umfang meiner Schrift erheblich erweitert, jedoch, wie ich hoffe, ihre Nützlichkeit nicht vermindert, wenn die Lösung der Aufgabe, die ich mir da gesetzt, gelungen ist. Gerade über das Geldwesen herrschen ja die absonderlichsten Vorstellungen.

Da ich in dem vorliegenden Büchelchen nicht eine systematische Untersuchung aller Seiten der Uebergangswirtschaft gab, bezeichne ich es bloß als „Bemerkungen zur Uebergangswirtschaft".

Ich nehme dabei die Uebergangswirtschaft im herkömmlichen Sinne, als die Wirtschaft der Zeit des Uebergangs vom Kriegszustand in den normalen Friedenszustand auf kapitalistischer Basis. Nun ist es keineswegs notwendig, daß wir es gerade mit dieser Art Uebergangswirtschaft zu tun bekommen. Der Krieg kann, wenn er noch lange dauert, in einer Weise enden, die die kapitalistische Basis aufs tiefste erschüttert und dem Proletariat den Weg zur Macht eröffnet. Dann würde die Uebergangswirtschaft die Zeit des Uebergangs nicht nur vom Kriegszustand in den Friedenszustand, sondern auch des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bedeuten. Die Aufgaben der einen Art würden dann kompliziert durch die der anderen.

Von dieser Untersuchung habe ich hier abgesehen, obwohl sie von größter Wichtigkeit werden kann und einen Sozialdemokraten in höchstem Maße beschäftigen muß.

Will man wissenschaftliche Resultate erzielen, muß man von den einfachsten Erscheinungen ausgehen; erst wenn man diese begriffen hat, kann man an Untersuchungen komplizierterer Erscheinungen mit Erfolg herantreten. Die theoretische Erforschung der Probleme des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus als Nachwirkung des Krieges setzt daher voraus, daß die einfacheren Probleme einmal des Uebergangs vom Krieg zum Frieden bei gleichbleibender Produktionsweise und dann die des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus mitten im Frieden untersucht sind.

Diese zweite Untersuchung habe ich schon vor sechzehn Jahren in meiner Schrift über „Die soziale Revolution" angestellt. Die erstere liefere ich hier.

Zur Zeit ihres Erscheinens wird, ohne vorhergehende theoretische Untersuchung, ein riesenhaftes Experiment zur Lösung des verwickelten

Gesamtproblems, der gleichzeitigen Liquidierung der Kriegswirtschaft und des Kapitalismus unter den nach ökonomischer Entwicklungshöhe und sozialer Zusammensetzung ungünstigsten Bedingungen unternommen in Rußland. Hier werden die Ergebnisse der Praxis früher zutage treten, als die der Theorie. Leider sind solche Ergebnisse zur Zeit noch nicht mit genügender Deutlichkeit festgestellt. Wir kennen wohl die Dekrete der Bolschewiki, aber die praktischen Resultate, die sie erzielten, sind sehr umstritten. Es fehlt ihnen noch das einzige Mittel, Klarheit über Massenerscheinungen herzustellen, eine zuverlässige Statistik, die unentbehrliche Grundlage jeder sozialistischen Wirtschaft.

Die Uebergangswirtschaft im zweiten, komplizierteren Sinne theoretisch zu behandeln, erscheint mir daher im Moment verfrüht, trotzdem sie bald auch für uns in Westeuropa praktische Bedeutung erlangen kann. Wie immer aber man sich die Uebergangswirtschaft vorstellen mag, ob kapitalistisch oder sozialistisch, das Verständnis ihrer Probleme in kapitalistischer Form ist eine unerläßliche Vorbedingung auch für das Verständnis ihrer Probleme bei sozialistisch gerichteter Entwicklung.

Müssen wir eine solche Entwicklung bereits für absehbare Zeit als möglich ins Auge fassen, so müssen wir doch nicht minder mit der Möglichkeit rechnen, daß zunächst der Kapitalismus noch weitergeht.

Der Marxismus war stets gekennzeichnet durch seine große Elastizität, darauf beruht zum erheblichen Teile seine gewaltige praktische Kraft. Er hat stets mit dem Kommen der Revolution gerechnet, aber nie alles auf diese eine Karte gesetzt, nie eine Politik getrieben, die die ganze Existenz des proletarischen Sozialismus von dem Eintreten einer Revolution zu einem bestimmten Datum abhängig machte. Der Marxismus wappnete sich stets nicht bloß für die Zeiten der Prosperität, sondern auch für die der Krise; ebenso für die Zeiten der Reaktion wie für die der Revolution. Er rechnete mit der einen Möglichkeit ebensosehr wie mit der anderen.

Auch von diesem Standpunkt aus müssen wir die Probleme der Uebergangswirtschaft auf kapitalistischer Basis erforschen und untersuchen, welche besondere Aufgaben sie dem Proletariat stellt.

Da sind es vor allem drei Gesichtspunkte, die in Betracht kommen.

Einmal gilt es, das Proletariat mit der Tatsache vertraut zu machen, daß auch dann, wenn die Produktionsweise eine kapitalistische bleibt, eine Rückkehr zum Status quo vor dem Kriege unmöglich ist. Ganz neue Bedingungen werden erstehen, die ganz Neues, Unerhörtes möglich

machen. Jede Klasse wird in dem allgemeinen Durcheinander ihre Anforderungen aufs höchste steigern, und das Proletariat muß in gleichem Sinne seine vollste Energie anwenden schon zu seiner eigenen physischen Rettung. Denn das allgemeine wirtschaftliche Niveau der Gesellschaft wird nach dem Kriege ein so niedriges sein, daß selbst eine gewaltige relative Hebung der Lage des Proletariats nur eine geringfügige absolute sein kann. Ohne eine solche gewaltige relative Hebung muß es absolut tief herabkommen.

Zweitens aber darf das Proletariat in der Uebergangswirtschaft wie auch sonst nicht an sich allein denken. Seine geschichtliche Bedeutung beruht darauf, daß sein Klasseninteresse zusammenfällt mit dem Gesamtinteresse der Gesellschaft. So ist es seine Pflicht, in der Uebergangswirtschaft, die so chaotisch sein, so sehr nach neuen Formen ringen wird, nicht nur seine eigenen augenblicklichen Interessen, sondern auch die der gesellschaftlichen Entwicklung aufs kräftigste zu vertreten, möglichst viel Ansätze in sozialistischem Sinne zu schaffen und jede der Fragen der Uebergangswirtschaft nicht für sich allein, sondern in ihrem Zusammenhange mit der Gesamtheit der ökonomischen und gesellschaftlichen Erscheinungen zu betrachten.

Drittens endlich hat das Proletariat im Gegensatz zu den anderen Klassen die Aufgabe, sich des internationalen Zusammenhanges der modernen Produktionsweise bewußt zu bleiben und die Solidarität der Proletarier aller Länder zur Geltung zu bringen gegenüber allen Versuchen, den Krieg der Waffen durch einen Wirtschaftskrieg fortzusetzen und den Proletariern eines Landes einzureden, daß sie ihre Interessen am besten dadurch wahrten, wenn sie sich Sondervorteile auf Kosten der Proletarier anderer Länder verschafften.

Kühnheit in den Forderungen zur Besserung der Klassenlage, Kühnheit in den Forderungen zur Anbahnung sozialistischer Einrichtungen, endlich unerschütterliche internationale Solidarität: das sind die drei Eigenschaften, deren das Proletariat in der Uebergangswirtschaft am meisten bedürfen wird, die ihm große Errungenschaften versprechen, wenn sie aufgebaut sind auf ausreichender ökonomischer Einsicht.

Sollte es meiner Schrift gelingen, in diesem Sinne im Proletariat zu wirken, dann erfüllt sie ihre Aufgabe.

Charlottenburg, im Juli 1918.

Karl Kautsky.

Nachwort zum Vorwort.

Die vorliegende Schrift, im März zum Abschluß gebracht, im Juli druckfertig, kann jetzt endlich erscheinen. Natürlich ist seitdem manches hier Vorgebrachte durch die Ereignisse überholt, teils gegenstandslos, teils in neues Licht gerückt worden. So hat z. B. die Frachtraumnot vom internationalen Gesichtspunkt aus ein neues Gesicht bekommen durch die ungeheuren Schiffsbauten Amerikas.

Doch meine Arbeit jetzt nochmals in Angriff nehmen, um sie zu modernisieren, hieße ihr Erscheinen von neuem verzögern. Und doch kann jeder Tag Verhältnisse bringen, die uns aus der Zeit der Vorbereitung in die Zeit der Durchführung versetzen.

Heute schon sind wir so weit, daß die Mahnung am Schlusse meines Vorwortes überflüssig geworden ist. Ich forderte dort das Proletariat zu Kühnheit in seinen Forderungen auf, betrachtete es als Aufgabe meiner Schrift, es zu kühnen ökonomischen Forderungen aufzumuntern. Seitdem haben sich die Dinge bereits so gewandelt, daß die weitestgehenden Forderungen nicht mehr kühn erscheinen, sondern als etwas Unvermeidliches betrachtet werden.

Trotzdem haben die ökonomischen Grundsätze, die ich hier darlege, nicht ihre Geltung verloren, und sie werden auch dann zu beachten sein, wenn die Uebergangswirtschaft nicht mehr den Uebergang zur Friedenswirtschaft des Kapitalismus, sondern den Uebergang zu sozialistischer Wirtschaft darstellen sollte.

Charlottenburg, 6. November 1918.

Karl Kautsky.

Inhaltsverzeichnis.



Einleitung.

Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, ist das Datum des allgemeinen Friedens noch völlig unberechenbar, aber immerhin muß doch einmal Friede werden, und so dürfen wir mit der Möglichkeit, wenn auch leider noch nicht mit der Wahrscheinlichkeit eines Friedensschlusses in absehbarer Zeit rechnen und müssen uns dafür rüsten. Neben den Fragen, wie wir uns zum Kriege stellen, wie wir den Frieden erreichen, welcher Art der Friede sein muß, den wir anstreben, haben uns nun auch die Fragen der Uebergangswirtschaft zu beschäftigen.

Sie wären überflüssig, wenn die Kriegswirtschaft nur die Fortsetzung der Friedenswirtschaft darstellte. Aber jene Wirtschaft ist das gerade Gegenteil dieser. Die Bedingungen der Kriegswirtschaft stellen die Friedenswirtschaft völlig auf den Kopf. Es sind nun vier Jahre, daß unser ökonomisches Leben in dieser unbequemen Situation pulsiert. Die Kriegsindustrie hat dabei pralle, rote Backen bekommen, aber der Blutzulauf zu den Beinen war unterbunden. So ist deren Kraft dahingeschwunden, und wenn der Friedenszustand die Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füße stellt, wird sie auf ausgemergelten, zitternden Beinen ruhen, die nicht imstande sein werden, sofort den gesellschaftlichen Körper zu tragen und daher sehr starker Krücken bedürfen.

Diese Stützung durch Krücken ist das, was man die „Uebergangswirtschaft“ nennt.

Wie der jetzige Krieg der gewaltigste der bisherigen Weltgeschichte ist, so hat er auch die gewaltigsten Eingriffe der Staatsgewalt in das wirtschaftliche Leben hervorgerufen. Sie war die große Macht, die es in völlig neue Bahnen drängte. Sie besitzt am ehesten die Kraft, die erheischt ist, die Rückkehr der Wirtschaft in das Friedensgeleise ohne unnötige Reibungen herbeizuführen.

Die Frage der Uebergangswirtschaft ist darum eine politische Frage. Sie ist aber auch eine Parteifrage, eine Frage politischer Gegensätze.

Man sollte freilich meinen, daß an der Wiederherstellung eines geordneten und blühenden ökonomischen Lebens alle Klassen in gleicher Weise interessiert seien, so daß die Festsetzung der Uebergangsmaßregeln bloß Sachkunde erfordere, und man ruhig den „Sachverständigen“, das

heißt den großen Bankiers, Industriellen, Landwirten jene Regelung überlassen könnte.

Das ist eine Auffassung, die beherrscht wird von dem alten ökonomischen Irrtum, der die Oekonomie in drei verschiedene Gebiete teilt: Produktion, Verteilung, Konsumtion. In der Produktion seien die Interessen aller Klassen die gleichen, alle hätten dasselbe Interesse daran, daß mit dem gleichen Aufwand möglichst viel Produkt hergestellt werde. Erst wenn es an die Verteilung des Produkts ginge, kämen die verschiedenen Klassen in Konflikt miteinander.

In Wirklichkeit sind Produktion und Verteilung der Produkte aufs engste miteinander verbunden. Von der Art des Produktionsprozesses, von der Rolle der einzelnen Klassen in ihm hängt der Anteil am Produkt ab, den jede von ihnen einheimst. Der Lohn des Arbeiters wird bestimmt, ehe er an die Arbeit geht, die Nachfrage nach Arbeit hängt ab von den Bedürfnissen und nicht den Ergebnissen der Produktion. Ebenso der Preis der Rohmaterialien, der Zinsfuß des Bankkredits usw. Bezahlt werden Löhne, Materialpreise, Zinsen aus dem Produkt, aber ihre Höhe wird bestimmt vor seiner Herstellung durch die Bedingungen, unter denen die Produktion vor sich geht.

Es haben daher auch nicht alle Klassen das gleiche Interesse an den gleichen Produktionsmethoden, an der möglichst billigen und möglichst wirksamen Produktionsart. Die Produzenten des Rohmaterials haben kein Interesse an einem Verfahren, das den Materialverbrauch herabsetzt oder einen billigeren Ersatzstoff einführt. Der Zwischenhändler hat kein Interesse daran, daß der Industrielle seinen Materialbedarf direkt vom Produzenten bezieht; die Arbeiterklasse muß sich entschieden dagegen wehren, daß Männerarbeit durch Kinderarbeit ersetzt wird u. dgl.

Fast alle sozialen Gegensätze, die anscheinend erst bei der Verteilung auftreten, entstammen dem Produktionsprozeß. Sie werden sich auch wieder geltend machen bei der Gestaltung der Uebergangswirtschaft und werden diese zu einem Kampf gestalten. Nicht bloß zu einem Kampf zwischen besser und weniger gut Unterrichteten, zwischen Kurzsichtigen und Weiterblickenden, zwischen Aengstlichen und Kühnen, sondern auch zu einem Kampf der Interessen und der Klassen.

Die Gegensätze werden um so schroffer sein, als der Uebergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft viel schwieriger sein dürfte, als der umgekehrte Vorgang.

So vieles Drückende die Kriegswirtschaft mit sich brachte, sie vollzog sich unter fast völliger Ausschaltung der auswärtigen und sogar der inneren Konkurrenz. Die Produktion wurde stark eingeschränkt, aber was an Produktion blieb, war des Absatzes sicher, und zwar lohnenden Absatzes. Der Preis spielte keine Rolle. Selbst erhebliche Teile der Lohnarbeiterschaft durften an dieser günstigen Konjunktur teilnehmen. Dabei konnte die Industrie von den Vorräten zehren, die eine Friedensperiode von fast einem Jahrhundert aufgestapelt hatte. Von 1815 an bis 1914 hatte es

in Europa keinen allgemeinen Krieg gegeben. Von 1815 bis 1853 und von 1878 bis 1912 herrschte so gut wie allgemeiner Friede. Und die Kriege in der Epoche von 1853 bis 1878, die mit einem Türkenkrieg begann und einem solchen endete, waren so kurz und so lokal gewesen, daß sie die Anhäufung von Kapital nicht hemmten. Die Kriegswirtschaft, die 1914 einsetzte, fand eine ungeheure Ansammlung von Gebrauchswerten vor, die ihr neben dem Ergebnis der laufenden Produktion zur Verfügung standen und von denen sie lange zehren konnte.

Eine derartige Wirtschaft ist jedoch nur vorübergehend, während eines Kriegszustandes, möglich. Sie kann nicht als Friedenswirtschaft fortgesetzt werden, die auf den dauernden Bestand der Gesellschaft berechnet sein muß. Je länger der Krieg dauert und den Reichtum der kriegführenden Staaten vermindert, desto energischer müssen sie nach seiner Beendigung sofort daran gehen, wieder die Lücken auszufüllen, die er gerissen. Desto größer die Aufgaben der Friedenswirtschaft, desto geringer ihre Mittel.

Der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vollzieht sich also unter viel ungünstigeren Bedingungen, als der umgekehrte Vorgang. Der Krieg fand eine breite materielle Basis der Gesellschaft vor, massenhafte Produktivkräfte und Produkte. Der Friede wird bei seinem Wiedereintreten auf eine erheblich geschmälerte materielle Basis stoßen, auf ungemein verminderte Produktivkräfte und Produkte. Je länger die Kriegswirtschaft dauert, desto schwieriger wird der Uebergang zur Friedenswirtschaft werden, desto gewaltiger und verwickelter die Probleme der Uebergangswirtschaft, desto größer ihre Ohnmacht.

Dieses Moment wird meistens von denen übersehen, die von der Uebergangswirtschaft handeln. Und doch hängen die Forderungen, die man an diese Wirtschaft stellen muß, die Mittel, die für sie zur Verfügung stehen, die Aussichten des Erfolges, sowie die Höhe der Interessengegensätze, die sie zeitigt, wesentlich davon ab, wie lange der Krieg noch dauert.

Die Uebergangswirtschaft kann nicht zaubern, sie kann weder Schiffe noch Rohstoffe nach Belieben vermehren. Nichts irriger als der Glaube, nach dem Kriege bedürfe es nur der nötigen Gerissenheit und Rücksichtslosigkeit, um alles zu erlangen, was man brauche. Und ebenso irrig die Anschauung, der Friede müsse eine sofortige Prosperitätsära bringen, gerade wegen der vorhergehenden Verwüstungen, weil der Bedarf an allen Produkten ein ungeheurer sein werde. In der Gesellschaft der Warenproduktion wird die Nachfrage nach Waren nicht durch den Bedarf an sich gebildet, sondern bloß durch den *kaufkräftigen* Bedarf. Der wird sehr eingeengt sein. Und in jeder Produktionsweise, welche gesellschaftlichen Formen immer sie annehmen mag, ist die Produktion abhängig von ihren stofflichen Voraussetzungen. Keine Produktion ist möglich ohne die erforderlichen Mittel des Produzierens und des Transports. Auch die scharfsinnigste Uebergangswirtschaft kann uns darüber nicht hinweghelfen.

Darin liegt ein Grund, der Frage der Kriegsdauer für unsere ökonomischen Aussichten größere Bedeutung beizumessen, als der Frage der Uebergangswirtschaft. Ein Grund, den Leistungen dieser Wirtschaft nicht mit großen Erwartungen entgegenzusehen, aber doch kein Grund, zu verzweifeln. Der ökonomische Reichtum der Gesellschaft besteht nicht bloß aus materiellen, sondern auch aus ideellen Gütern. Nicht bloß aus Produktionsmitteln und Produkten, sondern auch aus Erkenntnissen, Entdeckungen und Erfindungen. Diese geistige Seite des Reichtums ist seine wichtigste. Alle Produkte und Produktionsmittel sind mehr oder weniger rasch vergänglich. Das einzige Produkt, das nicht vergeht, solange Menschen bestehen und sich mit Wort und Schrift verständigen, ist ihr Wissen, ihre Einsicht in die Kräfte der Natur und die Mittel, sie sich dienstbar zu machen. Dieser Besitz ist seit Hunderttausenden von Jahren in stetem Zunehmen begriffen, er ist in dem letzten Jahrtausend rasch, im letzten Jahrhundert lawinenhaft angewachsen.

Die Verheerungen des Krieges haben nur einen großen Teil des materiellen Reichtums vernichtet. Wohl haben sie auch so manches forschende Gehirn begraben, das die reichsten Schätze in sich barg, aber so unermeßlich groß dieser Verlust auch für die Menschheit ist, es ist ein Verlust an werdenden Schätzen der Zukunft. Von dem Wissen, das die Vergangenheit angesammelt hat, ist im Kriege nichts verlorengegangen. Seine Not selbst hat unser technisches Wissen noch weiter befruchtet.

Die geistigen Bedingungen der Produktion werden nach dem Kriege nicht vermindert, eher vermehrt sein. Seine Zerstörungen werden eine umfangreiche Neuschaffung von Produktionsapparaten notwendig machen. Diese werden alle modernster, vollkommenster Art sein können und vielfach sein müssen. So wird die Zeit der Uebergangswirtschaft eine Aera rapidester Anwendung technischen Fortschritts sein, sie wird die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit riesenhaft steigern, weit über das Niveau hinaus, das sie vor dem Kriege erreicht hatte, und damit die materielle Grundlage des Wohlstandes für alle, des Sozialismus, enorm erweitern. Wer imstande ist, das Elend und die Kämpfe des Stadiums des Neuaufbaues zu überdauern, das freilich jahrelang, vielleicht ein Jahrzehnt lang in Anspruch nehmen wird, der mag herrliche Tage erleben, in denen das Proletariat nicht bloß siegt, sondern auch den Sieg zur Beglückung der Menschheit auszunutzen imstande ist. Da wird für diejenigen, die den Kriegsschrecken erlebt, die Zeit kommen, die Romeo für sich und seine Julia ersehnte, und sie mögen heute mit ihm sich trösten:

> „. . . All das Weh wird dann uns Stoff
> zu süßer Unterhaltung bieten."

Doch zwischen diesen schönen Tagen der Zukunft und der schreckensvollen Gegenwart steht eine Zeit des Ueberganges voll von Leiden, von Problemen, inneren Kämpfen.

In dieser Zeit sich zurechtzufinden, wird nicht leicht sein. Und die Situationen, die da auftauchen, werden so eigenartige sein, daß unsere bisherige, aus dem Friedenszustand geschöpfte ökonomische Einsicht allein nicht ausreichen dürfte, sie zu meistern. Das Unvorhergesehene wird eine große Rolle spielen, ebenso wie im Kriege. Aber eine Reihe von Problemen der Uebergangswirtschaft erhalten heute schon greifbare Gestalt, werden diskutiert und verdichten sich zu praktischen Vorschlägen und Beschlüssen verschiedener Vertretungskörper. Zu ihnen Stellung zu nehmen, ist geboten.

Dies soll in folgendem geschehen, nicht vom spezifisch deutschen, sondern vom internationalen Standpunkt aus. Dafür sprechen schon eine Reihe von Zweckmäßigkeitsgründen.

Noch stehen wir im Kriege. Da sucht jeder der kriegführenden Staaten so stark als möglich zu scheinen, seine schwachen Seiten möglichst zu verbergen. Es ist daher nicht möglich, die volle Wahrheit über die ökonomische Lage der einzelnen kriegführenden Staaten zu erfahren; und auch das, was man weiß, vermag man nicht immer zu veröffentlichen. Endlich aber ist es nicht möglich, heute schon die besondere Situation zu erkennen, in der sich der eine oder der andere der kriegführenden Staaten nach dem Friedensschluß befinden wird.

Man kann daher in die Probleme der Uebergangswirtschaft heute fast nur insoweit eindringen, als sie allgemeiner, internationaler Natur, allen Kriegführenden gemeinsam sind.

Zu diesen Zweckmäßigkeitsgründen gesellt sich bei uns noch die prinzipielle Anerkennung der internationalen Solidarität. Wir Sozialdemokraten haben diesen Grundsatz, wie überall, so auch in der Uebergangswirtschaft zu beachten. Sie darf nicht eine Fortsetzung des Krieges werden, nicht zu einem Wirtschaftskrieg führen, nicht zu einem Versuch, dem einen Lande Sondervorteile auf Kosten der anderen zu erringen. Das wäre nicht nur unsozialistisch, es wäre direkt schädlich. Die Uebergangswirtschaft wird auf so steinigem Boden erwachsen, ein so schwaches Pflänzlein sein, daß sie den rauhen Sturmwind internationaler Konflikte nicht erträgt, nur in der milden Temperatur internationaler Gegenseitigkeit gedeiht.

Sparsamkeit, Konzentration aller Kräfte auf die Wiederbelebung des Produktionsprozesses, wird die Hauptaufgabe der Uebergangswirtschaft sein müssen. Jeder internationale Konflikt, welcher Art er auch sein möge, bedeutet dagegen Verschwendung, bedeutet Verschwendung von Kräften und Mitteln, die dem Produktionsprozeß dienen sollten, für Zwecke des Kampfes.

Wir können von bürgerlichen Regierungen und Parteien nicht die Anerkennung des Grundsatzes der internationalen Solidarität der Völker erwarten. Dieser Grundsatz bildet eine Besonderheit der proletarischen Demokratie. Aber auch von den bürgerlichen Regierungen und Parteien müssen wir verlangen, daß mit dem Friedensschluß der Kriegszustand in jeder Form ein Ende findet, der internationale Verkehr auf der Grund-

lage gleicher Berechtigung aller Nationen wieder aufgenommen wird, und daß der Friedensschluß eine Form annimmt, die für kein Volk eine Vergewaltigung bringt, die nicht bloß Frieden, sondern auch Freundschaft mit allen Völkern ermöglicht.

Die Frage der Uebergangswirtschaft steht in engster Verbindung nicht bloß mit der Kriegsdauer, sondern auch der Art des Friedensschlusses. In diesem Sinne hat eine wohlerwogene Uebergangswirtschaft Forderungen nicht erst dann zu stellen, wenn der Krieg zu Ende ist, sondern schon heute.



I. Die Arbeiterschaft.

1. Arbeitslosigkeit und Demobilisation.

Die Arbeiterfragen sind für uns natürlich die wichtigsten. Sie werden bereits ausgiebig erörtert, trotzdem können wir hier die meisten von ihnen kurz erledigen, da sie vielfach für die Uebergangswirtschaft keine neuen theoretischen Probleme bringen.

Den Praktikern freilich wird die Vertretung der Arbeiterinteressen in der Uebergangswirtschaft eine Fülle neuer Aufgaben bringen.

Die Arbeiterschaft wird nach dem Kriege vor völlig neue Verhältnisse gestellt sein. Sie wird nicht einfach dort anknüpfen können, wo sie bei Kriegsbeginn aufgehört hat. Von den Millionen, die aus dem Kriege heimkehren, wird ein großer Teil nicht an seine alten Arbeitsstellen zurückkehren.

Eine Reihe von Betrieben haben aufgehört zu existieren, andere sind zu einem neuen Produktionszweig übergegangen und nehmen den früheren nicht wieder auf. Viele andere haben eine neue Arbeiterschaft gewonnen, bei der sie bleiben wollen. Und die Reihen der Lohnarbeiterschaft sind unendlich erweitert durch das Eindringen der Frauenarbeit in zahlreiche Berufe, die ihr bisher verschlossen waren, und durch den Ruin vieler Kleinbetriebe. So werden die ersten Monate nach Friedensschluß ungeheure Verschiebungen in der Arbeiterschaft, ein rastloses Suchen und Wandern bringen.

Unter diesen Umständen wird die Organisierung der Arbeitsvermittlung von größter Bedeutung. Sie muß soweit als möglich in den Händen der Arbeiter sein oder doch von ihnen überwacht werden, muß dabei aber auch das ganze Reich umfassen. Mögen die einzelnen lokalen Einrichtungen der Arbeitsvermittlung gewerkschaftlich, paritätisch oder kommunal organisiert sein, sie müssen alle durch das ganze Reich in innigem Zusammenhang miteinander stehen, rasch und übersichtlich arbeiten.

Damit wird es jedoch nicht abgetan sein. Das Suchen nach Arbeit, der Antritt neuer Arbeitsstellen wird die Ortsveränderung großer Menschenmassen hervorrufen. Niedere Tarife im Personenverkehr der Eisenbahnen, wenigstens für die dritte und vierte Klasse, werden zu

einer dringenden Notwendigkeit der Uebergangswirtschaft. Man wird um so energischer darauf bestehen müssen, als die Finanznot nach dem Kriege in der Eisenbahnpolitik das fiskalische Moment mehr in den Vordergrund stellen wird, als das soziale.

Die großen lokalen Verschiebungen in der Arbeiterschaft werden vor allem ein Zusammendrängen großer Arbeitermassen in jenen Gegenden und Ortschaften hervorrufen, in denen der Grad wirklicher Beschäftigung oder doch die Aussicht auf Beschäftigung am größten ist.

Im allgemeinen schon wird nach dem Kriege eine große Wohnungsknappheit bestehen, da ja während seiner Dauer die Bautätigkeit fast vollständig ruhte. In den Industriezentren droht die Knappheit zu fürchterlichster Wohnungsnot zu werden, zu erschreckender Verschlechterung und Verteurung der Wohnungen zu führen. Es wäre ganz verkehrt, dieser Gefahr dadurch steuern zu wollen, daß Gemeinden und Staat den privaten Hausbesitzern unter die Arme greifen und die private Bautätigkeit unterstützen. Was die Volksmasse braucht, sind Wohnungen, sind Häuser, nicht Hausbesitzer. Staat und Gemeinde müssen wohl in die Bautätigkeit eingreifen, aber in der Weise, daß sie direkt selbst Wohnungen bauen und dadurch nicht nur der Volksmasse gesunde Wohnstätten bieten, sondern auch die Mietzinse der Privathäuser herabdrücken.

Zu ergänzen ist diese Bautätigkeit durch ein Expropriationsrecht, das den Gemeinden das Recht gibt, jeden Hausbesitzer zu expropriieren, der gesundheitswidrige Wohnungen vermietet oder die Notlage seiner Mieter zu ungebührlicher Steigerung der Mietzinsen ausbeutet.

Daß dieses Recht ausgiebig und wirksam gebraucht wird, ist jedoch nur dann zu erwarten, wenn für die Gemeinden das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gilt, uneingeschränkt durch Vorrechte irgendwelcher Art, etwa der Hausbesitzer oder der länger ansässigen Bevölkerung.

Dies Wahlrecht ebenso wie das gleiche für den Staat ist für die Arbeiterschaft eine der wichtigsten Bedingungen der Uebergangswirtschaft und muß heute schon verlangt werden, damit es zur Zeit dieser Wirtschaft schon in Geltung ist.

Alle diese Maßregeln, so wichtig sie sind, genügen jedoch nicht, die größte Gefahr zu bannen, die der Arbeiterschaft nach dem Kriege droht, und das ist der Mangel an Arbeitsgelegenheit. Gegen die hilft auch das beste System der Arbeitsvermittlung nichts. Sie vermag zu zeigen, wo Arbeitsstellen frei sind, vermag aber die Zahl der freien Arbeitsstellen nicht zu vermehren.

Nun meinen viele freilich, es werde nach dem Kriege nicht ein Mangel an Arbeitsgelegenheit herrschen, sondern einer an Arbeitern, wegen der großen Menschenverluste:

„Wenn etwas durch den Krieg knapp geworden ist, dann sind es die Menschen. Die Angaben darüber, wieviel Tote dieser Krieg gekostet hat, gehen auseinander. Man wird kaum übertreiben, wenn man sagt, daß der Krieg 10 bis 12 Millionen Menschen, Männern im kräftigsten Alter, das Leben gekostet hat. Da werden die

Arbeiter überaus knapp werden und man braucht dann jeden gelernten Arbeiter in der Industrie, die er kennt.

Zu den fehlenden Arbeitskräften der Gefallenen kommen noch die Millionen, die Krüppel geworden sind, die durch Krankheit und Strapazen Kriegsbeschädigten, deren Arbeitskraft verringert ist; weiter die, deren Arbeitskraft dadurch verringert ist, daß sie zum Militär eingezogen wurden, ehe sie in ihrem Beruf angelernt worden sind, ebenso wie die, die in dem langen Krieg das Gelernte vergessen haben." (Gothein, Weltwirtschaftliche Fragen der Zukunft. Leipzig, Verlag Naturwissenschaften, 1918, S. 19.)

Bei der Frage, wie die ohne Zweifel enormen Menschenverluste in dem jetzigen Kriege ökonomisch wirken werden, ist dreierlei zu unterscheiden: die Wirkung auf die Bevölkerungszahl im allgemeinen, die Wirkung auf die Produktivkraft der Gesellschaft und endlich die auf das Angebot von Arbeitskräften.

Die Bevölkerungszahl braucht sich nicht absolut zu vermindern, wenn auch auf jeden Fall ihre Vermehrung stark gehemmt wird. Im Frieden hat die Bevölkerung aller jetzt im Kriege stehenden Staaten, mit Ausnahme Frankreichs, erheblich zugenommen, so in Oesterreich-Ungarn, England, Italien um je rund eine halbe Million, im Deutschen Reich um fast eine Million, in Rußland um zwei Millionen im Jahr.

Das bedeutet bei diesen sechs Staaten allein eine Zunahme um achtzehn Millionen in vier Jahren. Die Kriegsverluste wären damit mehr als gedeckt, allerdings in der Weise, daß es nach dem Kriege etwas weniger Männer und weit mehr Frauen geben wird, als vorher. Bei einem Kriegsverlust von zwölf Millionen hätte die männliche Bevölkerung um drei Millionen abgenommen, indes sich gleichzeitig die weibliche um neun Millionen vermehrte.

Dies unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerungszunahme während des Krieges in gleichem Maße voranging, wie im Frieden. Das ist nun sicher nicht der Fall.

Die Sterblichkeit hat sich auch bei der Zivilbevölkerung erhöht, indes die Geburtenziffer zurückging, aus ökonomischen wie physiologischen Gründen, unter denen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten der wichtigste. Ein Krieg war dieser Verbreitung stets sehr günstig. Im Kriege 1870/71 waren in der deutschen Armee im dritten Kriegsmonat 10, im sechsten 61, im neunten bereits 77 von je 1000 Soldaten venerisch erkrankt. Je größer das Heer, je mehr es der Ausdehnung nach ein „Volksheer" ist, desto verheerender für das ganze Volk muß diese Kriegsfolge wirken. (Vergleiche die bemerkenswerte Abhandlung von Prof. Jul. Tandler über „Krieg und Bevölkerung", „Ergebnisse der Hygiene usw.", II. Band, Berlin 1917, S. 541, 542).

Diese beiden Faktoren, Vermehrung der Sterblichkeit und Verminderung der Geburten, vermögen wohl zu bewirken, daß die Zunahme der Bevölkerung völlig zum Stillstand kommt, vielleicht sogar in eine Abnahme umschlägt, aber eine Verminderung der vorhandenen Arbeitskräfte wird dadurch zunächst nur in dem Maße herbeigeführt werden, in dem die Sterblichkeit die arbeitsfähigen Teile der Bevölkerung trifft. Die

Sterblichkeit der arbeitsunfähigen Greise und der kleinen Kinder ebenso wie der Rückgang der Geburten wirkt vermindernd auf die Bevölkerungszahl, nicht aber sofort auf die Arbeiterzahl. Erst nach einer Reihe von Jahren werden die Lücken, die Geburtenstreik und Kindersterblichkeit gerissen, in einer Verminderung der Arbeiterzahl zutage treten, nicht aber schon in der Zeit der Uebergangswirtschaft.

Was sich jedoch sofort zeigen wird, das ist eine Abnahme der durch die menschlichen Arbeitskräfte dargestellten Produktivkraft der Gesellschaft. Selbst wenn die Zahl jener gar nicht abnehmen sollte, wird diese doch sehr verringert sein. Die vielen Millionen Gefallener, Verkrüppelter, gesundheitlich Geschädigter, der Arbeit Entwöhnter gehörten zu den kräftigsten und ausgebildetsten Elementen des Volkes. Was an ihre Stelle tritt, mag sie an Zahl ersetzen, besteht aber aus unreifen, schwächeren, unausgebildeten oder doch unerfahrenen Arbeitskräften. Das Wertprodukt der Gesellschaft wird sinken.

Keineswegs in gleichem Maße das Angebot von Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt. Die Verkrüppelten, Kränklichen, der Arbeit Entwöhnten werden weniger leisten als vorher, aber, wenn sie noch einigermaßen arbeitsfähig sind, ebensosehr, wie früher, nach Arbeit und Verdienst verlangen.

Die Zahl der Lohnarbeiter hat der Krieg auch gar nicht vermindert, vielmehr vergrößert, indem er die Erwerbsarbeit der Frau in ganz unerhörter Weise ausgedehnt hat, während gleichzeitig die Zunahme der weiblichen Bevölkerung weiterging. Ein großer Teil der erwerbenden Frauen wird nach dem Kriege fortfahren, um Lohn zu arbeiten. Ihre Zahl wird die der gefallenen oder arbeitsunfähig gewordenen Männer übersteigen.

Werden die Armeen entlassen, müssen wir also damit rechnen, daß die Gesamtzahl der Arbeitskräfte, die Lohnarbeit suchen, Männer und Frauen zusammengenommen, nach dem Kriege größer sein wird, als sie vor ihm war.

Die Industrie aber wird eingeschränkt sein, was in folgendem noch ausführlicher dargelegt werden soll.

Besonders schwierig wird sich die Situation unmittelbar nach dem Friedensschluß gestalten. Da kann die Industrie sogar noch weiter eingeschränkt sein, als sie es während des Krieges war. Die Kriegsindustrien werden zum Stillstand kommen, indes die Friedensindustrien nur zögernd und stockend wieder ihren Gang aufnehmen werden. Die Industrie mag da vorübergehend nicht einmal so viel Kräfte brauchen, als ihr heute zur Verfügung stehen. Und dabei tritt zu ihnen im Frieden die ungeheure Menge der jetzt unter den Waffen Stehenden hinzu.

Die Arbeitslosigkeit droht da furchtbare Dimensionen anzunehmen, freilich nicht in allen Arbeitszweigen. Das Verkehrswesen zu Land, Bergbau und Hüttenwesen dürften, wie wir noch sehen werden, große Arbeitermassen in Anspruch nehmen. Der Landwirtschaft droht Arbeitermangel. Jedoch die meisten verarbeitenden Industrien und das Bau-

gewerbe werden nur schwer und langsam in Fluß kommen und für Jahre hinaus nur wenig Arbeitskräfte beschäftigen können.

So weit denkt man freilich in der Regel nicht. Aber alles sieht mit Bangen den ersten Monaten nach Friedensschluß entgegen, wenn bei stockender Industrie sich mit einemmal die ganze Masse der Demobilisierten auf den Arbeitsmarkt ergießt. Der daraus erwachsenden Gefahr zu begegnen, erscheint als eine der wichtigsten Aufgaben der Uebergangsindustrie.

Man hat vorgeschlagen, die Demobilisierung, die Entlassung der Soldaten, während der Zeit der Uebergangswirtschaft einzuschränken, zunächst nur jene Soldaten zu entlassen, die notwendig sind, die Produktion wieder in Gang zu bringen oder die von vornherein auf eine Arbeitsstelle rechnen können, und die anderen noch einige Monate zurückzubehalten.

So erklärte vor dem Ausschuß für Handel und Gewerbe betreffend Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft der Kommissar des preußischen Kriegsministeriums:

„Die Entlassungen werden dem Dringlichkeitsbedürfnis angepaßt werden, auch hat die Heeresverwaltung den Grundsatz aufgestellt, daß kein Mann entlassen werden soll, der keine Arbeit gefunden hat. Um das durchführen zu können, hat man eine Bestimmung aufgenommen, nach der Leute, die keine Arbeit, keine Stelle bekommen können, bis zu vier Monaten noch im Heere zurückbehalten werden dürfen . . . Es ist dann weiter in diesen Bestimmungen gesagt worden, daß im allgemeinen die ältesten Jahresklassen zuerst entlassen werden."

Gegen diese Maßregeln erheben sich ernste Bedenken. Trieben wir Bosheitspolitik, so könnten wir uns nichts besseres wünschen, als die Durchführung von Vorschlägen, die die ganze Armee in zwei Teile teilen, einen bevorzugten und einen benachteiligten. Jeder Kriegsteilnehmer sehnt sich nach Hause, nach der Ungebundenheit des Zivilstandes, sobald nicht mehr die militärische Notwendigkeit ihn festhält. Und nun soll ohne eine solche ein Teil der Feldgrauen nach Friedensschluß in den Kasernen zurückbleiben, untätig oder zwecklos beschäftigt. Die Wohlhabenden, die Selbständigen sowie die Glücklichen, die sich in fester Stellung befinden, die dürfen ohne weiteres zu ihren Lieben. Wer zurückbleibt, das sind ausschließlich arme Teufel. In welche Gemütsstimmung die kommen, läßt sich denken.

Man wird entgegnen, daß man sich dadurch nicht abschrecken lassen dürfe. Es sei doch zum eigenen Besten der Zurückbleibenden, daß man sie nicht gleich loslasse. Diese Argumentation wird wenig wirken, da die Verzögerung der Demobilisierung durchaus nicht die guten Absichten verwirklichen kann, von denen sie eingegeben sein mag.

Sie will bewirken, daß die Löhne nicht durch das massenhafte Angebot der Demobilisierten gedrückt werden. Nun aber soll nach dem Plan, sobald die militärische Möglichkeit der Demobilisierung gegeben, jeder Soldat freikommen, der eine Arbeitsstelle gefunden hat. Kann er nur frei werden, wenn er eine ihm gebotene Stelle annimmt, dann wird

er auf jedes Angebot eingehen, und wenn die Stelle noch so schlecht bezahlt würde. Die Zurückbehaltung der Soldaten wird also ihren Druck auf den Lohnmarkt nicht vermindern, wohl aber diesen Druck um ein neues Moment vermehren: den Drang, um jeden Preis baldigst freizukommen.

Dazu gesellt sich noch ein anderes Bedenken. Ins Endlose kann man die völlige Demobilisierung nicht hinausschieben. Man rechnet gewöhnlich mit einer Periode von vier Monaten, während der alle, die nicht zu einer Beschäftigung geholt werden, unter den Waffen bleiben sollen. Aber was dann? Die Zeit der großen Arbeitslosigkeit wird sich aller Voraussicht nach über weit mehr als vier Monate, vielleicht ebenso viele Jahre hinaus erstrecken. Was geschieht da mit jenen, die erst nach vier Monaten von den Fahnen wegkommen? Sie finden alle Posten besetzt und keine Aussicht, einen zu erwischen. Sie sind schlimmer daran, als wenn man sie gleich mit den anderen entlassen und instand gesetzt hätte, mit diesen unter gleichen Bedingungen am Suchen nach Plätzen teilzunehmen. Nun sind die anderen, bevorzugten, nicht nur insofern besser daran, als sie vier Monate früher der Heimat und ihren Lieben wiedergegeben wurden, sondern auch insofern, als sie inzwischen alle freien Plätze besetzen konnten. Die anderen erkaufen mit dem über das militärische Bedürfnis hinaus ausgedehnten Aufenthalt in der Kaserne nichts als hoffnungsloses Elend.

Die einzige Aussicht, die sich den Späterkommenden böte, bestände darin, daß Früherbeschäftigte entlassen werden, weil sie nicht genug leisten, und andere, frische Arbeitskräfte an deren Stelle treten.

Solche Fälle sind natürlich möglich, ja wahrscheinlich, aber sie beseitigen den einzigen Vorteil, den die Verzögerung der Demobilisierung mit sich bringen könnte. Man plant nämlich, zunächst die älteren Jahrgänge zu entlassen, die schwer Arbeit finden. Sie haben eher Aussicht, angenommen zu werden, wenn die Konkurrenz der jüngeren, kräftigeren Arbeiter fehlt, die in den Kasernen bleiben. Aber das ist ein magerer Trost für die Alten, wenn ihre Beschäftigung nur ein kurzfristiges Provisorium ist und ihnen die Gefahr droht, schon nach vier Monaten wieder von leistungsfähigeren Elementen verdrängt zu werden.

Von welchem Standpunkt immer man also die geplante Verzögerung der Demobilisierung betrachten mag, eine gute Seite zeigt sie nirgends.

Sie kann in keiner Weise das leisten, was sie leisten will. Das vermag nur eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen, eine Arbeitslosenversicherung von Reichs wegen, nicht bloß für vier Monate, sondern als dauernde Einrichtung. Gerade den alten Arbeitern, deren Interessen durch die Zurückbehaltung der jungen gedient werden soll, käme eine solche Versicherung am meisten zugute. Durch sie würde aber auch der allgemeine Druck auf den Arbeitsmarkt von Beginn der Uebergangswirtschaft an weit wirksamer eingedämmt als durch die Verlängerung des Kriegsdienstes der Arbeitslosen über die Kriegszeit hinaus.

Der freie Arbeiter kann von seinen Partei- und Gewerkschaftsgenossen eher erreicht und ihren Kampfgemeinschaften eher eingereiht werden, als der in der Kaserne. In dieser Gemeinschaft liegt aber das stärkste Hindernis gegen blindes, selbstsüchtiges Drücken der Löhne, dem der vereinzelte Arbeiter in einer Notlage leicht verfällt.

2. Arbeiterschutz.

Die Arbeitslosenunterstützung aus Mitteln des Reiches ist eine der wichtigsten Forderungen des Proletariats unter allen Umständen. Sie wird doppelt dringend für die Zeit der Uebergangswirtschaft.

Aber sie genügt noch nicht. Wir müssen auch trachten, die Arbeitslosigkeit selbst möglichst einzuschränken, die Nachfrage nach Arbeitern zu steigern. Die Unterstützung der Arbeitslosen ist eine recht teure Sache — die Zurückhaltung großer Arbeitermassen in den Kasernen allerdings auch. Und die Arbeitslosigkeit ist für den Arbeiter ein Fluch auch dann, wenn er nicht zu hungern braucht, denn sie bringt ihm unter den heutigen Verhältnissen nicht Muße zu selbstgewählter Arbeit und freier Entwicklung seiner Kräfte, sie bringt ihm völlige Tatlosigkeit, trostlosesten, eintönigsten Müßiggang, ein Brachliegen und Verkümmern aller seiner Fähigkeiten. Ihm Arbeitsgelegenheit schaffen heißt ihn nicht bloß ökonomisch, sondern auch moralisch retten.

Notstandsarbeiten kommen jedoch in der Zeit der Uebergangswirtschaft nicht in Betracht. Der Bedarf an Produkten aller Art wird so groß sein, daß die Produktion von vornherein den größten Umfang annehmen muß, den die technischen und die ökonomischen Bedingungen gestatten. Nur die Beschränktheit dieser Bedingungen wird die Produktion einengen. Sie über diesen Rahmen hinaus durch besondere Notstandsbauten künstlich auszudehnen, wird materiell unmöglich sein.

Trotzdem werden sie immer wieder gefordert. So von Umbreit in einer Schrift, betitelt der „Tag der Heimkehr, soziale Fragen der Uebergangswirtschaft“ (Jena, G. Fischer, 1918). Namentlich Kanalbauten erscheinen ihm als Notstandsbauten sehr geeignet:

„Eine großzügige Kanalvorlage ist die wirksamste Förderung der Uebergangswirtschaft, die beste Arbeitslosenfürsorge.“ (S. 28.)

Ganz anders äußert sich darüber ein anderer Mitarbeiter des Sammelhefts, Baurat E. Bernhard. Er sagt über die Idee, einen Kanalbau als Notstandsarbeiten auszuführen:

„Es ist ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß hierbei Massenverwendung von arbeitslosen Leuten möglich ist. Ueberhaupt ist zuerst zu bemerken, daß man einen Kanal nicht baut wie ein Familienhaus. Um einen wichtigen Verkehrsweg festzulegen, kann man nicht etwa mit einem Lineal einen Strich durch die Landkarte ziehen und dann sagen: hier wird er gebaut! Selbst wenn die wirtschaftlichen Vorbereitungen über die Hauptlinienführung durch den Kanal getroffen sind, braucht man ein Heer von Baumeistern, Ingenieuren, Technikern usw., die in jahrelangem Studium die Spezialpläne festlegen müssen, und wenn dann alles so weit gediehen

ist, daß ein solcher Kanal wirklich baureif geworden ist, so darf man nicht etwa annehmen, daß man hierbei eine unbegrenzte Zahl von Arbeitern beschäftigen kann. Man baut keinen Kanal mit Menschen, die man etwa in dichten Reihen aufstellt und dann den Boden herauswerfen läßt. Die Kanäle werden vorzugsweise mit Maschinen ausgeführt, und die Zahl der hierneben erforderlichen Hilfskräfte ist recht klein. Bei dem Erweiterungsbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals, wofür etwa 300 Millionen Mark Baukosten in drei Jahren erforderlich wurden, sind nur 12000 Menschen beschäftigt worden." (S. 47, 48.)

Mit Kanalbauten als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit wird es also in der Uebergangswirtschaft nichts sein. Und mit anderen Notstandsbauten ebensowenig.

Wird es aber nicht angehen, auf diese Weise die Masse der Arbeitsgelegenheit für die Arbeiterklasse zu vermehren, so ist es doch möglich, diese selbe Masse über eine größere Menge von Individuen zu verteilen. Dabei kann der Arbeiterschutz sehr behilflich sein. Der wird viel wichtiger, als Notstandsbauten.

Sein eigentlicher Zweck ist allerdings anderer Art. Er soll den Raubbau verhindern, den die kurzsichtige Habgier des Kapitalismus mit der menschlichen Arbeitskraft ebenso treibt, wie etwa mit Wäldern und wilden Nutztieren. Der uneingeschränkte Kapitalismus würde die Welt rasch in eine unbewohnbare Einöde verwandeln, daher sehen sich nicht nur die Gegner der kapitalistischen Ausbeutung, sondern auch ihre weitersehenden oder nur indirekt an ihr beteiligten Freunde veranlaßt, ihr Schranken aufzuerlegen, die sie nicht beeinträchtigen, sondern vielmehr erst ihre längere Dauer ermöglichen.

Der Krieg hat diese Schranken aufgehoben. Es ist bezeichnend für den Charakter dessen, was manche Sozialisten gedankenlos Kriegssozialismus nennen, daß eine seiner ersten Taten die Beseitigung der Arbeiterschutzgesetze war. Eine der dringendsten Aufgaben der Uebergangswirtschaft ist ihre schleunige Wiederherstellung.

Anscheinend hat man es in maßgebenden Kreisen nicht sehr eilig damit.

So führte im März 1917 vor dem Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe, betreffend die Uebergangswirtschaft, der Kommissar des preußischen Kriegsministeriums aus:

„Die jetzt mehrfach im Ausnahmeweg außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzbestimmungen werden allmählich wieder in Kraft gesetzt werden. ... Das wird erst im Laufe einer gewissen Uebergangszeit geschehen können, die aber so kurz wie irgend möglich zu bemessen sein wird."

In der Sitzung des Ausschusses des deutschen Handelstages vom 8. und 9. August 1917 empfahl der Referent über Arbeiter und Angestellte in der Zeit der Uebergangswirtschaft eine Resolution, die nur die „baldige" Wiedereinführung der Arbeiterschutzbestimmungen empfahl. Wie das gemeint ist, ging aus seinem Referat hervor, in dem er „die, wenn auch nicht sofortige, so doch allmähliche Wiederinkraftsetzung der Arbeiterschutzbestimmungen" für wünschenswert erklärte.

Die Arbeiter müssen auf der sofortigen Wiederherstellung der Arbeiterschutzgesetze bestehen, sie können sich nicht auf eine Uebergangszeit

einlassen, auch dann nicht, wenn versprochen wird, sie „möglichst kurz zu bemessen“, was sich hübsch anhört, aber ein sehr unsicherer Wechsel auf die Zukunft ist.

Gerade für die Uebergangszeit, die Zeit der Arbeitslosigkeit, sind die Arbeiterschutzgesetze doppelt notwendig. Sie sind nicht bloß wiederherzustellen, sondern zu erweitern.

Völlig ungenügend ist in dieser Beziehung die Petition an den Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, dem Verband der deutschen Gewerkvereine und noch einigen kleinen Organisationen im Frühjahr 1917 eingereicht wurde und in der die „gewerkschaftlichen Forderungen für den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft“ dargelegt werden. Sie verlangt für den Arbeiterschutz nur:

„Die während des Krieges vorübergehend außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzbestimmungen müssen sofort nach Friedensschluß wieder in ihre volle Wirksamkeit treten.“

Erheblich weiter geht Hermann Jäckel in seiner Schrift: „Uebergangswirtschaft und Textilarbeiter“ (Berlin, Karl Hübsch, 1918). Er verlangt für die Textilindustrie „die sofortige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und ihre in weiteren Intervallen folgende Reduktion auf allmählich acht Stunden“. (Seite 43.)

Dagegen fordert das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ noch in seiner Nummer vom 6. Juli 1918 in einer Artikelserie über den „gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege“, S. 245, nur einen Maximalarbeitstag von neun Stunden und den Achtstundentag bloß für „alle umschichtig arbeitenden Betriebe“.

Schon vor dem Kriege waren die Arbeiterschutzgesetze völlig unzureichend. Die letzten Jahre haben nun an Muskeln und Nerven der Bevölkerung, im Felde wie daheim, so unerhörte Anforderungen bei verringerter Ernährung gestellt, daß ihre Leistungsfähigkeit und Widerstandskraft erheblich gemindert ist. Da bedarf sie erhöhten Schutzes, soll sie nicht nur nicht völlig degenerieren, sondern vielmehr wieder auf eine höhere Stufe gelangen.

Jetzt schon ist der Kampf für den Achtstundentag aufzunehmen. Er wird gerade für die Zeit der Uebergangswirtschaft von äußerster Wichtigkeit, als Mittel, nicht nur die geschwächte Menschheit physisch wieder zu heben, sondern auch der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, vermehrte Arbeitsstellen zu schaffen.

Nehmen wir an, in einem Industriezweig sei Beschäftigung für zwei Millionen Arbeitsstunden im Tage vorhanden, so bedeutet das unter sonst gleichen Umständen, bei zehnstündiger Arbeitszeit, Beschäftigung für 200000, bei achtstündiger für 250000 Arbeiter.

Nun bleiben sich allerdings die Umstände nicht gleich. Mit sinkender Arbeitszeit steigt die Produktivität der Arbeit der einzelnen Arbeits-

stunde, da der ausgeruhte Arbeiter rascher, wirksamer, sorgfältiger arbeitet als der ermüdete. In der Industrie vermag unter Umständen bei achtstündiger Arbeitszeit ebensoviel produziert zu werden, wie bei zehnstündiger.

Aber für alle Arbeitszweige gilt das nicht, z. B. nicht für das Transportwesen. Wird die Arbeitszeit des Lokomotivführers von zehn auf acht Stunden im Tage reduziert, so wird das sicher auch für den Betrieb von Vorteil sein, die Gefahr des Uebersehens von Signalen, unzweckmäßigen Handelns in kritischen Momenten ist bei übermüdeten Arbeitern größer als bei frischen. Aber die Zahl der Kilometer, die die Lokomotive in der Stunde zurücklegt, vermehrt sich nicht bei verringerter Arbeitszeit. Im Transportgewerbe bedeutet deren Verkürzung direkt entsprechende Vermehrung der Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften.

Nun könnte man befürchten, daß eine derartige Beschränkung der Arbeitszeit manche Betriebe in der intensiven Ausnutzung ihrer technischen Möglichkeiten zu sehr behindern würde. Und möglichste Ausnutzung des vorhandenen Materials wird während der Uebergangszeit mehr geboten sein denn je.

Wir haben ja nicht eine allgemeine Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten der Produktion zu erwarten. Die Krisis der Uebergangsperiode wird nicht aus mangelndem Absatz, sondern in erster Linie aus mangelnden Produktionsmitteln erstehen, ähnlich wie die Krisis, die zur Zeit des Amerikanischen Bürgerkrieges in der englischen Baumwollindustrie ausbrach. Nur wird diesmal die Krisis weit umfassender sein, da sie nicht aus dem Mangel eines, sondern sehr vieler Produktionsmittel hervorgehen und daher die mannigfachsten Industrien treffen wird. Jedoch nicht alle, und die betroffenen nicht alle in gleicher Weise. Manche werden imstande sein, die Produktion in vollem Umfange aufzunehmen oder sogar zu erweitern, und das kann, wenn sie gesuchte Bedarfsmittel produzieren, sehr wichtig werden. Andere leiden nicht unter einem Mangel an Rohmaterial, sondern bloß an fixem Kapital, die Zahl der Maschinen und Anlagen, über die sie verfügen, ist beschränkt und diese sind nicht sofort zu vermehren. Eine rasche Ausdehnung der Produktion in solchen Betrieben kann nicht dadurch erreicht werden, daß man mehr Arbeiter nebeneinander anwendet. Wohl aber können Betriebe dieser Art ihre Produktion sofort dadurch erweitern, daß sie die Betriebszeit ausdehnen. Das geschieht am einfachsten und für das Kapital am profitabelsten durch Ausdehnung der Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters, durch Ueberstunden. Es kann jedoch viel zweckmäßiger dadurch erreicht werden, daß man mehrere Schichten von Arbeitern hintereinander arbeiten läßt.

Bei Betrieben mit kostspieligen Maschinen und Anlagen — hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals, wie Marx sich ausdrückt — bietet die auf diese Weise erlangte Ausdehnung der Betriebszeit solche ökonomische Vorteile, daß man verlangen kann, den Arbeitern solle ein Anteil daran eingeräumt werden. Das geschähe am zweckmäßigsten durch weitere Einschränkung der Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter unter entsprechender Erhöhung des Stundenlohnes oder bei gleichbleibendem Tagelohn.

Der vermehrte Profit für die Kapitalisten rührt bei der Ausdehnung der Betriebszeit durch Schichtarbeit daher, daß bei doppelter Schicht die Produktion sich verdoppelt, indes die Abnutzung des fixen Kapitals nur wenig, wenn überhaupt zunimmt.

Eine kurze Rechnung zeigt, wie der Kapitalist durch die doppelte Schicht bei hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals auch dann gewinnt, wenn die Arbeitszeit der zweiten Schicht kürzer ist, als die der ersten, und der Tageslohn der zweiten trotzdem ebenso hoch ist, wie der der ersten.

Nehmen wir eine Fabrik mit achtstündigem Arbeitstag. Der Arbeiter bekommt täglich 4 Mk. Arbeitslohn. Das Rohmaterial, das er in der Stunde verarbeitet, etwa Baumwollgarn, koste 1 Mk. Also verbraucht er im Tage für 8 Mk. Material. Die Baulichkeiten und Maschinen kosten pro Arbeiter 8000 Mk. Sie nutzen sich in 1000 Arbeitstagen ab — nicht im technischen Sinne, daß sie dann überhaupt nicht mehr verwendbar sind, sondern im ökonomischen Sinne, daß sie dann nicht mehr mit Profit gebraucht werden können, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig sind. Der Betrag der täglichen Abnutzung beträgt also 8 Mk., die im Wert des Produkts wiedererscheinen. Der Arbeiter produziere in der Stunde 1 Mk. Neuwert, also doppelt soviel Wert, als er Lohn bekommt, demnach 8 Mk. im Tage, wovon 4 Mk. Ersatz des Lohnes, 4 Mk. Mehrwert.

Sehen wir nun von den Komplikationen durch Profitrate und Produktionspreis ab, setzen wir der Einfachheit halber den Wert gleich dem Preis und den Mehrwert gleich dem Profit, dann wird der Preis des Tagesprodukts eines Arbeiters gleich 24 Mark sein — nämlich

8 Mk. Abnutzung des fixen Kapitals,
8 Mk. Rohmaterial,
8 Mk. Neuwert.

Der Preis des Produkts einer Arbeitsstunde — etwa eine Elle Kattun — wird also 3 Mk. ausmachen.

Nun wird dem Betrieb gestattet, an die erste Schicht Arbeiter eine zweite anzufügen, doch nur unter der Bedingung, daß diese nur sechs Stunden arbeitet, etwa von 2 bis 8 Uhr abends, und ihr Tageslohn der gleiche bleibt. In unserem Beispiel also 4 Mk. Jeder Arbeiter der zweiten Schicht produziert nur 6 Mk. Neuwert. An Rohmaterial verarbeitet er auch entsprechend weniger, 6 Mk. Die Abnutzung der Gebäude und vielfach auch der Maschinen wird jedoch durch eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht entsprechend vermehrt. Der Mehrbetrag der Abnutzung wird kaum merkbar sein. Setzen wir ihn auf 2 Mk. an, so betragen die Kosten des Produkts des Arbeiters der zweiten Schicht 12 Mk. —

4 Mk. Arbeitslohn,
6 Mk. Rohmaterial,
2 Mk. Abnutzung des fixen Kapitals.

Verkauft wird es zu demselben Preis, wie das der ersten Schicht, also das Stundenprodukt um 3 Mk., das von sechs Stunden demnach um 18 Mk. Bei der zweiten Schicht profitiert der Kapitalist also 6 Mk. pro Arbeiter, gegenüber 4 Mk. bei der ersten, trotz der verkürzten Arbeitszeit und des erhöhten Stundenlohnes der zweiten Schicht.

Die gleiche Mehrung des Profits käme natürlich heraus, wenn die Kürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohne auf beide Schichten gleichmäßig verteilt würde, so daß jede sieben Stunden zu arbeiten hätte. Jedoch wäre es hygienisch richtiger, die zweite Schicht kürzer zu gestalten als die erste. Denn der Mensch ist keine Maschine, er verbraucht Kraft durch den bloßen Lebensprozeß, auch wenn er nicht arbeitet. Die Menschen sind daher gegen Abend nicht mehr so leistungsfähig, verfügen nicht mehr über so viel Kraft und Aufmerksamkeit, wie am Morgen, auch wenn sie den Tag über feierten.

Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit wäre erst recht notwendig, wenn die Anfügung der zweiten Schicht nicht genügte und noch eine dritte erforderlich würde. Genosse Schneider hat sich sogar für die Nachtarbeit ausgesprochen in Fällen, in denen die intensivste Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmittel am Platze ist. Seine ökonomischen Argumente sind sehr beachtenswert, ihnen stehen aber schwere hygienische Bedenken gegenüber. Die dreifache Schicht wird unter Umständen geboten sein, doch müßte die dritte Schicht noch kürzer werden als die zweite, wenn die Arbeiterschaft nicht großen körperlichen Schädigungen ausgesetzt werden sollte. Eine durchgehende Arbeitszeit von drei achtstündigen Schichten ist unter allen Umständen abzulehnen. Wo technische Gründe ununterbrochenen Betrieb unvermeidlich machen, müßten die einzelnen Schichten weniger als acht Stunden ausmachen. Diesen Preis muß das Kapital für den Vorteil vollster Ausnutzung seines technischen Apparats zahlen. Es käme bereits auf seine Kosten und die Produktivkräfte würden stark ausgenutzt bei einer Ausdehnung der täglichen Betriebszeit auf achtzehn Stunden, von 6 Uhr morgens bis Mitternacht, mit drei Schichten von acht, sechs und vier Stunden.

Für die Arbeiterschaft würde dieses Schichtsystem eine bedeutende Vermehrung der Arbeitsgelegenheit bei gleichen Arbeitsmitteln bedeuten.

Das Kapital wird freilich zetern, obwohl sein täglicher Gesamtprofit, bei geringen Mehrkosten für Arbeitslohn und Rohmaterial, sich mehr als verdreifachen würde. Es wird sich in seinem Streben nach Profit beengt fühlen, denn dieser stiege noch weit mehr bei drei Schichten von je acht Stunden oder bei zwei Schichten von je neun oder zehn oder gar zwölf Stunden. Und jede Profitmöglichkeit, die ihm entgeht, betrachtet der Kapitalist als positiven Verlust. Wie hoch auch seine Profite steigen mögen, sein Profitdurst ist maßlos und wird durch jede Profitmöglichkeit angestachelt.

Das Kapital wird sich daher derartigen Beschränkungen der Arbeitszeit auf das energischste widersetzen. Doch wäre nichts verkehrter, als

deswegen unsere Forderungen für Utopien zu erklären und auf ihre Erkämpfung mutlos zu verzichten.

Welche Macht das Proletariat heute schon besitzt, hat gerade der Krieg deutlich gezeigt. Noch deutlicher freilich zeigt er, wie wenig es sie zu gebrauchen versteht, wie leicht es sich noch nasführen und für fremde Zwecke gebrauchen läßt.

An diesem Unvermögen, die eigene Kraft und die eigenen Aufgaben klar zu erkennen, mag auch der Kampf für einen ausreichenden Arbeiterschutz und gegen die Arbeitslosigkeit nach dem Kriege scheitern. Das Proletariat wird dann die Leiden der Ueberarbeit wie der Arbeitslosigkeit gleichzeitig über sich ergehen lassen müssen. Nicht als unentrinnbares elementares Unheil, sondern als Folge eigener Unwissenheit und des Vertrauens auf falsche Freunde.



II. Staatswirtschaft.

1. Das Sparen.

Wir gingen bisher von der Voraussetzung aus, die erste Zeit nach dem Aufhören des Krieges bringe große Arbeitslosigkeit, denn die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte werde ungeheuer rasch anschwellen, indes die Arbeitsgelegenheit nur langsam zunehme. Diese Annahme wird freilich bestritten. So äußerte sich vor dem Ausschuß für Handel und Gewerbe, betreffend die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, im März 1917 der Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern folgendermaßen:

„Ich glaube nicht, daß wir mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit nach dem Kriege zu rechnen haben werden, wenigstens nicht in den ersten Jahren. Wir müssen uns gegenwärtig halten, daß eigentlich unsere ganze Wirtschaft liquidiert ist, daß alles von neuem wieder aufgebaut werden muß. Dieser Neuaufbau wird natürlich eine große Masse von Kräften beanspruchen, die wir zunächst kaum verfügbar haben werden. Wir werden sowohl unser Heer (!) als auch unsere innere Wirtschaft und unsere ganze Außenwirtschaft, unsern ganzen Exporthandel, neu aufbauen müssen ... Zu alledem werden wir sehr viel Kräfte brauchen, so daß ich zunächst nicht annehmen kann, daß wir einen Ueberfluß an Arbeitskräften haben werden. Im Gegenteil, wir werden wahrscheinlich Arbeitermangel haben, so daß wir in den ersten Jahren nach Friedensschluß für Arbeitslose kaum zu sorgen haben werden.“ (3. Teilbericht, S. 4, 5.)

In einem hat der Herr Unterstaatssekretär vollständig recht: „unsere ganze Wirtschaft ist eigentlich liquidiert, alles muß von neuem wieder aufgebaut werden“. Er scheint jedoch zu glauben, daß zu diesem Neuaufbau nur Arbeitskräfte notwendig sind, von denen man nicht genug haben kann. Leider sind aber in dieser unvollkommenen Welt zum Produzieren nicht bloß Arbeiter nötig, sondern auch Produktionsmittel, Rohstoffe, Maschinen, Bauten usw. Die ganze Machtstellung der industriellen Kapitalisten beruht auf dieser Notwendigkeit. Das, was der Herr Unterstaatssekretär Liquidierung unserer ganzen Wirtschaft nennt, ist aber im Grunde nichts anderes, als das Verschwinden der vorhandenen Produktionsmittel.

Der Neuaufbau der Wirtschaft wird also mit äußerst verringerten Produktionsmitteln beginnen müssen, ihre Ausdehnung kann nur in dem Maße vor sich gehen, in dem die Menge der Produktionsmittel wieder zunimmt.

So steht die Sache leider nicht, wie sichs der Herr Unterstaatssekretär vorstellt, daß die Arbeiter um so mehr Beschäftigung finden, je weniger

Produktionsmittel vorhanden sind, je größer also das Bedürfnis nach Vermehrung dieser Mittel.

Gerade in den ersten Jahren nach dem Kriege werden die Produktionsmittel in keiner Weise hinreichen, die freiwerdenden Arbeitskräfte alle zu beschäftigen.

Energische Förderung der Produktion von Produktionsmitteln wird eine der wichtigsten Aufgaben der Uebergangswirtschaft sein. Eine der wichtigsten, aber auch schwierigsten. Denn noch dringender als die Produktion von Produktionsmitteln ist die von Konsumtionsmitteln, von Lebensmitteln. Zunächst muß der Lebensunterhalt der Bevölkerung gesichert sein, ihre Ernährung, Wohnung, Bekleidung, ehe man daran denken kann, das Bereich der Produktion zu erweitern.

Die Gesamtproduktion zerfällt in die Produktion der Konsumtions- und der Produktionsmittel. Bei gegebenen Produktionskräften kann man die eine nur erweitern auf Kosten der andern. Will man die Produktion der Produktionsmittel ausdehnen, muß man die der Konsumtionsmittel einschränken, wenigstens vorübergehend, bis die zusätzlichen Produktionsmittel in Wirksamkeit treten und vermehrte Konsumtionsmittel schaffen helfen.

Einschränkung der Konsumtion nennt man Sparen. Sparsamkeit wird die Signatur der Zeit nach dem Kriege sein.

Auch hier treten sofort die Klassengegensätze zutage. Sparsamkeit bedeutet für jede Klasse etwas anderes. Die Kapitalisten verlangen, die Arbeiter sollen sparen, das heißt, sich mit geringerem Lohn zufrieden geben. Doch unter dem kapitalistischen Lohngesetz, das den Arbeitslohn schon in normalen Zeiten so niedrig hält, kann der Arbeiter nur sparen auf Kosten seiner Arbeitskraft und der Entwicklung seiner Fähigkeiten als Staatsbürger und Kulturmensch. Die Ersparnis an Geld bedeutet für ihn Verschwendung seiner Kräfte. Wohl gibt es in manchem proletarischen Haushaltsbudget Ausgaben, die dem Arbeiter keinen Nutzen bringen, unter Umständen sogar schaden, wie z. B. für Alkohol. Aber die Vermeidung solcher Ausgaben würde bloß die Mittel freimachen zur Deckung anderer notwendiger Bedürfnisse, etwa Bücher oder eine gesündere Wohnung, sie würde keineswegs dem Arbeiter eine Geldsumme in der Hand lassen, die nicht ein notwendiges Bedürfnis seiner Person oder seiner Familie zu befriedigen hätte.

Gespart werden kann und darf bloß auf Kosten des Mehrwerts, das heißt jenes Teils des Mehrwerts, der nicht der Akkumulation von neuem Kapital, sondern dem Konsum des Kapitalisten und seines Anhangs dient.

Es ist sehr wohl möglich, daß der kapitalistische Luxus nach dem Kriege nicht nur nicht eingeschränkt, sondern sogar noch ausgedehnt wird, trotz der allgemeinen Notlage, wie er auch während des Krieges mitunter schon sehr provozierende Formen angenommen hat.

Der Gewinn der Kapitalistenklasse in ihrer Gesamtheit fällt zusammen mit der Masse des produzierten Mehrwerts, er läßt sich nicht nach Belieben und nicht außerordentlich rasch steigern. Der einzelne Kapitalist aber kann Gewinn ziehen nicht bloß aus der Ausbeutung der Arbeiter,

sondern auch aus der Ueberlölpelung und Ruinierung anderer Kapitalisten. Er kann in seinen Taschen den Ertrag der Ausbeutung nicht bloß seiner eigenen Arbeiter ansammeln, sondern auch den Ertrag der Ausbeutung vieler fremder Arbeiter durch andere Kapitalisten. Er kann auf diese Weise reich werden, sogar ohne selbst direkt Arbeiter auszubeuten, ein Haifisch, der viele andere Haifische frißt. Diese Art Reichtum kann am leichtesten und schnellsten gewonnen werden und sprunghaft anwachsen, das Maß seines Wachstums findet fast keine Grenzen.

Das Reichwerden durch glückliche Spekulationen vollzieht sich am ehesten und erfolgreichsten in unruhigen, abnormen Verhältnissen. Das sind die Zeiten, in denen sich skrupellose, gewandte Glücksritter aus dem Nichts zu märchenhaften Reichtümern emporschwindeln. Eine derartige Zeit war die der kapitalistischen Ausbeutung der großen Revolution, die Zeit des Direktoriums und des Kaiserreichs. Balzac hat meisterhaft geschildert, wie damals die großen Vermögen entstanden.

Etwas Aehnliches vollzieht sich heute vor unseren Augen und wird sich in der Zeit nach dem Friedensschluß vollziehen.

Parvenüs dieser Art, die bis in die Sozialdemokratie hineinreichen und sie mit ihren reichen Mitteln zu korrumpieren suchen, haben die Psyche der Spieler. Sie werfen das so leicht gewonnene Geld mit vollen Händen hinaus, können sich in Luxus nicht genug tun.

Hier hemmend zu wirken, wird sehr notwendig sein. Aber das ist nicht so leicht zu erreichen. Luxussteuern haben erfahrungsgemäß nur geringen Erfolg. Sie erreichen in der Regel nicht, daß die von den reichen Leuten unproduktiv verausgabte Summe kleiner wird, sondern nur, daß ein Teil dieser Summe auf die Erhebungskosten der Steuer fällt. Luxussteuern, die nicht einen einzigen Massenartikel, sondern zahlreiche, sehr verschiedenartige Artikel treffen, verursachen stets im Verhältnis zu ihrem Ertrag sehr hohe Erhebungskosten.

Eher würde dem privaten Luxus eine sehr stark progressiv ansteigende Besteuerung der großen Einkommen sowie des Vermögenszuwachses entgegenwirken, die zu völliger Konfiskation der Kriegsgewinne ansteigen könnte. Soweit das mit den unvollkommenen, plumpen Mitteln der Steuerpolitik überhaupt möglich ist, würde man dadurch am ehesten den unproduktiven Konsum der Kapitalistenklasse einschränken.

Freilich wäre damit nicht viel gewonnen, wenn der Ertrag der Steuer vom Staate wieder nur unproduktiv verwendet würde, statt zur Erneuerung des Verkehrs- und Produktionsapparats. Das wäre aber der Fall, wenn man mit dem Herrn Unterstaatssekretär zum Neuaufbau unserer Wirtschaft auch den „Neuaufbau unseres Heeres“ rechnen würde. Umbreit stimmt ihm zu. Das Reich soll Arbeitsgelegenheit schaffen als „Kriegsinteressent“: „Es bedarf der Erneuerung und Ergänzung seiner Verteidigungsmittel, Heeres- und Flottenausrüstung“ (Der Tag der Heimkehr, S. 27, 28). Der Erfolg dieser „Erneuerung“ wäre ein ganz anderer, als Umbreit und seine Freunde wähnen. Endet der Krieg nicht mit allgemeiner Abrüstung, sondern allgemeiner Neurüstung, dann kann sich die Uebergangswirtschaft

von vornherein begraben lassen — oder, wenn man lieber will, dann kann man ihr ewige Dauer versprechen, denn zu normalen, geordneten Zuständen innerhalb der gegebenen Staats- und Wirtschaftsordnung kommen wir dann überhaupt nicht mehr. Solange diese Wirtschaft noch ihre Existenz fristet, wird sie bei Fortsetzung des Wettrüstens aus jenem Stadium des Uebergangs nicht mehr herauskommen, das zwei Löcher aufmacht, um eines zuzumachen. Der unvermeidliche wirtschaftliche Aufschwung, der sich einige Zeit nach dem Krieg einstellen muß, wird dann auf die heute vorwiegend agrarischen Gebiete außerhalb Europas beschränkt bleiben, wenn nicht früher schon in dessen Industriestaaten das Proletariat sich ermannt und eine wirkliche und ernsthafte „Neuorientierung" in seinem Sinne vornimmt, eine „Erneuerung" nicht der „Heeres- und der Flottenausrüstung", sondern der Gesellschaft.

2. Proportionalität und Kontinuität.

Durch die Herbeiführung der allgemeinen Abrüstung kann die Staatsgewalt am wirksamsten die Erneuerung des Produktionsapparats nach dem Kriege unterstützen. Aber damit ist ihre Aufgabe gegenüber dem Produktionsprozeß nicht erschöpft. Dieser wird nicht nur durch Mangel an Produktionsmitteln gehemmt werden, sondern auch dadurch, daß der Krieg die Proportionalität und Kontinuität der Produktion durchbrochen hat.

Der Leser braucht über diese schweren Fremdworte nicht zu erschrecken. Die Tatsachen, die mit diesen Worten bezeichnet werden, sind nicht so schwer zu begreifen.

Die Warenproduktion beruht auf der Arbeitsteilung zwischen selbständigen, voneinander unabhängigen Betrieben. Diese Arbeitsteilung nimmt in der kapitalistischen Produktionsweise riesenhafte Dimensionen an. Während unter primitiven Zuständen jede sich selbst genügende Gemeinschaft, etwa eine Hausgenossenschaft, nicht nur das Rohmaterial, sondern auch die Werkzeuge selbst herstellt, mit denen sie einen konsumfertigen Gegenstand produziert, und Rohmaterial, Werkzeug, Produkt höchst einfacher Art sind, werden heute Rohmaterialien, Werkzeuge und Maschinen in verschiedenen Betrieben hergestellt, werden die verschiedenartigsten Materialien sowie Werkzeuge und Maschinen bei der Erzeugung eines Produkts in Anwendung gebracht und dieses selbst selten in einem einzigen Betrieb völlig für den persönlichen Konsum hergestellt. Meist muß es eine Reihe von Betrieben durchwandern, ehe es aus dem Bereich der Produktion heraus- und in den des persönlichen Konsums eintritt.

Bei dieser so weit getriebenen Arbeitsteilung hängt jeder einzelne Betrieb und Industriezweig von zahlreichen andern ab. Keiner kann seine Produktivkraft ungehemmt entfalten, wenn nicht gleichzeitig alle andern, auf die er angewiesen ist, im gehörigen Ausmaß die erforderlichen Produkte produzieren, die für ihn Produktionsmittel sind. Wenn nur eines davon

nicht in genügendem Ausmaß vorhanden ist, kann der ganze Betrieb, der ganze Industriezweig stillgesetzt werden. Oft genügt dazu der Mangel eines sehr untergeordneten Materials. Eine Spinnerei kann über ausreichend Baumwolle und Kohle verfügen, über die vollkommensten Maschinen, aber in ihrem Betrieb gehindert werden durch Mangel an Schmieröl für die Maschinen. Bei der Herstellung eines Buches mögen Autor, Papierfabrik, Setzerei, Druckerei ihre Schuldigkeit getan haben, und doch kann das Erscheinen verzögert werden, weil dem Buchbinder der Heftdraht fehlt.

Soll der Produktionsprozeß ungestört vor sich gehen, ist es also notwendig, daß gleichzeitig alle Produktionszweige in dem richtigen Verhältnis zueinander stehen und in diesem Verhältnis produzieren; keiner soll zuviel produzieren, denn das bedeutet Verschwendung von Material und Arbeitskraft auf Kosten anderer Produktionszweige, die sie brauchen könnten. Vor allem darf keiner zuwenig produzieren, denn jedes Zurückbleiben hinter dem Bedarf hemmt und stört andere Produktionszweige.

Das richtige Verhältnis der Produktionszweige zueinander, ihre P r o p o r t i o n a l i t ä t, ist eine unerläßliche Vorbedingung des ungestörten Fortgangs der Produktion.

Wie wird diese Proportionalität aber erzielt? Die Produktion ist heute nicht gesellschaftlich geregelt. Jeder Betrieb ist Privateigentum, produziert unabhängig von den anderen, das ihn regelnde Prinzip ist nicht das gesellschaftliche Bedürfnis, sondern der höchstmögliche Profit. Dabei hat die Arbeitsteilung eine internationale Ausdehnung gewonnen. Sie umspannt die ganze Welt. Wie wird es da erreicht, daß unter diesen Millionen selbständiger Betriebe aller Zonen und Weltteile die richtige Proportionalität herrscht, die Produktion nicht in einem anarchischen Chaos erstickt?

Die Ordnung in diesem, jeder planmäßigen Regelung entbehrenden Gewirr wird dadurch möglich gemacht, daß im ganzen und großen der Produktionsprozeß sich immer wieder in gleicher Weise wiederholt. Durch diese ununterbrochene Wiederholung, die K o n t i n u i t ä t des Prozesses, wird die Proportionalität ermöglicht.

In ihren Anfängen vollzieht sich die Warenproduktion meist in kleinem Kreise, oft auf Bestellung, als Arbeit für den Kunden, nicht für den Markt. Da ist es nicht schwer, die verschiedenen Betriebsstätten und Industrien in das richtige Verhältnis zueinander zu setzen, in dem sie füreinander arbeiten, ohne daß eine von ihnen ins Stocken kommt. Sobald sich der Kapitalismus der Industrie bemächtigt, knüpft er an die Proportionalität an, die er vorfindet. Er dehnt wohl die Industrie aus, führt die Arbeitsteilung in ihr immer weiter, aber doch ohne Unterbrechung der Kontinuität der industriellen Produktion, die sich im ganzen und großen von einem Jahre zum andern nur wenig ändert.

Aber freilich, das gilt bloß „im ganzen und großen". Im einzelnen unterliegt sie oft sehr bedeutenden Veränderungen und Schwankungen, mit der Tendenz zu steter Erweiterung. Politische, soziale, natürliche, technische Veränderungen bewirken auch Veränderungen im Verhältnis der Pro-

duktionszweige zueinander, so Wechsel der Moden, der Handelspolitik, der Ernteerträge, neue Erfindungen, der Bau neuer Verkehrswege usw. Daher ist die Produktion bei aller Kontinuität nicht eine starre, sondern eine elastische Größe, sie vollzieht sich unter steten gelegentlichen Erweiterungen an manchen Stellen und Verengerungen an anderen.

Daß dabei die Proportionalität nicht in die Brüche geht, sondern sich immer wieder herstellt, dafür sorgt das Streben nach dem Profit. Dort, wo mehr produziert wird, als der Proportionalität entspricht, sinken die Preise und damit der Profit. Wo zu wenig produziert wird, da steigen die einen wie die andern. Den Produktionszweigen ersterer Art wird kein neues Kapital zugeführt, eher Kapital entzogen, ihre Produktion wird eingeschränkt. Das freiwerdende Kapital strömt mit Vorliebe den letzteren zu, die ihre Produktion ausdehnen. So wird durch das Spiel von Angebot und Nachfrage die Proportionalität der Produktionszweige und damit der Produktionsprozeß selbst im Gange gehalten. Es ist kein sehr rationelles Verfahren, mit häufigen Stößen, stetem Ach und Krach, aber es genügt zur Not dort, wo die Kontinuität der Produktion gewahrt ist.

3. Krieg und Kontinuität.

Jetzt, in dem Weltkrieg, wird die Kontinuität unterbrochen in einer Weise, wie nie zuvor. Die großen Kriege der Epoche von 1853 bis 1878 waren lokale Ereignisse, verglichen mit dem jetzigen. Sie vollzogen sich bloß zwischen zwei oder drei großen Staaten, waren meist kurz, mit Ausnahme der Orientkriege, die sich außerhalb des kapitalistischen Teils Europas abspielten. Die Armeen waren noch relativ klein, die Zahl der Arbeitskräfte wurde dadurch nur unerheblich vermindert. Die Industrie spielte für die Kriegführung noch lange nicht jene Rolle wie heute, der Weltverkehr wurde nur wenig gestört.

Das gilt selbst für den gewaltigsten jener Kriege, den deutsch-französischen von 1870. Er dauerte sieben Monate, die deutsche Armee zählte am Ende etwa eine Million Mann, es starben an Verletzungen und Krankheiten im ganzen rund fünfzigtausend Mann.

Im deutschen Zollgebiet betrug die Ausfuhr von Weizen (nach Abzug der Einfuhr)

1868	2,39	Millionen Zentner
1869	4,98	„ „
1870	3,74	„ „

Die Einfuhr von Baumwolle (nach Abzug der Wiederausfuhr)

1868	1,51	Millionen Zentner
1869	1,24	„ „
1870	1,69	„ „

An Maschinen, Lokomotiven, Dampfkesseln wurden im deutschen Zollgebiet

	eingeführt	ausgeführt
1868	216 373 Zentner	280 960 Zentner
1869	291 104 „	411 088 „
1870	297 221 „	422 327 „

Man sieht, wie gleichmäßig der Produktionsprozeß vor sich ging, wie wenig seine Kontinuität durch den Krieg gestört wurde.

Die damaligen Kriegskosten erscheinen uns auch winzig. Adolf Wagner schätzte sie für Deutschland auf $1^1/_2$ Milliarden Mark. (Vgl. über diese Zahlen meine Studie im „Kampf“, August 1916, über „Die ökonomische Seite des Erschöpfungskrieges“.)

Selbst Frankreich, das unter dem Kriege so sehr litt, hatte im Vergleich zu jetzt minime Kriegskosten.

Die französische Staatsschuld betrug (1870) bei Ausbruch des Krieges 13,7 Milliarden Franken, am Ende desselben 16,5 Milliarden Franken (ohne die Kriegsentschädigung an Deutschland). (F. Lederer, Die Ueberleitung der Wirtschaft in den Friedenszustand, Archiv für Sozialwissenschaft, Juli 1916.)

Frankreich hatte also während des Krieges nur 3 Milliarden Franken — etwa $2^1/_2$ Milliarden Mark — Schulden gemacht.

Was sind das für Ziffern gegenüber den jetzigen!

Weit länger dauerte die Epoche der Kriege der Französischen Revolution und des Kaiserreichs, die im Grunde nur einen einzigen großen Krieg ausmachten, der mit kurzen Unterbrechungen über zwei Jahrzehnte lang, von 1792 bis 1815, dauerte und ganz Europa in Mitleidenschaft zog. Doch die ökonomischen Nachteile dieser Kriege lagen vor allem in den Verwüstungen, die sie anrichteten. Die Kontinuität der Produktion spielte damals noch eine geringe Rolle, der lokale Markt herrschte für die Industrie vor und diese selbst war gering gegenüber dem Ackerbau. Nur in England war der industrielle Kapitalismus schon sehr entwickelt. Dort führte aber auch der Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zu großen Geschäftsstockungen, der ersten jener allgemeinen Krisen, die seitdem ungefähr aller zehn Jahre die kapitalistische Welt heimsuchen.

Und doch hatte die Epoche der Napoleonischen Kriege selbst für die englische Industrie nur eine Störung, nicht aber eine völlige Aufhebung der Kontinuität bedeutet. Der Produktionsprozeß war dort während des Krieges nie gehemmt gewesen, die Produktivkräfte der Industrie hatten sich rapid entwickelt, die Krisis von 1815 war die erste der allgemeinen Krisen aus Ueberproduktion.

Das wird nicht das Merkmal der kommenden Krisis sein. Mangel an Produktionsmitteln und Produktivkräften wird sie kennzeichnen, vor allem aber nicht mehr bloße Störung, sondern völlige Unterbrechung der Kontinuität der Produktion.

Sie hat nach dem Kriege ganz von neuem zu beginnen, nicht in dem einen oder anderen Staate, sondern in der ganzen kapitalistischen Welt.

Da genügt nicht das Spiel des Hebens und Senkens der Preise und Profite durch Angebot und Nachfrage zur Regelung der Produktion. Es war schon ein dürftiger Notbehelf, um gelegentlichen Störungen der Kontinuität abzuhelfen, es versagt völlig, wenn es gilt, in das Chaos Ordnung zu bringen, das der Krieg hinterlassen wird.

4. Die Neuorganisierung der Produktion.

In einer Beziehung ist die Organisation der Produktion heute leichter als nach den Kriegen des neunzehnten Jahrhunderts. Damals waren die Betriebe der Warenproduktion relativ klein, dafür höchst zahlreich und ohne Zusammenhang untereinander. Seitdem hat der Großbetrieb enorme Fortschritte gemacht. Wohl gibt es neben ihnen noch viele Kleinbetriebe, sie haben in manchen Industriezweigen sogar zugenommen, aber noch weit rascher die Großbetriebe. In der deutschen Industrie zählte man 1882 2 176 000 Kleinbetriebe, 85 000 Mittelbetriebe, 9 500 Großbetriebe, 1907 dagegen 1 870 000 Kleinbetriebe, 187 000 Mittelbetriebe, 29 000 Großbetriebe. Noch überwiegen die Kleinbetriebe weitaus an Zahl, aber ökonomisch haben sie wenig mehr zu bedeuten. 1882 umfaßten sie noch 55 Prozent aller industriellen Arbeiter, 1907 nur noch 29,5 Prozent. Die Zahl der Arbeiter der Großbetriebe ist dagegen von 26 Prozent auf 45,5 gestiegen.

Noch mehr ist natürlich der Anteil gewachsen, den die Großbetriebe zum Gesamtprodukt der Industrie beitragen, denn im Großbetrieb ist das Produkt des einzelnen Arbeiters weit größer als im Kleinbetrieb. Endlich sind viele Kleinbetriebe nur noch Anhängsel des Großbetriebs. Die Großbetriebe beherrschen das ökonomische Leben. Es ist aber klar, daß es leichter ist, die Produktion von 30 000 Großbetrieben zu organisieren, als die von 2 Millionen Kleinbetrieben.

Tatsächlich hat schon seit einigen Jahrzehnten vor dem Kriege die organisatorische Zusammenfassung der Großbetriebe in einzelnen Industriezweigen große Fortschritte gemacht. Diese Entwicklung wurde durch den Weltkrieg nicht durchbrochen, sondern vielmehr erheblich gefördert. Die Kartellierung wird nach dem Kriege noch ausgedehnter und stärker sein als vor ihm.

Besonders ist der Großbetrieb gewachsen im Bankwesen; dabei ist der Einfluß der Banken auf die Industrie mit der Entwicklung des Kreditwesens enorm gestiegen. Die Banken haben auf den industriellen Betrieb den größten Einfluß erlangt, und die Banken selbst werden von wenigen Großbanken beherrscht. Die neun Berliner Großbanken bestimmen die Wege, die die Industrie einschlägt, für ganz Deutschland. Wir kommen darauf noch in einem andern Zusammenhang zurück.

Die Entwicklung der Kartelle und Trusts sowie des Bankwesens bietet weit mehr als jemals bisher die *Möglichkeit*, die Industrie planmäßig zu organisieren und zu leiten. Aber doch nur die Möglichkeit,

keineswegs die Sicherheit. Denn Banken, Kartelle, Trusts sind nicht gesellschaftliches Eigentum, sondern privates Eigentum, allerdings nicht im Einzelbesitz, sondern dank der Aktienform im Besitz von Kapitalisten-gesellschaften, die von einzelnen überragenden Kapitalisten kommandiert werden. Sie dienen nicht der Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs, sondern der Gewinnung von Profit. Und Kartelle wie Trusts sind überdies nicht Organisationen der Produktion überhaupt, sondern nur einzelner Industriezweige. Sie bringen wohl vermehrte Planmäßigkeit in den einzelnen Industriezweig hinein, nicht aber in die gesamte Industrie. Im Gegenteil. Eine der Methoden, ihre Profite zu erhöhen, besteht gerade darin, der Proportionalität der Industriezweige entgegenzuwirken, das Angebot der eigenen Branche stets hinter der Nachfrage zurückzuhalten, um so die Preise, die sie erzielt und damit auch ihre Profite dauernd über den Durchschnitt zu erheben, den sie bei freiem Spiel von Nachfrage und Angebot erreichen würden.

Diese Einrichtungen bieten keine Gewähr, daß sie der Notlage der kommenden Uebergangswirtschaft stets aufs zweckmäßigste und eifrigste steuern und nicht vielmehr versuchen werden, sie auszubeuten, um ihre Macht und ihre Gewinne zu steigern.

Es wird unbedingt nötig werden, daß der einzige Faktor eingreift, der ihnen heute an ökonomischer Macht noch überlegen ist und der den Sonderinteressen der einzelnen Berufsgruppen gegenüber die Gesamtinteressen der ganzen bürgerlichen Gesellschaft wenigstens innerhalb seines Bereichs vertritt: der Staat.

Ohne energische staatliche Eingriffe wird die Uebergangswirtschaft gar nicht wieder in Gang kommen können, wird die Anarchie, die im Wesen der Warenproduktion enthalten ist und nur durch deren Kontinuität erträglich wurde, in krassester Weise zum Ausbruch kommen und das Werk der Verwüstung durch den Krieg auf die Spitze treiben.

Doch auch die staatlichen Eingriffe sichern uns noch nicht das wirtschaftliche Gedeihen. Wir gehen bei unseren Erörterungen immer vom bürgerlichen Staate aus, von einem Staatswesen, das von einer oder mehreren der besitzenden Klassen beherrscht wird. In einem proletarischen Staate würden ja die Probleme der Uebergangswirtschaft wesentlich andere sein. Diese hätte dort nicht bloß den Uebergang vom Kriegszustand zum Friedenszustand, sondern auch den von kapitalistischer zu sozialistischer Produktion zu bewerkstelligen.

Eine bürgerliche Staatsgewalt wird den Respekt vor dem Privateigentum an den Produktionsmitteln und vor dem Profit nie los. Sie vermeidet es daher soviel wie möglich, in das wirtschaftliche Leben in einer Weise einzugreifen, die jenes Privateigentum gefährdet oder die Gelegenheiten, Profit zu machen, einschränkt. Die staatliche Regelung der Produktion erheischt aber die Besitzergreifung der Produktionsmittel durch den Staat.

Muß der bürgerliche Staat in die Wirtschaft eingreifen, so zieht er es vor, den Warenaustausch, statt die Warenproduktion zu regeln, und

zwar in einer Weise, die den herkömmlichen Profit nicht verkürzt. Der Austausch bei privater Produktion ist aber ein recht quecksilbernes Gebilde, zu dessen Bewältigung die Starrheit des bureaukratischen Staates wenig taugt. Er vermöchte wohl die heute schon organisierte Großproduktion zu regeln und daraus ergäbe sich leicht die Regelung des Austausches. Der umgekehrte Weg ist unendlich verwickelter und führt leicht irre. Wir erleben es ja jetzt schaudernd, in welches unentwirrbare Netz von Verordnungen uns bereits die Kriegswirtschaft dank ihrer Scheu vor den „Produzenten" verwickelt hat. Die gleiche Scheu mag leicht in der Uebergangswirtschaft die gleiche Wirrnis erzeugen, das Chaos noch dunkler und undurchsichtiger machen, zu dessen Klärung sie berufen ist.

Dazu kommt noch, daß die jeweiligen Träger der Staatsgewalt wohl an den einzelnen Sonderinteressen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft weniger direkt beteiligt sein mögen als die Geschäftsleute, daß sie jedoch über diese Interessen keineswegs so erhaben sind, wie es die Theorie vom Staate gewöhnlich behauptet. Die Staatslenker haben nicht selten starke private Interessen, sei es kapitalistischer, sei es agrarischer Natur.

Auf der andern Seite finden wir, daß, je mehr die Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben eingreift, desto lebhafter das Interesse der sonst recht unpolitischen Geschäftsleute für die Staatspolitik wird. Desto mehr suchen die einzelnen Cliquen und Klüngel sich der Staatsgewalt direkt oder indirekt zu ihren Gunsten zu bedienen. Auch das vermehrt wieder die Gefahr, daß das Eingreifen des Staates die Verwirrung zugunsten von Augenblicks- und Sonderinteressen eher steigert als mindert.

Endlich gesellt sich als drittes Gefahrenmoment in der Zeit der Uebergangswirtschaft zum Eingreifen des Staates noch seine Finanznot, die ihn drängt, die Staatswirtschaft nicht vom sozialpolitischen, sondern vom fiskalischen Standpunkt zu betreiben, selbst unter jene Produzenten zu gehen, die ihre Profite zu erhöhen suchen entweder auf Kosten ihrer eigenen Lohnarbeiter oder der Konsumenten, die zum großen Teil nichts anderes sind, als die Lohnarbeiter der anderen.

Auf der Suche nach Steuern bevorzugt der bürgerliche Politiker solche, die möglichst wenig erkennen lassen, von wo der Druck ausgeht, den sie üben. Neben indirekten Steuern scheinen auch manche Monopole dazu sehr geeignet. Namentlich dann, wenn sich sozialdemokratische Theoretiker finden, die der Volksmasse einzureden suchen, die Gewinne aus fiskalischen Monopolen würden auf Kosten der Kapitalistenklasse gemacht, je höher also die Besteuerung durch das Monopol, desto näher der Sozialismus.

Es ist klar, daß die fiskalischen Interessen des Staates seine Uninteressiertheit gegenüber den Sonderinteressen der einzelnen bürgerlichen Koterien stark herabsetzen. Er wird, namentlich durch die Monopole, selbst Teilhaber an der Mehrwertaneignung, bekommt ein Interesse, einzelne der Gebiete dieser Aneignung auf Kosten anderer zu stärken.

Alles das wirkt darauf hin, daß das Eingreifen des Staates in die Wirtschaft noch lange nicht deren zweckmäßigste Regelung sichert. Er kann ihren Ruin noch beschleunigen, sowohl durch eine unzweckmäßige allgemeine

Politik — wir haben schon auf das Wettrüsten hingewiesen — wie durch eine, kurzsichtigen Sonderinteressen dienende Wirtschaftspolitik. Anderseits geht es einfach nicht ohne Eingreifen des Staates in der Zeit des Uebergangs.

Um so dringender notwendig wird es, daß die Arbeiter Einfluß auf diese Politik nehmen, nicht nur im besonderen Interesse ihrer Klasse, sondern auch in dem allgemeinen der Gesellschaft, deren Entwicklung durch ihr Klasseninteresse am besten gefördert wird. Sie müssen Einfluß üben in allen öffentlichen Körperschaften, in denen sie vertreten sind, sie müssen verlangen, daß sie in alle öffentlichen Körperschaften ihre Vertreter entsenden können, auch in die zu Zwecken der Uebergangswirtschaft besonders geschaffenen. Es geht nicht an, daß diese ausschließlich aus Bureaukraten und „Interessenten“, das heißt den Vertretern kapitalistischer Sonderinteressen, zusammengesetzt werden.

Die Arbeitervertreter dürfen jedoch nicht Vertreter der „positiven Arbeit“, das heißt geduldige Jasager sein, die durchdrungen sind von der Harmonie der Interessen aller „schaffenden Stände“. Und sie dürfen sich nicht damit begnügen, ihre Ratschläge zu erteilen und Anträge zu stellen, die, wenn sie einigermaßen durchgreifend sind und nicht bloße Schönheitsfehler treffen, doch abgelehnt werden. Sie müssen dafür sorgen, daß die Arbeiten der Körperschaften der Uebergangswirtschaft sich in voller Oeffentlichkeit vollziehen, daß auch hier alle Geheimdiplomatie aufgehoben ist.

Wohl und Wehe der Volksmassen hängt von der Art der Uebergangswirtschaft ab, das Proletariat muß gründlich über sie unterrichtet sein. Es muß nicht nur die Verordnungen der Uebergangswirtschaft, sondern auch, was nicht minder wichtig, die Art ihrer Ausführung stets kontrollieren können, um imstande zu sein, wohlinformiert auf sie durch die Organisationen und Aktionen seiner Massen einzuwirken. Nur unter dieser Voraussetzung dürfen wir erwarten, daß das Eingreifen des Staates in die Uebergangswirtschaft Ersprießliches schafft.



III. Die Frachtraumnot.

Zum Produzieren gehören nicht bloß Formveränderungen, sondern auch Raumveränderungen des Stoffes. Man kann nicht produzieren, ohne die Rohmaterialien von der Stätte, auf der sie erzeugt oder gefunden wurden, loszulösen, sie einer neuen, oft recht entfernten Produktionsstätte zuzuführen, von der sie als Halbfabrikat wieder zu einer anderen transportiert werden, vielfach noch zu einer dritten und vierten usw., bis sie endlich fertig sind, um dem letzten Konsumenten übergeben zu werden, der sie nicht mehr produktiv konsumiert, sondern persönlich verbraucht.

Je mehr die Arbeitsteilung wächst, die Produktion zur Weltproduktion wird, die ihre Produktionsmittel aus aller Welt zusammenholt und ihre Produkte an die ganze Welt abgibt, um so wichtiger wird die Rolle, die das Transportwesen im Produktionsprozeß spielt.

Der Krieg hat es aufs gewaltsamste gestört. Eine der ersten Aufgaben der Uebergangswirtschaft wird dahin gehen, es wieder in vollem Maße funktionieren zu lassen.

Das wird nicht allzu schwer sein für die Mittel des Massentransports innerhalb der einzelnen Staaten, die Eisenbahnen und Kanäle. Der moderne Krieg mit seinen Millionen von Soldaten und seinen ungeheuren technischen Behelfen, die sich aufs rapideste abnutzen und immer wieder erneuert und an bestimmten Punkten rasch konzentriert werden müssen — dieser Krieg wäre ganz unmöglich ohne ein dichtes, leistungsfähiges Netz von Eisenbahnen.

Allerdings, gerade weil die Eisenbahnen ein so unentbehrliches Kriegsmittel geworden sind, sucht jeder Teil die Schienenwege des Gegners möglichst zu zerstören. Aber die Schäden, die etwa durch Flieger in dieser Beziehung angerichtet werden konnten, waren doch relativ geringfügig. Weit größer sind die Zerstörungen, die eine Armee auf dem Rückzug an den eigenen Eisenbahnen, z. B. durch Sprengung von Brücken, anrichtet, um das rasche Nachrücken des Verfolgers zu erschweren. Aber das gleiche Interesse, das auf der einen Seite diese Zerstörungen veranlaßt, treibt die andere Seite, sie möglichst rasch und vollkommen wieder auszubessern. Schädigungen dieser Art bleiben auf den Kriegsschauplatz beschränkt. Andere Schädigungen beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen im ganzen Lande. Namentlich die große Abnutzung des Bahnkörpers und des rollenden Materials,

die während des Krieges nicht durch entsprechende Erneuerungsarbeiten wettgemacht wird. Doch wird das hauptsächlich für Länder gelten, die keine ausreichende eigene Eisenproduktion und Eisenverarbeitung aufweisen und vom Weltverkehr während des Krieges abgeschnitten sind, die sich also außerstande sehen, selbst in genügendem Maße neue Lokomotiven, Waggons, Schienen zu erzeugen. Wo ein Industrieland in der Lage ist, solche herzustellen, wird es auch im Kriege danach trachten, daß dies in ausreichendem Maße geschieht, denn diese Transportmittel sind ebenso unentbehrliches Kriegsmaterial, wie Flugapparate und Unterseeboote.

Fallen einmal die Bedürfnisse des Krieges an Transporten von Soldaten, Pferden, Kanonen, Munition, Proviant usw. fort, dann darf man erwarten, daß die Eisenbahnen in den meisten Ländern wieder weitgehenden Ansprüchen der Produktion vollauf gerecht werden können, um so mehr, da dann genügende Arbeitermassen für Reparaturzwecke frei werden. Nur der Mangel an manchen Rohmaterialien kann da noch eine Zeitlang hemmend wirken.

Nicht ebenso steht es mit dem überseeischen Verkehr. Der Krieg wirkt heute auf die Handelsflotten ganz anders als ehedem. Früher war der Seekrieg vornehmlich Kaperkrieg, die Wegnahme feindlicher Schiffe, die man der eigenen Flotte einverleibte. Die Schiffe und ihr Inhalt wurden dabei nicht zerstört, es wurde nur der Reichtum, den sie darstellten, von dem zur See schwächeren Lande auf das stärkere Land übertragen. Der Unterseebootkrieg wirkt ganz anders. Er kann die nach dem Feindesland fahrenden oder von ihm kommenden Schiffe bloß zerstören. Das bedeutet im Kriege eine Verminderung des Schiffsraums, über den der Feind verfügt, es wird im Friedenszustand nachwirken als eine Beschränkung des Schiffsraums, der dem Welthandel zur Verfügung steht. Der überseeische Schiffsverkehr ist eben eine internationale Angelegenheit geworden. So kamen z. B. 1912 nach deutschen Häfen (abgesehen vom Küstenverkehr):

	Schiffe	Registertonnen
Deutsche Schiffe	25 427	12 960 000
Fremde Schiffe	23 079	12 530 000

Es fuhren aus den deutschen Häfen:

	Schiffe	Registertonnen
Deutsche Schiffe	25 545	12 962 000
Fremde Schiffe	23 307	12 579 000

Man sieht, der deutsche Seeverkehr war auf fremde Schiffe ebensosehr angewiesen, wie auf deutsche. Aehnlich steht es natürlich auch mit anderen Staaten. Selbst England, dessen Handelsmarine vor dem Kriege die jedes anderen Staates weit überragte, sah in seinen Häfen fremde Flaggen fast ebenso stark vertreten, wie die eigene. Es liefen 1913 in die britischen Häfen ein:

Britische Schiffe mit einem Rauminhalt von	46,6	Mill. Tonnen
Fremde Schiffe „ „ „ „	35,5	„ „

Das gleiche gilt für Norwegen, das nach England und Deutschland die stärkste Handelsflotte Europas besaß; die weitaus stärkste im Verhältnis zur Bevölkerung. In Norwegen kamen 1913 10 Tonnen Frachtraum auf 14 Personen, in England auf 37, im Deutschen Reich auf 206. Trotzdem kommen nach Norwegen fast ebensoviel fremde Schiffe wie eigene. Im Jahre 1913 liefen ein in die norwegischen Häfen:

	Schiffe	Rauminhalt
Norwegische Schiffe	5820	2 934 143 Tonnen
Fremde Schiffe	5133	2 831 892 „

Diese Zahlen bezeugen deutlich den internationalen Charakter der Seeschiffahrt. Er ist schon dadurch bedingt, daß das Meer ein internationaler Wasserweg ist, der allen Nationen in gleicher Weise zur Verfügung steht. Die „Freiheit des Meeres" bestand bereits für die Zeit des Friedens, es wäre sinnlos gewesen, um ihretwillen Krieg zu führen.

Und wie das Meer allen Nationen freisteht, dient es auch vornehmlich dem Verkehr der Nationen untereinander, im Gegensatz zu den meisten Eisenbahnen und Kanälen, die vornehmlich den Verkehr innerhalb jeder Nation vermitteln.

Die Kanäle im Deutschen Reich bewältigten 1912 im Inlandsverkehr 53,5 Millionen Tonnen, im Auslandsverkehr 40 Millionen.

Auf den deutschen Eisenbahnen wurden im gleichen Jahre im Inlandsverkehr 411 Millionen Tonnen befördert, im Auslandsverkehr bloß 67 Millionen.

Dagegen kommen von den 65 Millionen Tonnen, die im gleichen Jahre der Seeverkehr der deutschen Häfen im allgemeinen umfaßt, nur 14 Millionen auf den Küstenverkehr mit anderen deutschen Häfen. Fast viermal soviel entfielen auf den Auslandsverkehr.

Die Seeschiffahrt ist also das internationalste aller Verkehrsmittel. Dem entspricht es, daß der Seeverkehr eines Landes weit weniger von der Ausdehnung seiner eigenen Handelsflotte abhängt, als von der der Welt überhaupt.

Der Handel Belgiens litt durchaus nicht darunter, daß ihm 1912 auf eigenen Schiffen nur 1,9 Millionen Tonnen Waren zugeführt und ebensoviel ausgeführt wurden, daß Zufuhr wie Ausfuhr auf fremden Schiffen je 14,5 Millionen Tonnen ausmachten. Und auch das Gedeihen der Vereinigten Staaten wurde nicht dadurch beeinträchtigt, daß von seinem Seeverkehr 74,6 Millionen Tonnen auf fremde Schiffe und bloß 27 Millionen auf eigene entfielen. Eine Verminderung der Welttonnage verspürt dagegen jeder am Seeverkehr beteiligte Staat in empfindlichster Weise.

Alles, was die Welttonnage vermindert, trägt dazu bei, den Seeverkehr des einzelnen Landes selbst dann zu beengen, wenn dessen eigene Tonnage nicht abnimmt.

Aber natürlich kann das einzelne Land die Welttonnage nur dadurch vergrößern, daß es die eigene vermehrt. Den Schiffbau in jeder Weise zu fördern, wird eine der wichtigsten Aufgaben der Uebergangswirtschaft sein. Das Deutsche Reich soll zu diesem Zwecke in der Form von nicht rückzahlbaren Beihilfen an die Schiffsreeder zur Ersatzbeschaffung für verlorengegangene oder beschädigte Schiffe eine Milliarde Mark — manche rechnen, daß es drei Milliarden werden — aufwenden. Eine sehr schöne Sache, nur ist nicht einzusehen, warum diese Riesensumme dazu dienen soll, das private Reederkapital zu vermehren. So sehr wir gegen fiskalische Monopole sind, weil wir indirekte Steuern bekämpfen, so müssen wir uns doch noch entschiedener dagegen wenden, daß Staatseigentum in privates Kapital verwandelt wird. Die für den Ausbau der Handelsflotte aufzuwendende Milliarde sollte allerdings nicht dazu dienen, dem Staat erhöhte Einnahmen zu schaffen, sie könnte aber wohl in einer Weise verwendet werden, die den Staat in den Besitz einer Flotte setzte, mit deren Hilfe er imstande wäre, alle Versuche der Reeder zu durchkreuzen, durch Kartellierung die Frachtraumnot zu wucherischer Erhöhung der Frachtraten und damit der Produktionskosten und Produktenpreise auszunutzen. Wir müssen unbedingt fordern, daß die Milliarde dazu verwendet wird, auf Staatskosten Schiffe bauen zu lassen, die Staatseigentum bleiben und nicht Zwecken des Profits, sondern Zwecken des gesellschaftlichen Bedarfs dienstbar gemacht werden.

In welcher Weise das am zweckmäßigsten geschieht, ist wieder eine Frage für sich.

Die Seeschiffahrt zerfällt in zwei Gruppen: die „freie“ („wilde“ oder „Tramp“) Schiffahrt und die Linienschiffahrt. Die erste ist die ursprüngliche Art der Schiffahrt. Ihre Fahrten sind nicht von vornherein bestimmt. Bei ihr wird für jedes Schiff seine Abfahrtszeit und sein Reiseziel von Fall zu Fall bestimmt, es ist auch nicht an bestimmte Frachttarife gebunden, sondern diese richten sich ganz nach dem Wechsel des Angebots und der Nachfrage. Diese Art der Schiffahrt erfordert ebenso wie der Handel eine große Bewegungsfreiheit, die dem bureaukratischen Staatsbetrieb widerstrebt.

Neben der freien Schiffahrt entwickelt sich jedoch mit der Zunahme des Seeverkehrs immer mehr die Linienschiffahrt, die bestimmte Linien zu bestimmten Zeiten regelmäßig befährt und Güter wie Personen nach festgesetzten Tarifen befördert. Diese Regelmäßigkeit erinnert an die des Eisenbahnverkehrs, sie macht die Linienschiffahrt ebenso wie die Eisenbahnen geeignet für den bureaukratischen Staatsbetrieb.

Die Einrichtung staatlicher Dampferlinien wäre die zweckmäßigste Methode, die Staatsschiffe in Betrieb zu setzen. Wo das nicht ausreicht, könnte man Staatsschiffe an einzelne Speditionsfirmen verpachten, unter bestimmten Bedingungen zur Regelung der Frachtraten und der Arbeiterverhältnisse. Auf keinen Fall aber dürfte die Sozialdemokratie zugeben, daß sie freies kapitalistisches Eigentum werden.

Wie immer sich unter diesen Bedingungen der Schiffbau gestalten mag, er braucht Zeit. Die neuen Schiffe werden nicht so rasch fertig werden, um alle Gefahr einer Frachtraumnot zu beseitigen. Man muß auf Mittel bedacht sein, die sofort wirken.

Da hat man bisher eines zuwenig ins Auge gefaßt, wodurch ohne weiteres sehr viele Seeschiffe gespart werden könnten: die Konkurrenz der Eisenbahnen.

Natürlich kann man nicht von Hamburg nach Neuyork oder nach Sidney per Eisenbahn fahren. Aber eine Reihe von Reisen kann eben=sowohl zu Lande wie zur See gemacht werden. Zum Beispiel von Petersburg, Odessa, Konstantinopel führen nach dem Westen Eisenbahnen und Dampferlinien. Nach Ostasien gelangt man ebensowohl über Sibirien wie auf dem Wege durch den Suezkanal und den Indischen Ozean.

Bei mancher anderen Reise, die zur See gemacht werden muß, kann der Seeweg durch Benutzung der Eisenbahn teilweise abgekürzt werden. Wenn z. B. Baumwolle von Bombay nach Sachsen zu trans=portieren ist, erspart man sehr viel an Seeweg und damit an Schiffs=raum, wenn man sie in Genua ausladet und von da per Eisenbahn nach Sachsen bringt, statt sie zur See bis Hamburg kommen und dort erst den Landweg betreten zu lassen.

Für den Gütertransport wird bei möglicher Konkurrenz zwischen Schiff und Eisenbahn in der Regel der Seeweg vorgezogen, als der weit=aus billigste. Bloß Güter, die bei großem Werte relativ wenig Raum beanspruchen oder bei denen Schnelligkeit und Pünktlichkeit der An=kunft eine große Rolle spielt, ziehen die Benutzung der Eisenbahn vor.

Die Zahl der Güter, für die der eine oder der andere Weg der pro=fitablere, ist keine feststehende, sondern hängt sehr von dem Verhältnis der Frachttarife hier und dort ab. Je höher die Eisenbahntarife und je billiger die Schiffstarife, desto geringer die Zahl der Güter, für die der Eisenbahntransport lohnend ist, desto größer die Zahl derjenigen, von denen die Schiffsräume in Anspruch genommen werden, und umgekehrt. Je mehr Güter dort, wo Eisenbahn und Schiff konkurrieren, die Eisen=bahn wählen, desto mehr Schiffe werden für die anderen Fahrten frei, bei denen kein Landweg in Betracht kommt.

Die Frachtraumnot nach dem Kriege ist also in hohem Grade zu beheben durch eine vernünftige Eisenbahnpolitik. Je fiskalischer diese wird, je mehr die Eisenbahnen kapitalistisch von den verschiedenen Staaten ausgebeutet werden, um der Finanznot abzuhelfen, desto größer wird in der Seeschiffahrt der Mangel an Schiffsraum werden und desto höher werden die Frachtraten zur See steigen.

Wir haben früher schon gezeigt, daß billige Personentarife der Eisen=bahnen im Interesse der Arbeiter nach dem Kriege notwendiger sein werden als je, wo riesige Arbeitermassen umherziehen müssen, um Arbeit zu suchen oder Arbeit außerhalb ihres bisherigen Wohnorts aufzunehmen. Nicht minder wichtig sind billige Gütertarife der Eisenbahnen im Interesse der

Neubelebung des Produktionsprozesses, der durch den Mangel an Schiffsraum ernstlich bedroht wird.

Eine internationale Eisenbahnpolitik vom Standpunkte des gesellschaftlichen Bedarfs, nicht des fiskalischen Profits geleitet, vermöchte in hohem Maße der Frachtraumnot entgegenzuwirken, vielleicht sogar sie gänzlich unschädlich zu machen.

Denn zunächst wird die Nachfrage nach Schiffsraum kaum so groß sein, wie vor dem Kriege. Die Zahl der zu verschiffenden Rohmaterialien und Lebensmittel wird erheblich abnehmen. Einmal deswegen, weil vielfach weniger davon produziert wurde, dann aber auch deshalb, weil die Unterbrechung des Weltverkehrs während des Krieges die industrielle Verarbeitung der Rohmaterialien in manchen bisher agrarischen Erzeugungsländern sehr gefördert hat. Es wird also nicht nur die Menge der Rohmaterialien vermindert sein, sondern von dieser verringerten Menge wird auch mehr im Erzeugungslande selbst verbraucht werden, so daß ein geringerer Bruchteil für den Export übrigbleibt.

So werden die australischen Blei- und Zinkerze jetzt in Australien selbst verhüttet, von denen vor dem Kriege große Mengen verschifft wurden. Im Jahre 1913 bezog das Deutsche Reich 165000 Tonnen Zinkerze und 127000 Tonnen Bleierze von Australien.

Auf der anderen Seite haben die Unterbrechungen des Seeverkehrs während des Krieges dazu geführt, daß Industriestaaten dazu übergegangen sind, künstlichen Ersatz für manche Rohstoffe zu produzieren, die sie bisher aus dem Auslande bezogen. Das geschah vielfach mit solchem Erfolg, daß die Produktion des Ersatzes im Innern auch im Frieden fortgesetzt und auf die Zufuhr von außen verzichtet werden wird. Deutschland bezog z. B. vor dem Kriege jährlich 800000 Tonnen Salpeter von Chile. Diese Frachtmenge fällt künftighin infolge der Erzeugung von künstlichem Stickstoff wohl zum großen Teil weg.

Immerhin ist heute noch nicht abzuschätzen, wie sich das Verhältnis zwischen den zu transportierenden Rohstoffmengen und den verfügbaren Transportmitteln nach dem Kriege gestalten wird. Die Schiffahrt durch Verbilligung der Eisenbahnfrachten zu entlasten, davon werden die bürgerlichen Regierungen und Parteien aber nichts wissen wollen, denn der Ausfall an Einnahmen müßte auf anderem Wege, so vor allem durch starke Belastung der großen Einkommen und Vermögen mit direkten Steuern eingebracht werden. Eine solche Belastung ist ihnen ein Greuel. Die Ausnutzung der Eisenbahnen zu fiskalischen Zwecken wird daher in ihrer Finanzpolitik eine große Rolle spielen.

Um dem befürchteten Mangel an Frachtraum in der Uebergangszeit zu steuern, haben sie ein anderes Mittel erdacht, das jetzt in der Kriegszeit so oft bei Gütern angewandt wurde, die nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind: Man überläßt sie nicht dem freien Verkehr, sondern rationiert oder kontingentiert sie, setzt genau fest, in welchen Mengen und unter welchen Bedingungen sie den einzelnen Verbrauchern zugänglich werden. Eine vom Staate eingesetzte Kommission soll die Ver-

fügung über die Schiffsräume bekommen, bestimmen, welche Waren und wieviel von ihnen in den Schiffen aus- und wieviel eingeführt werden dürfen. So soll verhindert werden, daß überflüssige Güter den unentbehrlichen den Raum wegnehmen.

Dieser Gedanke erscheint auf den ersten Blick sehr plausibel. Aber seine Durchführung begegnet den größten Schwierigkeiten wegen des internationalen Charakters des Seeverkehrs.

Die Rationierung des Schiffsraumes kann ein Land natürlich nur für die eigenen Schiffe vornehmen. Es schließt sie damit zugleich von der Benutzung durch den Handel anderer Nationen aus. Die Folge wird sein, daß diese zu Gegenmaßregeln greifen und ihren eigenen Schiffen verbieten, Waren nach dem rationierenden Lande zu bringen. Das letztere kann dabei leicht in die Lage kommen, daß der Ausfall an Schiffsraum, den es durch das Fernbleiben der fremden Schiffe von seinen Häfen erleidet, größer ist als der Gewinn an Raum, den ihm die Monopolisierung der eigenen Schiffe bietet.

Der rationierende Staat müßte seinen Seehandel ausschließlich mit seiner eigenen Handelsflotte führen. Das würde die Ansprüche an sie gewaltig steigern. Nach jedem der Tausende von Häfen, aus denen er Produkte importiert oder nach denen er welche exportiert, müßte er nun eigene Schiffe senden. Wenn jedem Schiff genau vorgeschrieben wird, welche Frachten von ihm aufgenommen und nach welchen Häfen sie gebracht werden dürfen, dann ist die Wahrscheinlichkeit weit größer, daß es eine Fahrt, sei es die Hin- oder die Rückfahrt, unbeladen machen muß, als dann, wenn es in bezug auf Frachtart und Frachtziel keinen Beschränkungen unterworfen ist.

Schon vor dem Kriege war bei völlig freiem Verkehr die Zahl der Schiffe beträchtlich groß, die nach der einen oder der anderen Richtung keine Fracht fanden, entweder leer ausfuhren, um Güter zu holen, oder beladen abgingen, um leer heimzukommen. Man zählte 1912 in den deutschen Seehäfen (einschließlich des Küstenverkehrs):

	beladen	nicht beladen
Ankommende Seeschiffe	101 915	12 492
Ausfahrende Seeschiffe	83 635	30 296

Es betrug der Raumgehalt der Schiffe:

	Registertonnen	Registertonnen
Ankommende	29 763 000	2 778 000
Ausfahrende	22 066 000	10 540 000

Also ein Drittel des Raumgehalts der ausfahrenden Seeschiffe hatte keine Ladung gefunden, mehr als ein Zehntel der einfahrenden kam leer an.

Jede Beschränkung der Verkehrsfreiheit droht diese Leerfahrten zu vermehren.

Nehmen wir etwa an, ein deutscher Dampfer bringe Eisenwaren von Hamburg nach Pernambuco in Brasilien. Er fände dort eine Fracht

nach Neuyork, aber keine nach Deutschland. Seine Kontingentierung erlaubt ihm leider nicht, anderswohin als nach Deutschland Frachten zu übernehmen. Statt beladen abzufahren, muß er also nur unter Ballast in See gehen, entweder um leer in seine Heimat zurückzugehen, oder um anderswo, etwa in Buenos Aires, eine Ladung einzunehmen, die den Vorschriften der deutschen Kontingentierung entspricht; dafür muß ein englischer Dampfer, der in Buenos Aires bereit gewesen wäre, bei freiem Verkehr diese Fracht nach Deutschland zu bringen, nun leer nach Pernambuco fahren, um dort die Ladung für Neuyork aufzunehmen. Dank der Kontingentierung müssen so zwei Leerfahrten gemacht werden, die bei freiem Verkehr ausgefallen wären.

Jede Vermehrung der Leerfahrten bedeutet eine Verminderung der tatsächlich benutzten Welttonnage, wodurch direkt oder indirekt auch die Ausnutzung der Tonnage eines einzelnen Landes eingeschränkt wird.

Freilich brauchte der Dampfer aus Pernambuco nicht leer auszufahren, wenn er wartete, bis eine für ihn passende Ladung bereitlag. Aber dadurch wird die Sache nicht verbessert. Nicht nur die unbeladen fahrenden Schiffe, sondern auch die unbenutzt im Hafen liegenden nutzen dem Seeverkehr nichts, sind für ihn nicht vorhanden.

Nehmen wir an, ein Schiff zu beladen seien zwei Tage erforderlich und seine Reise dauere acht Tage. Muß es aber zehn Tage auf seine Ladung warten, so wird es statt zehn Tagen zwanzig brauchen, um den Transport zu bewirken. Unter solchen Bedingungen leisten zwei Schiffe nur so viel, wie eines leisten könnte.

Die Kontingentierung des Schiffsraumes mit den Hindernissen und Kontrollmaßregeln, die sie mit sich bringt, droht die Abfertigung der Schiffe zu verlangsamen und auch dadurch die volle Ausnutzung des vorhandenen Schiffsraumes einzuschränken.

Vergeltungsmaßregeln der anderen Nationen, die zum mindesten das Ausbleiben der fremden Schiffe aus den heimischen Häfen, wenn nicht schlimmeres, etwa Boykott oder Zollkrieg, bewirken, Vermehrung der Leerfahrten, Verlangsamung des Verkehrs, das sind die Gefahren, mit denen eine Kontingentierung des Schiffsraumes jedes Land bedroht, das zu dieser Art staatlicher Regelung des Seeverkehrs greift.

Dennoch ist die Idee nicht völlig abzuweisen. Nur läßt sich das an ihr, was rationell ist, bloß als internationale, nicht als nationale Regelung durchsetzen. Es entspricht dem internationalen Charakter des überseeischen Verkehrs, daß auch seine Regelung international sein muß. Die atlantische Linienschiffahrt war wohl der erste große kapitalistische Erwerbszweig, der zu einer internationalen Kartellierung gelangte. Schon 1895 schlossen sich der Gemeinschaft der deutschen Linien nach Nordamerika die englischen an. Das Verhältnis wurde noch enger 1902, als der von Pierpont Morgan begründete amerikanisch-englische Schiffahrtstrust in ein enges Verhältnis zum Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikalinie trat. Zu weiteren Vereinbarungen zwischen

deutschen und englischen Linien ist es für den südamerikanischen und ostasiatischen Dienst gekommen.

Zunächst hatten diese Verbände, wie alle Kartellierungen und Vertrustungen, den Zweck, den Profit auf Kosten der Konsumenten zu steigern. Aber sie trachteten doch auch, ihre Profite durch Senkung der Betriebskosten, durch bessere Ausnutzung der Betriebsmittel zu erhöhen; indem sie den Verkehr planmäßig regelten, verhinderten sie, daß mehrere Schiffe verschiedener Gesellschaften dort liefen, wo eines dem Bedürfnis genügte.

Eine internationale Regelung dieser Art wird nach dem Kriege, angesichts der drohenden Knappheit an Schiffsraum, doppelt notwendig werden. Eine Regelung, die nicht den Schiffsgesellschaften überlassen werden darf, bei der die Staaten und die Arbeiterorganisationen entscheidend mitreden müssen. Diese Seite des Kampfes gegen die Frachtraumnot wird die besondere Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie sein. Sie hat schon während des Krieges und bei den Friedensverhandlungen, wie sie im allgemeinen aller Völkerverhetzung entgegentritt, so auch im besonderen dahin zu trachten, daß alle Faktoren vermieden oder aufgehoben werden, die geeignet sind, die Not an Schiffsraum zu steigern, oder die dem Trachten entspringen, dieser Not durch einen Kampf der Nationen untereinander um den Frachtraum durch dessen nationale Monopolisierung zu begegnen.

Das ist eine der Ursachen, die seit jeher unsere Haltung gegenüber dem U=Boot=Krieg bestimmten.

Wir würden dabei jedoch auch darauf Bedacht nehmen müssen, daß jene internationalen Regelungen nicht ein Mittel der Ausbeutung der Völker durch das internationale Finanzkapital werden. Ebensowenig wie Organisation an sich, bedeutet Internationalität an sich schon Sozialismus. Nur die *proletarische* Organisation, nur die *proletarische* Internationalität trägt sozialistischen Charakter.

Es war und ist ein Unsinn, in der Ueberwindung des Manchestertums durch Kartelle, Trusts und Monopolwirtschaft bereits einen Sieg des sozialistischen Gedankens zu sehen. Das gleiche gilt für den Fall, daß der nationale Imperialismus durch eine Aera des internationalen Finanzkapitals überwunden wird, was keineswegs ausgeschlossen ist.

Unsere Aufgabe ist es, nicht nur dem nationalen Imperialismus gegenüber die Internationalität, sondern auch dem internationalen Finanzkapital gegenüber das proletarische Klasseninteresse wie das gesellschaftliche Gesamtinteresse zu verfechten und zur Geltung zu bringen.

So wird für uns auch der Kampf gegen die Frachtraumnot zu einem Kampfe gegen das nationale wie das internationale Reederkapital werden.



IV. Die industriellen Arbeitsmittel.

1. Die Verminderung der Arbeitsmittel.

Ebenso wichtig wie die Raumveränderungen sind für die Produktion die Formveränderungen des Stoffes. Sie bilden den Produktionsprozeß im engeren Sinne des Wortes. Aufgabe der Uebergangswirtschaft wird die Vermehrung und möglichst beste Ausnutzung nicht nur der Transportmittel, sondern auch der eigentlichen Produktionsmittel sein.

Diese zerfallen wieder in zwei Gruppen: die der Arbeitsgegenstände und der Arbeitsmittel. Ob ein Ding Arbeitsgegenstand ist oder Arbeitsmittel, ist nicht jedesmal schon durch seine Beschaffenheit bestimmt. Dieselbe Sache kann einmal Arbeitsgegenstand und ein andermal Arbeitsmittel sein, je nach der Art, wie sie angewandt wird. Die Erde ist zunächst bloßer Arbeitsgegenstand für den Menschen, aber die bearbeitete Erde in der Landwirtschaft wird ein Arbeitsmittel für ihn.

Alles, was als Rohmaterial dient, gehört zu den Arbeitsgegenständen. Zu den Arbeitsmitteln zählen Werkzeuge, Maschinen, bauliche Anlagen.

Im Arbeitsprozeß verhalten sich die beiden Gruppen sehr verschieden. Das Rohmaterial geht vollständig in ihn ein und wird in ihm verarbeitet, um in ganz neuer Gestalt, als neues Produkt aus ihm hervorzugehen, wie etwa Baumwolle im Garn, oder in ihm scheinbar völlig zu verschwinden, wie die Kohle, mit der der Dampfkessel geheizt wurde. Diese Stoffe müssen immer wieder von neuem herangebracht werden, soll der Arbeitsprozeß ohne Stocken vor sich gehen.

Die Arbeitsmittel verändern ihre Form nicht während des Arbeitsprozesses. Das Werkzeug, die Maschine, die Wasserkraftanlage, das Hüttenwerk sind im wesentlichen am Ende des einzelnen Arbeitsprozesses dieselben, die sie bei seinem Beginn waren. Sie überdauern ihn längere oder kürzere Zeit, gehen in einen Arbeitsprozeß nach dem anderen ein. Das Kapital, das zu ihrer Anschaffung angewandt wird, nennt man daher das stehende oder fixe Kapital, im Gegensatz zum zirkulierenden oder umlaufenden, das zur Bezahlung des Arbeitslohnes und der Rohstoffe dient.

Die Arbeitsmittel bedürfen nicht der Erneuerung nach jedem Arbeitsprozeß, mag dieser nun einen Tag oder eine Woche oder noch länger dauern. Manche von ihnen, etwa Wasserkraftanlagen, können für un=

endliche Dauer berechnet sein. Im allgemeinen jedoch nutzen sie sich in absehbarer Zeit ab, bedürfen steter Pflege, Reparaturen und schließlicher Erneuerung.

Natürlich sind nicht alle gleichartigen Arbeitsmittel, etwa alle Spinnmaschinen, gleichzeitig fertiggestellt und in Betrieb gesetzt worden. Die in Betrieb stehenden sind sehr verschiedenen Alters. Sie werden nicht alle gleichzeitig unbrauchbar, müssen nicht alle gleichzeitig ersetzt werden. Wohl aber müssen, soll der Produktionsprozeß keine Einschränkung erleiden, im Jahre mindestens ebensoviele Arbeitsmittel neu geschaffen werden, als durch Abnutzung aus der Produktion ausscheiden. Sie bedürfen also ebenso beständiger Zufuhr, wie das Rohmaterial, trotz ihrer längeren Dauer.

Nehmen wir an, in einem Lande beschäftige ein Zweig der Spinnerei im Jahre 10 Millionen Spindeln. Um das Beispiel möglichst zu vereinfachen, ziehen wir bloß die Spinnmaschinen in Betracht und setzen einfache Reproduktion voraus, daß also die Produktion nicht erweitert wird, sondern jahraus, jahrein die gleiche bleibt, ohne Vermehrung der Zahl und der technischen Leistungsfähigkeit der Maschinen. Die Lebensdauer einer Spinnmaschine betrage zehn Jahre (die Zahl ist ganz willkürlich genommen). Die ältesten Maschinen — eine Million Spindeln umfassend — werden an zehn Jahre, die jüngsten nicht über ein Jahr alt sein. In jedem Jahre müssen ebensoviel Spinnmaschinen gebaut werden, als ausfallen (also Maschinen mit einer Million Spindeln), soll die Produktion auf gleicher Höhe bleiben.

Nun breche ein Krieg aus, der alles Rohmaterial und alle Menschen, die einigermaßen in der Industrie entbehrlich sind, für seine Zwecke in Anspruch nimmt. Die Fabrikation der Spinnmaschinen hört auf. Deswegen braucht die Spinnerei nicht eingestellt zu werden, wenn es ihr an Rohmaterial und Arbeitskräften nicht fehlt. Sie mag eine Zeitlang sogar uneingeschränkt im Gange bleiben, etwa weil sie für die Bekleidung des Militärs unentbehrlich ist.

Allmählich werden freilich die älteren Spinnmaschinen unbrauchbar und aus dem Betrieb gezogen, dieser eingeschränkt werden.

Der Zeitpunkt, wann eine Maschine anfängt, für unbrauchbar zu gelten, hängt indes nicht bloß von technischen, sondern auch von ökonomischen Erwägungen ab. Eine Maschine kann noch ganz flott laufen und trotzdem ökonomisch unbrauchbar werden, wenn eine neue erfunden wird, die die alte in Schatten stellt. Andererseits kann eine Maschine, die nur wenig mehr leistungsfähig ist und nur mit Ach und Krach im Gange bleibt, doch noch mit Vorteil angewandt werden, wenn große Nachfrage nach ihren Produkten herrscht, deren Preise außergewöhnlich hoch sind. Bei Ueberangebot dagegen, bei scharfer Konkurrenz können sich nur die besten Maschinen behaupten. In Zeiten der Prosperität werden selbst die ältesten Kasten so lange als möglich im Gange gehalten. Neue Maschinen dienen da vornehmlich der Erweiterung der Produktion durch Neuanlagen. Zeiten der Depression führen zu rascher Säuberung der

Industrie von veralteten Arbeitsmitteln, neugebaute Maschinen dienen da zu deren Ersetzung.

In Kriegszeiten, wenn neue Maschinen ausbleiben, wird die Lebensdauer der alten so weit ausgedehnt, als nur technisch möglich.

Das hat natürlich seine Grenze. Einmal muß für jede Maschine der Zeitpunkt kommen, an dem sie technisch völlig unbrauchbar wird. Aber bis zu diesem Zeitpunkt kann und wird sie im Kriege ausgenutzt werden können, weit über die Grenze hinaus, die sie im Frieden ökonomisch unbrauchbar, das heißt, konkurrenzunfähig gemacht hätte.

Dauert der Krieg mehrere Jahre lang, dann wird nach seiner Beendigung die Zahl der technisch noch brauchbaren Maschinen verringert sein. Dazu wird sich aber nun, unter dem Druck der im Frieden einsetzenden internationalen Konkurrenz, auch eine Reihe Maschinen gesellen, die noch laufen können, aber nicht mehr konkurrenzfähig sind und deshalb außer Betrieb gesetzt werden müssen.

Beträgt die durchschnittliche Lebensdauer einer Spinnmaschine zehn Jahre und währt der Krieg vier Jahre, so werden von den 10 Millionen Spindeln, die er bei seinem Ausbruch vorfand, nach seinem Abschluß nur noch 6 Millionen betriebsfähig sein. Die Fabrikation der Spinnmaschinen ist aber nach unserer Voraussetzung, selbst wenn sie sofort wieder im alten Umfange einsetzen kann, bloß auf die Lieferung von einer Million im Jahr eingerichtet. In einem Jahr nach Kriegsende kann sie vielleicht so weit sein, daß sie von da an imstande ist, zwei Millionen im Jahre zu liefern. Bis dahin wird der Produktionsapparat der betreffenden Spinnereiindustrie nicht umfangreicher geworden sein, als bei Kriegsende, sie wird bloß ihren normalen Verschleiß ersetzt haben und am Ende des ersten Friedensjahres wie bei seinem Beginn über 6 Millionen Spindeln verfügen. Erst am Ende des zweiten Jahres wird die Spindelzahl auf 7 Millionen gestiegen, also immer noch weit von der Höhe der Zeit des Kriegsausbruchs entfernt sein. Erst im fünften Jahre wird sie diese Höhe wieder erklommen haben.

2. Die Ausnutzung der Arbeitsmittel.

Muß die Industrie, um zu ihrem vollen Betrieb zu kommen, so lange warten, bis sie ihre Arbeitsmittel wieder auf die alte Höhe gebracht hat? Das wäre eine verzweifelte Aussicht. Doch steht es zum Glück damit nicht immer so schlimm, wie es auf den ersten Blick aussieht. Die Arbeitsmittel lassen sich freilich nur langsam ersetzen und vermehren. Manche, namentlich Bauten, die vielleicht ein einziger Kanonenschuß, eine einzige Fliegerbombe in einem Moment zerstörte, können Jahre brauchen, bis sie wieder völlig hergestellt sind.

Aber das Quantum der Leistungen der vorhandenen Arbeitsmittel ist nicht eine starre, sondern eine sehr elastische Größe. Es läßt sich unter Umständen gewaltig ausdehnen. Dies in höchstem Maße zu bewerk-

stelligen, wird die Uebergangswirtschaft zu ihren wichtigsten Aufgaben zählen. Nicht für alle Industriezweige, denn nicht bei allen haben die Arbeitsmittel in gleicher Weise gelitten. Manche, die für den Kriegsbedarf arbeiteten, werden nach dem Kriege sogar mehr Arbeitsmittel aufweisen, als vorher. Andere wieder werden in noch höherem Maße an Arbeitsmitteln eingebüßt haben, als unser Beispiel veranschaulicht. Diese Verschiedenheit in der Ausstattung mit Arbeitsmitteln wird sehr dazu beitragen, jene Proportionalität der Produktionszweige zu stören, von der wir schon in einem früheren Kapitel gehandelt haben, und die Schäden zu vermehren, die aus dieser Störung entspringen. Auch da wird es gelten, für die richtige Proportionalität zu sorgen, sowohl in der Ausstattung der einzelnen Industriezweige mit Arbeitsmitteln, wie in der Ausbeutung der Produktivkraft dieser Mittel.

Die Leistungen des vorhandenen Produktionsapparats einer Reihe von Industriezweigen zu steigern, wird eine dringende Notwendigkeit sein — für die ganze Gesellschaft, für alle Klassen. Und doch wird dies Bedürfnis nicht gesteigerte Harmonie der Klassen, sondern die erbittertsten Kämpfe unter ihnen hervorrufen. Denn die einfachste, bequemste und profitabelste Methode, diese Leistungen zu steigern, ist die, die Arbeitslast des Arbeiters zu vergrößern.

Das kann auf zwei Wegen geschehen. Einmal: man steigert die Intensität der Arbeit. Dadurch schafft der Arbeiter mit demselben Arbeitsmittel in der gleichen Zeit, etwa einer Stunde, mehr als früher. Vermehrt man die Intensität der Spinnerarbeit um 20 Prozent, so wirkt das ebenso, als wenn die Zahl der in Betrieb stehenden Spindeln bei gleicher Intensität der Arbeit von 6 Millionen (nach unserem Beispiel) auf 7,2 Millionen vermehrt wurde.

Der zweite Weg besteht in der Verlängerung der Arbeitszeit des Arbeiters. Wenn in der Spinnereiindustrie die Arbeitszeit bisher 9 Stunden betrug, und man sie, bei gleichbleibender Intensität der Arbeit, auf 12 Stunden ausdehnt, so wird dadurch das Produkt dieser Industrie ebenso vermehrt, wie durch eine Vergrößerung ihrer Spindelzahl von 6 auf 8 Millionen.

Beide Wege haben für den Kapitalisten die angenehme Eigenschaft, daß sie ihn nichts kosten, während die Anschaffung neuer Spinnmaschinen neues Kapital erfordert. Er trachtet stets, sie zu gehen, sein Verlangen danach wird in der Zeit der Uebergangswirtschaft aufs höchste gesteigert sein.

Nun widersprechen einander die Bestrebungen nach Intensivierung und die nach Verlängerung der Arbeit. Lange Arbeitszeit und intensive Arbeit schließen einander auf die Dauer aus. Beide aber wirken dahin, Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft zu treiben. Sie sind daher Verschwendung, nicht vom Profitstandpunkt des einzelnen Kapitalisten aus, wohl aber von dem des Gesamtinteresses der kapitalistischen Gesellschaft selbst.

Für den Arbeiter freilich kommt ein anderer Standpunkt in Betracht. Für denjenigen, der diese Fragen vom kapitalistischen Standpunkte be-

trachtet, sind die Arbeiter bloßes Produktionsmittel, wie das Lastvieh. Sein aufgeklärtes, weiterschauendes Interesse verurteilt den Raubbau an ihrer Arbeitskraft, aber ein anderes Interesse an den Arbeitern, als dem der Erhaltung und Fortpflanzung, ja möglichsten Steigerung ihrer Arbeitskraft, hat er nicht. Die Arbeiter sind ihm bloß Mittel zum Zweck: der Fortdauer der Produktion des höchstmöglichen Mehrwerts.

Der Arbeiter dagegen fühlt sich nicht als Mittel zum Zweck der Produktion, sondern er betrachtet die Produktion als Mittel für die Zwecke seiner eigenen Persönlichkeit. Interessieren den Kapitalisten die Arbeiter nur insoweit, als sie die Produktion fördern, so interessiert den Arbeiter die Produktion nur insoweit, als sie ihn selbst fördert. Er muß daher von vornherein Methoden ablehnen, die die Leistungen der Arbeitsmittel auf Kosten seiner Persönlichkeit steigern. Und er darf es in dem gegebenen Falle um so eher, als es andere Methoden gibt, die den gleichen Zweck erreichen und ihm dabei gestatten, seine Persönlichkeit zu entwickeln.

Den Bestrebungen nach Intensivierung der Arbeit wird er nicht von vornherein ablehnend gegenüberstehen können. Aber sie werden entschieden schädlich und verwerflich, wenn sie nicht mit einer erheblichen Verkürzung der Arbeitszeit Hand in Hand gehen. Diese durch rein gewerkschaftliche Methoden zu erreichen, wird nach dem Kriege jedoch nicht einmal für die Arbeiteraristokraten möglich sein, angesichts der großen Arbeitslosigkeit, die herrschen wird.

Die gesetzliche Festsetzung eines Normalarbeitstages von acht Stunden wird unerläßlich werden. Wir haben diese Forderung schon erhoben als Mittel, der Arbeitslosigkeit in manchen Berufen entgegenzuwirken, wir müssen sie hier wiederholen als Mittel, die Intensivierung der Arbeit ohne Schädigung der Arbeiterschaft durchzuführen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit scheint freilich dem Streben nach möglichst großer Ausnutzung der vorhandenen Arbeitsmittel im Wege zu stehen. Aber das ist keineswegs der Fall. Denn die tägliche Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters braucht sich keineswegs zu decken mit der täglichen Dauer des Betriebes überhaupt. Durch das Schichtsystem kann letztere weit über die erstere hinaus verlängert werden. Wir haben darüber schon gehandelt und brauchen dem dort Gesagten nicht viel hinzuzufügen. Durch ein Schichtsystem mit kurzen Schichten, die ein höchst intensives Arbeiten ohne Schädigung des Arbeiters gestatten, läßt sich die größte Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparats erreichen, die, selbst wenn von der bedenklichen Nachtarbeit abgesehen wird, doch unter Umständen ebensoviel zu bewirken vermag, wie eine Verdoppelung dieses Apparats.

Nehmen wir an, die normale Arbeitszeit habe im Frieden 10 Stunden betragen und es sei nur in einer Schicht gearbeitet worden. Wenn jetzt drei Schichten von je 8, 6, 4 Stunden eingestellt werden, so wird die tägliche Betriebsdauer von 10 auf 18 Stunden erhöht. Bei so kurzen Schichten läßt sich jedoch die Arbeit vielleicht um 20 Prozent intensiver

gestalten, ohne Schädigung des Arbeiters, so daß in 18 Stunden fast ebensoviel produziert wird, wie sonst in 22 Stunden.

Das würde ebensoviel bedeuten, als wenn die Zahl der Spindeln von 6 Millionen auf mehr als 12 Millionen vermehrt worden wäre. Und diese Einrichtung läßt sich sofort treffen, ehe noch eine einzige neue Spinnmaschine gebaut ist.

3. Die Auswahl unter den Arbeitsmitteln.

Doch nicht nur auf die Menge, sondern auch auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Maschinen und Werkzeuge kommt es an. Innerhalb desselben Landes und zur gleichen Zeit finden wir dabei die größten Verschiedenheiten, von allen ganz unzulänglichen Formen, die noch aus dem Mittelalter unverändert überliefert sind, bis zu den neuesten, vollendetsten Formen, die die Arbeit und das Material weit vollkommener auszunutzen gestatten, als jene. Welch ein Unterschied etwa zwischen dem Webstuhl des Hauswebers und dem modernen Kraftstuhl! Im allgemeinen kann man annehmen, daß die Großbetriebe die vollkommensten, die Kleinbetriebe die unvollkommensten Formen benutzen. Der Kleinbetrieb ist ein Ueberbleibsel der Vergangenheit, der Großbetrieb um so jünger, je größer er ist. Jenem mangeln die ökonomischen wie die technischen Vorbedingungen, sich aller der modernen Erfindungen zu bemächtigen, die fast ausschließlich von diesem verwertet werden.

Trotzdem geht der Kleinbetrieb nicht so rasch zurück, wie man angesichts seiner Unterlegenheit erwarten durfte. Es sind eben zwei Seelen, die in der Brust des Kapitalisten, ebenso wie in der seiner Politiker und Gelehrten leben. Das Streben nach dem höchsten Profit treibt den Industriellen, seine Konkurrenten durch die vollkommensten Maschinen und Apparate zu überbieten, das heißt, die kleinen, kapitalarmen Konkurrenten, die nicht mittun können, aus der Produktion auszuschalten, ins Proletariat zu werfen. Auf der anderen Seite aber graut ihm vor der Vermehrung des Proletariats, denn das heißt, Vermehrung seiner Feinde in Staat und Gesellschaft. Daher sucht er der Verminderung derjenigen entgegenzuwirken, die an dem Privateigentum an den Produktionsmitteln interessiert sind; sucht er, Handwerk und Kleinbauernschaft möglichst zahlreich zu erhalten, durch politische und ökonomische Maßnahmen aller Art. So schlägt er ununterbrochen Kleinbetriebe tot und hilft immer wieder neue schaffen, mit Hilfe von Staat, Genossenschaften, Banken. Der ökonomische Fortschritt äußert sich weniger in der Abnahme der Kleinmeister als in der Zunahme ihrer Abhängigkeit, ihrer Ueberarbeit, ihrer Ausbeutung unreifer Arbeitskräfte, dem allgemeinen Elend ihrer Arbeits- und Existenzbedingungen. Namentlich in der Industrie. In der Landwirtschaft wirkt dieser degradierenden Tendenz unter Umständen das Steigen der Grundrente entgegen.

Die Erhaltung des technisch rückständigen Kleinbetriebs bedeutet eine ungeheure Verschwendung in der heutigen Gesellschaft. Sie bedeutet einen Abzug von den Produktivkräften, die sie nach dem Stande der heutigen Technik entfalten könnte; einen Abzug, der vielleicht ebenso gewaltig ist wie der, den die Kriegsrüstungen und das stehende Heer bewirkten. Der eine wie der andere Abzug wurde gerechtfertigt damit, daß er eine Maßregel der Sicherung für die herrschenden Klassen darstellte.

Die kolossalen Produktivkräfte, die der industrielle Kapitalismus entwickelt hat, erlaubten ihm, derartigen unproduktiven Luxus zu treiben. Der Weltkrieg hat diese Produktivkräfte entsetzlich verringert, er verbietet für die Zeit der Uebergangswirtschaft jeglichen Luxus. Der Notstand, den er hinterläßt, wird allgemeine Abrüstung erzwingen, wie sehr man sich heute noch dagegen sträuben mag. Er wird es verbieten, daß Mittel aufgeboten werden, um das Handwerk, das der Krieg in hohem Maße ruiniert hat, wiederherzustellen, oder es künstlich dort fortvegetieren zu lassen, wo es seine Lebensfähigkeit verloren hat.

Das gesellschaftliche Interesse geht in dieser Richtung Hand in Hand mit dem allgemeinen, weiterblickenden Interesse des Proletariats, das dem Kapital gegenüber politisch um so kraftvoller wird, je zahlreicher seine Reihen. Wohl muß das Proletariat, als unterste aller Klassen, sich aller Mühseligen und Beladenen annehmen, also auch der Kleinmeister und Zwergbauern. Aber es ist ausgeschlossen, daß diese in der kapitalistischen Gesellschaft noch auf einen grünen Zweig kommen. Die Lohnarbeiterschaft ist die einzige der heutigen arbeitenden Klassen, die eine Zukunft hat. Im Interesse der kleinen Handwerker und Bauern liegt es nicht, sie künstlich an ihre völlig unzureichenden Arbeitsmittel zu fesseln, sondern zu trachten, daß ihr Uebergang ins Proletariat keine Degradation bedeutet, sondern einen Aufstieg. Das ist erreichbar und für eine Reihe von Arbeiterkategorien schon erreicht. Der kraftvoll geführte proletarische Klassenkampf ist die beste Methode, auch für jene zu sorgen, die bisher noch als Leibeigene einer kleinen Werkstatt oder von ein Paar Hektar Land ein mühseliges Leben fristeten.

Auf bürgerlicher Seite denkt man freilich anders. Die Erhaltung und Wiederbelebung des Handwerks wird als eine wichtige Aufgabe der Uebergangswirtschaft bezeichnet. Der Krieg hat ihm schwere Wunden geschlagen. Zahlreiche Handwerker sind gefallen und damit die Betriebe ausgeschaltet, die mit ihrer Persönlichkeit untrennbar verquickt waren. Andere sind am Leben geblieben, aber ökonomisch zugrunde gegangen, haben ihr gesamtes Hab und Gut verloren, entbehren aller Mittel, um wieder von neuem anzufangen. Manche wieder verfügen noch über dürftige Arbeitsmittel, aber wo die Rohmaterialien hernehmen?

Auf der anderen Seite hat die Zusammenfassung der großen Unternehmungen der Industrie während des Krieges enorme Fortschritte gemacht, zum Teil durch den Staat nicht nur unterstützt, sondern geradezu erzwungen. Der Krieg machte die größte Sparsamkeit im Verbrauch der Rohmaterialien und in der Benutzung der Transportmittel dringend not-

wendig. Das führte vielfach sogar zur Zentralisation der ganzen Produktion einzelner Industriezweige in einigen wenigen Unternehmungen, zur Zusammenlegung der Betriebe.

Den Umfang dieser Stillegungen von Betrieben in einzelnen Industriezweigen zeigt die Zuschrift eines „führenden Industriellen“ an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ im März 1918. Er sagt dort:

„In der Baumwollindustrie sind von 1700 Spinnereien und Webereien 70 sogenannte Höchstleistungsbetriebe aufrechterhalten worden; in der Schuhindustrie hat eine Zusammenlegung von 1400 Betrieben auf 300 stattgefunden; in der Oelindustrie hat man aus 720 Betrieben 15 Höchstleistungsbetriebe gemacht; die Seidenindustrie hat sich eine Reduzierung ihrer Stuhlzahl von 45000 auf 2500 gefallen lassen müssen.“

Den Vorschlag derartiger Zusammenlegungen habe ich schon 1902 in meiner Schrift über die soziale Revolution gemacht, als Mittel, die Produktivität der Arbeit rasch aufs höchste zu steigern und die Organisation der Arbeit zu erleichtern. Dieser Vorschlag war nicht rein spekulativ gewonnen, sondern beruhte auf der Praxis amerikanischer Trusts. Der Krieg hat jetzt für Deutschland diese Methode in verschiedenen Industriezweigen durchgesetzt.

Sollen wir nun nach dem Kriege den Fortschritt des Großbetriebs wieder ungeschehen machen und die so dürftigen Mittel der Uebergangswirtschaft dazu verschwenden, technisch längst überholte Betriebsweisen wieder für einige Zeit zu galvanisieren? In der Weberei des Deutschen Reiches waren 1907 in 58 309 Betrieben 486 456 Menschen beschäftigt, davon 282 671 in 57 793 Betrieben mit 1 bis 200 Arbeitern. Unter diesen wieder 62 356 Arbeiter in 48 767 Betrieben mit 1 bis 3 Arbeitern.

Die restlichen 516 größten Webereien mit mehr als 200 Arbeitern, sicher trefflich ausgestattete Betriebe, die zusammen über 200 000 Arbeiter, fast die Hälfte der Gesamtheit der Arbeiterschaft des Industriezweiges beschäftigten, würden bei doppelter Schicht wohl ebensoviel produzieren, wie die gesamten 58 309 Betriebe bei einfacher Schicht; bei dreifacher Schicht (trotz entsprechender Verkürzung der späteren Schichten, und unter Vermeidung der Nachtarbeit) noch weit mehr. Wieviel wird aber allein an Transportmitteln erspart, wenn statt 58 000 weit zerstreuten Betrieben hundertmal weniger Betriebe mit Rohmaterial zu versorgen sind!

Bei den Beratungen, die der Ausschuß des Deutschen Handelstages am 8. und 9. August 1917 abhielt, teilte der Berichterstatter über die Frage der Uebergangswirtschaft (Dr. Brandt, Düsseldorf) unter anderem mit:

„Eine Industrie zählt z. B. 700 Betriebe, von denen im Frieden ein Teil nur gelegentlich oder einen Teil des Jahres arbeitet, 16 Betriebe stellen allein 75 Prozent der ganzen deutschen Erzeugung dar. Bei einer anderen Industrie liefern von insgesamt 1700 Betrieben 5 Betriebe 75 Prozent der gesamten deutschen Fabrikation.“

In dieser wie in jeder anderen Frage des technischen Fortschrittes geht die Aufgabe der Sozialdemokratie nicht dahin, ihn zu hemmen, sondern dahin, dafür zu sorgen, daß er nicht vom Kapital monopolisiert und zur Vermehrung der Ausbeutung und Knechtung des Proletariats

benutzt, sowie dafür, daß er aller Härten entkleidet wird, die unter kapitalistischem Einfluß jeder Fortschritt nur zu gern mit sich bringt.

Wo schon im Kriege vorgenommene Zusammenlegungen im Frieden beibehalten oder durch Rohstoffmangel, Transportschwierigkeiten oder andere Gründe neue notwendig werden, dürfen die Vorteile dieses Verfahrens nicht den Besitzern der bevorzugten Betriebe allein zufallen. Den Profit, der ihnen daraus entsteht, sollen sie teilen mit den Besitzern der stillgelegten Betriebe. Auf der anderen Seite muß man trachten, durch eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit die ungünstigen Folgen wettzumachen, die für den Arbeiter aus der Zentralisierung der Produktion in den produktivsten Betriebsstätten unter der heutigen Produktionsweise hervorgehen, in der jeder technische Fortschritt, der Arbeit spart, so leicht vermehrte Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Immer wieder stoßen wir auf die Forderung des achtstündigen Maximalarbeitstages als eine der wichtigsten der Uebergangswirtschaft, die an Bedeutung nichts dadurch verliert, daß sie eine allgemeine, stehende Forderung des Proletariats auch außerhalb dieser Wirtschaft ist.

Und ebenso kommen wir auch hier wieder zu der Forderung, daß die Arbeiter in den staatlich geschützten und geregelten industriellen Gesellschaften und Syndikaten der Uebergangszeit ausreichend vertreten sein müssen durch Delegierte, die sie selbst wählen, die nicht von oben ernannt werden, wie das nach der neuesten Auslegung der Selbstbestimmung geschieht. Ihre Vertreter müssen genügende Befugnisse haben, darüber zu wachen, daß die Arbeiter wie die bisherigen Besitzer kleiner Betriebe nicht geschädigt werden bei den Veränderungen der Arbeitsmethoden, die der Mangel an Arbeitsmitteln und die Notwendigkeit mit sich bringt, die vorhandenen Arbeitsmittel möglichst erfolgreich auszunutzen, sowie unter diesen Arbeitsmitteln die produktivsten am meisten zu bevorzugen.

Wir haben alle Ursache, den Großbetrieb zu fördern, aber wir haben nicht die mindeste Ursache, der Aera der Kriegsgewinne der Großkapitalisten noch eine Aera von Uebergangsgewinnen folgen zu lassen. Wir müssen ihnen scharf auf die Finger sehen und dafür sorgen, daß die Vorteile des Großbetriebes nicht von seinen Herren monopolisiert werden, sondern den Arbeitern und der Gesamtheit zugute kommen, soweit das unter den kapitalistischen Bedingungen möglich ist, sei es durch Arbeiterschutzgesetze, Steuerpolitik oder andere Eingriffe. Um da sachgemäß vorgehen zu können, müssen geschäftskundige Vertreter der Arbeiterinteressen die Möglichkeit bekommen, in die Geschäftsgebarungen der großen Syndikate und anderen Unternehmerverbände Einsicht zu gewinnen. Auch da muß die bisherige Geheimdiplomatie ein Ende nehmen.

Das kann ein wichtiges Uebergangsstadium werden für die Zeit, in der die Arbeiter die Produktion selbst organisieren. Die Uebergangswirtschaft mit ihren unerläßlichen staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben liefert den besten Boden für die Entsendung von Arbeitervertretern in die Zwangssyndikate. Unter den zahlreichen Objekten dieser Zeit, die in Klassenkämpfen heiß umstritten werden, muß dies Objekt eines derjenigen werden, für die die Arbeiter sich besonders energisch einsetzen.

V. Die landwirtschaftlichen Arbeitsmittel.

1. Die ländliche Arbeiterfrage.

Die Landwirtschaft hat in vielen Punkten ihre eigenen, von denen der Industrie verschiedenen ökonomischen Gesetze. Das wird auch in der Uebergangswirtschaft zutage treten.

Sie erzeugt den größten Teil ihres Rohmaterials selbst, Saatgut, Vieh, Dünger. Ihr wichtigster Arbeitsgegenstand ist gleichzeitig auch ihr wichtigstes Arbeitsmittel, die Erde. Diese wird weder im Arbeitsprozeß verbraucht, wie Rohstoffe, noch abgenutzt, wie Maschinen. Andererseits ist der kulturfähige, wie der in Kultur genommene Boden, nicht beliebig, in alten Kulturländern überhaupt nicht mehr nennenswert vermehrbar. Doch nimmt er auch selten ab. Der Krieg hat die Rohstoffe und Arbeitsmittel vieler Industrien auf ein Minimum reduziert, auch in Gegenden, die fern von den Kriegsschauplätzen lagen. Dagegen hat er selbst dort, wo er am verwüstendsten wirkte, in den Gebieten des Stellungskrieges, die Erdoberfläche nicht verringert. Er hat sie dort nur vielfach auf die Stufe des jungfräulichen Bodens zurückgebracht, der, so wie er ist, nicht in Anbau genommen werden kann, sondern erst wieder urbar gemacht werden muß. Solcher Boden ist nicht sofort Arbeitsmittel, wohl aber Arbeitsgegenstand. Er ist das Rohmaterial, aus dem Kulturboden zu schaffen ist.

Abgesehen aber von den umgewühlten Lokalitäten des Stellungskrieges hat die Ackerfläche auch auf den Kriegsschauplätzen nicht aufgehört, Kulturboden zu sein. Freilich, als Arbeitsmittel hat er sich überall verschlechtert und seine Produktivität hat abgenommen, denn er wurde wegen Mangels an Arbeitern, Geräten und Zugvieh schlechter bestellt und die Düngermassen nahmen ab, die ihm zugeführt wurden.

Durch alles das wurde jedoch die Arbeitsgelegenheit auf dem Lande nicht vermindert, eher vermehrt. Schon vor dem Kriege unterschied sich die Landwirtschaft von der Industrie dadurch, daß jene keine Arbeitslosigkeit kannte, vielmehr an Arbeitskräften Mangel litt. Dieser Unterschied wird nach dem Kriege in noch erhöhtem Maße wieder eintreten. Sie wird ebensoviel Arbeiter brauchen, wie vorher. Sie hat aber viele verloren, die teils vor dem Feinde gefallen, teils Verwundungen oder Erkrankungen erlegen sind, teils so verstümmelt oder in ihrer Gesundheit

geschwächt wurden, daß sie zur landwirtschaftlichen Arbeit untauglich wurden, die robuste Menschen erheischt, deren Sinne und Muskeln alle intakt sind.

Man könnte meinen, die Arbeitslosigkeit in den Städten werde viele ihrer Arbeiter wieder der Landwirtschaft zuführen, aber das ist nicht zu erwarten. Die Arbeiternot auf dem Lande rührt hauptsächlich daher, weil dort die Einförmigkeit des Daseins und die Abhängigkeit der Lebensführung auch außerhalb der Arbeitszeit in immer drückenderen Gegensatz zu den städtischen Lebensbedingungen gerät. Solange dieser Gegensatz nicht überwunden ist, wird auch weitgehende Arbeitslosigkeit in den Städten die Landflucht nicht in eine Flucht aus der Stadt umkehren, sondern höchstens die Abwanderung vom flachen Lande zeitweise zum Stillstand bringen können. Ganz abgesehen davon, daß diejenigen kräftigen Leute in der Stadt, die zur Landwirtschaft taugen würden, am ehesten in der Stadt Arbeit finden. Die Alten und Schwachen, die die ersten Opfer der Arbeitslosigkeit sind, eignen sich nicht für die Landarbeit, namentlich dann nicht, wenn sie ihrer schon längere Zeit entwöhnt waren. Und wer nicht von Jugend auf landwirtschaftliche Arbeit betrieb, findet sich später überhaupt nicht mehr hinein.

Von den Städten hat also die Landwirtschaft keinen Zuzug zu erwarten. Darf sie auf das Ausland rechnen? Es gab Gebiete, namentlich in Ost- und Südeuropa, vor dem Kriege, die einen Ueberschuß an ländlichen Arbeitskräften produzierten und dabei eine so langsame Entwicklung der Industrie aufwiesen, daß diese nicht imstande war, den ganzen Ueberschuß aufzusaugen. Ein erheblicher Teil davon zog in Länder, die an ländlichen Arbeitskräften Mangel litten, sei es, weil ihre Industrie stark wuchs, sei es, weil ihre Landwirtschaft sich rasch ausdehnte, wie in manchen Gebieten Amerikas. Zu den Ländern ersterer Art zählte Deutschland. Im Jahre 1912/13 wurden im Deutschen Reiche an 767000 ausländische Wanderarbeiter Legitimationskarten ausgefertigt, darunter 412000 für die Landwirtschaft. Von diesen ausländischen Wanderarbeitern kamen 317000 aus Rußland, 281000 aus Oesterreich.

Nach dem Kriege ist dieser Zuzug nicht mehr zu erwarten. Jene agrarischen Gebiete haben selbst große Menschenverluste erlitten und zunächst keinen Ueberschuß abzugeben. Es ist fraglich, ob sie je wieder einen solchen zur Wanderarbeit ins Ausland entsenden werden. Denn ihre politischen Verhältnisse haben sich im Kriege gründlich gewandelt, ihre industrielle Entwicklung dürfte im Frieden ein rasches Tempo einschlagen. Der Druck, der dort auf den arbeitenden Klassen in Stadt und Land lastete, ist gewichen, die Verhältnisse bei ihren Nachbarn dürften eher abschreckend wie anziehend auf sie wirken. Die deutsche Landwirtschaft hat weder auf polnische, noch auf sonstige Landarbeiter aus dem Osten zu rechnen. Sie muß sogar, wenn der benachbarte polnische Staat gedeiht, auf eine Massenabwanderung landloser Polen gefaßt sein, eine Lösung der preußischen Polenfrage, die unseren Fiskalisten die unerwünschteste sein dürfte, obwohl sie ihrem Ideal der möglichsten

Verminderung der polnisch redenden Elemente in Deutschland am nächsten käme.

Der Mangel an Arbeitskräften wird also in vielen Industriestaaten eine große Gefahr für die Landwirtschaft und damit auch für die Bevölkerung überhaupt werden. Wohl wäre es lächerlich, irgendeinem der großen Arbeitszweige den Vorzug vor allen anderen zusprechen zu wollen. In der modernen Arbeitsteilung sind sie alle gleich wichtig, keiner zu entbehren. Aber manche können doch vorübergehend aussetzen, ohne daß wir gleich zugrunde gehen, andere nicht. Zu den Arbeitszweigen, die unter den gegebenen Produktionsverhältnissen nicht stillgesetzt werden können, ohne sofort das ganze menschliche Leben in ihr zu gefährden, gehört neben dem Kohlenbergbau und den Eisenbahnen die Landwirtschaft.

Das ist freilich anders zu verstehen, als die Agrarier meinen, die unter den Interessen der Landwirtschaft die ihres Grundbesitzes und ihrer Grundrente verstehen. Unentbehrlich ist die landwirtschaftliche Arbeit, nicht der landwirtschaftliche Besitz. Eine Form des Grundbesitzes, die die Arbeiter von der Landwirtschaft abstößt, ist für diese direkt verderblich, und das hohe Interesse der gesamten Gesellschaft an der landwirtschaftlichen Produktion gebietet nicht die Erhaltung, sondern die Abschaffung eines derartigen Grundbesitzes.

Das soll kein Plädoyer für Zerschlagung des großen Grundbesitzes in kleine Gütchen sein. Gewiß haften dem kleinen Grundbesitz nicht die Nachteile des großen an, vor allem nicht die der Lohnarbeit, die in der Landwirtschaft größere Hemmnisse der Produktivität der Produktionsmittel entwickelt, als in der Industrie. Aber der kleine Grundbesitz entwickelt andere, noch größere Hemmnisse der Produktivität der Produktionsmittel und verurteilt überdies seine Arbeitskräfte noch mehr zu Ueberarbeit und geistiger Verödung, als der Großbetrieb. Er wirkt daher nicht minder abstoßend auf sie wie dieser.

Im Deutschen Reiche haben alle Staaten und Provinzen in der Zeit von 1895 bis 1907 einen nicht bloß relativen, sondern sogar absoluten Rückgang in der Zahl der Berufszugehörigen der Landwirtschaft zu verzeichnen, mit nur zwei größeren Ausnahmen: Südbayern, wo die Zahl der Berufszugehörigen von 1 201 496 auf 1 233 045, also um 31 549 stieg, — auch noch ein relativer Rückgang bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung des Gebietes um 318 649, und Posen, wo die landwirtschaftliche Bevölkerung 1895 1 053 351 Personen zählte und 1907 1 062 147, eine Zunahme um ganze 8796 bei einer Zunahme der entsprechenden Gesamtbevölkerung um 190 760. Ein sehr mageres Ergebnis der mit Hunderten von Millionen geförderten Ansiedlungspolitik. Badens landwirtschaftliche Bevölkerung, 729 187, verminderte sich um 56 242, Württemberg verlor 51 155 von 933 576, Elsaß-Lothringen 47 917 von 616 074, Hessen 30 020, fast ein Zehntel seiner landwirtschaftlichen Bevölkerung von 371 919! So Gebiete überwiegenden Kleinbetriebes. Dagegen verlor von den Gebieten des Großbetriebes Pommern von

790 983 nur 27 678, Westpreußen 9313 von 822 666, Mecklenburg-Schwerin 9634 von 295 299, Ostpreußen allerdings 105 289 von 1 171 300, Brandenburg 76 900 von 962 789.

Es ist ganz unmöglich zu sagen, welche Betriebsart in der Landwirtschaft auf ihre Arbeitskräfte mehr abstoßend wirkt, der Großbetrieb oder der Kleinbetrieb. Und es will mich schier bedünken, daß in dieser Beziehung beide stinken.

Die künstliche Schaffung kleinbäuerlicher Stellen hilft nicht, der Landwirtschaft ihre Arbeitskräfte zu erhalten. Will man gar den Zug in die Stadt in einen Rückstrom auf das Land verwandeln, dann muß man schon zum Sozialismus greifen. Er allein vermag auf dem flachen Lande kulturelle und soziale Einrichtungen zu schaffen, die imstunde sind, zusammen mit den sanitären und ästhetischen Vorzügen der innigeren Verbindung mit der Natur die Anziehungskraft der Stadt zu überwinden.

Aber wir handeln ja nicht von dem großen Thema des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern von dem viel kleineren, doch einstweilen näherliegenden des Ueberganges vom Kriegszustand in den Friedenszustand auf kapitalistischer Grundlage.

Auf dieser Grundlage läßt sich verhältnismäßig wenig tun, um die Anziehungskraft des flachen Landes gegenüber der Stadt zu steigern. Immerhin noch weit mehr, als tatsächlich geschieht. Doch die meisten der Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Landbevölkerung erheischen Zeit, um zur Wirksamkeit zu kommen, fallen also nicht in das Bereich der kurzlebigen Uebergangswirtschaft.

Zum mindesten aber müßte man die gesetzlichen Bestimmungen beseitigen, durch die heute noch die ländlichen Arbeiter in bezug auf Koalitionsrecht, Kontraktbruch, Schutz vor Mißhandlungen schlechter gestellt sind als die industriellen. Die Beseitigung dieser Ueberbleibsel der feudalen Hörigkeit könnte und müßte sofort geschehen. Die Agrarier scheinen freilich eher Lust zu haben, die Fesseln dieser Hörigkeit noch stärker anzuspannen, gerade wegen des Arbeitermangels, den sie befürchten, wenn ihnen die Kriegsgefangenen fortziehen. Ihre ganze innere und äußere Politik beruht ja auf Methoden der Gewalt und des Zwanges. Daß sie damit den Antrieb der Landflucht nur verstärken, vermögen sie nicht einzusehen, wie sie überhaupt Argumente schwer einzusehen vermögen. Das einzige, wovor sie selbst Respekt haben und Respekt bei anderen voraussetzen, ist die Macht überlegener Gewalt.

Neben den gesetzlichen Fesseln, die dem Landarbeiter geringere Freiheit lassen als dem städtischen, wird ihm diese noch eingeengt durch das Wohnungswesen.

Gewiß, die Wohnungsverhältnisse der städtischen Arbeiterschaft sind auch alles andere eher als erfreulich. Auf diesem Gebiete treten die Verelendungstendenzen des Kapitalismus am krassesten zutage. Doch schlimmere Löcher als die Behausungen der ländlichen Arbeiter sind die der städtischen auch nicht. In einem aber zeigen die städtischen Arbeiterwohnungen einen ausgesprochenen Vorzug vor den ländlichen: Der Ver-

mieter, mit dem der städtische Arbeiter zu tun hat, ist ein anderes Individuum als der Unternehmer, der ihn beschäftigt. Vermieter und Unternehmer sind in der Stadt ohne jeden gesellschaftlichen Zusammenhang und die Zahl der Arbeiterwohnungen eine so große, daß es unmöglich ist, jeden Arbeiter in seiner Wohnung zu kontrollieren. Wie abhängig er auch in seiner Fabrik sein mag, sobald er sie verlassen hat, ist er ein relativ freier Mann.

Ganz anders der Landarbeiter. Er findet eine Wohnung nur entweder bei dem Unternehmer, der ihn beschäftigt, oder bei einem ihm nahestehenden Klassengenossen. Diese können jeden seiner Schritte auch außerhalb seines Arbeitsverhältnisses, seinen gesellschaftlichen Verkehr, seine Lektüre usw. überwachen. Keine Minute wird da der Arbeiter die Abhängigkeit von seinen Herren los.

Um ihr zu entgehen, trachtet mancher, so viel von seinem armseligen Lohn abzuknapsen, daß er schließlich eine elende Hütte sein Eigen nennen kann. Doch damit kommt er aus dem Regen in die Traufe, denn er verliert nun seine Freizügigkeit, die Möglichkeit, abzuwandern, um anderswo eine andere Arbeit zu suchen. Seine Abhängigkeit wird dadurch noch vermehrt.

Sie erheblich zu mildern, gibt es nur einen Weg: die Errichtung ausreichender Mietwohnungen für die Landarbeiter durch eine Gemeinschaft, die unabhängig von den Grundbesitzern ist, mit ihren Sympathien auf Seite der Landarbeiter steht; eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, die mit öffentlichen Mitteln arbeitet und nach allgemeinem und gleichem sowie geheimem Wahlrecht gewählt ist und wirkliche Selbstverwaltungsbefugnisse besitzt. Entweder die Gemeinde — oder noch besser, da in dieser die Einflüsse der lokalen großen Grundbesitzer leicht überwiegen, der Kreis oder die Provinz —, aber freilich nicht die heutige Kreis- oder Provinzialvertretung preußischer Art, sondern eine völlig demokratische.

In England hat man die Wichtigkeit der Wohnungsfürsorge für die Landarbeiter bereits anerkannt und sie zu einer der Aufgaben der Uebergangswirtschaft gemacht. Daneben sollen staatlich festgesetzte Minimallöhne die Anziehungskraft der Landarbeit erhöhen.

Für sich allein bedeuten Minimallöhne ebenso wie Preistaxen wenig. Es finden sich immer Mittel, sie zu umgehen, wenn das Spiel von Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiter ungünstig ist. Staatlich vorgeschriebene Minimallöhne können sogar schädlich wirken, wenn sie in der Arbeiterschaft, für die sie gelten, das Gefühl der Sicherung hervorrufen und sie ihre gewerkschaftliche Organisation vernachlässigen lassen.

Dagegen können sie gute Erfolge erzielen bei einer Arbeiterschaft, die gewillt und imstande ist, sich eine bessere Position zu erkämpfen, aber noch des nötigen Selbstgefühls ermangelt. Da mag ein Minimallohn als moralische Unterstützung sehr günstig wirken und die gewerkschaftliche Organisation fördern, als Mittel, die Durchführung des Minimallohns zu überwachen und zu erzwingen.

Alle diese Maßregeln zugunsten der Landarbeiter fordern wir natürlich nicht als vorübergehende, sondern als dauernde. Sie sollen nicht bloß

für die Zeit der Uebergangswirtschaft gelten. Sie werden aber doppelt notwendig in dieser Zeit, nicht bloß im besonderen proletarischen, sondern auch im allgemeinen Interesse, weil da die größte Produktivität der Landwirtschaft noch wichtiger ist als sonst. Diese Produktivität erheischt zahlreiche, leistungsfähige und willige Arbeitskräfte. Zwangsarbeit ist die unproduktivste Arbeit.

2. Die Maschine in der Landwirtschaft.

Was immer man aber für die Landarbeiter tun mag, innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise wird es nicht ausreichend sein, die Landflucht in eine Stadtflucht zu wandeln. Es wird den Mangel an Landarbeitern vermindern, man darf jedoch nicht damit rechnen, daß es ihn beseitigt.

Um so notwendiger wird die vermehrte Anwendung der Maschine in der Landwirtschaft. Man braucht nicht zu fürchten, daß die Arbeiter dadurch geschädigt werden. Die Maschine wirkt in der Landwirtschaft ganz anders als in der Industrie. In letzterer degradiert sie oft den Arbeiter, ermöglicht sie die Ersetzung qualifizierter Arbeiter durch ungelernte, männlicher Erwachsener durch Frauen und Kinder, vieler Arbeiter durch eine geringe Anzahl. Ganz anders in der Landwirtschaft. In der Industrie ist die Maschine an einen Platz gebannt, den sie nicht verläßt; sie ist dort tagaus, tagein tätig, derselbe Arbeiter hat stets dieselbe Maschine zu bedienen. Die Arbeiter sind auf einem Flecke konzentriert und leicht zu überwachen. Die landwirtschaftlichen Maschinen dagegen wirken, soweit sie Feldarbeit verrichten, in beständiger Ortsveränderung auf wechselndem Gelände; sie werden nur zeitweise angewandt von Arbeitern, die noch zahlreiche andere Hantierungen daneben zu verrichten haben. Die Arbeiter verrichten ihre Arbeiten, auf weiten Flächen zerstreut, in kleinen Gruppen oder jeder für sich allein. Ihre Ueberwachung ist schwierig. Nur intelligente, geübte Arbeiter vermögen die Maschinen in der Landwirtschaft zweckmäßig anzuwenden. Wenn die Maschine in der Industrie die Zahl der Arbeitskräfte vermehrt, die im Arbeitsprozeß anwendbar sind, so scheitert die Anwendung der Maschine in der Landwirtschaft oft vielmehr daran, daß sie nicht genug Arbeiter vorfindet, die imstande sind, sie anzuwenden, da die bisherigen Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem flachen Lande bei den Arbeitern Intelligenz und Sorgsamkeit schwer aufkommen lassen. Vermehrung der Maschinen in der Landwirtschaft bedeutet nicht Verdrängung qualifizierter, reifer Arbeitskräfte durch unqualifizierte, unreife, sondern zwingt vielmehr die Landwirte, auf die Hebung der Intelligenz und der Sorgsamkeit ihrer Arbeiter bedacht zu sein, diese also nicht herabzudrücken, sondern zu heben.

Dabei bewirkt die Maschine in der Landwirtschaft in der Regel geringere Arbeitsersparnis als in der Industrie, schon deshalb, weil sie meist nicht ständig, sondern nur für gewisse, vorübergehende Gelegenheiten, Pflügen, Säen, Ernten, Dreschen in Verwendung kommt. Ein Produkt des Mangels an Arbeitskräften, daher am massenhaftesten in Verwendung gekommen in den Vereinigten Staaten, hat sie noch nirgends diesen Mangel

in einen Ueberfluß verwandelt, sondern nur bewirkt, daß die vorhandenen Arbeitskräfte wirksamer angewandt werden konnten, die landwirtschaftliche Arbeit intensiver betrieben wurde.

Zur Illustrierung der Wirkungen der Maschine auf die Arbeiterverhältnisse in der Landwirtschaft mögen folgende Daten dienen, die einer Untersuchung des amerikanischen Arbeitskommissars (commissioner of labor) über Hand- und Maschinenarbeit entnommen sind. Zur Bearbeitung eines Acres Weizenboden (Pflügen, Säen, Eggen) waren 1829 drei Tagelöhner beschäftigt, deren jeder 50 Cents (2 Mark) Tagelohn erhielt. Bei Anwendung des Dampfpfluges wurden 1895 für die gleiche Fläche auch drei Arbeiter beschäftigt, ein Maschinist, ein Heizer, ein Kutscher. Der Lohn eines Tagelöhners war inzwischen auf 1 Dollar 50 Cents (6 Mark) gestiegen, doch der Lohn jedes der drei beim Dampfpflug tätigen Arbeiter stand noch höher. Der Maschinist bekam 4 Dollars (16 Mark), der Heizer 2.50 Dollars (10 Mark), der Kutscher 2 Dollars (8 Mark). Trotzdem war die Maschinenarbeit billiger, weil sie sich viel rascher vollzog. Bei der Handarbeit brauchte der Pflüger 6 Stunden 40 Minuten, der Sämann 1 Stunde 25 Minuten, der Egger 2 Stunden 50 Minuten. Dagegen verrichtete die Maschine alle diese Arbeiten zusammen in einer Viertelstunde.

Ein weiterer Vorteil mancher landwirtschaftlichen Maschine ist, nebenbei gesagt, der, daß sie nicht bloß menschliche Arbeit spart, sondern auch Material. So geht beim Handsäen viel Saatgut verloren. Die Drillmaschine erzielt bessere Resultate mit weniger Saatgetreide. Ebenso kann durch die Düngerstreumaschine die Zufuhr des Düngers genau geregelt werden, so daß nicht mehr Dünger verbraucht wird, als notwendig ist, und die Pflanzen gerade jene Menge erhalten, die sie brauchen.

Die Anwendung von Maschinen in der Landwirtschaft zu fördern, wird eine wichtige Aufgabe der Uebergangswirtschaft sein.

Doch nicht bloß der Mangel an Arbeitern und Material wird dies notwendig machen, sondern ebensosehr der Mangel an Zugvieh, das bisher als bewegende Kraft im Ackerbau die größte Rolle spielte. Der Ackerbau im heutigen Sinne des Wortes datiert erst von der Zeit, als das Rind vor den Pflug gespannt wurde. Spät gesellt sich zum Rind das Pferd als Zugtier der Landwirtschaft. Lange hat das Pferd nur den Zwecken des Krieges, der Jagd und des Luxus gedient. Im Kriege ist es heute noch unentbehrlich. Die Bedeutung und Stärke der Kavallerie ist relativ freilich sehr zurückgegangen, im Verhältnis zu der Gesamtzahl des Heeres, aber absolut hat sie an Zahl nicht abgenommen. Im Jahre 1880 betrug in der deutschen Armee die Zahl der Dienstpferde der Kavallerie 63 000, 1914 (nach dem Friedensvoranschlag) dagegen 81 000. Erheblich vermehrt wurde die Artillerie, damit auch ihr Pferdebestand. Er belief sich 1880 auf 15000 Pferde, 1914 dagegen nach dem Friedensvoranschlag auf 61 000. Endlich ist auch der Train sehr vermehrt worden. Wohl werden durch Automobile und Feldeisenbahnen viele seiner Aufgaben erfüllt, die ehedem dem Pferdegespann zufielen. Aber die Aufgaben des Transportwesens sind so enorm gewachsen, daß die Anzahl der Pferde

beim Train doch bedeutend zugenommen hat. Im Jahre 1880 zählte man bloß 2500 Pferde beim Train des deutschen Heeres, 1914 dagegen 8000. Die gesamte Zahl der Armeepferde des Friedensstandes ist von 1880 bis 1914 von 80000 auf 160000 gestiegen, sie hat sich gerade verdoppelt.

„Alles in allem ist die Zahl der bespannten Fahrzeuge, einschließlich der Geschütze, bei einem deutschen Armeekorps heute ungefähr doppelt so groß, wie die eines an Infanterie und Kavallerie ebenso starken preußischen Armeekorps im Kriege 1866 war." (W. v. Blume, Strategie, Berlin 1912, S. 97.)

Das galt im Frieden.

Im Kriege wächst mit der Armee natürlich auch die Menge ihres Pferdematerials. Wenn die deutsche Armee 1880 80000 Pferde im Dienst hatte, so wurde ihr Pferdebestand im August 1870 auf 250000 berechnet. Man kann danach ermessen, welche Pferdemengen der jetzige Krieg in Anspruch nimmt.

Wie die angewandte Pferdemenge wird auch der Verlust an Pferden bei der langen Dauer des Krieges und dem Futtermangel bei jeder der kriegführenden Mächte ungeheuer groß sein. Der „siebentägige Krieg" von 1866 kostete die preußische Armee 4500 tote Soldaten, die auf dem Schlachtfelde fielen oder ihren Verwundungen erlagen, und 6500 Pferde, die verlorengingen. Verglichen mit dem jetzigen, erscheint dieser Krieg geradezu idyllisch. Kein Wunder, daß er bei seiner Kürze und seinen großen Erfolgen mehr fröhliche als düstere Nachwirkungen zurückließ.

Wenn in dem jetzigen Kriege die Pferdeverluste zu den Menschenverlusten in einem ähnlichen Verhältnis stehen sollten, wie 1866, muß man auf eine ungeheure Verringerung des Reichtums an Pferden gefaßt sein.

Gleichzeitig wird das Rindvieh an Zahl zurückgegangen sein, da der Welthandel unterbunden ist, so daß die Industriestaaten von außen weder die Futterstoffe, noch die Fleischmengen bekommen, die sie im Frieden bezogen, und daher gezwungen sind, mehr Rindvieh zu schlachten, als dem normalen Zuwachs entspricht. Man spart dadurch an Futter für das Vieh und schafft vermehrte Nahrung für die Menschen — aber auf Kosten der Zukunft. Der Viehbestand wird verringert.

Nach dem Kriege wird also die Landwirtschaft viel ärmer an Zugtieren sein, wie vor ihm. Allerdings reicher, als sie während des Krieges war. Die Demobilisierung wird viele Pferde frei machen, aber längst nicht so viele, als an das Heer abgegeben wurden.

Mehr als jeder andere Erwerbszweig verwendet die Landwirtschaft Pferde. Im Jahre 1917 zählte man im Deutschen Reich 4 345 000 Pferde, davon in der Landwirtschaft 3 491 000. Soll die Landwirtschaft so schnell wie möglich wieder ihre alte Produktivkraft gewinnen, müssen ihr an Stelle der tierischen Zugkräfte möglichst viele mechanische Motoren geliefert werden. Die moderne Technik ist so weit, die tierische Zugkraft durch mechanische in der Landwirtschaft völlig zu ersetzen, und Motoren sind schneller gebaut, als Pferde und Rinder großgezogen.

Noch von einem anderen Gesichtspunkt aus ist die größtmögliche Ersetzung des Zugtieres durch den Motor in der Landwirtschaft wie im Transportgewerbe wünschbar.

Frachtraumnot und andere Umstände drohen die Zufuhr von Lebensmitteln nach dem Kriege sehr einzuengen. Deren Hauptmasse wird überall zunächst so nahe wie möglich von den Konsumenten, also im eigenen Lande gewonnen werden müssen. Jedoch die Produktivität der Landwirtschaft wird gemindert sein. Sollen die Menschen mehr Lebensmittel für sich aus der gleichen Bodenfläche bei gleichem oder gar gemindertem Bodenertrag ziehen können, müssen sie trachten, die Kulturfläche zu vermehren, die dem Anbau solcher Lebensmittel gewidmet wird, was bei gleichbleibender Bodenfläche nur möglich ist durch Verminderung des anderen Zwecken dienenden Areals. Zu diesen anderen Zwecken gehört der Anbau von Handelspflanzen, vornehmlich Rohmaterialien, und von Viehfutter.

Der Anbau von Handelspflanzen wird sich nicht einschränken lassen, er wird vielmehr ebenfalls nach Ausdehnung streben, weil die Zufuhr von Rohmaterialien aus dem Auslande zunächst ebenso wie die von Lebensmitteln gehemmt sein wird. Auch da wird es gelten, den Ausfall möglichst im eigenen Lande zu decken.

So bleibt nur die Einschränkung der dem Anbau von Viehfutter gewidmeten Fläche übrig. Die der Erhaltung des Fleisch- und Milchviehes dienende Fläche darf aber ebenfalls nicht verringert werden. Die Verminderung des Zugviehes, seine Ersetzung durch Motoren, bietet die einzige Möglichkeit, die Leistungen der Landwirtschaft für die Ernährung und industrielle Beschäftigung der Menschen rasch zu steigern, auch wenn die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit nicht wächst.

Es handelt sich dabei um sehr erhebliche Bodenflächen. Im Deutschen Reich waren 1913 bebaut mit Brotgetreide:

Roggen	6 414 000	Hektar
Weizen	1 974 000	„
Zusammen	8 388 000	Hektar

Dagegen mit Viehfutter:

Hafer	4 438 000	Hektar
Wiesenheu	5 924 000	„
Zusammen	10 362 000	Hektar

Ein erheblicher Teil der dem Viehfutter gewidmeten Bodenfläche könnte dem Anbau von Nahrungsmitteln für Menschen entweder direkt oder indirekt durch Verfütterung der Produkte an Fleisch- und Milchvieh, statt an Zugvieh zugeführt werden, wenn in Landwirtschaft und Transportwesen die tierische Zugkraft durch mechanische ersetzt würde. Der jetzige Krieg bietet dazu den stärksten Anstoß, er macht diese Umwandlung geradezu unerläßlich.

Die technischen Bedingungen dafür sind gegeben. Die Landwirtschaft vermag sich der Dampfkraft wie der Verbrennungsmotoren, der Elektrizität, die in Zentralen erzeugt wird, sowie der Wasserkraft und der Windkraft zu bedienen. Letztere wird noch viel zu wenig beachtet.

„Uneingeschränkt und bei weitem mehr, als man für gewöhnlich denkt, kann die Windkraft in der Landwirtschaft vorteilhaft ausgenutzt werden: zum Schrot- und Häckselschneiden, zur Ent- und Bewässerung landwirtschaftlicher Grundstücke usw., vor allem zur Wasserversorgung der Güter und ländlicher Ortschaften. Es ist eine alte Erfahrung, daß die hygienischen Verhältnisse auf dem Lande durch die Gruppen-Wasserversorgung erheblich verbessert werden . . . Die Milchergiebigkeit hat immer ganz erheblich zugenommen, wenn die Wasserversorgung unabhängig von menschlicher und tierischer Arbeitsleistung der mechanischen Arbeit überlassen worden ist. Auch Elektrizität . . . kann durch Wind erzeugt werden . . . Die Elektrizitätsversorgung durch Windkraft stellt sich in der Regel billiger als der Anschluß an eine Ueberlandzentrale.“ (Dr. W. Busselberg, Die Technik in der Landwirtschaft, Technik und Wirtschaft. Oktober 1917.)

3. Großbetrieb und Kleinbetrieb.

Natürlich kommt es nicht bloß darauf an, daß der Landwirtschaft so viel Maschinen und Motoren als nur möglich zugeführt werden, sondern auch darauf, daß jede Maschine, jeder Motor volle Ausnutzung findet. Und da kommen wir wieder zu der alten Frage: Kleinbetrieb oder Großbetrieb?

Diese ist jedoch nur eine ökonomische Streitfrage, keine technische. Man kann streiten vom Standpunkte des Profits, welche Betriebsform die rentablere sei. Merkwürdigerweise wird dieser Gesichtspunkt nicht nur von den bürgerlichen, für die er wohl begreiflich ist, sondern auch von den sozialdemokratischen Verfechtern des Kleinbetriebs eingenommen. Und doch sollte für uns der Standpunkt der Arbeit der entscheidende sein; sollte die Frage für uns die sein, welche Betriebsform bei gleichem Arbeitsaufwand das größere Produkt liefert. Die Antwort auf diese Frage ist aber nicht zweifelhaft. Der Großbetrieb ist darin dem Kleinbetrieb entschieden überlegen, namentlich im Feldbau, in dem die meisten landwirtschaftlichen Maschinen zur Anwendung kommen; weniger in der Viehhaltung, dem Gemüsebau, der Obstzucht, obgleich auch hier die größere Beherrschung der Wissenschaft, die größere Arbeitsteilung, die Ersparnisse an Bauten und Wegen und ähnliches dem Großbetrieb die Möglichkeit technischer Ueberlegenheit bieten.

Ein Verfechter des Kleinbetriebs, Professor Sering, gibt in seiner Schrift über „Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande“ (Berlin 1910, S. 32) zu:

„Man wendet ein, die Bauernkolonisation bedeutet einen technischen Rückschritt, sie führt zur Arbeitsverschwendung. Es ist in der Tat wohl anzunehmen, daß der Großbetrieb auf den Kopf des Personals größere Rohstoffmengen dem Boden abzugewinnen pflegt. Ballod hat berechnet, daß in den Jahren 1904 bis 1908 auf 100 landwirtschaftliche Erwerbstätige in Westdeutschland, also in bäuerlichen Gegenden, 274 Tonnen Getreide geerntet wurden, in Mitteldeutschland 438 Tonnen, in Pommern 499, in den beiden Mecklenburg 573 Tonnen. Aehnlich verhält es sich mit der Kartoffelernte: Auf 100 landwirtschaftliche Erwerbstätige gewann man in Westdeutschland 436 Tonnen, in Mitteldeutschland 590 Tonnen, in den beiden Mecklenburg 666 Tonnen, in Pommern 944 Tonnen.“

Die Ueberlegenheit des Großbetriebs erscheint geringer, wenn man nicht von der Arbeit ausgeht, sondern vom Besitz, von der Bodenfläche, da der Kleinbetrieb weit mehr Arbeitskräfte auf die gleiche Bodenfläche verwendet, als der Großbetrieb. Man zählte im Deutschen Reich 1907 in den landwirtschaftlichen Betrieben:

Größenklasse	Auf 100 Hektar landwirtschaftl. benutzter Fläche landwirtschaftl. beschäftigte Pers.
unter 0,5 Hektar	560,2
0,5 bis 2 „	170,5
2 „ 5 „	88,2
5 „ 20 „	44,1
20 „ 100 „	22,2
über 100 „	17,5
darunter über 200 „	16,9

Wir können absehen von den Betrieben unter 2 Hektar. Diese sind überwiegend Nebenbetriebe, ihre Arbeitskräfte widmen nur einen Teil ihrer Zeit der Landwirtschaft. Aber auch, wenn wir nur die Betriebe mit mehr als 2 Hektar in Betracht ziehen, finden wir ebenfalls, daß die kleineren auf gleicher Fläche weit mehr Arbeitskräfte aufwenden, wie die großen, die kleinsten fünfmal soviel, wie die größten.

Trotzdem produzieren die kleinsten nicht mehr Getreide auf der gleichen Bodengröße, sondern eher weniger. Bei der Vergleichung der Ernteerträge verschiedener Gegenden muß man natürlich in Betracht ziehen, daß die Bodenfruchtbarkeit nicht überall dieselbe ist. Das erschwert die Vergleichung der Ernteerträge. Je nach der Auswahl der Gegenden kann man dann eine Ueberlegenheit des Kleinbetriebs oder Großbetriebs konstatieren. So hob der Verfechter des Kleinbetriebs, der jüngst verstorbene A. Schulz, 1911 in einer Polemik gegen mich hervor, daß die sechs östlichen Provinzen Preußens im Durchschnitt des Jahrzehnts 1899/1908 nur 15 Doppelzentner Roggen pro Hektar ernteten, dagegen die kleinbäuerlichen Gegenden viel mehr, so Rheinland 18, Hessen und das linksrheinische Bayern 19, Braunschweig 20. Ich konnte ihm aber zeigen, daß sich das Bild ändert, wenn man andere Gegenden in Vergleich setzt. Ich stellte ihm folgende Tabelle entgegen.

	Von 100 Hektar landwirtschaftl. benutzter Fläche entfallen auf Betriebe mit 100 und mehr Hektar	Roggenertrag pro Hektar 1899/1908 Doppelzentner
Gegenden mit stärkstem Großbetrieb:		
Mecklenburg-Strelitz	60,0	15,8
Mecklenburg-Schwerin	59,7	17,0
Anhalt	38,2	18,0
Gegenden mit schwächstem Großbetrieb:		
Württemberg	1,7	13,9
Bayern	2,2	15,7
Oldenburg	2,8	15,5

Man sieht, auch nach der Fläche berechnet liefert der Kleinbetrieb nicht mehr Ertrag. Er liefert weit weniger pro Arbeitskraft. Nur der Großbetrieb liefert einen erheblichen Ueberschuß an Getreide über den Konsum seiner Arbeitskräfte hinaus. Der Kleinbetrieb muß so viel mehr Arbeit aufwenden, um das gleiche Resultat zu erreichen, wie der Großbetrieb, weil er die Maschinen nur unvollkommen ausnutzen kann. Dies im Verein mit der Armut und Unwissenheit des Bauern bildet das große Hindernis der Maschinenarbeit in der Landwirtschaft.

Trotzdem eine Reihe von Maschinen auch dem Kleinbetriebe zugänglich sind, ist er in ihrer Anwendung weit zurückgeblieben.

Man zählte 1907:

Größenklasse	Betriebe überhaupt	Betriebe, welche irgendwelche der gezählten Maschinen benutzten	Von je 1000 Betrieben der betr. Größenklasse benutzten Maschinen
unter 0,5 Hektar	2 084 060	18 466	9
0,5 bis 2 Hektar . . .	1 294 449	114 986	89
2 „ 5 „ . . .	1 006 277	325 665	324
5 „ 20 „ . . .	1 065 539	772 536	725
20 „ 100 „ . . .	262 191	243 365	928
100 und darüber	23 566	22 957	974
darunter 200 und darüber	12 887	12 652	982

So gering die Zahl der Großbetriebe ist, der Fläche nach spielen sie für die Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Die nicht ganz 23 000 Großbetriebe über 100 Hektar umfaßten über 7 Millionen Hektar, die mehr als 4 Millionen kleinster Betriebe (unter 5 Hektar) dagegen nur 5 Millionen Hektar.

Je kleiner der Betrieb, desto weniger Maschinen wendet er an. Und wie langsam ist die Zunahme dieser Anwendung im Kleinbetrieb! Man kann die Gesamtzahlen von 1907 nicht mit denen von 1895 vergleichen, weil früher nicht so viele Maschinengattungen gezählt wurden, wie das letztemal. Wir geben die vergleichenden Zahlen für drei wichtige Maschinenarten, in denen der Kleinbetrieb auffallend weit zurück ist. Es benutzten unter 1000 landwirtschaftlichen Betrieben jeder Größenklasse:

Größenklasse	Dampfpflüge		Mähmaschinen		Dampfdreschmaschinen	
	1895	1907	1895	1907	1895	1907
unter 0,5 Hektar	—	—	—	—	3	5
0,5 bis 2 Hektar	—	—	—	1	21	47
2 „ 5 „	—	—	1	7	52	127
5 „ 20 „	—	—	7	129	109	191
20 „ 100 „	1	1	69	519	166	263
über 100 „	53	108	318	824	612	741
darunter über 200 Hektar	75	164	344	849	736	832

Diese Zahlen bezeugen deutlich, welches Hindernis für die Einführung der Maschine in den Landbau der Kleinbetrieb bedeutet. Es wäre daher ganz verkehrt, wenn die Uebergangswirtschaft versuchen würde, wie es schon die Friedenswirtschaft getan, den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft künstlich zu fördern, Hunderte von Millionen zur Zerschlagung großer Güter und Schaffung kleiner Bauernstellen zu verausgaben, zu Zwecken der sogenannten „inneren Kolonisation“. Das heißt jetzt, in Zeiten der Not, nicht nur Geld verschwenden, sondern es zur Verminderung der Produktivität der Landarbeit verausgaben, also direkt zu einem schädlichen Zweck verwenden.

Hierher gehören auch manche Experimente, die man mit den Kriegsinvaliden anstellen will, den „Kriegsbeschädigten“, wie das Kriegsdeutsch sie nennt, um der Gefahr zu entgehen, einen Ausdruck des internationalen — oder zwischenvolklichen? — Wortschatzes anzuwenden. Ich weiß nicht, ob man auch die „Invalidenversicherung“ künftig in „Beschädigtenversicherung“ umtaufen will.

Es wurde der Wunsch ausgesprochen, die Ansiedlung der Kriegsinvaliden auf Zwerggütchen zu begünstigen. Den Invaliden wie der Produktivität der Landwirtschaft würde dadurch kein Dienst erwiesen. Denn, wie schon bemerkt, sie erheischt einen robusten, vollkräftigen Körper. Sie kann auch einem Invaliden sehr heilsam sein als Nebenbeschäftigung, wenn er eine auskömmliche Rente bezieht und daneben noch zu ihrer Aufbesserung etwas Gartenarbeit, Obstbau und Geflügelzucht treibt. Aber einen Invaliden ausschließlich auf die Landarbeit als Erwerbsquelle anzuweisen, legt ihm zu harte Fron auf, und hunderttausend kleiner Gütchen schaffen, auf denen die Landarbeit nur mit halber Kraft geleistet wird, hieße die Produktivität der Landwirtschaft arg herabdrücken.

In der Praxis liefe das Experiment darauf hinaus, daß der Invalide gedrängt würde, Weib und Kind aufs äußerste im Landbau anzuspannen, daß die Last seiner Erhaltung seiner Familie aufgehalst wird.

Bisher schon überwogen im ländlichen Kleinbetrieb die weiblichen Arbeitskräfte. Von je 1000 beschäftigten Personen waren 1907:

Größenklasse		
unter 0,5 Hektar	741	weibliche Personen
0,5 bis 2 „	657	„ „
2 „ 5 „	543	„ „
5 „ 20 „	494	„ „
20 „ 100 „	449	„ „
über 100 „	412	„ „
darunter über 200 „	405	„ „

Je größer der Betrieb, desto mehr überwiegen die männlichen Arbeiter. In den Kleinbetrieben sind dagegen die weiblichen Arbeitskräfte in der Ueberzahl, am meisten in jenen Betrieben, die nicht nur der Bodenfläche, sondern auch der Personenanzahl nach zu den kleinen gehören.

Das sind jene, die ständig nur eine Person beschäftigen. Ueber diese finden wir folgende Zahlen in der Statistik von 1907.

Größenklasse	Zahl der Betriebe mit einer Person	Von je 1000 Personen waren weibliche Pers.
unter 0,5 Hektar	1 060 700	860
0,5 bis 2 „	492 565	877
2 „ 5 „	93 154	752
5 „ 20 „	14 227	410

Anderthalb Millionen landwirtschaftlicher Zwergbetriebe (unter 2 Hektar) beruhen also fast ausschließlich auf der Arbeit der Frauen, die 86 bis 88 Prozent ihrer Arbeitskräfte ausmachen. Die Männer dieser Frauen sind natürlich nicht untätig. Sie verrichten Lohnarbeit, zum nicht geringen Teil industrieller Art. Von den Inhabern der Kleinbetriebe bis 5 Hektar waren Unselbständige in der

Größenklasse	Landwirtschaft	Industrie	im Verkehr
unter 0,5 Hektar	367 024	752 278	104 011
0,5 bis 2 „	160 099	305 102	32 454
2 „ 5 „	17 169	65 004	8 286
Zusammen	544 292	1 122 384	144 751

Nebenbei gesagt, nimmt die Zahl der Kleinbetriebe in der Landwirtschaft nur zu dank der nebenberuflichen Tätigkeit der Industriearbeiter in ihr. Die Zahl der Inhaber oder Leiter landwirtschaftlicher Betriebe, die in ihrem Hauptberuf Landwirtschaft betreiben, hat von 1895 bis 1907 um 245 125 abgenommen, darunter 74 710 Selbständige. Dagegen ist die Zahl der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, die in der Industrie, beziehungsweise dem Verkehr als Unselbständige tätig waren, in dem genannten Zeitraum um 337 046 und 44 096 gewachsen, zusammen um 381 142.

Will man die Invaliden aufs Land versetzen, nicht damit sie selbständige Landwirtschaft treiben, sondern als billige Lohnarbeiter den verschiedenen Unternehmungen auf dem Lande zur Verfügung stehen?

Wir haben nicht den mindesten Grund, die Vermehrung der Kleinbetriebe auf dem Lande zu fördern. Wir haben auch keinen Grund, es verhindern zu wollen, daß einzelne Güter ihre Fläche vergrößern, was nach dem Kriege vielfach vor sich gehen dürfte.

Wohl ist durch ihn der Bauernstand nicht in der Weise ökonomisch ruiniert worden, wie das Handwerk. Aber immerhin sind viele Tausende von Inhabern kleiner Landwirtschaftsbetriebe gefallen, andere Tausende so verstümmelt oder geschwächt, daß sie die harte Landarbeit aufgeben und einen leichteren Beruf suchen müssen. Wer soll die verwaisten Gütchen übernehmen? Landarbeiter, die mit Hilfe ihrer Ersparnisse sich zu Grundbesitzern aufschwingen wollen? Aber den Landarbeitern, den

feldgrauen wie den zurückbleibenden, brachte der Krieg nicht reichlichen Gewinn.

Wohl aber den Grundbesitzern, namentlich den großen, die er mit billigen Arbeitskräften versah, den Kriegsgefangenen, und denen er hohe Preise für ihre Produkte brachte. Sie sind im Kriege ihre Hypothekenschulden losgeworden, sie haben noch Ersparnisse in Genossenschaften und Banken angehäuft. Sie werden jede Gelegenheit benutzen, ihre Betriebe durch Ankauf freiwerdenden Grundbesitzes zu erweitern.

Es liegt nicht im Interesse der Produktivität der Landwirtschaft, diesen Prozeß zu stören.

4. Die Landwirtschaft der Dorfgemeinde.

Welche Ausdehnung das Wachstum einzelner Güter gewinnen wird, ist natürlich nicht abzusehen. Indes ist nicht anzunehmen, es werde so weit gehen, daß die Bedeutung des Kleinbetriebes für die Landwirtschaft fühlbar eingeschränkt würde. Die Betriebe unter 20 Hektar umfaßten in Deutschland 1907 beinahe die Hälfte der landwirtschaftlich benutzten Fläche — 48,5 Prozent —, die Betriebe von 5 bis 20 Hektar fast ein Drittel — 32,7 Prozent.

In der Landwirtschaft geht es aber nicht so wie in der Industrie, daß man die Produktivität eines Produktionszweiges durch Stillegung der rückständigen Betriebe und Konzentrierung der Produktion auf die höchstentwickelten steigern kann. Der Grund und Boden ist für die Landwirtschaft das wichtigste Produktionsmittel, auch nicht das kleinste benutzbare Stück seiner Fläche darf ungenutzt bleiben. Und ein schlecht kultivierter Boden liefert immer noch mehr, als ein gar nicht kultivierter.

Weit entfernt, landwirtschaftliche Betriebe stillzulegen, wird man vielmehr trachten müssen, die Kulturfläche noch auszudehnen.

Vor dem Kriege war sie merkwürdigerweise im Deutschen Reiche im Abnehmen, statt im Zunehmen, trotz der Kultivierung von Mooren und Heiden, der Trockenlegung von Sümpfen und anderen Meliorationen. Die landwirtschaftlich benutzte Fläche hat sich im Zeitraum von 1895 bis 1907 von 32 518 000 auf 31 835 000, also um 683 000 Hektar vermindert.

Die zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt (1912), betrachtet diese Minderung zum Teil als bloß formale, da 1907 die „reichen Weiden“ schärfer definiert wurden, als 1895. Doch kann das keine große Verschiebung der Zahlen bedeutet haben. Die Darstellung fährt fort:

„Weiter dürfte neben diesem formalen Grund auch die seit 1895 bedeutend gewachsene Vergrößerung der Städte, die umfangreichen Anlagen von gewerblichen Betrieben auf dem Lande, Bahn- und Wegebauten, die Anlage von Militärschießplätzen und die Aufforstung von im Jahre 1895 landwirtschaftlich benutzten Flächen die Verminderung der landwirtschaftlichen Fläche verursacht haben.“ (Seite 10.)

Das Wachsen, im statistischen Amtsdeutsch „die gewachsene Vergrößerung" der Städte, der Bahnbauten, der Industrie auf dem Lande läßt sich nicht verhindern.

Anders steht es mit der Verringerung der Anbaufläche durch militärische Zwecke — Schießplätze, Exerzierplätze, Festungsbauten und dergleichen — sowie der Aufforstung von Kulturboden, um den Reichsten der Reichen die Gebiete ihres Jagdvergnügens zu vergrößern.

Letzteres scheint die Hauptursache der Verminderung des landwirtschaftlich benutzten Bodens zu sein, denn die anderen hier genannten Faktoren mußten nicht nur diesen, sondern die Gesamtfläche der Landwirtschaftsbetriebe einschränken. Deren Gesamtfläche nahm jedoch weit weniger ab, als die Kulturfläche. Jene um 178 000 Hektar; diese um 683 000 Hektar. Es gab Gegenden, in denen die von den Betrieben eingenommene Gesamtfläche wuchs und trotzdem die von ihnen landwirtschaftlich benutzte Fläche abnahm. So finden wir in

	Zunahme der Gesamtfläche Hektar	Abnahme der Kulturfläche Hektar
Preußen	33 135	388 000
Baden	152 184	32 570
Hessen	3 679	7 432
Schwarzwaldkreis (Württemberg)	9 829	14 878
Mecklenburg-Schwerin	46 270	20 211
Braunschweig	9 268	5 796
Unter-Elsaß	4 296	366

Eine allgemeine Abrüstung würde die Beanspruchung des Kulturbodens durch den Militarismus sehr einschränken. Vor allem aber hätte die Uebergangswirtschaft Ursache, alle landwirtschaftlich nutzbare Fläche, die der Jagdlust hoher Herren zum Opfer fiel, der Lebensmittelproduktion wieder zuzuführen. Das geht freilich nicht ohne starke Demokratie.

Muß man trachten, allen verfügbaren Kulturboden der Bodenkultur zuzuführen, so muß man andererseits auch alles aufbieten, daß diesem Boden die höchstmöglichen Erträge abgewonnen werden. Mögen auch die Kleinbetriebe der Landwirtschaft in der Ausnutzung der Maschinen noch so sehr hinter den Großbetrieben zurückstehen, die Staatsgewalt wird die Aufgabe haben, sie soviel wie möglich mit Maschinen zu versorgen.

Es wäre jedoch technisch ebenso unmöglich wie widersinnig, wollte man jeden Kleinbauern mit den Maschinen versehen, die er anwenden kann und soll und ihn zu ihrem Privateigentümer machen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die meisten Maschinen der Landwirtschaft, namentlich die dem Feldbau dienenden, nicht an einen Ort gefesselt sind, sondern zur Ortsveränderung geeignet sein müssen. Auch werden sie meist nicht ständig, sondern nur zu gewissen Zeiten gebraucht.

Es besteht daher im Gegensatz zur Industrie in der Landwirtschaft die Möglichkeit, dieselbe Maschine nacheinander in verschiedenen Betrieben funktionieren zu lassen. Von dieser Möglichkeit wird auch reichlich Gebrauch gemacht, namentlich bei den Dampfdreschmaschinen und den Dampfpflügen. Erstere wurden 1907 in 488900 Betrieben angewandt, von denen aber nur 19800 eigene Dampfdreschmaschinen besaßen. Letztere fanden in 2995 Betrieben Anwendung, aber nur 415 von diesen verfügten über eigene Dampfpflüge. Darunter ein Betrieb aus der Größenklasse zwischen 5 bis 20 Ar, der den eigenen Dampfpflug sicher nicht anzuwenden vermochte. Ferner verzeichnet die Statistik drei Betriebe in der Größenklasse von 1 bis 2 Hektar mit vier Dampfpflügen, also einen mit zweien dieser Ungetüme, ebenso in der Größenklasse von 3 bis 4 Hektar zwei Betriebe mit drei, in der Klasse von 4 bis 5 Hektar drei Betriebe mit vier Dampfpflügen. Daß diese alle ihre Pflugmaschinen nur deshalb erworben hatten, um fremde Felder damit zu pflügen, ist klar.

Allgemeine Anwendung wird der Dampfpflug nicht finden, auch nicht im Großbetrieb. Nicht überall sind seine Vorbedingungen gegeben. Neben ihm kommt der elektrische Pflug dort in Betracht, wo elektrische Ueberlandzentralen eingerichtet sind. Doch hat er sich noch wenig eingebürgert. Dagegen findet raschen Eingang der von einem Verbrennungsmotor gezogene Pflug, der auch auf kleineren Flächen anwendbar ist. In Amerika hat er schon vor dem Kriege weite Verbreitung gefunden. Der Arbeiter- und Pferdemangel verhilft ihm zu raschem Vordringen auch in Deutschland.

So berichtet z. B. die „Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure“ (1915):

„Bei der Feldbestellung Ostpreußens nach Vertreibung der Russen wurden in großem Umfang Motorpflüge verwendet. Nur dadurch wurde es möglich, die Gegenden zu bestellen, in denen Menschen, Wagen und Pferde fehlten. Mit Hilfe eines beträchtlichen Staatsdarlehens wurden deshalb 123 Motor- und 12 Dampfpflüge angeschafft, die den Landwirten gegen jährliche Ratenrückzahlung gegeben wurden. Außerdem wurden durch die Militärverwaltung mit 29 Motorpflügen die ganz verlassenen Gegenden beackert. Bisher sind von den für derartige Zwecke zur Verfügung stehenden 58 Millionen Mark 3,5 Millionen Mark verausgabt worden. Es steht zu erwarten, daß sich in den nächsten Jahren Motorpflüge in der Landwirtschaft weiter einbürgern werden.“ (Seite 1047.)

Aus Frankreich berichtet dieselbe Zeitschrift (März 1917):

„Der französische Landwirtschaftsminister hat einen Ausschuß ernannt, der die Aufgabe hat, zu untersuchen, wie die aus dem Heeresdienst ausgeschiedenen Motorwagen am zweckmäßigsten zur Förderung der Bodenkultur verwertet werden können. Man schlug vor, namentlich von Wagen mit beschädigtem Untergestell die Motoren den Landwirten zum Betrieb ihrer Maschinen zur Verfügung zu stellen. Um diesen Bestrebungen bei der Landbevölkerung in möglichst großem Umfang Eingang zu verschaffen, ist durch Erlaß des Präsidenten in Noisy-le-Grand auf einem 130 Hektar großen Landgut eine Schule geschaffen. . . . Die Schüler werden als Mechaniker ausgebildet und erhalten Unterricht im Bedienen landwirtschaftlicher Maschinen und Motoren. Außerdem soll die Anstalt Versuche mit neuen Maschinen anstellen und Musterkurse zum Bekanntmachen und Fördern der Motorkultur bei den Landwirten veranstalten. Hierbei sind drei Gesichtspunkte

maßgebend: die fehlenden menschlichen und tierischen Arbeitskräfte sollen durch mechanische Kraft ersetzt, die ausgemusterten Heereskraftfahrzeuge nach Möglichkeit ausgenützt und Kriegsbeschädigte für derartige Arbeiten ausgebildet werden." (Seite 300).

Zur Zeit ist freilich die Zahl der Motorpflüge in Frankreich noch gering. Im April 1918 fand in Noisy-le-Grand ein staatlicher Motorkulturwettkampf statt, bei dem Angaben über den Stand der französischen Motorkultur gemacht wurden. Es wurde berechnet, daß Frankreich 17 000 bis 20 000 Motorpflüge nötig hätte, daß aber nur 1000 vorhanden sind, von denen die eine Hälfte in staatlichem, die andere in privatem Besitz.

Für Deutschland ist mir eine derartige Statistik nicht bekannt.

Nach dem Kriege wird man mechanische Pflüge in großen Mengen brauchen. In dem Sammelwerk über „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege" (Berlin 1918) sagt Prof. Gust. Fischer:

„Wenn die mechanischen Pflüge schon im Frieden in größeren Betrieben nicht zu entbehren waren, um die Ackerung gut und rechtzeitig auszuführen, so kann man sagen, daß unsere Ernährung im Kriege ohne die Dampf- und Motorpflüge ganz undurchführbar gewesen wäre. Sobald in ruhigeren Zeiten die Schwierigkeiten in der Herstellung der mechanischen Pflüge und in der Beschaffung ihrer Betriebsmittel wieder verschwinden, muß die Benutzung der Dampf- und Motorpflüge noch weit mehr gesteigert werden, um dem Mangel an Zugtieren und Menschen abzuhelfen." (S. 754.)

Nachdem er dann ausgeführt, „daß das eigentliche Anwendungsgebiet des Dampfpfluges der Großbetrieb ist" (S. 755) und daß „weder die elektrischen noch die Motorpflüge bisher die leichten Antriebsmaschinen für Ackerarbeiten haben bringen können, die für kleinere Wirtschaften gewünscht werden" (S. 763), fährt er fort:

„Die Unentbehrlichkeit der Motor- und Dampfpflüge hat sich im Kriege, besonders aber im Frühjahr 1917, aufs deutlichste erwiesen . . . Wo keine Kraftpflüge zur Verfügung stehen, ist es unvermeidlich, daß die Bodenkultur unter dem Mangel an Arbeitskräften leidet, daß der Acker verqueckt und nicht tief genug gelockert wird. Ohne Zweifel ist während des Krieges in dieser Hinsicht manches versäumt worden, und es bedarf einiger Jahre energischer Arbeit, um nur den alten Kulturzustand, der außerdem durch mangelhafte Düngung gelitten hat, wiederherzustellen. Um ihn darüber hinaus noch auf eine höhere Stufe zu bringen, wird erst recht die Heranziehung der Kraftpflüge notwendig sein." (S. 763, 764.)

Natürlich wäre es unmöglich, jedem Bauern einen Motorpflug zuzuweisen. Und selbst wenn es ermöglicht würde, bedeutete es eine sinnlose Verschwendung, die man sich gerade nach dem Kriege am wenigsten gestatten darf.

Wohl gibt es bereits solche Pflüge für kleine Betriebe, aber die größeren sind weit wirksamer. Diese vermögen 4 bis 6, die kleineren nur 1,5 bis 2,5 Hektar im Tage zu pflügen. Ein Pflug mit zwei Pferden freilich im Durchschnitt nur ein halbes Hektar.

Außerdem aber erheischt der Motorpflug einen geschulten Führer. In einem Artikel über Motorpflüge in der nun schon mehrfach zitierten

„Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure“ (Januar 1916) sagt Professor Fischer:

„Die Benutzung der Motorpflüge setzt voraus, daß der Führer die Kenntnisse für ihre Führung und Wirkung erworben hat. Aber das ist auch bei anderen landwirtschaftlichen Maschinen der Fall und wird dazu beitragen, daß die Landwirte immer mehr die Notwendigkeit der Einstellung eines tüchtigen Maschinisten einsehen, der in einem größeren Betriebe kaum noch entbehrt werden kann.“ (Seite 72.)

Wo der Motorpflug von kleineren Betrieben angewandt wird, geschieht es am besten von einer Vereinigung solcher Betriebe. Wie für andere landwirtschaftliche Maschinen haben sich auch für die Motorpflüge Genossenschaften gebildet, die sie anschaffen und an ihre Mitglieder verleihen. Indessen sollte man dort, wo man von Staats wegen die Verbreitung der Motorkultur fördern will, nicht von solchen privaten, zufälligen Vereinigungen ausgehen, sondern die Pflüge einzelnen **Gemeinden** zuweisen, in denen die nötigen Vorbedingungen für ihre Anwendung zu finden sind. Die Gemeinde könnte dann die gesamte Feldflur ihres Gebietes mit dem Motor beackern, wie heute schon arme Bauern, die über kein eigenes Gespann verfügen, ihre kleinen Felder von einem Nachbar pflügen lassen, der ein oder zwei Pferde besitzt, oder wie größere Grundbesitzer einen fremden Dampfpflug leihen.

Wo aber die Gemeinde den einzelnen Bauern bei der Pflugarbeit ausschaltet und diese für ihr ganzes Gebiet besorgt, da liegt es nahe, daß es so kommt, wie Genosse Hofer im preußischen Abgeordnetenhaus schon vor dem Kriege (30. Januar 1914) ausführte:

„Wenn die Motorpflüge erst in Tätigkeit treten, dann sehen die Bauern auch bald, daß ihre kleinen Felder, ihre Grenzen zu eng geworden sind. Sie stoßen überall an den Ecken an, und sie werden überall auf diesem Wege dahin kommen, daß sie ihre Flächen zusammenlegen.“

Jedes Wenden bedeutet für den Motorpflug einen Zeitverlust, einen Kraftverlust. Die Raine bedeuten einen Verlust an Boden sowie an Saatgut, das auf sie fällt. Die Ecken machen ein Nachhelfen mit Handarbeit erforderlich. Je größer die zusammenhängende Fläche, die zu pflügen ist, desto besser kann der Motorpflug ausgenutzt werden.

Im Interesse der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit wird also die Uebergangswirtschaft die Zusammenlegung der Flächen zu fördern haben. Es wäre jedoch höchst unzweckmäßig, wenn jeder einzelne Bauer nach vollzogener Pflügung wieder sein Feldstück abgrenzen und für sich bepflanzen wollte. Die logische Folge der Zusammenlegung der Fläche ist nicht bloß ihre gemeinsame Beackerung, sondern ihre Bewirtschaftung überhaupt nach einem gemeinsamen kommunalen Plan.

In gewissem Sinne wäre das gar nichts Neues. In der alten Markgenossenschaft galt schon für alle auf gleicher Flur liegenden Felder der Dorfgenossen der Flurzwang, das heißt die Pflicht, die gleiche Frucht anzubauen. Wohl bewirtschaftete dabei jeder Bauer sein Feld für sich, aber nach der Ernte wurden alle Grenzen zwischen ihnen aufgehoben und ihre zusammenhängende Fläche in gemeinsame Weide verwandelt.

Nun gilt es, diese markgenossenschaftliche Wirtschaft den modernen Verhältnissen, dem Maschinenbetrieb, anzupassen. Das Endergebnis wäre, daß Haus, Hof und Garten von Bauern wohl privat bewirtschaftet würden, wie sie auch in der Markgenossenschaft volles Privateigentum waren, der Feldbau dagegen mit den Arbeitskräften der Gemeinde gemeinsam betrieben würde. Sein Produkt oder der Erlös dafür könnte dann unter die einzelnen Bauern je nach dem Anteil, den ihre Arbeit oder ihr Boden an dem Ertrag hatte, verteilt werden.

Selbst bürgerlichen Autoren drängt der Zwang der Not ähnliche Vorschläge auf.

Wir haben bereits auf das Sammelwerk über „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege" hingewiesen. Dort fordert Friedrich v. Braun, Präsident des Kriegsernährungsamts, zwingende staatliche Vorschriften für die Düngung, die Saatgutwahl und die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten (S. 7).

„Die Herstellung von Stickstoff geschieht jetzt schon unter staatlicher Führung, und eine ähnliche Entwicklung ist bei der Kaliindustrie vorgezeichnet. Von da bis zur öffentlichen Zuweisung des festgestellten Bedarfs an künstlichem Dünger für alle landwirtschaftlich benutzten Grundstücke unter Einziehung der Kosten als öffentliche Last des Grundstücks ist kein weiter Weg." (S. 8, 9.)

„Es erscheint die Frage berechtigt, warum man nicht bei der Auswahl des Saatguts dieselbe staatliche Einwirkung anwenden soll, wie bei der Körung der Zuchttiere. Sie ist für die Volkswirtschaft zum mindesten von der gleichen Wichtigkeit und die Vorbedingung für den raschen Erfolg . . . Man kann sich die Entwicklung so denken, daß für den Bezirk jeder unteren Verwaltungsbehörde ein Körausschuß unter dem Vorsitz des Landwirtschaftslehrers oder des Saatgutinspektors gebildet wird, der nicht nur die Auswahl des für die Gegend geeigneten Saatguts vorzunehmen, sondern auch für die kleineren Betriebe das Saatgut gemeinschaftlich zu schaffen und vor der Ausgabe gemeinsam zu behandeln hätte." (S. 9, 10.)

Endlich die staatliche Bekämpfung der Pflanzenschädlinge sei schon begonnen, brauche nur energischer ausgebaut zu werden, wie es in anderen Ländern schon geschähe, wie in den Vereinigten Staaten, wo man Felder, die nicht von Unkräutern reingehalten werden, rücksichtslos von Staats wegen umpflügt.

In der früher schon zitierten, von der „Gesellschaft für soziale Reform" herausgegebenen Schrift über „Soziale Fragen der Uebergangswirtschaft", betitelt: „Der Tag der Heimkehr", berichtet Dr. W. Bisselberg über „Die Bereitstellung von Arbeit durch Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft", da fordert er unter anderem:

„Wie für die anderen Gewerbe, müssen für die Landwirtschaft schon jetzt zur Verteilung der Arbeiter **Wirtschaftspläne** aufgestellt werden . . .

Die Wirtschaftspläne sind von den Kriegswirtschaftsämtern mit den **Kommunalverwaltungen** oder doch wenigstens durch deren Vermittlung und unter ihrer Verantwortung festzusetzen.

Die kleinen landwirtschaftlichen Besitzer sind unter der Führung der Kreisverwaltungen, am besten in Anlehnung an Großbetriebe, genossenschaftlich zusammenzuschließen.

Das Wort **Produktionszwang** klingt zwar auch nichtlandwirtschaftlichen Ohren noch unheimlich, aber auch praktische Landwirte glauben, daß wir im öffent-

lichen Interesse ohne eine planmäßige Regelung der Düngung und der Bewirtschaftung (was übrigens im Interesse der Besitzer liegen würde, wie auch die Erfahrungen der brandenburgischen Ritterschaft gezeigt haben), unter Umständen selbst auf dem Zwangswege, nicht mehr auskommen können." (Seite 14, 15.)

Das wäre immer noch keine sozialistische Wirtschaft. Der besitzende Bauer bekäme mehr, als der besitzlose Landarbeiter. Die Produktion geschähe immer noch zum Verkauf, für den Markt. Die Triebkraft der Produktion wäre immer noch der Mehrwert, in den beiden Erscheinungsformen des Profits und der Grundrente.

Diese Regelungen bedeuten noch nicht Uebergang zum Sozialismus, sie gehören noch in das Gebiet der Uebergangswirtschaft, die wir hier behandeln. Sie sind ein Mittel, ohne Veränderung der Grundlagen der bestehenden Gesellschaft die Produktivkraft der bäuerlichen Landwirtschaft aufs höchste zu steigern, ihr eine Reihe von Vorteilen des Großbetriebes zugänglich zu machen.

Immerhin bedeuteten aber diese Regelungen einen erheblichen Schritt in der Richtung zu sozialistischer Landwirtschaft, die auf der Basis des Kleinbetriebes unmöglich ist. Zwei weitere Schritte wären dann noch notwendig, um die Dorfwirtschaft in sozialistische Wirtschaft zu verwandeln: Einmal die Verstaatlichung der Feldflur, der Ankauf der Anteile der einzelnen Bauerngüter an dieser Flur durch den Staat. Haus, Hof und Garten könnten auch dabei noch Privateigentum bleiben. Der moderne Kommunismus ist nicht der urchristliche. Er verlangt die Gemeinschaft der Produktionsmittel, die der kapitalistischen Warenproduktion dienen, nicht die Gemeinschaft der Haushaltungen.

Der Ankauf des Ackerlandes durch den Staat brauchte kein gewaltsamer, er könnte ein allmählicher sein. Die Festsetzung des Vorkaufsrechts des Staates bei jedem Besitzwechsel würde genügen.

Je größer der Anteil des Staates an der Bodenfläche wird, desto mehr fällt ihm alles weitere Wachstum der Grundrente zu, desto mehr wird der Anteil des einzelnen Gemeindegenossen am Gemeindeprodukt bloß nach der Arbeit bemessen werden, die er dabei aufgewandt hat, und nicht nach der Größe seines Besitzes.

Der andere Schritt in der Richtung zur Sozialisierung der Landwirtschaft, der noch zu tun wäre, bestände darin, daß die Gemeinde nicht mehr für den Markt zu produzieren hätte, sondern für die Gemeinschaft, für den Bedarf der Bevölkerung, durch Vermittlung der Staatsverwaltung.

Auch das könnte bereits durch die Uebergangswirtschaft vorbereitet werden.

Schon während des Krieges wäre es dringend nötig gewesen, die landwirtschaftliche Produktion direkt in den Dienst der Gesamtheit zu stellen. Es ist das, trotz der Not der Zeit, nirgends gelungen, dank der Macht der Agrarier — nicht der Landwirtschaft, sondern des Grundbesitzes, des Privateigentums am Boden, was etwas ganz anderes ist. Aber auch ohne dieses soziale Moment wäre die Leitung der landwirtschaftlichen Produktion durch Organe der Gemeinschaft aus technischen Gründen

dort gescheitert, wo der Kleinbetrieb vorherrscht. Die 4621 größten Betriebe (über 100 Hektar) mit 1 930 000 Hektar Land in Pommern könnte man durch Organe des Staates oder der Provinz überwachen, aber doch nicht die 538 000 kleineren Betriebe (unter 100 Hektar) der Rheinprovinz mit ihren 1 300 000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche.

Zu den stärksten Eingriffen des Staates in den landwirtschaftlichen Betrieb (der wohl zu unterscheiden ist vom landwirtschaftlichen Besitz) während des Krieges ist es nicht in Rußland gekommen, dem Lande der proletarischen Revolution, aber auch eines riesenhaften zahlenmäßigen Uebergewichts der Bauernschaft. Auch nicht im Deutschen Reich, dessen staatliche Organisation und dessen Unterordnung aller privaten Bedürfnisse unter die Forderungen der Kriegführung so sehr erhoben wird, sondern in England, dem Lande des Freihandels, des „Manchestertums“, aber auch des zahlenmäßig überwiegendsten Großgrundbesitzes und Großbetriebes auf der einen Seite und der — wenn sie nur will! — stärksten Arbeiterklasse und der größten Ueberzahl der städtischen über die ländliche Bevölkerung auf der anderen Seite. Im Deutschen Reiche macht diese noch 40 Prozent der Bevölkerung aus, in England nur mehr 22.

Die Engländer schrecken nicht davor zurück, durch das Landwirtschaftsministerium (Board of agriculture) Betriebsinspektoren einsetzen zu lassen, die die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe zu überwachen haben. Das würde an sich noch wenig bedeuten. Doch sollen sie das Recht bekommen, bei unwirtschaftlich arbeitenden Betrieben die Leitung selbst in die Hand zu nehmen. Der private Unternehmer ist dadurch noch nicht ausgeschaltet, aber nur der tüchtig gebildete und gewissenhafte Unternehmer soll künftighin in der Landwirtschaft geduldet werden.

Derartiges muß ebenfalls bei uns im Interesse der größtmöglichen Produktivität der Landwirtschaft gefordert, es müssen ihr auch die Produkte, die sie zu erzeugen hat, vorgeschrieben werden. Das läßt sich unschwer bei dem Großbetriebe durchführen, nicht aber bei den unzähligen Kleinbetrieben. Auch da würde der kommunale Landbau die Aufgaben der Uebergangswirtschaft sehr erleichtern.

Der Satz, daß die Ueberwachung und Leitung der Landwirtschaft beim Großbetrieb unschwer durchzuführen sei, ist natürlich nur in technischem, nicht sozialem oder politischem Sinne gemeint. Da wird ein verzweifelter Widerstand des agrarischen Interesses zu überwinden sein. Aber hier untersuchen wir nicht die Aussichten der Uebergangswirtschaft, die noch ganz unberechenbar sind, sondern die Forderungen, die im Interesse des Proletariats und der Gesamtheit an sie zu stellen sind, für die wir zu kämpfen haben.

Mit Recht weisen die Agrarier darauf hin, daß die Landwirtschaft die Grundlage des ganzen gesellschaftlichen Gebäudes, der wichtigste aller Produktionszweige ist. Aber es ist ganz widersinnig, wenn sie daraus schließen, die Gesellschaft habe den heutigen Herren dieses Produktionszweiges nun die ausschweifendsten Privilegien zu gewähren, ihnen Arbeitskräfte zwangsweise zuzuführen und die fettesten Profite zu sichern, um

sie an der Besorgung ihrer Wirtschaft zu interessieren. Diese Methode entspricht den Interessen der für die Gesellschaft unnützen Privateigentümer am Boden, nicht dem Interesse der Gesellschaft selbst. Dieses Interesse erheischt vielmehr aufs dringendste, gerade wegen der Bedeutung der Landwirtschaft, daß sie unabhängig wird von der Willkür des Privateigentums und direkt unter gesellschaftliche Kontrolle kommt, und daß an Stelle unproduktiver Zwangsarbeit die produktive gern geleistete Arbeit tritt.

5. Städtische Landwirtschaft.

Neben der Landwirtschaft der Dorfgemeinden kommt noch eine andere Art kommunaler Landwirtschaft in Betracht, die der Stadtgemeinden, die auch in der Uebergangswirtschaft an Bedeutung gewinnen dürfte als Mittel, die Ernährung der städtischen Bevölkerung zu erleichtern, ihr die Vorteile des „Selbstversorgers" bis zu einem gewissen Grade zugänglich zu machen.

Schon vor dem Kriege waren Ansätze zu solcher Art Landwirtschaft vorhanden. Auf der einen Seite mußten die Stadtgemeinden Grund und Boden aus technischen Gründen, z. B. Rieselfelder, erwerben, den sie nicht brach liegen lassen wollten. Anderseits drängte das Steigen der Lebensmittelpreise und das Wachsen der Ernährungsschwierigkeiten der Stadtgemeinden dazu, wenigstens einem Teil ihrer Bevölkerung gute und billige Nahrungsmittel zuzuführen, entweder durch Verträge mit den Produzenten oder durch eigene Produktion. In der Zeit der Uebergangswirtschaft wird der Antrieb zu solchem Vorgehen durch die hohen Preise und die gesteigerte monopolistische Stellung des Grundbesitzes sehr verstärkt werden.

Diese städtische Landwirtschaft wird sich von jener der Dorfgemeinden schon nach den Hauptobjekten ihrer Produktion unterscheiden. Es wird sich da das Thünensche Gesetz geltend machen, mit den Modifikationen, die die moderne Technik des Transports und der Konservierung an ihm hervorbringt.

Die städtische Landwirtschaft muß ihr Schwergewicht auf die Erzeugung von Produkten legen, die weiten Transport schwer vertragen und die von der Landwirtschaft ohne jede Zwischenstufe in den Haushalt übergehen, also vor allem Milch und Gemüse. Die Dorfgemeinde wird eher Produkte herstellen, die einen längeren Transport sowohl technisch wie ökonomisch sehr wohl vertragen und die nicht direkt vom Produzenten in den Haushalt eingehen, sondern noch eine oder mehrere Zwischenstufen passieren müssen, also vor allem Getreide, Milch, die in Butter und Käse verwandelt wird, Magervieh, Gemüse für Konservenfabriken, Rüben für Zuckerfabriken usw.

Doch nicht nur in den Objekten der Produktion unterscheidet sich die Landwirtschaft der bäuerlichen von der der Stadtgemeinde, sondern auch in ihrer sozialen Bedeutung. Kann die Landwirtschaft der Dorf=

kommune noch Warenproduktion, getrieben von dem Streben nach Mehrwert, das heißt Profit und Grundrente, bleiben, so ist die Landwirtschaft der Stadtgemeinde, soweit sie nicht fiskalischen Zwecken dient, direkt auf die Befriedigung des Bedarfs ihrer Bewohner gerichtet, ohne jede Absicht auf Profit. Sie gewinnt damit bereits sozialistischen Charakter.

Beide Arten der Landwirtschaft sind von der Uebergangswirtschaft zu fördern. Soweit sie sich durchsetzen, werden sie aber solche Vorteile bieten, daß sie mit dem Stadium des Ueberganges nicht wieder verschwinden, sondern sich über dieses hinaus erhalten und weiterentwickeln werden. Sie liegen in der Linie der Entwicklung. Ihre größten Schwierigkeiten finden sie im Anfang.

Die Uebergangswirtschaft wirft so vieles Alte und Herkömmliche über den Haufen, mehr noch, als es der Krieg selbst bewirkt, weil sie mit diesem den Notstand teilt, gleichzeitig aber den Kampf der Klassen im Innern in voller Macht, ohne jede Ablenkung durch äußere Bedrängnis, wirken läßt. Sie kann am ehesten den Anstoß geben, diese schwersten ersten Schritte zu wagen. Für die Landwirtschaft würde so die Zeit der Uebergangswirtschaft eine Zeit, die nicht nur den Uebergang vom Kriegszustand in den Friedenszustand vollzöge, sondern auch den Uebergang von privater zu gesellschaftlicher Landwirtschaft anbahnte.

Daran ist heute, nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, nicht mehr zu zweifeln, daß die Entwicklung der Landwirtschaft eine andere ist, als die der Industrie. Wenn wir Marxisten im Verein mit einem großen Teil der bürgerlichen Oekonomie ehedem annahmen, der Großbetrieb werde in der Landwirtschaft den gleichen Siegeszug antreten, wie in der Industrie, so beruhte das auf wohl beobachteten Tatsachen, deren Bedeutung wir jedoch überschätzten. Das habe ich bereits vor zwanzig Jahren in meiner „Agrarfrage" anerkannt. Ich habe dort jedoch auch schon die entgegengesetzte Anschauung zurückgewiesen, als gingen wir dem Ende des landwirtschaftlichen Großbetriebes, dem Siege des Kleinbetriebes entgegen:

„So wenig wir in der Landwirtschaft auf eine rasche Auffaugung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe rechnen dürfen, so haben wir noch weniger Ursache, den entgegengesetzten Prozeß zu erwarten." (Seite 298.)

Eine Reihe von Sozialisten haben daraus, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft nicht vorschreitet, geschlossen, eine sozialistische Landwirtschaft sei unmöglich, der Sozialismus werde bloß in der Industrie zur Herrschaft kommen — und sie nehmen an, auch da erst nach ein paar hundert Jahren. In Wirklichkeit folgt aus dem verschiedenen Gange der Entwicklung in Landwirtschaft und Industrie nur, daß der Weg zum Sozialismus hier ein anderer sein wird als dort.

In der Stadt wird er vorbereitet und unerläßlich gemacht durch das Vorschreiten des Großbetriebes, der das Proletariat immer mehr zur zahlreichsten Klasse macht, zugleich aber das Streben des einzelnen Proletariers, sich zum Privateigentümer eines Kleinbetriebes empor-

zuarbeiten, immer aussichtsloser und sinnloser erscheinen läßt. Seine Kraft entwickelt das industrielle Proletariat im Klassenkampf, dessen Ausgangspunkt der Kampf um die Arbeitsbedingungen ist, dessen Ziel die Enteignung der Kapitalisten durch die Gesellschaft wird.

Auf dem flachen Lande nimmt der proletarische Klassenkampf nicht die gleiche Ausdehnung und Intensität an. Die Zahl der Proletarier nimmt da nicht auffallend zu, und dem Proletarier erscheint das Streben nach Erringung eines Kleinbetriebes nicht so aussichtslos und sinnlos, wie in der Industrie. Sein Kampf gegen den großen Grundbesitz geht da weniger auf dessen Verstaatlichung als auf dessen Verteilung aus, also auf Vermehrung und Verstärkung des Privateigentums am Boden, nicht auf Verdrängung dieses Eigentums durch gesellschaftliches.

Diesem Streben wirkt entgegen die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft in ihren beiden Formen, der einen, die einen landwirtschaftlichen Betrieb in Verbindung mit einem industriellen bringt, und der anderen, die kleine Landwirte in Lohnarbeiter einer auf dem Lande erwachsenden Industrie verwandelt. Damit werden die sozialistischen Tendenzen der Industrie dem flachen Lande nähergebracht.

Darauf wies ich schon in meiner „Agrarfrage“ hin. Seitdem ist aber noch ein neuer, gewaltiger Faktor aufgetreten. Damals lebten wir in einer Zeit sinkender Lebensmittelpreise. Das hörte bald danach auf. Wir traten in eine Periode stetig steigender Lebensmittelpreise ein, die die Not der städtischen Massen immer mehr steigerte und schon vor dem Kriege sie stetig radikalisierte. Damit wuchs ihr Gegensatz nicht nur gegen die industriellen Unternehmer, sondern auch gegen den Grundbesitz. Die Vergesellschaftlichung der Landwirtschaft wurde nun ein ebenso dringendes Interesse der städtischen Proletarier, wie die Vergesellschaftlichung der Industrie. Und jene blieb nicht ein proletarisches Interesse, sie wurde ein Interesse der gesamten städtischen Bevölkerung. Dabei ist die Sozialisierung der Landwirtschaft aber sehr wohl vereinbar mit dem Interesse der großen Mehrheit der Landbevölkerung, die von ihrer Hände Arbeit, nicht von dem Einstecken von Grundrente lebt.

So wirkt die ökonomische Entwicklung ebenso auf dem Lande wie in der Stadt in der Richtung auf den Sozialismus, wenn auch hier mit anderen Methoden als dort. Die Uebergangswirtschaft, in der die Not an Lebensmitteln auf die Spitze getrieben sein wird, ist berufen, diesem Entwicklungsgang einen gewaltigen Stoß nach vorwärts zu versetzen — vorausgesetzt, daß das industrielle Proletariat seine Schuldigkeit tut.



VI. Die Rohmaterialien.

1. Ersatzstoffe.

So wichtig in der Uebergangswirtschaft die Beschaffung und Ausnutzung der **Arbeitsmittel** wird, noch wichtiger wird die der **Arbeitsgegenstände**, unter denen die Rohmaterialien die wichtigsten sind. Wir haben früher schon darauf hingewiesen, daß die Arbeitsgegenstände in dem Arbeitsprozeß ihre ursprüngliche Form verlieren und als Gegenstand dieses Prozesses aus ihm verschwinden, während das Arbeitsmittel seine Form dabei nicht verändert und imstande ist, den Arbeitsprozeß mehreremal, oft unzähligemal durchzumachen. Die Spindel ist am Ende des Arbeitstages die gleiche, wie bei seinem Beginn und braucht nicht erneuert zu werden. Die Baumwolle dagegen, die im Laufe des Tages versponnen wurde, ebenso wie die Kohle, die den Dampfkessel heizte, scheiden aus dem Arbeitsprozeß aus. Dieser kann nur dann fortgesetzt werden, wenn bei Beginn des nächsten Tages die gleiche Menge neuer Baumwolle und neuer Kohle bereitsteht.

Dabei ist aber auch die Ausnutzung der Arbeitsmittel weit elastischer, als die der Arbeitsgegenstände. Man kann die tägliche Produktivkraft einer Maschine dadurch vergrößern, daß man sie schneller laufen läßt, aber auch dadurch, daß man die Zahl der Stunden im Tage vermehrt, die sie in Tätigkeit ist. Aus einer bestimmten Menge Rohmaterial kann ich dagegen unter gegebenen technischen Verhältnissen bloß eine gegebene Menge Produkte erzeugen. Will ich die Menge des Produktes vermehren, muß ich die des Rohmaterials vermehren — wenn nicht neue Erfindungen seine bessere Ausnutzung ermöglichen.

Wenn für einen Industriezweig keine neuen Arbeitsmittel geschaffen werden, die die abgenutzten ersetzen, so mindert das die produktive Kraft dieser Industrie, sie wird aber doch ihren Betrieb, wenn auch immer mühsamer und mit wachsenden Einschränkungen, noch für kürzere oder längere Zeit aufrechthalten können, wenn ihr die nötigen Rohmaterialien zugeführt werden.

Werden dagegen für einen Industriezweig die Arbeitsgegenstände oder einer der Arbeitsgegenstände, die er verarbeitet, nicht neu geschaffen, die die vernutzten ersetzen, dann ist dieser Zweig unweigerlich sofort zu völligem Stillstand verurteilt.

Und vermag ein Betrieb eine Maschinerie, die bei zehnstündigem Arbeitstag unzulänglich ist, durch Anberaumung zweier oder dreier Schichten, die zusammen etwa 14 bis 18 Stunden im Tage arbeiten, in eine zulängliche zu verwandeln, so ist etwas ähnliches bei einer unzulänglichen Menge Rohmaterial ausgeschlossen. Wenn eine Spinnerei im Jahre 10 000 Ballen Baumwolle braucht, um alle Spindeln in Gang zu halten, und sie bekommt nur 5000 Ballen, wird sie bloß die Hälfte dessen erzeugen, was sie zu erzeugen vermöchte.

Ein Mangel an Rohstoffen ist also eine noch weit ernstere Angelegenheit, als die Verminderung und Verschlechterung des Produktionsapparats. Ein solcher Mangel wird nach dem Kriege eintreten. Bei einer Reihe von Rohstoffen, die nicht direkt für Kriegszwecke erheischt waren, wurde die Produktion in den kriegführenden und auch in neutralen Ländern schon durch Mangel an Arbeitskräften, aber auch an Produktionsmitteln, die anderen Zwecken zugeführt wurden, eingeschränkt, mitunter ganz unterbrochen.

Nur ein Beispiel. Die Baumwollproduktion ist während des Krieges zurückgegangen. Die Ernten wurden schlecht, was wohl kein Zufall war, sondern wenigstens zum Teil durch Mangel an künstlichen Düngern und schlechtere Bearbeitung des Bodens hervorgerufen wurde. Aber auch die Anbaufläche ist in den Vereinigten Staaten zurückgegangen; sie betrug 1916 36,1 Millionen und 1917 nur noch 34,6 Millionen Acres. Dies ist namentlich der Abwanderung der schwarzen Arbeiter in die Industriezentren des Nordens zuzuschreiben, denen die Kriegslieferungen vermehrte Beschäftigung brachten, indes ihnen der Krieg die Einwanderung europäischer Arbeiter vorenthielt. In Aegypten wird der Anbau der Baumwolle von Regierungs wegen eingeschränkt, damit das Land mehr Getreide anbaut. Auch die indische Baumwollproduktion ist zurückgegangen.

Ueberdies wurden Massen von Rohstoffen, namentlich durch den U-Bootkrieg vernichtet. Anderseits hat der Bedarf des Krieges von manchen Rohstoffen, die für Heereszwecke erforderlich waren, alle Vorräte weit schneller aufgebraucht, als durch neue Produktion ersetzt werden konnten. Das machte sich am stärksten in Ländern geltend, die der Krieg vom Welthandel abschnitt. Um die fehlende Zufuhr zu ersetzen, mußte man da vielfach zu dem Auskunftsmittel greifen, Gegenstände, die dem persönlichen Verbrauch dienten und längst aus dem Bereich des Produktionsprozesses ausgeschieden waren, mit Beschlag zu belegen, um sie als Rohstoff wieder jenem Prozeß zuzuführen. Das geschah mit Metallwaren wie mit Textilstoffen.

Nach dem Kriege wird in diesen Staaten der Rohstoffhunger besonders groß sein. Doch von solchen besonderen Fällen handeln wir augenblicklich nicht, da wir bei der Betrachtung der Dinge hier vom internationalen Standpunkt ausgehen; nicht vom nationalen, von dem aus sie oft ein ganz anderes Gesicht bekommen.

Vom nationalen Standpunkt aus besteht das Problem der Rohstoffversorgung während der Uebergangswirtschaft in der Frage, wie man

möglichst viel vom Produkt der Welt den anderen abnehmen und für den eigenen Staat gewinnen kann, das heißt, in der Fortsetzung des Krieges als Wirtschaftskrieg. Vom internationalen Standpunkt aus besteht es in der Frage, wie man mit den vorhandenen Vorräten am besten auskommen und wie man sie am raschesten vermehren könne. Die Lösung der Frage vom nationalen Standpunkt aus führt zu Forderungen an die fremden Regierungen und Völker, die vom internationalen Standpunkt aus führt dazu, daß in jedem Staat die gleichen Forderungen an das eigene Volk, die eigene Regierung gestellt werden.

Die nächstliegende Methode, mit den vorhandenen Rohstoffen auszukommen, besteht darin, daß man den Konsum jener Gebrauchsgegenstände, die aus ihnen hergestellt werden, möglichst einschränkt, daß man also auf die Produktion alles Ueberflüssigen und auf jeden vermeidbaren Verbrauch verzichtet, sowie darin, daß man die Rohstoffe möglichst gut ausnutzt, jede Verschwendung vermeidet, mit anderen Worten, daß man spart.

Vom Sparen haben wir schon gehandelt und gezeigt, wie durch Einschränkung des Luxus, durch Abrüstung, durch möglichst zweckmäßige Gestaltung des produktiven Verbrauchs viel geholfen werden kann. Aber wieviel man auch sparen mag, es soll nicht auf Kosten des Konsums der Massen geschehen, die schon im Frieden weniger zu verbrauchen hatten, als den Forderungen der Hygiene und des erreichten Kulturniveaus entsprach. Mit dem Sparen allein wird man der Schwierigkeiten nicht Herr, mit denen uns der Rohstoffmangel bedroht.

Eine andere Methode, sich zu helfen, besteht darin, daß man die seltenen Rohstoffe durch andere, in reicherem Maße vorhandene ersetzt. Diese Ersatzwirtschaft spielt jetzt schon, im Kriege, eine große Rolle. Aber was uns als Ersatz angeboten wird, ersetzt nur in den seltensten Fällen wirklich den Stoff, der nicht zu haben ist. Meist täuscht es den Ersatz nur vor, nutzt nicht nur nichts, sondern schadet vielmehr, indem es eine unzweckmäßige Verschwendung von Kräften und Stoffen herbeiführt.

Andere Ersatzmittel wieder bedeuten nur, daß man ein Loch aufmacht, um ein anderes zuzumachen. Man pries uns das Papiergarn als Retter in der Baumwollnot. Was sollte durch das Papier nicht alles ersetzt werden! Aber dieser Ersatz wird zu einem Mittel, die Papiernot zu verschärfen.

Hermann Jäckel teilt in seiner Schrift „Uebergangswirtschaft und Textilarbeiter“ nach einem im Vogtlande erscheinenden Blatte folgende Ziffern über das während des Krieges eingeführte Papierspinnverfahren mit:

„Im Jahre 1914 waren so viele Spindeln im Gange, daß täglich 60 000 bis 80 000 Kilogramm Garne hergestellt werden konnten. Am 1. Januar 1917 gab es in Deutschland schon 380 000 Spindeln auf Papiergarn, am 1. März war die Zahl auf 550 000 gestiegen und heute beträgt sie weit über eine Million. Die Grobgarnmaschinen haben eine Tagesleistung von durchschnittlich 2 Kilo pro Spindel. Das bedeutet für die Grobgarnspinnerei bei 450 000 Spindeln einen Tagesbedarf von 1 Million Kilo Papier, im Jahre also wenigstens 300 Millionen Kilo . . . 500 000 Feinspindeln verbrauchen auf der Grundlage von etwa 1 Kilo

Tagesleistung rund gerechnet 500 000 Kilo, das macht im Jahre mindestens 250 Millionen Kilo in Rohpapier." (S. 13.)

Die Papierspinnerei verbraucht also ungefähr eine halbe Milliarde Kilogramm Papier im Jahr.

Nur wenige Ersatzmittel erweisen sich als wirklicher Gewinn. So z. B. der aus der Luft gewonnene Stickstoff, der den Chilisalpeter ersetzt.

Ebensowenig wie das Sparen, werden die Ersatzmittel der Not an Rohstoffen abhelfen, und der an Nahrungsmitteln, diesen Rohstoffen des Lebensprozesses.

2. Die Bergwerke.

Das Hauptproblem bleibt die Vermehrung der Menge der Rohstoffe und Lebensmittel. Das kann vom internationalen Standpunkt aus nur durch die Ausdehnung ihrer Gewinnung geschehen. Vom nationalen Standpunkt aus auch durch vermehrte Einfuhr vom Ausland.

Das wichtigste ist zunächst für jeden Staat die Vermehrung seiner eigenen Gewinnung von Rohmaterialien. Nur wenn dies allseitig geschieht, wird die Verarmung der ganzen Welt an solchen Materialien am raschesten geheilt werden, nicht durch Verschickung der Rohstoffe von einem Land zum anderen.

In Bezug auf die Gewinnung zerfallen nun die Arbeitsgegenstände wie die Lebensmittel in zwei Gruppen. Die eine von ihnen besteht aus Dingen, die vom Menschen in der Natur fertig vorgefunden und bloß angeeignet werden. Die andere besteht aus Organismen, die der Mensch unter besonderen, von ihm herbeigeführten oder begünstigten Bedingungen zur Entwicklung und Vermehrung bringt.

Zu den Dingen der ersten Art, die rein extraktiv gewonnen werden, gehören nicht nur anorganische Stoffe, sondern auch organische, ganze Organismen oder einzelne ihrer Teile. Es sind jene Organismen, deren Vermehrung und Entwicklung der Mensch der Natur überläßt. Er eignet sich bloß die für seine Zwecke tauglichen Exemplare oder ihre Produkte an, deren er habhaft wird, etwa Seefische, Wild, Beeren, Kräuter und Wurzeln, oder der Saft von Bäumen, z. B. Kautschuk oder Fichtenharz. Sie bilden die ursprünglichsten Objekte menschlichen Erwerbs, verlieren aber mit wachsender Kultur immer mehr an Bedeutung. Die ökonomische Bedeutung der Jagd ist heute eine rein negative. Das bischen Fleisch, das sie liefert — in Preußen kommt jährlich auf den Kopf etwa ein Pfund Wildpret — wird mehr als wett gemacht durch den Verlust an Kulturboden, den die Ausdehnung der Jagdreviere hervorruft, und durch den Schaden an Kulturgewächsen, den das äsende Wild anrichtet.

Wichtig ist dagegen für die Ernährung der Volksmasse die Seefischerei. Aber auch ihr Wertprodukt wird weit in den Schatten gestellt durch das der Gewinnung mineralischer Stoffe in den Bergwerken. Der Wert der durch deutsche Fischer in der Nordsee und der Ostsee

gefangenen Seetiere betrug 1914 45 Millionen Mark. Dagegen der Wert der 1912 im Deutschen Reich geförderten Steinkohlen 1840 Millionen.

Die Stoffe, die in den Bergwerken gewonnen werden, sind nicht durch menschliches Zutun erzeugt worden, sie reproduzieren sich auch nicht von selbst, wie Fische und Wild oder Waldbäume. Ihre Menge im Erdinnern ist gegeben und in keiner Weise vermehrbar. Indessen auch den Fischreichtum des Meeres kann man in einem bestimmten Moment als gegeben und nicht vermehrbar betrachten. Wieviel von den vorhandenen Seefischen, Erzen, Kohlen u. dgl. jeweilig gewonnen wird, hängt einmal vom Stand der Technik ab, z. B. dem Bau der Schiffe, der Gestaltung der Netze, der Kunst, Schächte zu graben, zu ventilieren, zu entwässern, Materialien zu finden usw., kurz von der Ausdehnung der technischen Anlagen und Behelfe, und andererseits von der Menge der bei der Gewinnung angewandten Menschen.

Wenn die Seefischerei beim Aufhören des Krieges nicht sofort im alten Umfang aufgenommen werden kann, wird das zum Teil an der Verminderung der geschulten Kräfte, anderseits an der Einbuße von Fahrzeugen liegen, die der Krieg herbeigeführt hat. Wie groß diese Verluste in den einzelnen Ländern sind, läßt sich zur Zeit nicht ermessen. Es wird dringend notwendig sein, die Lücken im Schiffsmaterial der Seefischerei durch Neubauten zu ergänzen. Dabei erhebt sich die gleiche Frage wie beim Bau von Fahrzeugen für die Frachtschiffahrt: Soll der Staat Mittel anwenden, um neues kapitalistisches Privateigentum zu schaffen? Die Seefischerei wird immer mehr ein kapitalistisches Gewerbe. Von den 17027 Personen, die 1907 in der Seefischerei beschäftigt waren, kamen bereits 3700 auf Großbetriebe mit mehr als fünfzig Personen. Anderseits werden viele der kleinen Betriebe nicht von Eigentümern, sondern von Pächtern bewirtschaftet. Man zählte in der Seefischerei 1907 7970 Betriebe, von denen 1197 von Pächtern geleitet wurden. Die Verluste von Schiffen durch den Krieg dürften hauptsächlich die kapitalistischen Unternehmungen treffen, die mit größeren Fahrzeugen und Dampfern arbeiten. Auch bei der Fischerei wie der Seeschiffahrt müssen wir verlangen, daß die auf Staatskosten erbauten Schiffe Staatseigentum bleiben. Der staatliche Betrieb der Seefischerei mag freilich zunächst noch auf Schwierigkeiten stoßen. Am ehesten dürfte es sich empfehlen, daß der Staat die Schiffe, die er für die Seefischerei erbauen läßt, in seinem Besitz behält und unter bestimmten Bedingungen Genossenschaften oder Gemeinden von Fischern oder Konsumentengenossenschaften zur Benutzung überläßt.

Ungleich wichtiger als die Fischerei ist der Betrieb der Bergwerke. Ihre Produktion kann, wenn die nötigen baulichen Anlagen gegeben sind, beliebig gesteigert werden, solange sie abbauwürdige Mineralien überhaupt enthalten. Die Steigerung der Produktion ist da in erster Linie eine Frage der Vermehrung der Arbeitskräfte. Diese den Bergwerken in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen, wird nirgends schwer fallen. Wir dürfen daher erwarten, daß die Bergwerksproduktion in allen Ländern nach dem Kriege bald aufs höchste gesteigert sein wird.

Die größten Schwierigkeiten der Versorgung der weiterverarbeitenden Industrien dürften nicht in den Schwierigkeiten der Produktion von Erzen und Kohlen, sondern in denen ihrer Verfrachtung liegen.

Ist aber bei Bergwerksprodukten nicht absoluter Mangel zu befürchten, so um so mehr ein unerschwinglich hoher Preis, der ihre Anwendung ebenso hemmen kann, wie der Mangel selbst.

Um die Bergwerksproduktion auszudehnen, wird es notwendig werden, auch Minen in Ausbeutung zu nehmen, die ihrer geringen Ergiebigkeit wegen bisher nicht in Angriff genommen oder wieder aufgegeben wurden. Sie liefern das gleiche Produkt, nur unter Aufwand von mehr Arbeit, also auch mehr Kosten, als die reicheren Minen. So lange der Profit die Triebfeder der Produktion ist, werden solche Bergwerke nur in Betrieb gesetzt, wenn die Preise ihrer Produkte erheblich gestiegen sind.

Die Kosten, die der Betrieb der ärmsten Mine erheischt, deren Produkte zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs noch notwendig sind, bestimmen, unter Zurechnung der durchschnittlichen Profitrate, den Preis, den das betreffende Produkt aus allen Minen, auch den reichsten, bezahlt erhält, denn auf dem gleichen Markt gibt es zu gleicher Zeit nicht zweierlei Preise für das gleiche Produkt.

Die Preise der Bergwerksprodukte werden also enorm steigen; oder, soweit der Krieg sie schon enorm erhöht hat, werden sie auf dieser Höhe stehen bleiben. Die Kosten der Bearbeitung der Bergwerke werden aber für die reicheren unter ihnen, die keine zusätzliche Arbeit erheischen, um das gleiche Produkt wie früher zu liefern, in keiner Weise steigen, sie werden eher sinken, da die Fülle von Arbeitskräften nach dem Kriege die Arbeitslöhne herabdrücken wird.

Sinkende Löhne, steigende Preise und damit steigende Grundrenten in der Bergwerksindustrie, das wird die Signatur der Uebergangszeit sein. Die Herren der Bergwerke, die während des Krieges schon die fettesten Gewinne einsackten, werden auch aus der Notlage der Uebergangswirtschaft neue Mittel rapidester Bereicherung schöpfen und dadurch die Entwicklung der Industrie hemmen, die Arbeitslosigkeit entsetzlich anschwellen lassen, wenn — ja wenn die Gesellschaft das ruhig hinnimmt, und namentlich wenn die Arbeiter, die am fühlbarsten getroffen werden, es nicht verstehen, Gegenmaßregeln durchzusetzen.

Es wird unter diesen Umständen dringend notwendig werden, daß eine demokratische, von den Volksmassen abhängige Staatsgewalt die Bergwerke an sich zieht und selbst in Betrieb nimmt. Auch wenn sie sie nicht konfisziert, sondern zu dem Ertragswert ablöst, den sie vor Kriegsausbruch hatten, also bloß die weitere Fortsetzung ihrer Kriegsgewinne mit Beschlag belegt, wird sie der industriellen Not in hohem Maße steuern, freilich nur dann, wenn die Staatsgewalt nicht ihrerseits Profitzwecke bei dem Betrieb der Bergwerke verfolgt, sondern den Bedarf der Gesellschaft zu ihrer direkten Triebkraft macht.

Verstaatlichungen von Bergwerken, wie sie Cunow predigt, zu fiskalischen Zwecken, als versteckte indirekte Steuern, die dem Staate Milliarden einbringen sollen, sind entschieden verwerflich. Verstaatlichungen zur Herabsetzung der Preise der Bergwerksprodukte sind dagegen dringend geboten.

Der Staat als Besitzer aller Bergwerke einer Gattung ist nicht an jene Preisfestsetzung gebunden, die sich unter der Herrschaft des Profits und des Privateigentums am Boden durchsetzt und die den Preis eines Bergwerksprodukts durch die Produktionsbedingungen der ärmsten Mine bestimmen läßt. Der Staat ist imstande, ohne jeden Verlust, den Preis durch den Durchschnitt zu bestimmen, der sich zwischen den Produktionsbedingungen der reichsten und der ärmsten Minen ergibt.

Die Verstaatlichung ergäbe außerdem noch die Möglichkeit, am zweckmäßigsten und planmäßigsten einer Reihe von Industriezweigen ihre Rohmaterialien in dem Ausmaße zukommen zu lassen, in dem die normale Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige es erheischt, und so diese wichtige Bedingung ungestörten Produzierens wenigstens für einige Gebiete der Produktion rascheste herzustellen. Als Herr der Erzeugungsstätten der mineralischen Rohmaterialien kann der Staat da ganz anders regelnd eingreifen, als durch die zentralen Handelsgesellschaften, die nur die fertigen Produkte erfassen, die auf den Markt kommen.

Aehnliches wie für den Bergbau und die mit ihm eng verbundenen Hüttenwerke gilt für die chemische Industrie.

Die Verstaatlichung würde weder auf technische noch auf ökonomische Schwierigkeiten stoßen. In keinem anderen Industriezweig ist die technische Zentralisation, der Großbetrieb, weiter fortgeschritten, als im Bergbau und dem Hüttenwesen. In der gesamten deutschen Industrie waren 1907 879 000 Arbeiter in Betrieben mit mehr als 1000 Personen beschäftigt. Von diesen 879 000 entfiel mehr als die Hälfte, 452 000, auf Bergbau und Hüttenwesen. In den 2432 Kleinbetrieben (mit ein bis fünf Personen) des Bergbaus und Hüttenwesens waren nur 4900 Personen beschäftigt, in den 1159 Mittelbetrieben (sechs bis fünfzig Personen) nur 24 000, dagegen in den 1675 Großbetrieben (über fünfzig) 832 000. Von je 1000 im Bergbau beschäftigten Personen kommen 966 auf die Großbetriebe. Am nächsten in der technischen Zentralisation sind die Industrie der Maschinen mit 704 und die chemische Industrie mit 698 Personen (von 1000) im Großbetrieb.

Die ökonomische Zentralisation ist aber noch weit über die technische hinausgegangen. Viele verschiedene Betriebe sind in einer Hand vereinigt, und nirgends ist die Kartellierung und Vertrustung weiter gediehen, wie in diesem Industriezweig.

Seine Verstaatlichung ist nur noch eine Frage der Macht. Gerade dieser Industriezweig, der am reifsten ist für den Sozialismus, bildet die Hochburg des Kapitalismus, dessen stärkste, rücksichtsloseste, gewalttätigste Formen er umfaßt. Im Kampfe gegen ihn werden die Entscheidungsschlachten des Sozialismus geschlagen werden. Setzen sich die gesellschaft-

lichen Bedürfnisse der Uebergangswirtschaft gegenüber dem Privateigentum an Bergwerken und Hüttenbetrieben durch, dann bildet diese Wirtschaft den Uebergang zum Sozialismus. Gelingt es ihnen nicht, sich durchzusetzen, dann ist die Uebergangswirtschaft von vornherein verurteilt, unzulängliches zu leisten auch dort, wo technisch die Möglichkeit zu ausreichenden Leistungen gegeben ist.

3. Die Landwirtschaft.

Ganz verschieden von der extraktiven Industrie ist die Gewinnung von Rohstoffen und Lebensmitteln in der Landwirtschaft. Sie hat nicht, wie der Bergbau, mit anorganischen, unvermehrbaren Stoffen zu tun, die in der Erde bereitliegen, bloß gefunden und gehoben zu werden brauchen, um der Industrie zu weiterer Verarbeitung einverleibt zu werden.

Sie gleicht der Seefischerei darin, daß sie mit Organismen zu tun hat, unterscheidet sich aber von ihr dadurch, daß Vermehrung und Wachstum dieser Organismen ihrer Kontrolle unterliegt.

Sie kann Vermehrung und Wachstum fördern durch sorgfältige Bearbeitung und Düngung des Ackers, durch reichliche Ernährung und gute Pflege der Tiere. Aber dabei bleibt sie doch abhängig von den Gesetzen der Natur. Die beste Düngung kann nicht erreichen, daß ein einjähriger Apfelbaum Früchte trägt, die reichlichste Nahrung vermag nicht aus einem Kalb gleich eine Milchkuh zu machen.

Dabei zeigt die Landwirtschaft die Eigenart, daß sie einen großen Teil, vielfach den größten, ihrer Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände selbst erzeugt, wenn auch nicht immer in dem gleichen Betrieb, der sie anwendet. Ein Teil ihres Getreides, ihrer Kartoffeln, muß als Saatgut zurückbleiben. Ein Teil des Viehs, das sie aufzieht, bleibt ihr als Zuchtvieh, ein anderer als Zugvieh, ein dritter als Milchvieh usw. Sie vermag also nicht ihr gesamtes Produkt als Lebensmittel oder Rohmaterial an die Konsumenten abzugeben. Und je rascher sie ihre künftige Produktion steigern will, desto mehr von ihrem gegenwärtigen Produkt muß sie für die Zwecke ihres eigenen Betriebes zurückhalten.

Auch bei manchem anderen Produktionszweig geht ein Teil des eigenen Produktes wieder als Produktionsmittel in den Arbeitsprozeß ein, so liefern die Kohlenbergwerke die Kohlen für die Heizung der eigenen Dampfmaschinen. Doch ist das meist nur in geringem Maße der Fall. Und diese Produkte sind nicht Organismen, wie die Produktionsmittel, die die Landwirtschaft sich selbst liefert. Ihre Gewinnung ist nicht, wie die der Landwirtschaft, an die Schranken gebunden, innerhalb denen sich die Vermehrung und das Wachstum der Organismen vollzieht.

Alles das bewirkt, daß die landwirtschaftliche Gewinnung von Produkten sich nicht so sprunghaft ausdehnen kann, wie die rein extraktive, wie Bergbau, Fischerei, Jagd.

Ich habe auf diesen Unterschied schon vor mehreren Jahren hingewiesen als einen der Gründe der Periodizität der Krisen. Ich sagte damals unter anderem:

„Die Industrie kann ihre Produktion immer rascher ausdehnen, das Tempo der Ausdehnung der Landwirtschaft bleibt immer mehr dahinter zurück. Schon deshalb, weil sie mit lebenden Organismen zu tun hat, deren Vermehrung und deren Wachstum sie nicht willkürlich beschleunigen kann, während in der Industrie seit der Entwicklung des Maschinenwesens immer mehr die Aneignung und Verarbeitung unorganischer Materie über die Aneignung und Verarbeitung organischer Stoffe überwiegt. Jene kann aber leicht sprunghaft gesteigert werden, wenn der nötige Zustrom zusätzlicher Arbeitskräfte möglich ist." („Finanzkapital und Krisen", Neue Zeit, XXIX, 1, S. 840.)

Das raschere Ausdehnungsvermögen der extraktiven Produktionszweige bedeutet kein ungemischtes Glück. Es hat auch seine Schattenseiten. Die Landwirtschaft ist auf die Reproduktion auf gleicher oder steigender Stufenleiter eingerichtet. Sie kann ihren Produktionsprozeß ins Endlose fortsetzen, so lange sich die heute wirkenden Bedingungen des organischen Lebens nicht ändern. Die mineralischen Schätze der Erde erneuern sich dagegen nicht wieder Jedes Bergwerk, jede Petroleumquelle erschöpft sich einmal, erschöpft sich um so rascher, je intensiver die Bearbeitung und Ausbeutung. Angstvoll berechnet man heute bereits, wie viele Jahrhunderte noch die zugänglichen Kohlenfelder der Erde für den Bedarf der Menschheit ausreichen werden.

Tiere und Pflanzen der Wildnis erneuern sich wohl wieder, können aber bei höher entwickelten Fang- oder Vernichtungsgeräten doch völlig ausgerottet werden, wenn man sich darauf beschränkt, die vorhandenen Bestände extraktiv auszubeuten. So sind tatsächlich schon viele sehr nützliche Tier- und auch manche Pflanzenarten vernichtet worden; die Natur verarmt.

In den Zeiten der Uebergangswirtschaft wird man jedoch weniger die größere Stetigkeit und Dauer der Erträge von Bodenkultur und Viehzucht schätzen, als die damit verbundenen Schranken rascher Ausdehnung der Produktion unangenehm empfinden.

Natürlich wird die Landwirtschaft der Uebergangszeit alles aufbieten müssen, ihre Produktion rasch zu steigern. Wir haben darüber teilweise schon im vorigen Kapitel gehandelt. Die Uebergangswirtschaft wird den so viel wie möglich vergesellschafteten landwirtschaftlichen Betrieben nicht nur Motoren und Maschinen, sondern auch Düngemittel in auseichendem Maße zugänglich machen und die Anziehungskraft der Landarbeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte erheblich steigern müssen. Aber sofort wird die Landwirtschaft nicht erhöhten Ertrag abwerfen. Dessen Zunahme wird je nach der Art der kultivierten Tiere und Pflanzen eine Reihe von Monaten oder Jahren auf sich warten lassen. Hier gelangt die Uebergangswirtschaft vor eines ihrer schwierigsten und schmerzlichsten Probleme. Vor das dringendste von allen, weil dabei das tägliche Brot direkt in Frage kommt; vor dasjenige, dem sie am ohnmächtigsten gegenübersteht, bei dem sich am deutlichsten zeigt, daß auch der größte Scharfsinn

die Menschen nicht in Stand setzt, sich den notwendigen Konsequenzen ihrer Taten zu entziehen. Der menschliche Scharfsinn hat vielmehr die Aufgaben, die notwendigen Konsequenzen jeder Tat vorher zu erkennen, und, wenn er die Konsequenzen nicht will, die Taten zu verhindern, denen sie unvermeidlich folgen müssen.

4. Die Holzproduktion.

Eine eigenartige Stellung unter den Produktionszweigen nimmt die Holzproduktion ein. Zum Teil gehört sie zur extraktiven Produktion, dort, wo Urwald erschlossen wird. Wo ein regelmäßiger Forstbetrieb eingerichtet ist, gehört sie zur Bodenkultur. Aber sie läuft immer Gefahr, nach den Regeln extraktiver Produktion behandelt zu werden. Es ist möglich, die Holzzufuhr auf dem Mark'e sprunghaft zu steigern, eben dadurch aber die Waldvernichtung herbeizuführen.

In dieser Richtung wirken in der Forstkultur namentlich zwei Umstände. Einmal ist das Holz im Walde nicht, wie die Kulturpflanzen, zur Nutzbarmachung an einen bestimmten Termin der Reife gebunden. Niemand wird Kirschen oder Baumwolle pflücken oder ein Weizenfeld mähen, ehe sie reif sind.

Auch Waldbäume haben ein bestimmtes Alter, in dem sie ihr Optimum leisten, vor dem eine rationelle Waldwirtschaft gesunde Stämme, die nicht überschüssig sind, nicht fällt. Aber verwertbar sind sie schon früher. Ein Waldbesitzer, der Geld braucht, kann den Wald fällen lassen und verkaufen, lange bevor er schlagreif geworden ist.

Veranlassungen zu solchem vorzeitigen Abholzen werden sich um so öfter einstellen, je länger das Wachstum des Holzes dauert. Die gewöhnliche Umtriebszeit von Fichten beträgt 100 bis 120 Jahre, sie geht bei Eichen bis zu 200 Jahren. Kein Kapitalist, der einen Wald pflanzt, hat also Aussicht, ihn selbst verwerten zu können.

„Während bei fast allen Betrieben die Fertigstellung des Produkts einen Zeitraum von einigen Tagen oder höchstens Monaten erfordert und nur für die schwierigsten und umfangreichsten Arbeiten mehrere Jahre notwendig sind, während die Landwirtschaft auf gleicher Fläche innerhalb eines Jahres mindestens einmal sät und erntet, verstreichen bei der Forstwirtschaft zwischen der Begründung eines Bestandes und seinem Abtrieb mehrere Menschenalter, durchschnittlich 100 bis 120 Jahre. Der einzelne Private ist daher nur selten geneigt, bisher unbestockte Flächen der Forstwirtschaft zuzuwenden, weil er nur Auslagen für die Begründung und Erziehung, dagegen kaum nennenswerte Erträge zu erwarten hat." (Prof. Schwappach, Wald- und Forstwirtschaft in Krämers „Der Mensch und die Erde", III, Seite 282.)

Aus dem angegebenen Grunde ist „der Private" nicht nur nicht geneigt, unbestockte Flächen aufzuforsten, sondern auch eher geneigt, bestehende Wälder abzuholzen als solche zu erneuern. Die Profitwirtschaft des einzelnen Kapitalisten hat daher seit jeher waldzerstörend gewirkt, nachdem ihr die Sorglosigkeit des Naturmenschen gegenüber dem anscheinend

unerschöpflichen Holzreichtum der Natur stellenweise schon sehr verheerend vorgearbeitet hat.

Der Wald behauptet sich bei entwickelter kapitalistischer Produktion auf die Dauer nur dort, wo seine Bewirtschaftung vom Staat in die Hand genommen wird, dem Vertreter der dauernden Interessen dieser Produktion gegenüber ihren Augenblicks- und Sonderinteressen. Neben den Eisenbahnen ist der Wald das erste große Objekt, das schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft in ausgedehntem Maße der Verstaatlichung anheimfällt.

Außerdem behauptet sich der Wald, ja gewinnt sogar an Boden dort, wo er nicht dem kapitalistischen Profit, sondern dem Luxus dient, als Jagdrevier, dessen Kosten nicht gerechnet werden.

Im allgemeinen aber erweist sich das Privateigentum am Boden in der Warenproduktion dem Wald verderblich. Die beiden größten Waldgebiete der Erde sind Rußland mit Sibirien, sowie die Vereinigten Staaten mit Kanada. Jedes umfaßt etwa 600 Millionen Hektar Waldboden. Das gibt einen enormen Holzreichtum, der jedoch bei der bisher geübten sinnlosen Verwüstung hier wie dort rapid zusammenschmilzt.

Deutschland hat eine ziemlich rationelle Forstwirtschaft. Von seinen 14 Millionen Hektar Waldland sind nur 6½ Millionen Privateigentum. Aber seine Holzproduktion reicht nicht aus, seine Bedürfnisse zu decken. 1913 importierte es für 322 Millionen Mark Holz.

Der Krieg hat einen gewaltigen Holzverbrauch mit sich gebracht. Kriegführende Armeen haben sich in der Regel als große Waldverwüster erwiesen, die heutigen Millionenheere, die nun schon den vierten Kriegswinter hinter sich haben, und die mit unerhörten Mitteln der Zerstörung ausgerüstet sind, haben im Bereich ihrer Operationen den Wald gründlich wegrasiert. Dazu kommt der Unterseebootkrieg. England ist auf Zufuhren von Holz dringend angewiesen. Es führte im Frieden jährlich etwa für 700 Millionen Mark Holz ein. Ein großer Teil der für England bestimmten Schiffsladungen besteht aus Holz. Die U-Boote räumen gewaltig unter ihnen auf. Endlich bedürfen die Riesenheere für ihre Unterkunft, ihren Schutz, für die Unterbringung der Gefangenen massenhafter, rasch errichteter provisorischer Bauten, die weit mehr als solide, dauernde Bauten Holz verschlingen. So wächst der Holzverbrauch für Bauzwecke, trotzdem der Wohnungsbau für die Zivilbevölkerung völlig eingestellt ist. Diese selbst verbraucht mehr Holz zum Brennen dort, wo der Mangel an Transportmitteln oder sonstige Verkehrshemmungen die Zufuhr von Kohle unterbinden, was auch in manchen neutralen Ländern der Fall ist. Auch der Verbrauch von Papier, das viel Holz erfordert, ist im Wachsen, da Papier als Ersatz für alles mögliche dienen soll.

Die Holzpreise sind infolgedessen bedeutend gestiegen, sie drohen nach dem Kriege weiterhin hoch zu bleiben, vielleicht noch eine unerschwinglichere Höhe zu erklimmen, da nun mit einem Male der Wohnungsbau und die Möbelfabrikation wird einsetzen wollen und eine große Nachfrage nach Holz entstehen wird. Nun läßt sich freilich die Gewinnung von

Holz ebenso wie die von Mineralien sprunghaft steigern, aber nur durch weitgehende Verwüstung der leichter zugänglichen Waldungen, was nichts anderes bedeutet, als die Linderung der augenblicklichen Holznot durch Mittel, die sie zu einer dauernden machen. Denn was nach dem Kriege aufgeforstet oder als Forst erneuert wird, kommt für die jetzige und auch die nächste Generation zur Deckung ihres Holzbedarfes nicht in Betracht.

Dabei gehört Holz zu den Materialien, deren Versendung auf weite Strecken sich nur bei billigen Frachtspesen lohnt. Seine Zufuhr wird nach dem Kriege unter der Frachtraumnot am meisten leiden.

Neben den Bestrebungen zu deren Behebung wird die Uebergangswirtschaft gegenüber der Holznot nicht viel mehr tun können, als die beiden Methoden des Sparens und des Ersatzes zu fördern, die hier eines der wichtigsten Gebiete ihrer Anwendung finden dürften. Wo nur möglich, wird Holz gespart und durch andere Materialien ersetzt werden müssen, sowohl als Brennmaterial, wie als Bauholz, als Material von Eisenbahnschwellen und Geräten.

Bei den anderen Rohmaterialien wird die Uebergangswirtschaft ihre Produktion fördern können, freilich nur innerhalb gewisser Grenzen, namentlich in der Landwirtschaft.

Allzuviel darf man dabei freilich nicht erwarten. Aber ein süßer Trost ist manchem geblieben, ein Auskunftsmittel, das alles wieder hereinbringen soll, was vier Jahre des furchtbarsten Krieges der Weltgeschichte vernichtet haben: der auswärtige Handel. Das Ausland soll uns alles zuführen, was uns nottut, es soll uns retten.

5. Der auswärtige Handel.

Die Erwartung, daß das Ausland die Wunden heilen werde, die der Krieg geschlagen, war in früheren Kriegen nicht unberechtigt. Erinnern wir uns dessen, was wir oben (Seite 25) über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 gesagt. Wohl brachte er Frankreich den Schrecken der feindlichen Invasion. Aber mit Hilfe auswärtiger Einfuhr und auswärtiger Anleihen überwand es bald die ökonomischen Nachwirkungen des Krieges. Deutschland verspürte damals überhaupt keine merkliche Einschränkung der Industrie und Landwirtschaft. Sie gingen während des Feldzuges ruhig ihren Gang weiter. Ebenso sein Verkehr mit dem Ausland. Die Ein- und Ausfuhr wurde im deutschen Zollverein nicht nach Werten, sondern nur nach Mengen verzeichnet. Es ist also unmöglich, ihren Gesamtwert anzugeben. Als einen Gradmesser kann man wohl das Bruttoerträgnis der Zölle ansehen. Es betrug in Silbergroschen:

1869	1870	1871	1872
20,8	22,4	24,93	28,73

In Frankreich trat 1870 ein Rückgang in der Einfuhr wie der Ausfuhr ein, doch ging er rasch vorüber. Es betrug im Spezialhandel der Wert der

	1869 Millionen Franken	1870 Millionen Franken	1871 Millionen Franken	1872 Millionen Franken
Einfuhr	3153	2867	3567	3570
Ausfuhr	3074	2802	2873	3761
Zusammen	6227	5669	6440	7331

Im Vergleich zu heute dauerte der Krieg nur kurze Zeit, ein halbes Jahr, er legte nur wenige Arbeitskräfte lahm — in Deutschland wurden 21 (in Mecklenburg) bis 39 (Preußen) pro Mille der Bevölkerung zum Kriegsdienst eingezogen. Die französischen Aufgebote waren anfangs noch geringer, später, von November an, im Verhältnis zur Volkszahl größer als die deutschen, aber nur für einige Monate und nur für einen Teil Frankreichs.

Vor allem aber war die damalige Verminderung der Produktivkräfte durch den Krieg auf einen so kleinen Teil der Welt beschränkt, daß sie vom internationalen Standpunkt aus gar nicht in Betracht kam. Im Gegenteil, die Steigerung des Bedarfs durch den Krieg und seine Folgen wirkte anstachelnd auf die Entfaltung der Produktivkräfte, was nach Friedensschluß sofort zu einer Aera unerhörter Prosperität führte. Durch sie, nicht durch den Krieg, stiegen die Preise, die während der Kriegsjahre in Deutschland und England vielmehr gefallen waren — auch darin sehr im Unterschied von heute.

Bezeichnend sind folgende Indexzahlen der Preise, wobei als Basis (100) der Durchschnitt der Preise von 1891 bis 1900 genommen ist. Die Preise für Frankreich und England umfassen 43, die für Deutschland (Hamburg) 28 Artikel, Lebensmittel und Rohstoffe.

Die relative Preishöhe betrug in

	Frankreich	Deutschland	England
1868	147	139	149
1869	144	139	148
1870	148	135	145
1871	153	140	151
1872	159	155	164
1873	159	160	167

Die Preissteigerung seit 1871 war kein Ausdruck eines Notstandes, sondern vielmehr eines jähen Aufstieges, den freilich 1873 ein furchtbarer Zusammenbruch beendete.

Heute steht fast die ganze kapitalistische Welt im Kriege, und selbst bei den Neutralen sind durch ihn die Produktivkräfte unterbunden und

gelähmt. Von wo soll da der Ueberschuß der einen herkommen, der das Defizit der anderen decken könnte? Eine Zeitlang bildeten die Vereinigten Staaten noch das Land der Hoffnung, von dem der verwüsteten Welt im Frieden das Heil kommen solle. Nun sind auch sie in den Krieg hineingezogen, entziehen auch sie Hunderttausende und Millionen von Arme der Produktion, verbrauchen auch sie ihre Rohstoffe in Werken der Zerstörung. Damit erschöpft sich das letzte große Reservoir, das noch über einen erheblichen Ueberschuß von Produktionsmitteln nach dem Kriege hätte verfügen können.

Heutzutage ist es geradezu abgeschmackt, zu erwarten, der auswärtige Handel sei imstande, irgendeiner Nation die unvermeidlichen ökonomischen Konsequenzen der Kriegführung zu ersparen.

Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Wiederherstellung des internationalen Handels nicht eine unbedingte Notwendigkeit ist. Sie ist es unter allen Umständen. Ohne sie ist eine Wiederaufnahme des alten Produktionsprozesses unmöglich.

Bei der weitgetriebenen internationalen Arbeitsteilung des modernen Kapitalismus vermag keine kapitalistische Nation für sich allein zu bestehen. Jede bedarf auswärtiger Zufuhren, die sie gegen eigene Produkte auszutauschen hat. Die Arbeitsteilung beruht teils auf natürlichen Faktoren, Verschiedenheiten des Klimas, der Bodengestaltung, des Bodenreichtums, teils auf historischen, die ökonomische, politische und intellektuelle Bedingungen für manche Produktionszweige in einzelnen Staaten früher oder ausgiebiger schaffen, als in anderen.

Der auf diesen Verschiedenheiten beruhende Welthandel ist wieder neu zu beleben. Dabei werden freilich nicht überall die gleichen Beziehungen wie vor dem Kriege aufgenommen werden. In den natürlichen Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung hat sich während des Krieges nichts geändert. Desto mehr aber in ihren historischen Bedingungen.

Eine Reihe von Staaten außerhalb Europas, die bisher eine starke kapitalistische Industrie nicht aufzubauen vermochten, sind während des Krieges den politischen und ökonomischen Druck der alten Industriestaaten losgeworden, der sie bisher gehemmt hatte.

Sie haben neue kapitalistische Industrien begründet. Anderseits hatten bisher Industriestaaten Spezialitäten vernachlässigt, die in anderen Staaten billiger und besser zu beschaffen waren. Der Krieg hat sie von ihren alten Lieferanten abgeschnitten und gezwungen, die fehlenden Produkte selbst herzustellen, so gut oder schlecht sie es eben vermochten. Soweit die frühere Arbeitsteilung auf natürlichen Gründen beruhte, wird sie sich auch nach dem Kriege wieder durchsetzen. Wo sie aber nur historischen Gründen entsprang, hat der Krieg diese überwunden und die alte Arbeitsteilung wird nicht wieder eintreten.

In alten Industriestaaten wie in Agrarstaaten sind neue Industrien entstanden, durch die manches Land zum Konkurrenten dort wird, wo es ehedem ein Abnehmer war; durch die es Rohstoffe selbst konsumiert, die es ehedem geliefert hat. So wird gleichzeitig die Zahl der nach Roh-

stoffen verlangenden Produktionsstätten vermehrt und die Menge der für die alten Industriestaaten verfügbaren Rohstoffmengen verkürzt.

Eben, wie diese Zeilen geschrieben werden (15. Februar), veröffentlicht die Handelszeitung des „Berliner Tageblatt" einen Artikel darüber, wie der Krieg den Handel zwischen Nord- und Südamerika auf Kosten Europas gestärkt hat. Es heißt dort unter anderem:

Die von ihren früheren Lieferanten unversorgt gelassenen Ueberseemärkte, besonders die südamerikanischen Republiken, wurden in zunehmendem Umfange von den Vereinigten Staaten bearbeitet, und zwar mit sichtbarem Erfolg. Dies geht mit voller Deutlichkeit aus einem Artikel des „Statist" hervor, der für den wachsenden Außenhandel zwischen Nord- und Südamerika ein umfangreiches Zahlenmaterial beibringt. Danach sind in den ersten zehn Monaten der Jahre 1914 bis 1917 folgende Warenwerte aus Südamerika nach den Vereinigten Staaten eingeführt bzw. aus den Vereinigten Staaten nach Südamerika ausgeführt worden:

Jahr	Ausfuhr Südamerikas nach den Vereinigten Staaten	Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Südamerika
1914	157,44 Mill. Doll.	65,40 Mill. Doll.
1915	199,44 „ „	86,55 „ „
1916	286,67 „ „	139,45 „ „
1917	433,45 „ „	187,50 „ „

Danach sind Einfuhr und Ausfuhr ungefähr in dem gleichen Verhältnis gestiegen. Absolut betrachtet geht die Einfuhr der Union aus Südamerika wesentlich über ihre Ausfuhr nach denselben Ländern hinaus. Im einzelnen waren die bedeutendsten südamerikanischen Staaten an dem Außenhandel mit den Vereinigten Staaten in folgendem Umfange beteiligt (in Millionen Dollars):

	Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten aus		Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach	
	1914	1917	1914	1917
Argentinien	40 75	133,86	19,64	62,25
Brasilien	62,63	106,33	15 97	40,15
Chile	15,95	96,62	10,79	32 97
Peru	7,91	27,80	4 34	13,36
Uruguay	8,51	28,38	2,74	11,44
Venezuela	7,47	11,97	3,47	7,75

Der Anteil der Vereinigten Staaten an der gesamten Einfuhr Südamerikas beträgt jetzt 30 Prozent, gegen etwa 15 Prozent bei Kriegsbeginn. Von der südamerikanischen Ausfuhr nehmen die Vereinigten Staaten etwa ein Drittel, gegen 16 Prozent vor dem Kriege auf. Diese Verschiebungen haben sich, wie der „Statist" hervorhebt, sowohl auf Kosten der Verbandsländer als auch auf Kosten der Mittelmächte vollzogen.

Alle früheren Handelsbeziehungen werden nach dem Kriege nicht wieder aufgenommen werden, gar manche werden dauernd abgebrochen oder verschoben sein und es wird einige Zeit dauern, ehe man sie wieder durch neue zu ersetzen vermag.

Um so notwendiger wird es sein, alle künstlichen Hemmnisse des Verkehrs zu beseitigen, wie sie vor dem Kriege namentlich die Zollpolitik

in so ausgedehntem Maße geschaffen hat. Niemals bedeutete für einen Staat entwickelter Industrie der Schutzzoll eine größere Gefahr, wie jetzt in der Zeit der Uebergangswirtschaft.

Man behauptet, Marx und Engels seien als Gegner des Manchestertums auch Gegner des Freihandels gewesen. In Wirklichkeit haben sie diesen bloß abgelehnt als Mittel, das Proletariat mit dem Kapitalismus zu versöhnen und es dem Sozialismus abwendig zu machen, nicht aber als Mittel industrieller Entwicklung innerhalb des Kapitalismus. Für England wie für Deutschland haben sie bereits ausdrücklich den Freihandel gefordert. Er ist seitdem noch weit notwendiger geworden.

Neben den gesetzlichen sowie natürlich auch den technischen Hemmungen des Verkehrs, den Schutzzöllen und der Frachtraumnot, müssen auch seine gefühlsmäßigen möglichst reduziert werden.

Es ist ja richtig, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört, und daß die Gesetze der Konkurrenz und des Profits in der Kapitalistenwelt mächtiger sind als die stärkste moralische Entrüstung und der größte politische Haß. Aber man darf nicht so weit gehen, daß man den sogenannten Imponderabilien jede Wirkung im Geschäftsleben abspricht. Die Furcht, von einem anderen vergewaltigt zu werden, wenn er übermächtig wird, kann große ökonomische Wirkungen hervorrufen. Gar mancher Kapitalist wird es ablehnen, durch ein Geschäft mit einem Lande oder einem Unternehmen, dieses zu bereichern, wenn er fürchtet, es werde seine Macht gegen ihn selbst anwenden. Wohl könnte er dabei schwankend werden, wenn er sieht, daß andere bereit sind, dasselbe Geschäft zu machen, so daß er es doch nicht hindern kann. Aber die Verständigung der Konkurrenten untereinander hatte bereits vor dem Kriege große Ausdehnung gewonnen, sie ist durch ihn noch gewaltig gewachsen. Der organisierte Boykott kann nach dem Kriege eine furchtbare Waffe werden, nicht am wenigsten furchtbar dort, wo er nicht offen proklamiert, sondern stillschweigend, unfaßbar geübt wird.

Allerdings, wer seine Kunden suchen, wer um den Absatz seiner Ware kämpfen muß, darf in seinen geschäftlichen Transaktionen Sympathien und Antipathien keinen allzu großen Spielraum einräumen. Aber in dieser Lage werden die Produzenten der Rohmaterialien nach dem Kriege nicht sein. Sie werden den Markt beherrschen, sie werden ihre Abnehmer nach Belieben wählen können und sich ohne jeden geschäftlichen Schaden den Luxus gestatten dürfen, ihre Freunde zu bevorzugen und diejenigen schlechter zu bedienen, die sie als gefährliche Feinde fürchten. Je größer deren Kraft im Kriege, je größer die Furcht, die sie einflößen, um desto stärker die Widerstände, auf die sie im internationalen Handel stoßen werden.

Dieses Moment wird heute viel zu wenig beachtet, am wenigsten merkwürdigerweise gerade von jenen, die den Krieg ausschließlich aus Handelsneid erklären. Die Art des Friedensschlusses wird schon von großer Bedeutung dafür sein, wie die Situation auf dem Weltmarkt sich für den einzelnen der heute kriegführenden Staaten gestaltet. Nicht minder sein Verhalten nach dem Friedensschluß, vor allem seine Rüstungs- sowie seine Handelspolitik.

Da erstehen nun gerade aus den Tendenzen einer rein nationalen Uebergangspolitik die größten Gefahren für ein gutes internationales Einvernehmen.

Aus der unangenehmen Tatsache, daß die vorhandenen Rohstoffe für die Industrie der Welt nicht ausreichen werden, ziehen die nationalen Uebergangspolitiker den Schluß, ihre Nation müsse die nötigen Maßregeln ergreifen, um sich auf Kosten der anderen möglichst viel von dem Vorrat anzueignen. Die anderen Bewerber sollen verdrängt oder doch zurückgedrängt werden, was ohne Gewaltsamkeit nicht abgehen kann.

So droht dem Krieg der Waffen ein Wirtschaftskrieg zu folgen, der dann vollends ruinieren würde, was jener noch übriggelassen haben sollte. Trotzdem werden die gewaltsamen Methoden, den eigenen Staat auf Kosten der Gegner mit Rohstoffen zu versorgen, aufs emsigste erwogen, ja, den meisten Uebergangspolitikern erscheinen diese Methoden der Rohstoffgewinnung als der wichtigste Teil der Uebergangswirtschaft überhaupt.

Als der einfachste Weg, sich die Zufuhr von Rohmaterialien zu sichern, erscheint der, ihre Lieferung ohne Entgelt als Kriegsentschädigung im Friedensvertrag zu erzwingen. So sagte der Berichterstatter, Dr. Stresemann, des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe betreffend Uebergangswirtschaft in dem ersten Teilbericht:

„Gelingt es uns, im Friedensvertrag Kriegsentschädigungen zu erlangen, so werden deren Zahlungen selbstverständlich unsere Valuta heben, auch wenn ein Teil der Summe nicht in Geld, sondern in Rohstoffen ausbedungen würde.“ (S. 29.)

Diese nationalliberale Anschauung hat ein verständnisinniges Echo bei Cunow gefunden. Dieser meinte in seinem Referat über die nächsten Aufgaben der „Wirtschaftspolitik“ vor dem Würzburger Parteitag:

„Erhielte z. B. Deutschland auch nur eine verhältnismäßig geringe Kriegsentschädigung in Geld, so würde das beträchtlich zur Besserung des deutschen Valutastandes beitragen.“ (Protokoll S. 153.)

Die Verfechter dieser Forderung merken nicht, daß der Krieg, soll er zur Erlangung einer Kriegsentschädigung führen, wahrscheinlich so sehr verlängert werden müßte, daß der Mehrbetrag an Kriegskosten und die daraus sich ergebende Verschlechterung der Valuta alles übersteigen würde, was in Form der Kriegsentschädigung zu erlangen wäre. Und ebensowenig merken sie, daß jeder Abschluß des Krieges durch einen Machtfrieden — und nur ein solcher kann eine Kriegsentschädigung bringen — alle jene Imponderabilien, von denen wir sprachen, gegen den Gewinner der Kriegsentschädigung entfesseln und ihm den Weg zum Weltmarkt weit mehr erschweren muß, als eine schlechte Valuta es vermag.

Unter den verschiedenen Formen der Kriegsentschädigung selbst ist wieder die ihrer Bezahlung in Naturalien, in Rohstoffen oder Lebensmitteln, die gefährlichste. Es macht dabei keinen wesentlichen Unterschied, ob die Lieferungen jener Produkte unentgeltlich oder gegen Entgelt erfolgen.

Eine Kriegsentschädigung in Geld kann gezahlt werden durch Anleihen, die der unterliegende Teil aufnimmt. Das kann eine Operation

einiger Monate sein. Damit ist der Krieg formell beendet. Eine Kriegsentschädigung in Naturalien muß dagegen erst produziert werden. Sie soll nach dem Willen ihrer Befürworter auf eine Reihe von Jahren verteilt, also jahrelang immer von neuem produziert werden. Nicht die großen Banken haben sie aufzubringen, die mit der Regierung Hand in Hand arbeiten, die arbeitende Masse hat sie zu schaffen. Wie, wenn sie sich weigert, diese Arbeit für den Landesfeind zu leisten, wenn sie streikt? Wenn die Produzenten sich weigern, ihre Produkte an den Staat zu verkaufen? Soll er diese konfiszieren oder zur Zwangsarbeit greifen? Und wie, wenn die Regierung gestürzt wird, die solches versucht? Soll dann der Staat, dem die Lieferung der Rohstoffe geschuldet ist, einmarschieren, um eine ihm ergebene Regierung einzusetzen? Oder will er nach dem Kriege noch gerüstet bleiben und die Grenzprovinzen des tributpflichtigen Nachbarn besetzt halten, um so einen Druck auf diesen auszuüben?

Man sieht, der Kriegszustand wäre mit der Unterzeichnung des Friedens nicht beendet, sondern nur in ein neues Stadium überführt. Und dabei würde der Haß und die Furcht der Welt gegen den Sieger immer wieder von neuem wachgehalten.

Natürlich ist es ausgeschlossen, daß ein Staat moderner Industrie auf dem Wege der Gewalt alle Rohstoffe erlangt, die er vom Auslande beziehen muß. Er müßte denn alle Welt unterworfen haben.

Sicher wäre bei den erzwungenen Lieferungen nur eines: der Verlust dessen, was jedem Staate nach dem Kriege am unentbehrlichsten sein wird, ohne das er sein Wirtschaftsleben nicht wieder aufrichten kann, der Verlust des Friedens und der Freundschaft der Welt.

Doch nicht viel besser steht es mit den anderen Gewaltmitteln, die vorgeschlagen werden, dem eigenen Staate Rohstoffe zu sichern. Und selbst Einrichtungen, die an sich ganz heilsam wären, erhalten den Charakter unerträglicher Vergewaltigung, wenn man sie bloß dem anderen auferlegen will und im eigenen Lande das Gegenteil durchzuführen beabsichtigt. Da gibt es Leute, die davon sprechen, den Gegnern im Friedensvertrag ein Verbot aller die Preise erhöhenden Monopole aufzuzwingen, die gleichzeitig aber solche Monopole im eigenen Lande fordern. Die verlangen, die Gegner müßten sich verpflichten, jedem Ausfuhrverbot für ihre Produkte zu entsagen, gleichzeitig aber solche Verbote für sich planen. Endlich gibt es Leute, die den verschiedenen Staaten der Gegner verbieten wollen, einander Vorzugszölle zuzugestehen, und den mitteleuropäischen Zollverein aufs lauteste propagieren.

6. Staatliche Regelung des Handels.

Gewiß wird sich zur Entwirrung des wirtschaftlichen Chaos, das der Friede vorfinden wird, das Eingreifen des Staates nicht vermeiden lassen, aber soweit dabei internationale Verhältnisse in Betracht kommen, wird äußerste Behutsamkeit und Zurückhaltung geboten sein. Um den

die Völker trennenden Abgrund von Haß und Mißtrauen zu überbrücken, den der Krieg von Jahr zu Jahr immer tiefer und weiter gegraben hat, muß von allen Seiten selbst der Anschein des Willens, den Gegner nach dem Friedensschluß noch zu vergewaltigen, vermieden werden, soll der internationale Verkehr wieder lebhafter werden. Nie wird man mehr als da es notwendig haben, nach dem alten Spruche zu verfahren, der gebietet, dem anderen nicht zuzufügen, was man selbst nicht leiden möchte.

Daß man bei allen Vorschlägen außer der Wirkung auf das Ausland stets die weiteren ökonomischen Konsequenzen für das eigene Land erwägen muß und sich nicht vom zunächstliegenden Schein täuschen lassen darf, ist selbstverständlich. Und doch wird wenig nach dieser Regel gehandelt.

Allenthalben wird die Forderung erhoben, die Einfuhr von Luxusstoffen zu verbieten. Das sieht auf den ersten Blick sehr plausibel aus. Wenn wir nicht Schiffe genug haben, alles zu verfrachten, nicht genug Mittel, um alles zu kaufen, was das Ausland bei uns einführen will, müssen wir doch eine Auswahl treffen, das Unentbehrliche bevorzugen, das Ueberflüssige am Eintritt verhindern.

Schön! Aber was ist das Ueberflüssige?

Das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich gibt in seinem Abschnitt über den auswärtigen Handel eine Tabelle über den Anteil der wichtigsten Waren am Spezialhandel. Sie umfaßt für die Einfuhr alle Warengattungen, von denen für mehr als 40 Millionen Mark eingeführt wurden. Unter den dort genannten sind nur vier, die als Luxusartikel für die Einfuhr in Betracht kamen: Kaffee mit einem Wert von 220 Millionen Mark (1913), Tabakblätter mit 134 Millionen, Rohseide für 158 Millionen und Pelzwerk für 188 Millionen.

Sollen wir die Einfuhr von Rohseide und Pelzwerk verbieten? Nach dem Kriege wird der Mangel an Textilstoffen ein ungeheurer sein. Das Verbot der Einfuhr von Rohseide würde den Mangel noch verschärfen. Es mag sehr demokratisch aussehen, wenn es den reichen Damen erschwert wird, in Samt und Seide zu stolzieren, aber leider würde dadurch die Nachfrage dieser Damen nach Stoffen aus Wolle und Baumwolle wachsen. Eine Teuerung der billigen Kattune, der Bekleidung der ärmeren Bevölkerung, das wäre das Ergebnis des Verbots der Seideneinfuhr.

Daneben kommt noch ein anderer Umstand in Betracht. Neben einer Rohseideneinfuhr von 158 Millionen Mark, verzeichnet die Statistik eine Ausfuhr von Seidenwaren im Werte von 202 Millionen. Diese Ausfuhr von Seidenwaren bedeutet vermehrte Beschäftigung deutscher Arbeiter und auch eine Verbesserung der deutschen Valuta. Es wäre also auch vom rein nationalen Standpunkt, wenn man nur ein bißchen weiter blickt, ganz verkehrt, die Rohseide von der Einfuhr auszuschließen und mit ihren Lieferanten, Italien, Frankreich, der Schweiz und Japan, deswegen in Konflikt zu kommen.

Und ähnliches gilt für das Pelzwerk. Auch hier steht einer Einfuhr von 188 Millionen eine Ausfuhr von 225 Millionen gegenüber.

Wir sind das Land, das die Welt mit zugerichtetem Pelzwerk versorgt. Die rohen Pelzfelle kommen aus der ganzen Welt nach Leipzig und werden dort zugerichtet. Der Leipziger Pelzfellmarkt ist dafür gar nicht zu entbehren und ebensowenig die dortige, auf größter technischer Höhe stehende Pelzzurichterei. (Gothein, Weltwirtschaftliche Fragen der Zukunft, Leipzig, Verlag Naturwissenschaften, 1918, Seite 25).

Was aber die Einfuhr des Kaffees und namentlich des Tabaks anbelangt, so fragt es sich einfach, ob man es für angezeigt und möglich hält, den Massen diese Genußmittel in der Zeit der Uebergangswirtschaft völlig vorzuenthalten. Anderseits aber auch, ob man sich der Gefahr aussetzen will, das Verhältnis zu neutralen und auch zu verbündeten Staaten durch das Verbot der Einfuhr ihrer Produkte zu trüben. Von der Tabakblättereinfuhr im Werte von 134 Millionen Mark kamen 1913 auf Niederländisch-Indien 78 Millionen und auf die Türkei 20 Millionen. Vom Kaffee kamen für 8 Millionen Mark aus Niederländisch-Indien, ebensoviel aus Venezuela, 6 Millionen aus Mexiko, 33 Millionen aus Guatemala, der Löwenanteil, 141 Millionen, aus Brasilien, das mit Deutschland nur nominell im Kriegszustand lebt und mit dem ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen, ebenso leicht, wie wichtig sein wird. Es war unser wichtigster Lieferant von Kautschuk (1913 für 39 Millionen Mark, neben Britisch-Indien, das für 30 Millionen lieferte). Wie leicht könnte es ein deutsches Einfuhrverbot für Kaffee mit einem Ausfuhrverbot für Kautschuk nach Deutschland beantworten!

Also äußerste Vorsicht bei Einfuhrverboten ist am Platze.

Eine andere Art solcher Verbote wird für Rohstoffe geplant, deren Einfuhr nicht unerwünscht, viel mehr unerläßlich ist. Hier soll die Einfuhr nicht absolut verboten, wohl aber an Bedingungen geknüpft werden, von denen man erwartet, daß sie die Preise niedrighalten.

Das soll erreicht werden durch die Bildung privilegierter Einkaufsgesellschaften. Solche Gesellschaften hat schon der Krieg in ausgiebigem Maße erzeugt, viele werden ihn überleben und nach ihm wachsen als ein Teil des großen Werks der Organisierung der Kapitalisten, das der Krieg nicht erst erzeugt, sondern schon weit vorgeschritten vorgefunden, dann aber enorm weiter entwickelt hat. Gesellschaften dieser Art können sicher planmäßiger arbeiten und leichter Kredit erhalten als vereinzelte Private, und daher auf dem Weltmarkt eine günstigere Stellung gewinnen. Aber die Sache wird bedenklich, wenn man verlangt — und das geschieht —, daß diese Gesellschaften vom Staate monopolistische Rechte bekommen, so daß sie allein die Befugnis haben, Rohstoffe für den Bedarf der Industrie des eigenen Landes zu kaufen und einzuführen, und jedem anderen die Einfuhr jener Stoffe verboten ist. Damit soll verhindert werden, daß die konkurrierenden Käufer auf dem Markt des exportierenden Landes sich überbieten und dadurch die Preise in die Höhe treiben.

Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Einkaufsgesellschaften bei ihrem Bestreben, die Preise durch Ausschaltung der Konkurrenz niedrig zu halten, Erfolg haben werden. Man mag noch so oft behaupten, das

Zeitalter der Konkurrenz habe sein Ende erreicht; für den Weltmarkt besteht es weiter. Und selbst wenn jedes kaufende Land für sich den privaten Handel ausschalten und durch monopolisierte Einkaufsgesellschaften ersetzen wollten, so würde doch die Konkurrenz dieser Gesellschaften der verschiedenen Länder bestehen und die Preise der Rohstoffe in die Höhe treiben.

Auf der anderen Seite vermöchten aber die Produzenten des ausführenden Landes sagen: „Was ihr Käufer könnt, können wir auch“. Das wird ja beim Wettrüsten, sowohl im Krieg der Waffen wie im Wirtschaftskrieg, nur zu leicht übersehen, daß bei dem heutigen Stand des Wissens und des Verkehrs jeder Vorteil technischer und organisatorischer Art, den der eine Teil sich zu eigen macht, bald auch von dem anderen nachgeahmt werden kann und um so rascher nachgeahmt wird, je größer seine Bedrängnis durch diesen Vorteil des anderen. Dieses gegenseitige Wettrennen nach Erfindung und Anwendung technischer und organisatorischer Vorteile sichert keinem Beteiligten eine dauernde Ueberlegenheit, vermehrt bloß die Lasten und Verheerungen des Kampfes. Eine dauernde Ueberlegenheit bietet bloß Vorteile, die aus dem Wesen der beteiligten Menschen, ihren höheren moralischen und intellektuellen Kräften hervorgehen. Die lassen sich nicht rasch abgucken und nachahmen, die werden nur in langsamem und mühsamem Ringen, und auch dadurch nicht immer erworben.

Die Waffe der privilegierten Einkaufsgesellschaften gehört zu jenen, die jederzeit aufs leichteste zu parieren sind durch den Zusammenschluß der Verkäufer in einem Kartell, das dann die Preise diktieren und in die Höhe treiben kann, bis zu jener Höchstgrenze, deren Ueberschreitung infolge der Abnahme des Konsums und damit der Nachfrage unprofitabel wird.

Gesetzt aber, diese Abwehr gelänge wider Erwarten nicht, und die Einkaufsgesellschaft vermöchte durch ihr Monopol des Einkaufs und das daran geknüpfte Verbot jeder Einfuhr durch Private die Preise des betreffenden Rohstoffs niedrig zu halten, so wird das den stärksten Antrieb für den exportierenden Staat bilden, die Interessen seiner Produzenten durch Eingreifen seiner Gewalt zu wahren.

Nehmen wir an, die Wollindustriellen Deutschlands bildeten eine Gesellschaft zum Ankauf von Wolle im Ausland. Nur von ihr gekaufte Wolle dürfte eingeführt werden. Nehmen wir weiter an, dadurch würde tatsächlich erreicht, daß die Wollepreise niedrig bleiben. Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß daraufhin Australien, Südafrika und Argentinien die Ausfuhr jeglicher Wolle nach Deutschland verbieten würden.

Von der deutschen Wolleinfuhr im Werte von 412 Millionen Mark (1913) lieferte Britisch-Südafrika für 50 Millionen, Argentinien für 90, Australien für 172 Millionen Mark.

Es gibt kein Gewaltmittel, das diese Länder zwingen könnte, sich die Preise für ihre Produkte von einer europäischen Einkaufsgesellschaft diktieren zu lassen. Anders als für „viel Geld und gute Worte“ wird ihre Wolle nicht zu haben sein.

Will der Staat dem Luxus entgegenwirken, muß er das in seinem Innern besorgen, nicht in seinen Beziehungen zu anderen Staaten. Wir haben schon von den Maßregeln gesprochen, die er zu diesem Zwecke treffen kann: Abrüstung, hohe Besteuerung der großen Einkommen, und endlich Stillsetzung unproduktiver Betriebe. Auch die Herabsetzung besonders großer Gehälter im Staatsdienst würde nach dieser Richtung gute Wirkungen üben, die erzwungene Sparsamkeit in manchen Kreisen vorbildlich wirken. Was die unproduktiven Betriebe anbelangt, so haben wir bisher als solche nur jene betrachtet, die technisch wenig leistungsfähig sind. Man kann zu ihnen aber auch jene zählen, die für die Produktion und die Gesellschaft überflüssige Dinge produzieren. Gegen die Stillegung solcher Betriebe kann das Ausland nichts einwenden. Auch die Einfuhr unerwünschter Stoffe ist auf diese Weise ohne internationale Komplikationen zu vermeiden.

Soweit also die Staatsgewalt eingreifen muß, um die Rohstoffversorgung zu regeln, jeder Verschwendung vorzubeugen und dahin zu wirken, daß zunächst nur das Notwendige produziert und eingeführt wird, erreicht sie das am sichersten nicht durch Regelung des auswärtigen Handels, sondern durch Regelung der inneren Produktion, durch Aufwendung von Machtmitteln nicht gegenüber dem Ausland, sondern gegenüber den eigenen Kapitalisten.

7. Mitteleuropa.

Die Verfechter der Machtpolitik in der Uebergangswirtschaft scheinen selbst kein allzu großes Zutrauen zu der Methode der staatlichen Regelung des internationalen Handels durch Einfuhrverbote und Einkaufsmonopole und ähnliche Maßregeln zu hegen, durch die die Rohstoffzufuhr gesichert werden soll. Sie suchen diese Methode überflüssig zu machen dadurch, daß sie den Appell an den Weltmarkt selbst überflüssig machen. Zu diesem Behuf wollen sie ihn durch den inneren Markt ersetzen, den sie politisch beherrschen. Das heißt, sie suchen das von ihrem Staat politisch abhängige Gebiet soweit auszudehnen, daß es imstande ist, alle die von ihm erheischten Rohstoffe und Lebensmittel selbst zu liefern. Diese kann dann der Staat in der einen oder anderen Form für seine Industrie beschlagnahmen und sichern. So wird er unabhängig von dem Wohlwollen seiner Nachbarn.

Dieses Streben war schon vor dem Kriege vorhanden und bildet eine der mächtigsten Triebkräfte der modernen Kolonialpolitik.

Der Krieg, der die Unsicherheit des überseeischen Verkehrs selbst für eine seegewaltige Nation an den Tag brachte, hat eine neue Form dieses Ausdehnungsstrebens geschaffen, Versuche, Landstriche, die auf festem Boden zusammenhängen und die bisher verschiedenen Staatsgebilden angehörten, ökonomisch zusammenzufassen in einer Gemeinschaft, die durch ein Zollbündnis, Militärkonventionen, Eisenbahnabmachungen und ähnliche Vereinbarungen zusammengehalten werden soll.

Zu diesen Versuchen gehört auch der Vorschlag der Bildung eines „Mitteleuropa“, das außer Deutschland und Oesterreich, noch die östlich und südlich an sie grenzenden Gebiete, die bisherigen Ostseeprovinzen, Polen, Serbien, Bulgarien, wohl auch Rumänien, sowie die Türkei umfassen soll.

Dieses Gebilde würde im Kriege ein formidabler Machtfaktor werden, wenn es militärisch einheitlich ausgebildet und geleitet, mit einem ausreichenden Eisenbahnnetz versehen, in seinen Produktionsmöglichkeiten ausgiebig entwickelt würde. Es würde über fast 200 Millionen Menschen verfügen und über so viele Lebensmittel, daß es auch durch die stärkste Absperrung nicht auszuhungern wäre. Dabei schnitte es Rußland völlig von Europa ab, und bedrohte die wichtigsten Verbindungen zwischen England und Indien.

Anders steht jedoch die Sache, wenn man Mitteleuropa nicht als „Schützengrabengemeinschaft“ betrachtet, sondern als Friedensinstrument, das der Industrie ihre Rohstoffe sichern soll. Es besteht wenig Aussicht, daß es als solches zustande kommt und noch weniger, daß es Bestand hat.

Ich habe darüber gehandelt in meiner Schrift über „Die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa“ (Stuttgart, Dietz, 1916) und brauche dort gesagtes hier nicht zu wiederholen.

Zu den widerhaarigsten Elementen der mitteleuropäischen Gemeinschaft würden die Produzenten von Rohstoffen und Lebensmitteln gehören. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Agrarier würden sich energisch dagegen verwahren, Krieg zu dem Zwecke geführt zu haben, damit fortan im Frieden aus Serbien, Rumänien, Polen, Kurland Vieh und Getreide ohne Zollschwierigkeiten nach Deutschland und Oesterreich wandere und dort die Preise senke. Sie werden höchstens dafür zu haben sein, daß die Zölle für Rohstoffe und Lebensmittel gegen das übrige Ausland noch mehr erhöht werden, als gegenüber den Verbündeten. So weit sie für die Idee Mitteleuropa eintreten, tun sie es aus militärischen Rücksichten, nicht zur Erleichterung der Einfuhr im Frieden.

Auf der anderen Seite werden die Rohstoff- und Lebensmittelproduzenten der Agrarländer, die sich mit Deutschland und Oesterreich verbinden sollen, durchaus nicht davon begeistert sein, wenn die mitteleuropäische Gemeinschaft Maßregeln ergreift, durch die ihre Produkte auf die deutschen und österreichischen Märkte beschränkt werden und die sie hindern, höheren Preisen auf dem Weltmarkt nachzugehen. Werden aber solche Maßregeln nicht getroffen, kann z. B. die Türkei ihre Rohstoffe, etwa Baumwolle ebensogut nach England oder Belgien verkaufen, wie nach Deutschland, dann hat der mitteleuropäische Zollverein für die Rohstoffversorgung Deutschlands doch keine Bedeutung. Er macht bloß das Ausland mißtrauisch, ohne der deutschen Industrie mehr Rohstoffe zuzuführen, als sie ohne ihn erhielte.

Aber nehmen wir an, alle diese Hindernisse könnten durch mehr oder weniger leisen Zwang überwunden werden, so bekäme Deutschland dadurch noch lange nicht alle Rohstoffe, die es braucht. Denn so ausgedehnt und

reich an Naturschätzen das Gebiet Mitteleuropas war, so ist dieser Reichtum doch nicht so mannigfaltig, daß er alles das liefern könnte, wonach die Industrie Deutschlands und Oesterreichs verlangt. Die neu angegliederten agrarischen Gebiete würden wohl Vieh, Getreide, Holz sowie Petroleum liefern, nicht aber Erze und Metalle und auch nicht Tropenprodukte. Sie könnten die Eisenerze aus Schweden, Spanien, Frankreich, ebenso wie das Kupfer aus den Vereinigten Staaten, die Wolle aus Südamerika und Australien, den Kautschuk aus Brasilien und Indien, die Palmkerne aus Britisch-Westafrika, die Baumwolle aus Aegypten, Indien und den Vereinigten Staaten nicht ersetzen.

Nach Jahrzehnten könnte ja die Türkei vielleicht ein erhebliches Quantum Baumwolle liefern, aber einstweilen ist das Zukunftsmusik.

Rußland fördert in Zentralasien die Baumwollindustrie seit vier Jahrzehnten mit aller Macht. Trotzdem reicht diese auch heute noch nicht aus, die Baumwollindustrie des Landes zu versorgen. Die Hälfte seines Verbrauches muß es immer noch durch Einfuhr aus dem Ausland decken.

„Die russische Baumwollernte hat im letzten Jahrzehnt 11 Millionen Pud, gleich 180 Millionen Kilogramm betragen. Ebensoviel wurde eingeführt.“ (Ballod, Grundriß der Statistik, 1913, S. 69.)

Dabei ist die zentralasiatische Baumwolle kurzstapelig und minderwertig, trotz der Anwendung besten amerikanischen Samens.

Angesichts dieser langsam heranreifenden, bescheidenen Ergebnisse tut man gut, auch von der Türkei nicht in nächster Zeit einen Baumwollsegen zu erwarten, der uns von den übrigen Lieferanten der Baumwolle freimacht.

8. Die Kolonialpolitik.

Je mehr neben dem militärischen Denken das ökonomische wieder erstarkt, desto mehr wird der Glanz des mitteleuropäischen Ideals verblassen. Um so wichtiger erscheint wieder vielen die Gewinnung oder Festhaltung eines großen Kolonialreichs.

Es ist eine alte Forderung, die die ganze bürgerliche Welt vor dem Kriege schon verfocht. Eine gewaltige Neuerung hat dieser jedoch darin gebracht, daß er einen erheblichen Teil der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik bekehrte. Unsere Partei hatte diese Politik ehedem einmütig abgelehnt. Mußte sie ablehnen, als proletarische, demokratische Partei. Denn eine Kolonie in Besitz nehmen, heißt nicht etwa Land besetzen, das von niemand bewohnt ist, es heißt, ein Land samt seinen Einwohnern in Besitz nehmen. Und in den heute einzig möglichen Kolonien, denen der Tropenländer, geben nur nichteuropäische Arbeitskräfte dem Boden seinen Wert. Die Ausbeutung einer Kolonie bedeutet entweder Verjagung der Eingeborenen, wenn diese nicht für die neuen Herren arbeiten wollen, und Ersatz der Verjagten durch importierte Arbeitskräfte. Oder Arbeitszwang für die Eingeborenen, also mehr oder weniger versteckte Sklaverei.

Auf dem Parteitag zu Mainz 1900 wurde daher einstimmig eine Resolution angenommen, die die Kolonialpolitik energisch ablehnte:

„Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik entschiedensten Widerspruch."

So einmütig diese Kundgebung erfolgte, so fand sie doch schon Ansätze zu einer Teilnahme an der Kolonialpolitik in sozialistischen Kreisen vor, die sich von bürgerlichem Denken nicht frei zu halten vermochten. Sie ließen sich einreden, die industrielle Entwicklung und damit das Gedeihen der Arbeiterklasse werde bedroht durch einen Mangel an Rohstoffen, und nur die Kolonialpolitik vermöge diesem Mangel abzuhelfen.

Daran ist soviel richtig, daß unter der kapitalistischen Produktionsweise die Industrie durch das kapitalistische Profitinteresse gedrängt wird, ihre Produktivkräfte aufs schnellste zu entwickeln, weit schneller als die Landwirtschaft, die ihr Rohstoffe liefert. So wird die kapitalistische Industrie stets von Zeit zu Zeit mit Rohstoffmangel bedroht, was sich in Krisen verschiedenster Art äußert. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, sind nur zu überwinden durch Uebergang zum Sozialismus, der die industrielle Entwicklung regelt und der landwirtschaftlichen anpaßt. Wer den Sozialismus nicht in absehbarer Zeit für möglich hält, in dem bürgerlichen Denken befangen ist, der sucht nach Mitteln, die Gefahr für die Industrie auf dem Boden der bestehenden Produktionsweise zu beschwören. Die bürgerliche Gesellschaft weiß aber kein anderes Mittel, als die zwangsweise Steigerung der landwirtschaftlichen Rohstoffproduktion und die gewaltsame Vergrößerung des Anteils eines Landes an der Rohstoffproduktion der Welt auf Kosten anderer Länder. Beides scheint am ehesten erreichbar durch die Kolonialpolitik, mit ihrer Zwangsarbeit der Eingeborenen und der Möglichkeit, das koloniale Produkt dem eigenen Lande vorzubehalten.

Freilich, Arbeiter, die ein kraftvolles proletarisches und demokratisches Empfinden haben, lassen sich durch derartige Erwägungen nicht für Sklaverei und Kolonialkriege begeistern.

Als in den Vereinigten Staaten der Bürgerkrieg der Nordstaaten gegen die Südstaaten von 1861 bis 1865 wütete, standen die besitzenden Klassen Englands auf seiten der letzteren, die durch Negersklaven den für die englische Industrie unentbehrlichen Rohstoff, die Baumwolle, produzierten. Und die Arbeiter? Sie schienen durch die Aufhebung der Sklaverei in ihrer Existenz bedroht. In der Tat ging die amerikanische Baumwollproduktion von 1861 bis 1864 von $4^1/_2$ Millionen Ballen auf 300 000 zurück. Auch nach dem Kriege, wo sie allein auf freie Arbeiter angewiesen war, hob sie sich anfangs nur langsam, und erst 1875 hatte sie den Stand von 1861 wieder erreicht. Diese langsame Erholung war allerdings mehr eine Nachwirkung der Verheerungen des Krieges, als der Ersetzung von Zwangsarbeit durch freie Arbeit. Heute beträgt die amerikanische Baumwollproduktion dreimal so viel wie 1861.

Die englischen Arbeiter litten zunächst furchtbar unter den Wirkungen des Krieges gegen die Sklaverei.

„Nach der Berechnung Farnalls hatten die Distrikte, die unter dem Baumwollhunger gelitten haben, eine Bevölkerung von 1984955. Von dieser Bevölkerung arbeiteten 533959 Personen in Baumwollfabriken oder in Fabriken, die in der einen oder anderen Weise mit der Baumwollindustrie verbunden waren. Ende Januar waren von diesen Arbeitern 247230 ganz beschäftigungslos, 165600 arbeiteten nicht volle Zeit und nur 121129 hatten volle Arbeit." (Tugan-Baranowsky, Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England. Jena 1901, Seite 367.)

Nach der modernsten Auffassung des historischen Materialismus, wonach die Ueberzeugung eines Menschen von dem geschäftlichen Vorteil abhängt, den er von ihr erwartet, hätten damals die englischen Arbeiter sich um des Rohstoffs willen für die Sklaverei einsetzen müssen. Sie taten das Gegenteil. Mit aller Macht traten sie den herrschenden Klassen ihres Landes entgegen, die den Nordstaaten den Krieg erklären wollten, um Ruhe und Ordnung und Sklaverei drüben und die Interessen der Industrie hüben zu schützen.

Und Karl Marx verstand so wenig von materialistischer Geschichtsauffassung, daß er die Arbeiter wegen dieser geschäftswidrigen „Ideologie" noch pries, anstatt die Notwendigkeit der Sklaverei anzuerkennen. In seiner „Inauguraladresse" (1864) erklärte er:

„Nicht die Weisheit der herrschenden Klassen, sondern der heldenmütige Widerstand der arbeitenden Klassen Englands war es, was den Westen von Europa verhinderte, sich über Hals und Kopf in einen infamen Kreuzzug zur Verewigung und Fortpflanzung der Sklaverei auf dem jenseitigen Ufer des Atlantischen Ozeans zu stürzen."

Die oben zitierte einstimmig angenommene Mainzer Resolution entsprach dieser Auffassung. Seitdem hat unter der Einwirkung des Krieges ein Teil der deutschen Sozialdemokratie ebenso einmütig die gegensätzliche Auffassung akzeptiert. In Stockholm erklärte sie die Wiedergewinnung der Kolonien für eines der Ziele, zu dessen Erreichung der Krieg fortzuführen sei. Und Cunow fand keinen Widerspruch bei seinen Parteigenossen, als er in seinem Bericht über „Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik" an den Würzburger Parteitag nicht nur ein engeres Handels- und Zollverhältnis mit Oesterreich, Bulgarien, der Türkei, ja, soweit möglich, mit Rumänien und Rußland forderte, sondern auch erklärte:

„Es wird zu einer wichtigen Aufgabe eines jeden industriellen Großstaates, sich durch Erwerbung eigener Kolonien möglichst den ungehinderten, billigen Bezug der zur Erhaltung und Ausdehnung seiner Industrie nötigen Rohstoffe zu sichern." (Protokoll S. 162.)

So sehr hat Cunow alle jene von ihm früher selbst verfochtenen Argumente unserer Partei vergessen, die zeigten, daß die Kolonialpolitik nicht nur den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes widerspricht, sondern auch ein schlechtes Geschäft ist, also auch vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung als Geschäftsauffassung abgelehnt werden muß.

Natürlich nicht ein schlechtes Geschäft für jedermann. Vielmehr sind sehr mächtige Interessen des Herrschaftsapparates, der Intellektuellen, des Finanzkapitals mit der Kolonialpolitik verquickt. Aber das Proletariat hat kein materielles Interesse an ihr, denn sie bringt große Kosten und internationale Verwicklungen mit sich, ohne die Rohstoffzufuhr zu sichern, deren die Industrie bedarf. Sie bildet vielmehr ein Mittel, diese Zufuhr zu gefährden.

Das ist schon oft genug dargelegt und nie widerlegt worden. Und doch muß es immer wieder von neuem wiederholt werden, heute mehr als je, angesichts der wachsenden Abhängigkeit sozialistischer Politiker von bürgerlichem Denken.

Wenn ein Land über ein ungeheures Kolonialreich verfügt, ist es England. Das vereinigte Königreich mit 45 Millionen Einwohnern (nur 40, wenn man Irland nicht dazu rechnet), beherrscht ein Gebiet von 30 Millionen Quadratkilometern, mehr als ein Fünftel der Bodenfläche des Erdballs, mit fast 400 Millionen Einwohnern, ein Viertel der Bevölkerung der Erde. Und selbst dieses riesige Kolonialreich genügt nicht, Englands Zufuhr an Rohstoffen und Lebensmitteln zu sichern. Die britische Einfuhr erreichte 1913 einen Wert von 769 Millionen Pfund Sterling, rund fast 16 Milliarden Mark. Davon kamen aber bloß 213 Millionen Pfund aus den britischen Besitzungen, 556 Millionen aus der übrigen Welt.

Das Verhältnis ändert sich nicht, wenn man die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen besonders betrachtet. In seiner Neuausgabe von Porters „The Progress of the Nation" von 1912 verzeichnet Hirst folgende Zahlen der Statistik von 1902. Es betrug die Einfuhr:

	aus fremden Ländern	aus britischen Besitzungen	Zusammen
von Lebensmitteln	152 Mill. Pfd. 79,5 Proz.	39 Mill. Pfd. 20,5 Proz.	191 Mill. Pfd. 100 Proz.
der wichtigsten Rohstoffe* .	107 Mill. Pfd. 71,6 Proz.	42 Mill. Pfd. 28,4 Proz.	149 Mill. Pfd. 100 Proz.

Es gehört angesichts dieser Zahlen eine besondere Art Mut dazu, deutschen Arbeitern einreden zu wollen, die Kolonialpolitik würde ihnen die Zufuhr der nötigen Rohstoffe *sichern*.

Welche Gebiete kämen denn für eine solche Politik in Aussicht?

Amerika kommt von vornherein nicht in Frage. Oder will Cunow vielleicht empfehlen, daß das deutsche Kaiserreich das mexikanische Abenteuer nachahmt, das den Untergang des zweiten französischen Kaiserreichs einleitete?

Daß wir in Asien uns Sibiriens bemächtigen, wird Cunow auch nicht vorschlagen. China wieder hat aufgehört ein Objekt europäischer

* Baumwolle, Wolle, Flachs, Jute, Holz, Oel und Oelsaaten, Petroleum, Kautschuk, Eisen- und Kupfererz, Zinn, Farb- und Gerbstoffe, Papierstoff, Tabakblätter, rohe Häute.

Kolonialpolitik zu sein. Der Weltkrieg hat ihm erlaubt, sich politisch und ökonomisch zu stärken und finanziell zu sanieren. Noch mehr hat sich freilich Japan gekräftigt. Das ist der einzige Staat, der es unternehmen könnte, China von sich abhängig zu machen. Doch wird auch das schwerlich gelingen. Es wird zufrieden sein müssen, eine gewisse Vorzugsstellung dort zu behaupten. Auf der anderen Seite vermag keine europäische Macht mehr in China eine bessere Stellung zu gewinnen, als die der offenen Tür.

Neben Russisch-Asien (17 Millionen Quadratkilometer) und China (11 Millionen) bildet den größten Besitz in Asien Britisch-Indien mit rund 5 Millionen Quadratkilometern.

Nun darf man die Mehrzahl der englischen Kolonialländer nicht als Kolonien im gewöhnlichen Sinne des Wortes, als rechtlose, auf einer tiefen Kulturstufe stehende Besitzungen betrachten. Das gilt sicher nicht für Kanada (10 Millionen Quadratkilometer), Australien (8 Millionen Quadratkilometer) und Südafrika (über 1 Million). Diese ungeheuren Gemeinwesen sind der Art ihres Ursprunges nach Kolonien, ihrer staatsrechtlichen Stellung nach jedoch freie Mitglieder des großbritischen Staatenbundes. Weit entfernt davon, Objekte der Kolonialpolitik zu sein, beginnen sie vielmehr, wenigstens Australien und Südafrika, denselben Ausdehnungsdrang zu entwickeln, der die Yankees von der Ostseite der Vereinigten Staaten nach dem fernen Westen bis an die Küste des Stillen Ozeans trieb. Gegen die Rückgabe des deutschen Besitzes in Polynesien sowie in Südwest- und Ostafrika werden sich weit weniger die Engländer wehren, als die Bourgeoisie Australiens und die Buren Südafrikas.

Ostindien (5) und Aegypten (3 Millionen Quadratkilometer) sind nun freilich heute noch richtiger kolonialer Besitz. Aber die nationalen Selbständigkeitsbewegungen dort, die schon vor dem Kriege in raschem Anwachsen waren, haben durch diesen an Kraft noch gewonnen. Sie haben nicht jene Rebellionen erzeugt, die man erwartete. Aber der Krieg hat England gezwungen, an die Hilfe der Bewohner jener Gebiete zu appellieren, er hat dadurch das Selbstbewußtsein namentlich der Mohammedaner gewaltig gehoben, die die Engländer als unentbehrliche Stützen des Reiches behandeln mußten, dabei aber auch den Gegensatz zwischen Mohammedanern und Hindus sehr verringert, auf dem das englische Regiment in Ostindien bisher aufgebaut war.

Indien wie Aegypten sind auf dem Wege zur Selbständigkeit. Es kann sich bloß fragen, ob sie diese als autonome Staaten innerhalb des britischen Staatenbundes nach dem Vorbild Kanadas, Australiens, Südafrikas gewinnen oder ob sie sich völlig von jeder Verbindung mit England losreißen. Auf keinen Fall würden sie das tun, um sich einer anderen Oberherrschaft zu unterwerfen. Das englische Wesen ist bereits tief in den indischen Volkskörper eingedrungen, indische Studenten, die ins Ausland gehen, sind vornehmlich in England zu finden, die englische Sprache ist die gemeinsame Vermittlungssprache in dem Sprachengewirr des indischen Reiches geworden.

Haben Indien und Aegypten einmal die Kraft erlangt, sich von England freizumachen, dann werden sie ihre Freiheit erst recht eifersüchtig gegen jede andere fremde Macht verteidigen. Als Objekte einer anderen Kolonialpolitik als der englischen kommen sie heute nicht mehr in Betracht.

Anderseits wird bei weiterem Erstarken Japans und Chinas das französische an China grenzende Ostasien, wenn Frankreich es nicht mehr behaupten könnte, keiner anderen europäischen Macht mehr zufallen können, sondern in ein engeres Verhältnis zu einer der beiden ostasiatischen Mächte treten.

Was bleibt in Asien für die Kolonialpolitik noch übrig? Cunow wird doch die Türkei und Persien, deren Freiheit er gegen England und Rußland eben noch verteidigt hat, nicht nun unter die Kolonialländer einreihen wollen.

Und ebensowenig wird er fordern, daß das Deutsche Reich seinen Kolonialbesitz auf Kosten des befreundeten neutralen Holland vergrößert.

So kommt als Objekt der Kolonialpolitik nur noch ein Stück Afrikas in Betracht. Wenn man an ein deutsches Kolonialreich denkt, hat man auch im wesentlichen das tropische Afrika im Auge. Endet der Krieg mit einem Verständigungsfrieden der herrschenden Klassen, so wird er wohl zur Herstellung eines großen zusammenhängenden Kolonialbesitzes Deutschlands mit Kamerun als Kern führen, in dem Deutschland für jene von ihm bisher besessenen Gebiete entschädigt wird, die Australien und Südafrika jetzt für sich beanspruchen.

Widerspricht es auch den Grundsätzen des internationalen Sozialismus, zu erklären, die deutschen Arbeiter müßten um der Erhaltung des deutschen Kolonialbesitzes willen den Krieg fortsetzen, so widerspräche es diesen Grundsätzen noch mehr, wenn die Sozialisten der Entente fordern wollten, daß die Arbeiter Englands, Frankreichs, Amerikas, Italiens usw. den Krieg fortsetzen, um Deutschland seines kolonialen Besitzes zu berauben.

Kommt es in Afrika zu einem Tauschgeschäft in Kolonialgebieten, dann wäre es Heuchelei und ein Hohn auf die Demokratie, wollte man dabei das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anrufen, wo es sich doch nur um einen Wechsel der Fremdherrschaft handeln würde.

Aber wie immer sich das deutsche Kolonialreich nach dem Kriege gestalten möge, ob es als ein zusammenhängendes afrikanisches Reich wiederersteht oder als ein Sammelsurium kleinerer, über die ganze Welt zerstreuter Gebiete, auf keinen Fall wird im Ernst jemand erwarten können, daß dieser Besitz für die deutsche Industrie auch nur annähernd so viel Rohstoffe liefere, wie die heutigen britischen Besitzungen für die Industrie Englands.

Selbst wenn anstatt der 12 Millionen Menschen, die Deutschlands Kolonien beim Ausbruch des Krieges bewohnten, dem neuzuschaffenden deutschen Kolonialreich die doppelte Volkszahl zufiele, bedeuteten sie doch nichts gegenüber den 400 Millionen des britischen Kolonialreiches. Dabei aber

stehen, mit Ausnahme Kiautschaus, dessen Rückgabe wohl niemand mehr erwartet, die Bewohner der bisherigen deutschen Kolonien ebenso wie jener Gebiete, die als Austausch in Frage kämen, kulturell auf einer sehr niedrigen Stufe, viel tiefer, als die Bewohner Indiens, von denen Australiens, Südafrikas, Kanadas gar nicht zu reden. Die Produktivität ihrer Arbeit ist äußerst gering, es wird im besten Falle Jahrzehnte brauchen, ihre Produktionsmöglichkeiten erheblich zu entwickeln.

Selbst in Kreisen der Kolonialpolitiker wird vor Ueberschätzung der kolonialen Produktion gewarnt. Das Berliner Tageblatt berichtet in seiner Nummer vom 23. Februar über eine Rede, die der Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. Solf in der Kolonialabteilung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hielt. Danach erklärte er dort:

„Die heimische Landwirtschaft braucht nicht zu fürchten, daß ihr in ihrer kolonialen Schwester eine unliebsame Konkurrentin erwächst. Das hieße die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Kolonien denn doch überschätzen. Die drei Jahrzehnte bisheriger Kolonialtätigkeit haben gezeigt, daß eine solche Furcht unbegründet ist."

In der Tat, was ist die Frucht dieser drei Jahrzehnte emsiger Tätigkeit? Der Gesamtwert der Ausfuhr an Rohstoffen aus den deutschen Schutzgebieten nach dem Deutschen Reich machte 1912 46 Millionen Mark aus — bei einer deutschen Gesamteinfuhr von Rohstoffen im Betrage von 4763 Millionen. Was würde es für den deutschen Rohstoffbedarf bedeuten, wenn diese Einfuhr aus den Kolonien verdoppelt und verdreifacht würde?

Selbst bei den phantastischsten Erwartungen für die Zukunft bleibt die Tatsache bestehen, daß in der Gegenwart, mit der allein die Uebergangswirtschaft zu rechnen hat, die deutschen Kolonien nur ungefähr ein Prozent des deutschen Rohstoffbedarfs decken. Und damit will Cunow ihn sichern. Oder will er ein Kolonialreich erobert wissen, das ausreichte zu der von ihm geforderten Sicherung? Hinter seinem Programm verbirgt sich entweder ein ungeheuerlicher Welteroberungsplan, der den Krieg ins Endlose ausdehnen müßte, oder, was das wahrscheinlichste, bloße Gedankenlosigkeit.

Aber leider keine harmlose Gedankenlosigkeit, sondern eine, die das Proletariat geneigt macht, sich imperialistischen Gedankengängen hinzugeben — denselben, die den letzten Grund des Weltkrieges bilden.

Geht die Welt mit dem gleichen imperialistischen Streben aus dem Kriege heraus, mit dem sie in ihn hineinging, dann bietet es uns nur eine Sicherheit: nicht die des Rohstoffbezugs, sondern die eines neuen Krieges. Dann wird die Uebergangswirtschaft nicht den Uebergang vom Krieg zu dauerndem Frieden zu bewerkstelligen haben, sondern nur die Vorbereitung eines neuen Krieges, der der Industrie Europas den Garaus macht. Das ist das Interesse, das die Industriearbeiter an dieser Politik haben.

Cunow wird freilich erwidern, er predige hier den Wirtschaftskrieg nur als Verteidigungskrieg gegen England. Er behauptete in seinem Bericht:

„Es kann heute als sicher gelten, daß mit dem formellen Friedensschluß der Wirtschaftskrieg mit England und seinen Kolonien nicht aufhören wird, vielleicht auch nicht mit den Vereinigten Staaten und mit Frankreich." (S. 161.)

Diesen Wirtschaftskrieg sieht er kommen, weil in England die Idee propagiert wird, alle Teile des britischen Reiches in einem Zollverband zusammenzuschließen, in dem England Vorzugszölle vor anderen Staaten besitzen solle.

Cunow vergißt, daß solche Pläne erst ernsthaften Charakter annahmen, nachdem in Deutschland und Oesterreich unter Mitwirkung Cunows und seiner Freunde die Idee des mitteleuropäischen Zollverbandes aufgetaucht war, der nicht die verschiedenen Teile eines Reiches, sondern verschiedene Reiche zusammenfassen soll. Und der erste Friedensvertrag, in dem jetzt ein derartiger Zollverband vorgesehen wird, ist nicht von England, sondern von Deutschland und Oesterreich abgeschlossen worden. Es ist der mit der Ukraine.

Cunow sieht mit Recht eine Gefahr für Deutschlands Industrie in dem geplanten großenglischen Zollverband. Aber gerade das war einer der Gründe, aus denen wir seine mitteleuropäische Agitation bekämpften, weil sie die Wirkung haben mußte, in England eine entsprechende Agitation für das Gegenstück hervorzurufen.

Die größte Gefahr hüben wie drüben sehen wir nun nicht darin, daß die Zollbundspläne verwirklicht werden. Hier wie dort haben sie zu viele Widerstände zu überwinden, außen und innen. Ein großenglischer Zollbund würde ja nicht die Industrie Deutschlands allein treffen, sondern ebenso sehr, vielleicht noch mehr, die Frankreichs und der Vereinigten Staaten.

Die Gefahr ist nicht groß, daß einer der geplanten Zollbünde verwirklicht wird. Aber das bloße Streben nach ihm bedeutet schon eine Gefahr, da es sehr stark dem entgegenwirkt, was nach dem Kriege, selbst von rein geschäftlichem Standpunkt aus, am unerläßlichsten sein wird: dem Abflauen der Gefühle des gegenseitigen Hasses, die durch die Kriegführung zur Siedehitze gesteigert wurden.

Cunow steht auch hier auf dem entgegengesetzten Standpunkte. Er selbst hat bisher sein möglichstes getan, diese Gefühle noch weiter zu entflammen, und seine Politik ist nicht geleitet von dem Bedürfnis, die nationalen Gegensätze zu mildern, sondern von der Ueberzeugung, sie würden und müßten nach dem Kriege unvermindert fortdauern. Als das wichtigste Moment, das Mitteleuropa und die Kolonialpolitik notwendig machen soll, erscheint ihm folgendes:

„Die feindliche Erregung der Handels- und Industriekreise (in Großbritannien und dessen Kolonien) ist mehr und mehr gestiegen, in Australien und Britisch-Nordamerika fast noch mehr als in England selbst." (S. 161.)

Sie ist nicht nur dort gestiegen, sondern auch in den Vereinigten Staaten, in Frankreich, in Italien und Rußland. Die Tatsache ist nicht zu leugnen.

Der Unterschied zwischen Cunow und uns liegt bloß darin, daß ihm diese Tatsache als eine unabänderliche erscheint, auf die er seine ganze Politik begründet, während wir von der Tatsache der Solidarität der arbeitenden Klassen aller Nationen ausgehen und von dieser Basis aus eine Politik fordern, die jene „feindliche Erregung“ zu überwinden geeignet ist.

Es gibt keinen verhängnisvolleren Irrtum als den, zu meinen, der nationale Haß, den ein Krieg entzündet hat, sei unauslöschlich. Die Geschichte weist Hunderte von Belegen dafür auf, daß die Feindschaften eines Krieges oft schon bald nach ihm in ihr Gegenteil umschlagen, allerdings ebenso viele Bündnisse. So erst in jüngster Zeit Bulgarien, das zuerst im Bunde mit Serbien die Türkei bekämpfte, um kurz darauf im Bunde mit der Türkei gegen Serbien zu Felde zu ziehen. Und Rußland, Japans Gegner 1905, wurde wenige Jahre später sein Verbündeter. Die Buren, Englands geschworene Feinde zu Beginn des Jahrhunderts, kämpfen heute für England gegen Deutschland usw. usw.

Es wäre abgeschmackt, zu meinen, Deutschland sei von Natur aus dazu verurteilt, alle Welt zu Feinden zu haben, und keinerlei Politik vermöge etwas daran zu ändern. Richtig ist nur, daß die Politik, zu deren Vertretern Cunow gehört, die feindliche Erregung unvermeidlich macht, von der er spricht. Die Rettung der Völker erheischt es aufs dringendste, diese Politik über den Haufen zu werfen.

Wie weit das gelingt, das wird abhängen von der Kraft, die der internationale und sozialistische Teil des Proletariats gegenüber den Imperialisten und ihren Mamelucken aufzubringen vermag.

Auch das ist eine der Aufgaben der Uebergangswirtschaft.



VII. Das Geld.

1. Die Anfänge des Geldes.

Wir haben bisher die Probleme der Uebergangswirtschaft überwiegend nach der stofflichen Seite hin betrachtet. Die Probleme, die daraus erstehen, daß im Kriege der stoffliche Reichtum der Gesellschaft durch Vernichtung und Einengung der Produktion wie des Verkehrswesens eine ungeheure Verminderung erlitten hat.

Soweit diese Probleme rein stofflicher Natur sind, würden sie, unter Voraussetzung der gleichen Ausdehnung und Technik des Krieges, in allen Produktionsweisen die gleichen bleiben.

Sie erhalten aber in der Warenproduktion eine eigenartige Verdoppelung und Komplizierung durch das Geld. Innerhalb der Warenproduktion bedeutet jede Veränderung des Stoffes im Produktionsprozeß, von der ersten Aneignung von Rohstoff in der Natur an bis zur endgültigen Aneignung des fertigen Produkts durch den Konsumenten, nicht nur eine Orts- oder Formveränderung, sondern auch eine Geldtransaktion. Die ganzen Bewegungen und Veränderungen des stofflichen Reichtums spiegeln sich so in den Bewegungen und Veränderungen von Geldsummen, allerdings oft in sehr verzerrter Form. Alle stofflichen Fragen des Wirtschaftslebens erscheinen nun gleichzeitig als Geldfragen.

Aber das Geld ist innerhalb der Warenproduktion nicht bloß der Spiegel der Wirtschaft, sondern auch ein Mechanismus, der unentbehrlich ist, um sie im Gang zu halten.

Wie vieles andere, ist durch den Weltkrieg auch dieser eigenartige Mechanismus gründlich in Unordnung geraten. Ihn wieder in Ordnung zu bringen, ist ebenso wichtig wie die Herstellung von Transportmitteln, von Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen. Wir müssen daher diese Frage noch erörtern, ehe wir unsere Untersuchung der Probleme der Uebergangswirtschaft abschließen.

Sie bildet unter ihnen das schwierigste und komplizierteste, da es sich hierbei vielfach nur um Spiegelbilder handelt, um Abstraktionen, die nicht so handgreiflich sind wie ein Schiff, eine Lokomotive, ein Ackerfeld, eine Fabrik.

Wir müssen daher, ehe wir an die Geldfragen der Uebergangswirtschaft herantreten, eine kurze theoretische Einleitung über das Geld

geben, wobei wir jedoch nicht alle seine Seiten betrachten werden — das würde zu weit führen —, sondern nur jene, die für unsere nächsten Zwecke hier in Frage kommen.

Als die populärste Form, ökonomische Begriffe zu entwickeln, darf man die Darstellung ihres historischen Werdegangs ansehen. Sie sei auch hier gewählt. Das heißt, jede der Erscheinungen, die wir behandeln, wird in ihrem Entstehen untersucht. Keineswegs aber soll die Aufeinanderfolge, in der die einzelnen Erscheinungen erörtert werden, stets der Aufeinanderfolge entsprechen, in der sie aufkommen. Das würde die Darlegung mitunter erschweren, nicht fördern, da Zusammengehöriges auseinandergerissen würde. So werde ich z. B. das Papiergeld im Zusammenhang mit der Münze, vor dem Wechsel, behandeln, obwohl es später als dieser auftritt.

Wir gehen von dem Unterschied zwischen der ursprünglichen Produktion für Befriedigung des Selbstgebrauchs ohne Geld und der Warenproduktion mit Geld aus. Dieser Unterschied ist schon oft dargelegt worden und dürfte als allgemein bekannt gelten. Nur kurz sei also darauf hingewiesen, daß die Menschen viele Tausende, wahrscheinlich Hunderttausende von Jahren lang in kleinen Gemeinschaften lebten, von denen jede selbst alles produzierte, was ihre Mitglieder brauchten. Diese Produktionsweise erhielt sich fort, auch nachdem Klassenunterschiede aufgetaucht waren. Die Knechte und Tributpflichtigen befriedigten die Bedürfnisse ihrer Herren, ebenso wie die eigenen, durch direkte Leistung von Arbeit oder Lieferung von Produkten.

Die Entwicklung der Produktivkräfte durch Arbeitsteilung konnte im Rahmen der primitiven kleinen Gemeinschaften nicht weit getrieben werden. Ein neuer Weg wurde dieser Entwicklung gebahnt, als verschiedene Gemeinwesen, die Verschiedenes produzierten, miteinander in Beziehung traten und ihre verschiedenen Produkte miteinander austauschten. Damit wurde die Produktion von W a r e n angebahnt, das heißt, von Gütern, die von Menschen einer Gemeinschaft oder einer Betriebsstätte erzeugt werden, nicht zu dem Zwecke, um sie selbst zu verbrauchen, sondern um sie gegen Güter umzutauschen, die jene Menschen brauchen, aber nicht selbst erzeugen. Bei voll entwickelter Warenproduktion produziert jeder das, was er nicht braucht.

Je größer der Kreis von Arbeitern, die füreinander arbeiten, desto weiter kann die Arbeitsteilung mit ihren wirtschaftlichen Vorteilen getrieben werden. Die Entwicklung des Warenaustausches erlaubte es, diesen Kreis über den Umfang und das Gebiet des einzelnen Gemeinwesens hinaus soweit auszudehnen, als das Gebiet des Austauschverkehrs reicht.

Diese Ausdehnung war jedoch nicht so einfach. Wenn Produzenten verschiedener Waren auf einem Austauschplatz, einem Markt, zusammenkamen, um ihre Waren auszutauschen, so setzte das Gelingen dieser Operation voraus, daß der einzelne nicht nur fand, was er suchte, sondern daß der Besitzer des Gesuchten auch gerade nach jener Ware verlangte, die der erstere auf den Markt brachte.

Nehmen wir an, ein Schreiner kam mit seinem Tisch auf den Markt. Er brauchte Leinwand. Der Leineweber findet sich auch dort ein, aber der hat schon einen Tisch. Was er verlangt, ist Mehl, um seinen hungrigen Kindern eine tüchtige Mahlzeit auf dem Tisch vorzusetzen. Nun trifft auch ein Müller mit einem Sack Mehl ein, aber er ist eine durstige Seele. Er schiebt die ihm angebotene Leinwand beiseite und ruft nach Wein. Verlockend stehen vor ihm zwei Fässer Wein. Doch der Winzer hat sichs in den Kopf gesetzt, einen Tisch zu erwerben, nicht Mehl. Der Tisch ist aber nur gegen Leinwand zu haben.

So kann keiner der Austausche zustande kommen, alle Warenbesitzer müssen mit ihren Produkten unverrichteter Sache wieder heimwärts ziehn. Es ist ein seltener Zufall, wenn gerade zwei solche Austauschende zusammenkommen, von denen jeder nach dem Produkt des anderen verlangt.

In der Tat ist der Anfang der Tauschwirtschaft nur in der Weise möglich, daß jeder Betrieb im wesentlichen alles selbst erzeugt, was er braucht und nur Ueberschüssiges oder Ueberflüssiges austauscht, so daß seine Existenz vom Zustandekommen des Tausches nicht abhängt.

In diesem Uebergangszustand von reiner Verbrauchswirtschaft zu reiner Warenproduktion befindet sich der größte Teil der Menschheit schon bei Beginn der historischen Zeit, und er hat sich darin vielfach selbst bei den Kulturvölkern bis in unsere Tage erhalten. In den Landstädten betreibt heute noch der Handwerker Landwirtschaft, und heute noch produziert der Bauer in rückständigen Gegenden den größten Teil der Industrieprodukte selbst, die er braucht.

In seinen Anfängen wird der Austausch etwas Gelegentliches und Zufälliges gewesen sein. Sobald er anfing, sich regelmäßig zu wiederholen und an Umfang zu wachsen, kam es leicht dazu, daß bestimmte Waren mehr begehrt wurden, leichter in Austausch genommen wurden, als andere.

Sobald eine Ware diese Stellung bekommen hatte, lag es nahe, daß Warenbesitzer, die für ihre Ware keine andere auf dem Markte eintauschen konnten, die sie brauchten, es vorzogen, ihre eigene schwerer abzusetzende Ware gegen die leichter austauschbare umzutauschen, als ohne jeden Tausch vom Markte zu gehen. Für die leichter austauschbare Ware konnten sie eher das Gut zu erlangen hoffen, nach dem sie begehrten, als für das eigene Produkt.

Ein Beispiel macht das klar. Nehmen wir den oben vorgeführten Fall des Schreiners, Webers, Müllers, Winzers, die alle ihre Ware nicht loswerden. Jetzt trete noch ein Warenbesitzer auf, der Besitzer einer Kuh. Rindvieh sei zu einer Ware geworden, für die jeder am ehesten Verwendung hat, die am ehesten in Austausch genommen wird.

Der Besitzer der Kuh hält Umschau unter den Waren auf dem Markt. Er braucht einen Tisch, bietet daher seine Kuh für den Tisch an. Der Schreiner braucht keine Kuh, er hat drei auf der Weide. Aber er weiß, die Kuh wird er leicht wieder los, so gibt er den Tisch lieber für sie hin, als daß er ihn nach Hause trägt.

Im Besitz der Kuh wendet er sich an den Weber, dessen Leinwand er begehrt. Der Weber braucht die Kuh ebensowenig wie den Tisch, was er will, ist Mehl. Da aber der Müller keine Leinwand braucht, nimmt der Weber das Angebot des Tischlers an, und akzeptiert dessen Kuh für seine Leinwand. Der Tischler hat nun seinen Tisch abgesetzt und die ersehnte Leinwand bekommen, er verschwindet vom Markt.

Die gleiche Transaktion vermittelst der Kuh vollzieht sich nun zwischen Weber und Müller und schließlich zwischen Müller und Winzer. Sie bekommen nun alle was sie brauchen, was früher unmöglich gewesen wäre. Die Kuh aber wird ihren Herrn so lange wechseln, bis sich schließlich jemand findet, der sie wirklich als Milchvieh braucht und behält. Für die anderen besaß sie bloß den Gebrauchswert, ihren Tauschverkehr zu vermitteln. Dieser Gebrauchswert ist ein neuer, geht nicht aus ihren natürlichen Eigenschaften, sondern aus ihrer Rolle auf dem Markte hervor. Durch diese Rolle als allgemeines Tauschmittel wurde sie zu G e l d.

Durch das Geld werden Austauschoperationen möglich gemacht, die sonst unmöglich wären. Nur wo sich das Geld eingebürgert hat, bekommt der Warenabsatz eine Schnelligkeit und Sicherheit, die es erlaubt, daß der einzelne sich ausschließlich der Produktion seiner Spezialität widmet, also die Arbeitsteilung soweit wie möglich getrieben wird.

Doch die Medaille hat auch ihre Kehrseite. Wo durch den Gebrauch des Geldes die Warenproduktion voll entwickelt und an Stelle der Produktion für den Selbstgebrauch getreten ist, hängt der einzelne Warenbesitzer vollständig davon ab, daß er einen Geldbesitzer findet, der ihm seine Ware abnimmt, Es mag noch soviel produziert sein, ohne Geld findet das Produkt nicht den Weg vom Produzenten zum Konsumenten.

Das Geld ist das unentbehrliche Mittel der Warenzirkulation, ihres Wanderns aus den Händen derjenigen, die die Waren produziert haben und nicht brauchen, in die Hände derjenigen, die die Waren brauchen und nicht produziert haben.

Gleichzeitig entwickelt es noch eine andere Eigenschaft. Erinnern wir uns des obigen Beispiels vor dem Auftreten des Geldes. Der Schreiner verlangt nach Leinwand, der Weber nach Mehl, der Müller nach Wein usw. Wo es zu einem direkten Austausch kommt, ist es ein Austausch ungleicher Gebrauchswerte. Die Ungleichheit der Gebrauchswerte ist das Motiv des Tausches.

Nun kommt das Geld auf, als dessen Repräsentanten wir zunächst — vor dem Aufkommen des Metallgeldes — eine Kuh vorgeführt haben. Alle die verschiedenen Gebrauchswerte werden jetzt mit einem und demselben Gut getauscht, das für keinen der Tauschenden außerhalb des Tauschverkehrs einen Gebrauchswert hat. Die Kuh als Geld kommt nur noch in Betracht als eine neue Form von Wert — dem T a u s c h w e r t. Alle die verschiedenen Gebrauchswerte tauschen sich nun gegen den gleichen Tauschwert — 1 Tisch, 10 Meter Leinwand, 50 Kilogramm Mehl, 100 Liter Wein sind jedes gleich 1 Kuh. An der Kuh als Geld

interessiert nur, welche Mengen von jedem der verschiedenen Produkte gegen sie ausgetauscht werden. Indem das Geld diese Mengen anzeigt, wird es zum Messer der Warenwerte.

Diese werden bestimmt durch die zu ihrer Produktion und Reproduktion gesellschaftlich notwendigen Arbeitsmengen. Der Austausch gleicher Werte ist nichts als der Austausch von Produkten gleichen Arbeitsaufwands.

Schon in der Wirtschaft der Bedarfsdeckung finden wir das Streben Gleicher und Freier, die miteinander und füreinander arbeiten, nach Gleichheit der Arbeitsleistung und Gleichheit des Anteils am gemeinsamen Produkt. An diesem Streben ändert sich nichts, wenn an Stelle der gemeinsamen Arbeit in gemeinsamer Wirtschaft das Füreinanderarbeiten in verschiedenen getrennten Privatwirtschaften tritt. Es wird eher noch verstärkt, weil an Stelle der Kameradschaftlichkeit die Fremdheit der Produzenten tritt. Keiner will dem anderen mehr Arbeit leisten, als der andere ihm leistet.

Dies Streben wird freilich den Beteiligten nicht bewußt, da sie ja nicht direkt füreinander arbeiten, sondern Produkte miteinander tauschen. Es erhält eine eigenartige Aeußerungsform, sobald nicht Gebrauchswerte gegen Gebrauchswerte anderer Art getauscht, sondern die verschiedensten Gebrauchswerte alle an demselben Tauschwert gemessen werden.

Wer jetzt seine Ware über ihrem Arbeitswert verkauft, erhält für das Produkt seiner Arbeit das Produkt von mehr Arbeit, mehr Geld, als derjenige, der sie zu ihrem Wert oder gar unter ihm verkauft.

Dieser Prozeß kann sich nicht wiederholen, ohne daß der eine an Geld reicher wird wie der andere. Sind die Warenproduzenten Freie und Gleiche und geht die Warenproduktion ohne hemmende Bestimmungen vor sich, dann wird die Folge sein, daß sich dem Produktionszweig, in dem das Ergebnis gleicher Arbeit mehr Geld erlöst, die Produzenten lieber zuwenden, als demjenigen, dessen Arbeit weniger einbringt.

Das Angebot der über ihrem Wert bezahlten Waren wird steigen und den Preis herabdrücken, das Angebot der unter ihrem Wert bezahlten wird sinken und damit ihren Preis steigern. So setzt sich im Wechsel von Angebot und Nachfrage und damit im Schwanken der Preise das Wertgesetz durch.

Das gilt für die einfache Warenproduktion, in der der Produzent, der die Ware auf den Markt bringt, und der Arbeiter die gleiche Person ist. Die Sache ändert sich etwas, sobald kapitalistisch produziert wird, der Produzent nicht selbst die Produkte schafft, sondern bezahlte Lohnarbeiter dazu beschäftigt. Es ist nicht mehr das Produkt eigener Arbeit, was der Produzent auf den Markt bringt, sondern das Produkt der Arbeit anderer, deren Arbeitskraft er gekauft hat, ebenso wie die Produktionsmittel. Er rechnet nicht mehr die aufgewendete Arbeit, sondern das aufgewendete Geld, die Produktionskosten. Auch er strebt nach Gleichheit des Ertrags, wie der Arbeiter der einfachen Warenproduktion, aber nicht nach Gleichheit des Ertrags der Arbeit, sondern nach Gleichheit des Ertrags des Geldaufwands, das heißt, nach Gleichheit der Profitrate.

Dadurch wird das Wertgesetz etwas abgeändert, aber keineswegs aufgehoben. Wohl können jetzt nicht nur, sondern müssen sogar die Marktwerte mancher Produktionszweige über ihrem Arbeitswert stehen, nicht bloß vorübergehend, sondern dauernd, doch können sie es nur in dem Maße, in dem andere dauernd darunter stehen. Die Masse von Arbeit und damit von Arbeitswerten, über die die Gesellschaft verfügt, ist gegeben, und die Masse von Marktwerten muß in ihrer Gesamtheit damit übereinstimmen. Der Arbeitswert bleibt der Ausgangspunkt und die Achse, um die sich das ganze System des Warenaustausches dreht. Damit ist auch die Masse der Mehrwerte und der Profite sowie die Höhe der Profitrate und der durch sie bedingten Abweichungen des Marktwerts vom Arbeitswert gegeben.

Doch niemals tritt der Arbeitswert direkt zutage. Der Wert der Ware auf dem Markte wird nicht gemessen an der Menge Arbeit, die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendig war, sondern an der Menge der Geldware, die den gleichen Arbeitsaufwand erheischt hat. Diese Menge Geld ist ihr Preis.

Wie jedes Ergebnis bewußter menschlicher Tätigkeit früher im Kopfe des Menschen vorhanden sein muß, als Ziel oder Absicht, ehe es zu praktischer Wirklichkeit wird, so muß auch der Wert der Ware in Geld gemessen, ihr Preis im Kopfe des Produzenten festgesetzt sein, ehe er sie verkauft. Die Zirkulation der Waren ist unmöglich ohne ihre vorherige Wertmessung. Diese Funktion des Geldes ist für den Fortgang der Warenproduktion ebenso unerläßlich und wichtig, wie die Zirkulation selbst. Ja, als Zirkulationsmittel ist die Geldware eher entbehrlich wie als Wertmesser.

Die alten Aegypter z. B. gebrauchten im 3. Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung schon Kupfer und Gold (nicht Silber) als Geldware und allgemeinen Wertmesser der Waren. Aber die in Geld ihrem Werte nach gemessenen Waren wurden meist in natura gegeneinander ausgetauscht.

So wurde bei einer dieser Tauschhandlungen z. B. ein Stier getauscht. Sein Wert wurde festgesetzt auf 119 Kupferutnu (14,4 Kilogramm Kupfer). Für ihn wurden gegeben eine Matte, die auf 25 Utnu angesetzt wurde, 5 Maß Honig zu 4 Utnu, 8 Maß Oel zu 10 Utnu und noch sieben andere Dinge für den Rest.

Hier fungiert das Kupfer nur als Wertmaß. Es hätte als Zirkulationsmittel fungiert, wenn der Besitzer des Stieres für ihn 119 Kupferutnu ausbezahlt bekommen und für diese dann die Matte und die übrigen Gegenstände gekauft hätte.

Daß es im alten Aegypten mehr als Wertmaß wie als Zirkulationsmittel fungierte, rührte wohl daher, daß das Kupfer als Gebrauchsgegenstand zu sehr gesucht war. Gerade dieser Umstand machte es sehr geeignet zur Geldware, hinderte aber, solange seine Produktion nicht sehr ausgedehnt war, seine Anwendung als Zirkulationsmittel, denn solange es als solches umlief, war es natürlich industriell nicht verwendbar.

Sogar bei den edlen Metallen scheint bis ins vorige Jahrhundert noch die Anwendung als Geld hinter der als Gegenstand des Verbrauchs zurückzustehen. Marx zitiert eine Berechnung Jacobs aus dem Jahre 1831, nach der in England von den dort vorhandenen edlen Metallen ein Drittel Geldform, zwei Drittel die Form von Luxuswaren besaßen.

„In ganz Europa und Amerika aber existierte ein Viertel mehr edles Metall in Luxusgegenständen als in Geld." (Zur Kritik der politischen Oekonomie. 2. Aufl. S. 135.)

Bei dem eigentlichen Geldmetall von heute, dem Gold, überwiegt jetzt allerdings die Neumünzung über die industrielle Anwendung. Es wurden 1911 in der Welt

	Münzen geprägt für	industriell verarbeitet (nach Schätzung)
Gold	372 Millionen Dollars	166 Millionen Dollars
Silber	117 Millionen Unzen	142 Millionen Unzen

Bei den Erörterungen der Geldfragen wird meist zu wenig beachtet, daß der Stoff, der das Geld liefert, nicht bloß als solches, sondern auch als Gebrauchswert und Ware Verwendung findet, auf dem Markte nicht bloß als Geld, sondern auch als Ware erscheint und bald die eine, bald die andere Form ohne jede Wertveränderung annehmen kann.

Nicht minder häufig wird aber die Rolle des Geldes als Wertmesser übersehen, eine Rolle, die es nur spielen kann, weil es als Ware einen bestimmten Arbeitswert darstellt. Man betrachtet es meist nur als Zirkulationsmittel. Dadurch kommt man leicht zu ganz falschen Ergebnissen, da das Geld als Wertmesser keineswegs denselben Gesetzen folgt, wie als Zirkulationsmittel.

Schon dadurch unterscheiden sich beide, daß das Geld, wenn es als Wertmesser dient, bloß in der Vorstellung vorhanden sein muß. Dagegen muß das Geld, das einen Kauf bewirkt, wirklich vorhanden sein.

Anderseits aber, wenn das Geld beim Wertmessen nur vorgestelltes Geld ist, so muß dies doch die wirkliche, reelle Geldware sein, die durch keine andere zu ersetzen ist. Dagegen läßt sich das Geld, das beim Kauf in seiner Leiblichkeit fungieren muß, durch Surrogate ersetzen, die an seiner Stelle den Stellenwechsel des Geldes aus der Hand des Käufers in die des Verkäufers vollziehen.

Der Schuster kann den Preis eines Paares Stiefel, das er fertiggemacht hat, festsetzen, etwa auf vierzig Mark, ohne daß vierzig Mark oder auch nur eine Mark in seinem Besitz oder irgendwie sichtbar sind. Aber er könnte ihn nicht festsetzen, wenn nicht der Wert des Goldes ebenso feststünde wie der der Stiefel, so daß der letztere als eine bestimmte Menge Gold — so viel als in zwei Zwanzig-Mark-Stücken steckt — ausgedrückt werden könnte.

Für das Geld als Wertmesser gibt es keine wertlosen oder unterwertigen Surrogate.

Anders steht es dagegen mit dem Geld als Zirkulationsmittel.

2. Die Münze.

Es hängt ganz von den Produktions- und Verkehrsverhältnissen eines Landes ab, welche Waren bei seinen Austäuschen so in den Vordergrund treten, so allgemeine Bevorzugung erlangen, daß sie dazu gelangen, als allgemeines Tauschmittel, als Geld zu fungieren. Die verschiedensten Waren wurden zu Geld, Vieh, Sklaven, Pelzwerk, Salz, Kakaobohnen usw.

Schließlich setzen sich jedoch überall die edlen Metalle neben Kupfer als Geldstoff durch, dank ihren natürlichen Eigenschaften.

Schon ihre Unveränderlichkeit macht sie dazu geeignet, als Geld zu fungieren. Die Ware wird gekauft, um verbraucht zu werden, in ihrer überkommenen Form zu verschwinden. Sie fällt aus der Zirkulation heraus. Das Geld dagegen bleibt in ihr. Es geht aus einer Hand in die andere, wird in keiner verbraucht, sondern zu einem neuen Ankauf benutzt, soll für jeden nachfolgenden Verkäufer und Käufer den gleichen Wert repräsentieren, wie für die vorhergehenden. Vieh und Sklaven aber können erkranken oder gar sterben, Pelzwerk wird zwar nicht vom Rost, aber von Motten bedroht, Kakaobohnen haben auch nicht ewige Haltbarkeit usw. Gold und Silber bleiben sich dagegen stets gleich und Kupfer ist wenigstens in der trockenen Luft unveränderlich, die in den Ursitzen der Kultur, Aegypten und Babylonien, herrschte.

Dabei kommen unter den einzelnen Stücken keine Unterschiede der Qualität, also des Gebrauchswerts, vor, die bei den anderen Waren, die als Geld fungierten, oft sehr bedeutend waren. Die einzelnen Stücke unterscheiden sich nur durch ihre Quantitäten, also ihr Gewicht, und sind so besonders geeignet zur Verkörperung des vom Gebrauchswert verschiedenen Tauschwerts, der nur die quantitativen Verschiedenheiten der Warenwerte zur Erscheinung bringt.

Dabei sind die genannten Metalle ziemlich weich, ohne zu große Mühe teilbar, und zwar in beliebige Unterabteilungen. Durch keine dieser Teilungen verlieren sie den Gebrauchswert, den sie neben ihrer Geldfunktion haben, sie können ebenso leicht aus Geld in Ware, wie aus Ware in Geld verwandelt werden.

Ihr Gebrauchswert und damit ihr Warenwert bleibt ihnen erhalten, auch wenn sie noch so sehr geteilt werden. Diese Teilungsfähigkeit ist aber unerläßlich, angesichts der großen Verschiedenheiten der Werte, die auf den Markt kommen und dort zirkulieren. Wenn ich einen Goldbarren besitze, der ein Pfund schwer ist, und ich eine Ware erstehen will, deren Wert nur gleich dem eines Zehntel Pfundes Gold ist, so macht es keine Schwierigkeit, von dem Goldklumpen ein Stück abzuteilen, das ein Zehntel seines Gewichts ausmacht. Wie aber sollte man ein Zehntel eines Rindviehs oder eines Sklaven oder auch eines Pelzwerks abgeben?

Ferner sprach für die Anwendung der edlen Metalle als Geld ihre leichte Transportierbarkeit. Sie sind von hohem Werte und waren es früher noch mehr als jetzt. Ungemein viel Arbeit steckt in einem kleinen Gewicht edlen Metalls. In wenigen Pfunden und auf kleinem Raum

konnte man mit Gold- und Silberstücken große Wertsummen transportieren. Man hatte nicht zu fürchten, daß sie beim Transport litten. Das machte die edlen Metalle besonders geeignet für die Zwecke des Warenhandels, der von seinen Anfängen an international war und bereits frühzeitig weite Länderstrecken miteinander verband.

Zu alledem gesellt sich endlich noch der Umstand, daß der Wert der genannten Metalle, namentlich der Edelmetalle, sich nur wenig und langsam ändert. Wohl wird der Wert jeder Ware nicht bestimmt durch die Arbeitszeit, die tatsächlich zu ihrer Herstellung aufgewandt wurde, sondern durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die in der Zeit ihrer jeweiligen Wertschätzung zu ihrer Herstellung erforderlich wäre. Wenn die Produktion einer Ware einen Tag Arbeitszeit kostete und durch eine Erfindung bewirkt wird, daß sie in einem halben Tage erzeugt werden kann, wird der Wert der früher produzierten Stücke auf die Hälfte gesunken sein, wenn sie erst auf den Markt kommen, nachdem diese Erfindung allgemein geworden ist.

Der Einfluß des Wechsels der Produktionsbedingungen auf den Wert macht sich aber nicht immer gleich rasch bemerkbar. Er wird sich am schnellsten geltend machen bei jenen Waren, die am schnellsten konsumiert werden, von denen sich keine großen Vorräte jahrelang aufbewahren lassen, bei denen der größte Teil immer wieder von neuem zu produzieren ist. Also z. B. bei Getreide. Dessen Wert schwankt erheblich, je nach dem Ausfall der Ernten, der bewirkt, daß dieselbe Menge Landarbeit einmal in viel und einmal in wenig Getreide verkörpert ist.

Je größer die Masse der Vorräte, je kleiner die Hinzufügung neuer Waren, die durch die neue Produktion geliefert werden, desto langsamer werden Aenderungen der Produktionsbedingungen den Marktwert ändern.

Von wenigen produzierten Stoffen sind aber die alten Vorräte im Vergleich zur Neuproduktion größer als die der edlen Metalle, dank dem hohen Grade ihrer Unzerstörbarkeit. Ihre jährliche Vernichtung durch chemische Prozesse und Abnützung ist äußerst geringfügig, um so geringfügiger, als man die aus edlen Metallen hergestellten Gegenstände ihres hohen Wertes halber meist äußerst schonend behandelt. Lexis berechnete den jährlichen Verschleiß von Gold auf etwa zwei Tausendstel des Vorrats. Den Gesamtbetrag des vorhandenen Goldes für 1900 berechnete er auf 35,5 Milliarden Mark, der der damaligen Jahresproduktion umfaßte 1 Milliarde Mark, also keine 3 Prozent des Vorrats. Seitdem ist der Vorrat auf mehr als 50 Milliarden, die Jahresproduktion auf fast 2 Milliarden gestiegen, also auf 4 Prozent. Für das Jahr 1550 schätzt Lexis den Goldvorrat auf 1700 Millionen, die damalige Jahresproduktion wird auf rund 20 Millionen veranschlagt, also etwas über 1 Prozent. Trotz des enormen Anwachsens des Goldvorrats ist daher der relative Zuwachs der jährlichen Neuproduktion gestiegen. Die Goldmengen, die Europa zuflossen, betrugen allerdings im 16. und 17. Jahrhundert weit mehr als den Betrag der Neuproduktion, da gleichzeitig große Goldmassen,

die seit Jahrtausenden in Amerika und Indien aufgestapelt worden, von Europäern geraubt und in ihre Heimat geschleppt wurden.

Die großen Veränderungen in den Produktionsbedingungen des Goldes, die uns die Ziffern der Neuproduktion anzeigen, sind natürlich nicht ohne Einwirkung auf den Goldwert geblieben. Er ist seit dem 16. Jahrhundert gewaltig gesunken. Immerhin dürfen wir bei dem relativ geringen Zuwachs, den der Goldvorrat jährlich durch Neuproduktion erfährt, annehmen, daß sich beim Golde die Veränderungen der Produktionsbedingungen im Marktwert auch jetzt noch weniger rasch geltend machen, als bei anderen Waren, und daß das namentlich in früheren Jahrhunderten in hohem Maße zutraf.

Der Marktwert der Edelmetalle unterliegt weniger raschen jährlichen Schwankungen, als etwa der des Getreides. Anderseits wieder ist der Durchschnittswert des Getreides seit dem Mittelalter weniger gesunken als der der Edelmetalle. Die Produktivität der Arbeit ist im Landbau nicht so rasch gestiegen wie im Bergbau.

So konstatierte schon Adam Smith, daß der Wert des Getreides von Jahr zu Jahr mehr schwankt als wie der des Goldes und Silbers, aber im Laufe der Jahrhunderte sich weniger ändert:

„Der Wert des Silbers dagegen ändert sich wohl sehr von Jahrhundert zu Jahrhundert, dagegen wenig von Jahr zu Jahr, er bleibt oft der gleiche oder nahezu der gleiche für ein halbes oder ein ganzes Jahrhundert." (Wealth of Nations, I, 5. Kap.)

„Der Preis dieser Metalle (Gold und Silber) ist zwar nicht von allen Veränderungen ausgeschlossen, aber die Aenderungen, denen er unterworfen ist, sind langsam, allmählich und gleichförmig ... Um einen plötzlichen Wechsel im Preise von Gold und Silber hervorzurufen, wie er in einem fühlbaren und auffallenden Steigen oder Sinken der Geldpreise aller Waren zutage tritt, ist eine solche ökonomische Revolution erforderlich, wie sie durch die Entdeckung Amerikas hervorgebracht wurde." (Wealth of Nations, IV, 1. Kap.)

So kommen Gold und Silber am nächsten dem Ideal der Oekonomen der Warenproduktion, einer im Wert unveränderlichen Geldware als Wertmesser, dessen der Warenaustausch zu seinem ordentlichen Ablauf ebensosehr bedarf, wie unveränderlicher Wagen, Meterstäbe und Hohlmaße. Smith sagt darüber:

„Ein Quantitätsmaß, wie der Fuß des Menschen, eine Armlang, eine Handvoll, das beständig wechselt, kann nie ein genaues Maß für die Mengen anderer Dinge sein. So kann auch eine Ware, deren Wert wechselt, nie ein genaues Maß für den Wert anderer Waren bilden." (Wealth of Nation, I, 5. Kap.)

Neben der Funktion als Wertmesser entstehen im Laufe der ökonomischen Entwicklung noch andere Aufgaben des Geldes — so als Schatz, als Zahlungsmittel — die die Unveränderlichkeit des Geldwertes wünschenswert machen. Wir werden diese Funktionen noch kennen lernen.

So wünschenswert diese Unveränderlichkeit wäre, sie ist beim Geldwert ebensowenig wie bei anderen Dingen unter dem wechselnden Monde zu erreichen. Aber die edlen Metalle kommen ihr am nächsten.

Das gehört auch mit zu den vielen Gründen, die sie schließlich zu den alleinigen Geldstoffen machten.

Die Mengen der Metalle werden gemessen nach dem Gewicht. So wurden auch die Werte in Geld ausgedrückt als bestimmte Gewichtsmengen von Gold, Silber, Kupfer. Zu einem Kaufgeschäft gehörte daher das Abwiegen des Geldmetalls.

Das wurde z. B. auch bei den alten Aegyptern regelmäßig dort vorgenommen, wo kein Naturaltausch stattfand, sondern man es vorzog, das Geldmetall nicht nur als Wertmesser, sondern auch als Kaufmittel fungieren zu lassen.

Kupfer- und Gold-, später auch Silberringe wurden dazu verwendet. Maspero beschreibt den Hergang bei diesem Kaufgeschäft folgendermaßen:

„Man muß sie bei jedem Handel von neuem wiegen lassen. Die dabei beteiligten Parteien nehmen dies zum Anlaß eines herzhaften Zankes; wenn sie eine Viertelstunde lang geschrien haben, daß die Wage nicht recht sei oder die Handhabung falsch, daß man die Wiegung wiederholen müsse, werden sie schließlich, des Kampfes müde, einig und gehen beiderseits befriedigt von dannen. Das Uebel ist schlimmer, wenn die Leute so verschmitzt und so unredlich sind, die Edelmetalle zu fälschen und in die kostbaren Barren so viel Kupfer zu bringen, als sie enthalten können, ohne dadurch verändert zu scheinen. Der Händler, der in gutem Glauben ist, sagen wir, acht Utnu feinen Goldes zu erhalten, und dem man acht Utnu einer Legierung unterschiebt, die ganz wie Gold aussieht, oder in der kaum zwei Drittel Gold enthalten sind, verliert dadurch unwissentlich ein Drittel seiner Ware.

Wäre es nicht die Gefahr vor diesem von jedermann mit Recht gefürchteten Betrug, dann würde der Tausch gegen Metalle (im alten Reich Aegyptens) schon alle anderen Tauschgegenstände vom Markte verdrängt haben. Er wird von dem Tage an allgemein werden, an dem man ein Verfahren entdeckt, welches das Volk des ewigen Wiegens enthebt und ihm die Reinheit der Metallbarren sichert." (G. Maspero, Aegypten und Assyrien, Leipzig 1891, S. 21, 22.)

Dieses Verfahren kam dort auf, wo auf einem Markte eine Autorität, die das Vertrauen der Käufer wie der Verkäufer besaß, einzelne Stücke des Geldmetalls mit ihrem Stempel versah, der bezeugte, daß diese Stücke wohlabgewogen und unverfälscht seien und genau eine bestimmte Metallmenge enthielten. Eine solche Autorität mochte etwa ein am Platze angesehener Handelsherr sein. Die abgestempelten Stücke, die er in Verkehr brachte, wurden natürlich ohne weiteres nur von denen genommen, die ihn kannten, ihm Vertrauen schenkten. Allgemein und dauernd wurden ohne Nachprüfung die gestempelten Metallstücke erst genommen, als sie eine dauernde und allgemein anerkannte Autorität herstellte und in Umlauf brachte: der Staat. Seine Metallstücke wurden um so eher genommen und den ungestempelten vorgezogen, die sie aus der Geldfunktion verdrängten, weil der Staat über die nötige Zwangsgewalt verfügte, jede Fälschung dieser Stücke streng zu bestrafen.

So entstanden die Geldmünzen. Sie sind nichts, als bestimmte Gewichtsteile des Geldmetalls, deren Genauigkeit und Unverfälschtheit der Staat durch seinen Stempel garantiert.

Viele Geldnamen tragen heute noch das Merkmal dieses Ursprungs mit sich: Pfund Sterling, Lire, Livre. Das Wort Mark bedeutet im Mittelalter beides: ein Gewicht — $^1/_2$ Pfund — und die Marke, den

Stempel, der dem Metall aufgeprägt wurde, um sein Gewicht zu beglaubigen.

Heute haben freilich die meisten vergessen, daß der Geldname ein bestimmtes Gewicht Feinmetall bezeichnet.

War die Prägung von Münzen üblich geworden, dann konnte der einzelne sein Geldmetall dadurch in ein ohne weiteres von jedermann genommenes Kaufmittel verwandeln, daß er damit in die staatliche Münzanstalt ging und es dort in Münzen prägen ließ.

Daneben prägte der Staat auch jene Metallmengen zu Münzen, die er selbst zu Käufen oder anderen Zwecken in Umlauf bringen wollte. Heute überwiegt die Prägung für den Staat die Prägung für Private.

Als die ersten staatlichen Münzen betrachtet man diejenigen, die in Kleinasien im 7. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung geprägt wurden, teils von den lydischen Königen, teils von griechischen Stadtrepubliken.

Die Münze ist die erste Erscheinungsform des Geldes an sich. In ihr hat das Geldmetall keinen anderen Gebrauchswert als den, als Zirkulationsmittel zu dienen. Die Metallbarren können noch sowohl als Ware dienen, wie als Geld, als Rohmaterial der Industrie, wie als Zirkulationsmittel. Nicht so die Münze. Will man sie als Rohmaterial verwenden, muß man erst die in ihr steckende Münzarbeit ungeschehen machen, sie einschmelzen. Als Münze ist sie bloßes Geld.

Dazu ist sie gemacht worden durch den Staat und sie wird zu dem Werte genommen, den der Staat anzeigt. So entstand die Auffassung, das Geld sei ein Produkt des Staates und er sei es, der ihm seinen Wert verleihe.

Wie unrichtig das ist, erhellt schon daraus, daß die Münze als Geld nur in dem Bereich des Staates fungiert, der sie geprägt hat und für sie garantiert. Der Warenaustausch beginnt aber zuerst an den Grenzen der Gemeinwesen, der internationale Verkehr bedeutet seit jeher einen wichtigen Teil der gesamten Warenzirkulation. In diesem Verkehr gilt aber die Münze als solche nichts, da wird auch heute noch wie bei den alten Aegyptern das Geldmetall nach dem Gewicht, nicht nach dem Stempel genommen, nicht gezählt, sondern gewogen. Da verliert sich jeder Schein, als sei es der Stempel des Staates, der dem Geld seinen Wert verleihe.

Jedoch innerhalb des Staates wächst dieser Schein durch eine Reihe neuer Funktionen, die das Geld erhält.

3. Das Zahlungsmittel.

Wir sind bisher von einem Zustande ausgegangen, in dem die Ware direkt gegen das Geld ausgetauscht, der Kauf bar bezahlt wird, das Geld als Kaufmittel fungiert.

Aber es ist nicht notwendig, daß der Hingabe der Ware gleich die Hingabe des Geldes folgt. Der Käufer hat vielleicht nicht das Geld

bei der Hand. Er hat es später zu erwarten, braucht aber die Ware sofort. Bei genügendem Vertrauen des Verkäufers zum Käufer kann jener sich mit einem Versprechen, etwa einem schriftlichen, begnügen, in dem die Hingabe des Geldes zu einem späteren Termin zugesichert wird. Das Verhältnis von Verkäufer und Käufer verwandelt sich hier in das des Gläubigers und Schuldners.

Es kann aus einer außergewöhnlichen momentanen Notlage des letzteren entspingen, aber auch normalen Bedingungen der Warenzirkulation. Solche treten dort auf, wo sich zwischen den Produzenten und den Konsumenten als Verkäufer und Käufer der Händler schiebt, was namentlich dann eintritt, wenn Produzent und Konsument weit voneinander getrennt sind. Wenn der Produzent etwa in England die Ware abgibt, erreicht sie nicht sofort den Konsumenten etwa in Indien. Es dauert einige Zeit, ehe sie diesen erreicht und von ihm gegen Geld eingetauscht wird, das wieder die lange Reise zum Produzenten zurückzulegen hat. Dauert die Hin- und Rückreise drei Monate und vermittelt ein Händler die Transaktion, so wird er sie oft nur unter der Bedingung unternehmen können, daß der englische Produzent das Geld für die Ware, die ihm der Händler abkauft, um sie nach Indien zu transportieren und dort zu verkaufen, erst nach drei Monaten einfordert. Das Geld fungiert hier nicht als Mittel des Kaufes, der ja ohne es abgeschlossen wurde, sondern als Mittel der Bezahlung einer Schuld.

Je mehr sich die Warenproduktion entwickelt und allgemein wird, was sie nur in kapitalistischer Form erreicht, desto mehr wachsen die Fälle, in denen das Geld als Zahlungsmittel fungiert, etwa um Mieten oder Pachtzinsen von Gebäuden oder Grundstücken, die man benutzt hat, zu bezahlen. Auch bei der Lohnzahlung fungiert es meist als Zahlungsmittel. Hier wird in der Regel die Ware, die Arbeitskraft des Lohnarbeiters, nicht nur gekauft, sondern auch konsumiert, durch seine Arbeitsleistung, ehe sie bezahlt wird.

Auf den ersten Blick ist die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel nicht wesentlich verschieden von der als Kaufmittel. Das Geld für die Ware muß doch hingegeben werden, nur geschieht es in dem einen Falle später, in dem anderen früher.

Aber dieser Zeitraum kann viel in sich bergen. Der Schuldner kann bankrott werden oder ein Betrüger sein, der durchbrennt.

Doch auch dann, wenn sich alles normal abspielt, hat die spätere Zahlung ein anderes Gesicht, als der Kauf gegen sofortige Barzahlung.

Bei diesem sind beide Teile frei. Natürlich nicht frei von inneren ökonomischen Notwendigkeiten, aber frei von äußerem Zwang. Der Schuster, der Leder kauft, mag dies zur Fristung seiner Existenz dringend notwendig haben. Aber kein Mensch zwingt ihn, es heute zu kaufen und nicht morgen, bei diesem Händler zu kaufen und nicht bei jenem, diese Qualität und nicht jene zu nehmen, jeden geforderten Preis dafür zu bewilligen.

Anders steht es bei der späteren Zahlung. Nun ist in jeder dieser Beziehungen an Stelle der Freiheit der Zwang getreten: der Käufer muß jetzt an einem bestimmten Termin eine bestimmte Summe Geldes an eine bestimmte Person abliefern für eine bestimmte Ware, die er bezogen hat und behalten muß, mag es ihm passen oder nicht.

Diese ökonomische Zwangslage bietet der Zwangsgewalt des Staates reichliche Anlässe einzugreifen, regelnd oder strafend. Und dabei gewinnt er auch neuen Einfluß auf das Geldwesen.

In der Münze übernimmt der Staat zunächst nur die Garantie für ihr Gewicht und ihren Feingehalt. Es steht den Käufern und Verkäufern ganz frei, ob sie die Münze als Kaufmittel entgegennehmen oder ein anderes Tauschmittel an ihrer Stelle gebrauchen wollen. Beim Gebrauch des Geldes dagegen besteht eine Zwangslage. Die benutzt der Staat, um die Anwendung seiner Münzen in seinem Bereich als Zahlungsmittel zu erzwingen. Nur das von ihm anerkannte Geld ist rechtsgültig, der Gläubiger ist verpflichtet, in diesem Gelde zu zahlen; der Schuldner verpflichtet, die Zahlung in diesem Gelde entgegenzunehmen.

Das wird ein neuer Grund zur Unterstützung des Scheines, als ruhe in der Staatsgewalt der Ursprung des Geldes und seines Wertes.

4. Die Scheidemünze.

Der Schein, daß der Staat Geld nach Belieben machen und seinen Wert bestimmen kann, wächst noch, sobald er sein Monopol der Herstellung der Münzen und seine Macht, sie seinen Bürgern als gesetzliches Zahlungsmittel aufzuzwingen, dazu benutzt, um Geld zu fabrizieren, das weit weniger wirklichen Wert enthält, als es anzeigt.

Wir sehen hier ab von den zahlreichen Fällen, in denen die Landesherren direkten Betrug verübten, Münzfälschungen, um auf Kosten ihrer Untertanen ihren Beutel zu füllen, ihnen die von ihnen geschaffenen Werte gegen weniger Wert auszutauschen. Wir behandeln hier nur Methoden, die offen betrieben werden und unter Umständen sogar von ökonomischem Vorteil für das Land sind, ja zur Notwendigkeit werden können.

Es liegt schon von vornherein im Wesen der Münze, daß ihr wirklicher Metallwert nicht ganz dem Wert entspricht, den sie nach ihrem Stempel repräsentiert. Sie ist vollwertig in dem Moment, in dem sie aus der Münze kommt. Damit beginnt aber auch schon ihre Abnutzung. Diese zählt jedoch nicht. Man wiegt sie nicht nach, sondern nimmt sie für das, was sie angibt zu sein und im Moment ihrer Prägung auch war. Natürlich gilt auch das nur innerhalb des Staates. Im internationalen Verkehr wird das Geldmetall gewogen, gelten also abgenützte Münzen weniger als neugeprägte.

Nicht alle Münzen nützen sich in gleichem Maße ab. Die einen liegen still in einer Kasse und verschleißen gar nicht, andere wechseln im

Tage hundertmal die Hände, werden transportiert und geschüttelt und verlieren dabei durch Abreibung viel von ihrer Leiblichkeit. Im inneren Verkehr des Staates gelten jedoch die einen ebensoviel wie die anderen.

Das gilt auch von Münzen verschiedenen Metalls, die in einem festen Verhältnis zueinander stehen.

In den Anfängen der Warenproduktion ist es nicht immer eine Ware, sondern mitunter mehrere, die nebeneinander als Geld, sowohl als Wertmesser, wie als Zirkulations- und Zahlungsmittel fungieren. Aber bei entwickelter Warenproduktion ist es stets nur eine Ware, die als Wertmesser dient, in der der Wert aller anderen Waren gemessen wird. Dienen mehrere Metalle nebeneinander als Geld, so ist nur eines von ihnen das wirkliche Wertmaß.

Das gilt auch von den Münzen. Nehmen wir der Einfachheit wegen an, was freilich für primitive Verhältnisse nicht zutrifft, es herrsche das metrische Gewicht. Dann läge es nahe, wenn die drei Geldmetalle nebeneinander in gleicher Bedeutung bestehen, daß jedes in gleiche Gewichtsmengen geteilt wird, daß etwa die Einheit der Goldmünze 10 Gramm Gold, die der Silbermünze 10 Gramm Silber, die der Kupfermünze 10 Gramm Kupfer enthält. Aber so verfährt man nicht. Es ist immer ein Metall, das die Herrschaft über die anderen erlangt. Man würde daher, wenn Gold dieses Metall ist, das Gewicht der Silbermünze wie der Kupfermünze so wählen, daß es einem Bruchteil der Goldmünze entspricht. Daß also, wenn das Dezimalsystem herrscht, die Silbermünze so schwer gemacht wird, daß sie 1 Gramm Gold, und die Kupfermünze, daß sie $^1/_{10}$ Gramm Gold wert ist.

Beträgt das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber etwa 1 : 13,5, so wird die Silbermünze dann nicht 10 Gramm, sondern 13,5 Gramm schwer geprägt werden. Und beträgt das Wertverhältnis zwischen Gold und Kupfer 1 : 210,0, so wird man die Kupfermünze 21 Gramm schwer machen.

Natürlich könnte auch Silber der Wertmesser sein, das Goldstück als ein vielfaches des Silberstückes geprägt werden, so daß sein Wert z. B. das zehnfache des letzteren ausmachte, also ein Goldstück so viel wert wäre, wie zehn Silberstücke. Ist das Silberstück 10 Gramm schwer, wird dann das Goldstück 7,3 Gramm schwer geprägt werden. Das heutige deutsche Zwanzigmarkstück enthält nicht ganz 8 Gramm Gold.

Gold-, Silber- und Kupferstücke stehen nach dieser Regelung in einem festen Verhältnis zueinander. Ist Gold das wertmessende Metall geworden, dann können nun Silber- und Kupfermünzen ebenso als bestimmte Gewichte Goldes, wie als bestimmte Gewichte ihres eigenen Metalls betrachtet werden.

Dabei tritt zwischen den verschiedenen Münzarten eine Arbeitsteilung ein. Je größer der Wert, den sie bei gleichem Gewicht darstellen, desto geeigneter sind sie für größere Käufe und Zahlungen sowie für den Fernverkehr. Je geringer ihr Wert, desto mehr taugen sie bloß für kleine Käufe und Zahlungen und für den Lokalverkehr. Zu Münzen

für die kleinsten Käufe kann man überhaupt nur das geringstwertige Metall verwenden. Es wäre unmöglich, das winzige Goldkörnchen, dessen Wert gleich ist dem eines Kupferpfennigs, zu einer Münze zu prägen.

Je nach der Raschheit ihres Händewechsels nutzen sich die Münzen in ungleichem Maße ab, dabei machte sich jedoch ein Unterschied bemerkbar zwischen jenen Geldmetallen, die nicht nur im inneren, sondern auch im internationalen Verkehr als Geld dienten und jenen, die wegen ihres, im Verhältnis zu ihrem Wert großen Gewichts auf den Lokalverkehr beschränkt bleiben.

Bei den internationalen Geldmetallen bedeutet die Abnutzung der Münze einen Verlust für denjenigen, der sie zu Zahlungen im Ausland brauchen muß. Mag er sie in ihrer Münzform oder in Barren ungeschmolzen hinaussenden, sie werden draußen nur nach ihrem wirklichen, nicht nach dem durch den Staatsstempel begrenzten Gewicht angenommen. Wo die Staatsgewalt im Geldwesen den Interessen des Warenverkehrs und nicht einer betrügerischen Fiskalpolitik dienen will, bestimmt sie daher, daß die Abnutzung der im Lande kursierenden Geldmünze jenes Metalls, das im internationalen Verkehr gilt, einen gewissen, niedrigen Betrag nicht übersteigen darf. Zu leichte Münzen werden von den Staatskassen aus dem Verkehr gezogen und eingeschmolzen.

„Nach englischem Gesetz z. B. ist ein Sovereign (Pfundstück), der mehr als 0,747 Gramm Gewicht (nicht ganz 0,04 Gramm) verloren hat, kein legaler Sovereign mehr.“ (Marx, Zur Kritik usw. 2. Aufl. S. 104).

Ganz anders steht es mit den Münzen jener Metalle, die für den internationalen Verkehr nicht taugen. Sie können in ihrer Abnutzung noch soweit gehen, sie werden im Lande stets für soviel genommen werden, als sie nach dem aufgedruckten Stempel aufzeigen. Dieser verliert bei ihnen jede Beziehung zum Gewicht. Solche Münzen können dauernd mehr Wert anzeigen, als sie enthalten, die Staatsgewalt bestimmt ihren Wert.

Sobald man das einmal erkannt hatte, lag es nahe, Münzen, die bloß für den lokalen, kleinen Warenverkehr bestimmt waren, von vornherein unterwertig auszuprägen. Münzen dieser Art bezeichnet man als Scheidemünzen. Ihr Auftreten scheint erst im 16. Jahrhundert einzusetzen.

Für sie gibt es natürlich keine Freiprägung Privater. Wo käme man hin, wenn jeder, der ein Pfund Silber oder Kupfer besitzt, daraus Münzen prägen lassen dürfte, für die er zwei oder drei Pfund Silber oder Kupfer oder Waren in entsprechendem Wert kaufen dürfte! Das gäbe ein schönes Gelddurcheinander. Nein, dieses gute Geschäft behält sich der Staat vor und er kann es nur dann ohne Schädigung des Produktions- und Austauschprozesses machen, wenn er die Prägung der Scheidemünzen in engen Grenzen vornimmt, nur soviel davon prägen läßt, als der lokale kleine Verkehr aufnehmen kann und braucht.

5. Das Papiergeld.

Nachdem man einmal soweit war, daß der Staat Geld prägte, das weit weniger Wert enthielt, als es anzeigte, lag ein weiterer Schritt nahe: den Profit, den der Staat dabei machte, noch zu steigern, indem man an Stelle des unterwertigen Geldstoffs einen so gut wie wertlosen setzte, in dem nur eine verschwindende Menge Arbeit steckte, und indem man dazu überging, auch wertvollere Münzen durch bloße Geldzeichen zu ersetzen.

Dieser Schritt wurde getan, als man zur Fabrikation von Papiergeld überging, die im 17. Jahrhundert begann, im 18. und zu wiederholten Malen im 19. Jahrhundert eine große Rolle spielte. Die Fürsten hören gerade zu der Zeit auf, sich mit Alchimie, mit Goldmacherei, abzugeben, als sie die Kunst entdeckten, aus Papier Geld zu machen.

Das Papiergeld, von dem wir hier handeln, ist nicht zu verwechseln mit der Banknote, die nicht den gleichen Gesetzen folgt. Das ist im folgenden wohl zu beachten. Es handelt sich hier nicht um ein Papier, das eine Anweisung auf vorhandenes Metallgeld darstellt, sondern um Papierzettel, die der Staat an Stelle von Metallgeld ausgibt, das er nicht besitzt. Sie stellen anscheinend eine Schöpfung von Wert aus dem Nichts vor.

Man könnte fragen, wie der Wert des Papiergeldes und auch der Scheidemünze vereinbar sei mit der Marxschen Werttheorie, daß Wert nur durch Arbeit geschaffen werden könne.

Darauf wäre vor allem zu erwidern, daß das Wertverhältnis der Waren untereinander in keiner Weise verändert wird, wenn an Stelle des Geldmetalls Papier tritt.

Der Wert des Papiergeldes wird allerdings nicht bestimmt durch die Arbeit, die in ihm wirklich steckt, aber dennoch wird er durch gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt, nämlich durch die Arbeit, die gesellschaftlich notwendig wäre, um jene Menge Goldes (das wir von nun an als einziges Geldmetall betrachten wollen) zu erzeugen, die in der Warenzirkulation durch das Papiergeld ersetzt wird.

Etwas Aehnliches findet auch in der Warenproduktion statt bei der Bildung der Grundrente. Der Wert des Produkts des fruchtbarsten Bodens oder des ergiebigsten Bergwerks wird nicht durch die tatsächlich in ihm steckende Arbeit bemessen, sondern durch die Arbeit, die aufgewandt wird für die Hervorbringung des Produkts des unfruchtbarsten Bodens oder der wenigst ergiebigen Mine.

Solange Gold als Geld notwendig ist und nicht vollständig ersetzt werden kann, wird der Wert des Papiergeldes durch den des Goldes bestimmt werden. Gold läßt sich als Zirkulationsmittel nur innerhalb des Staates durch vom Staat ausgegebenes Papiergeld ersetzen, nicht im internationalen Verkehr.

Der Wert des Papiergeldes wird also nicht willkürlich vom Staate geschaffen, sondern er hängt ab von dem Werte des Goldes, das, wenn

das Papiergeld nicht wäre, an seiner Stelle zirkulieren müßte. Und der Staat vermag nicht beliebig viel Wert auf diese Weise mit geringem Arbeitsaufwand zu produzieren, sondern nur soviel, als das Bedürfnis der inneren Zirkulation erheischt.

In die Zirkulation tritt in einem gegebenen Moment eine Masse von Waren mit gegebenem Wert ein. Würden sie alle gleichzeitig verkauft, so müßte Gold in gleichem Wert vorhanden sein, um sie alle anzukaufen. Doch finden nicht alle Verkäufe gleichzeitig, sondern nacheinander statt. Wer verkauft hat, kann gleich wieder kaufen, so kann ein Geldstück an einem Tag viele Male den Besitzer wechseln. Nehmen wir an, auf einen Markt kommen Waren im Gesamtwert von 100 Millionen Mark. Die Verkäufe und Käufe folgen einander so rasch, daß jedes Geldstück im Durchschnitt 10 Käufe im Tag bewirkt, so werden Geldstücke im Gesamtwert von 10 Millionen Mark erforderlich sein, um die Waren zirkulieren zu lassen. Ist zu wenig Geld da, dann wird die Zirkulation sich nicht glatt vollziehen, sondern gelegentlich stocken. Ist zu viel Geld da, dann wird ein Teil unbenutzt bleiben. Es ist ebenso wie bei der Eisenbahn, bei der die Menge der Güterwagen, die erforderlich sind, abhängt von der Menge der Güter, die transportiert werden sollen und der Schnelligkeit ihrer Beförderung.

Die Menge der Geldstücke, die in einem Lande für seine innere Zirkulation erforderlich sind, ist also unter gegebenen Bedingungen eine gegebene Größe, und ebenso die Summe ihres Wertes. Setzt man nun an Stelle solcher Goldstücke Papierzettel, die die gleiche Wertbenennung tragen, wie jene, so werden sie in der Zirkulation zu dem gleichen Wert wie das Gold genommen werden, solange die Gesamtsumme ihres Nominalwerts den Wert des wirklichen Goldes nicht übersteigt, das sie in der Zirkulation ersetzen.

Ganz anders dagegen, wenn mehr Papierzettel ausgegeben werden, als dem Zirkulationsbedürfnis entspricht. Wie immer ihr Nennwert lauten mag, ihr wirklicher Gesamtwert wird bestimmt durch den Gesamtwert des Goldes, das ohne sie zur Zirkulation der Waren erforderlich wäre.

Nehmen wir an, in einem Lande seien eine Milliarde Mark in Gold erforderlich, den Zirkulationsprozeß im Gange zu halten. Die Staatsgewalt ersetzt, um sich billig Geld zu verschaffen, die Milliarde in Gold durch zwei Milliarden in Papier. Dann werden die zwei Milliarden Papier nicht mehr Wert repräsentieren, als die eine Milliarde Gold, die sie ersetzen. Das heißt, jetzt werden 40 Mark in Papier erforderlich sein, um eine Ware zu kaufen, die sonst 20 Mark in Gold gekostet hätte. Der Marktwert des einzelnen Geldscheines sinkt, die Preise, in Papiergeld gemessen, steigen allgemein. Es zeigt sich nun deutlich, daß der Staat nicht nach Belieben im Papiergeld Wert schaffen kann, sondern vom Wertgesetz abhängig bleibt.

Nun ist es an und für sich eine gleichgültige Sache, ob der Wert des Geldes ein hoher oder ein niedriger Wert ist, ob derselbe Wert die Benennung 10 Mark oder 20 Mark trägt, oder ob dieselbe Benennung

ein größeres oder geringeres Gewicht Gold anzeigt. Mag alles, was eine Mark kostete, nun zwei Mark kosten, ich verliere nichts dabei, wenn mein Einkommen statt 2000 Mark 4000 Mark ausmacht.

Nicht der hohe oder mindere Stand des Geldwerts ist wichtig, wohl aber seine Bewegung. Nicht alle Waren folgen den Wertveränderungen des Geldes gleich rasch, nicht alle Zahlungsverpflichtungen passen sich ihnen gleich rasch an. Es gibt Klassen, die am Sinken, und wieder andere, die am Steigen des Geldwerts interessiert sind.

Ein Warenproduzent, der Schulden in hochwertigem Geld aufgenommen hat und sie in minderwertigem Geld zurückzahlt, gewinnt dabei, wenn die eigene Ware gleichzeitig im Preis gestiegen ist. Der Gläubiger dagegen verliert, denn er muß alle Waren, die er kauft, nun teurer bezahlen, seine Einnahme aus dem verliehenen Geld bleibt dagegen die gleiche. Bei kurzfristigen Schulden spielt das keine große Rolle, wohl aber bei langfristigen. Für Industrielle und Kaufleute kommt dies Moment also weniger in Betracht als für den Grundbesitz mit seinen Hypothekenschulden. Die Agrarier sind denn auch stets für Geldverschlechterungen gewesen, als ein Mittel ihre Hypothekenzinsen und Schulden ihrem wirklichen Wert nach zu reduzieren, wenn sie auch im Nennwert die gleichen blieben.

Wichtiger für die Arbeiterklasse ist der Umstand, daß der Preis der Arbeitskraft, der Geldlohn, dem Sinken des Geldwerts weniger rasch folgt, also langsamer steigt, als die anderen Waren.

Die Tatsache steht fest, sie erklärt sich wohl dadurch, daß die Produktion der Ware Arbeitskraft, nicht wie die anderer Waren eingeschränkt werden kann, wenn ihre Bezahlung unzulänglich wird. Denn die Ware Arbeitskraft ist eins mit der Person des Arbeiters, er muß sie reproduzieren, solange er leben will. Und ihre Erhaltung über sein eigenes Leben hinaus, die Erzeugung und Aufziehung seiner Kinder, betreibt er auch nicht als Geschäft. Er zieht seine Kinder nicht groß, um sie mit Vorteil zu verkaufen. Allerdings bleibt unter Umständen das Sinken des wirklichen Preises der Arbeitskraft, gemessen an den Preisen der Lebensmittel, des Reallohns, nicht ohne Wirkungen auf ihre Reproduktion.

Erhöhte Sterblichkeit und Geburtenstreik können sie erheblich reduzieren. Aber das kann auf dem Arbeitsmarkt doch erst nach 15 bis 20 Jahren zur Geltung kommen, hat daher auf das augenblickliche Angebot von Arbeitskraft nicht den geringsten Einfluß.

Eine Periode sinkenden Geldwertes war daher bisher auch stets eine Zeit sinkenden Reallohnes. Der Geldlohn mochte zunehmen, aber er wuchs nicht so schnell wie die Preise der Lebensmittel.

Insofern haben alle Ausbeuter von fremder Arbeitskraft ein Interesse an der Geldverschlechterung. Aber es gewinnen doch nur diejenigen dabei, die sich ganz auf den inneren Markt beschränken, vom Weltmarkt völlig unabhängig sind.

Auf diesem muß man nach wie vor mit Gold bezahlen. Da nun jedes Land, in dem die Warenproduktion entwickelt ist, mit dem Aus-

land in Verkehr steht, ihm Waren abgibt, von ihm Waren empfängt, so entwickeln sich in ihm bei der hier betrachteten Papiergeldwirtschaft zweierlei Preise, Gold- und Papierpreise. Letztere kommen zur Geltung im inneren Verkehr, jene im Verkehr mit dem Ausland. Diese beiden Arten von Preisen stehen in keinem festen Verhältnis zu einander. Der Wert des Goldes ändert sich praktisch in kurzen Zeiträumen gar nicht. Der des Papiergeldes schwankt dagegen ununterbrochen, sobald es über die Grenzen des Zirkulationsbedürfnisses hinaus ausgegeben ist, so daß der Wert des einzelnen Papierzettels nicht mehr durch den der Goldmenge bestimmt wird, als deren Vertreter er durch seine Aufschrift figurieren soll. Er schwankt nun selbst dann, wenn nicht immer wieder neue Papiergeldmassen auf den Markt geworfen werden, die den Marktwert dieses Geldes weiter senken. Das Papiergeld hat ja keinen inneren Wert, der Wert seiner Gesamtmenge wird bestimmt durch die Menge der Warenwerte, die zirkulieren und durch die Schnelligkeit des Geldumlaufs, durch den „gesellschaftlich notwendigen Zirkulationswert", wie Hilferding es ausdrückt (Finanzkapital, S. 29).

Dieser Wert wechselt beständig, weil sowohl die Menge der Warenwerte wie die Schnelligkeit des Geldumlaufs sich ununterbrochen ändert, der Zirkulationsprozeß der Warenwelt sich bald ausdehnt, bald zusammenzieht.

Das Verhältnis zwischen dem Marktwert des Goldes und dem des Papiergeldes unterliegt daher steten Aenderungen, die oft sehr überraschend kommen. Wer in einem Land mit der Papiergeldwirtschaft, wie wir sie hier im Auge haben, mit dem Ausland Geschäfte macht, etwa von ihm Rohmaterialien kauft oder Fabrikate ihm verkauft, weiß nie, was das Geld wert sein wird, das er später als Zahlung dafür entweder hinzugeben oder zu empfangen hat. Ebenso weiß derjenige, der die Produktion einer Ware mit ausländischem Rohstoff, oder einer Ware für das Ausland anfängt, nie, wie zur Zeit ihrer Fertigstellung das Verhältnis des Papiergeldes zum Gold sein wird. Jede Vorausberechnung verliert ihre sichere Grundlage, das Geschäft wird immer unsolider.

Das ist der Boden, auf dem sich die Spekulation entwickelt. Die Warenproduktion ist von vornherein auf Spekulation aufgebaut, auch dort, wo sie reelle Bedürfnisse zu befriedigen sucht. Die Produktion wird ja nicht planmäßig auf Grund der vorhandenen Produktivkräfte und der Bedürfnisse der Konsumenten betrieben, sondern von selbständigen Privaten, von denen jeder sowohl die Höhe der Bedürfnisse der Konsumenten, sowie die Menge der Produkte, die diese ihrerseits in Austausch zu geben haben, also ihre Kaufkraft, und schließlich die Höhe der Produktivkräfte des eigenen Industriezweigs, also die zu erwartende Konkurrenz, in Erwägung ziehen muß. Er hat auf dem Wege der Spekulation vorauszubestimmen, wie sich diese Faktoren gestalten werden, und danach sein Handeln einzurichten. Je richtiger er spekuliert, desto besser wird sich sein Geschäft gestalten.

Jeder Industrielle, jeder Kaufmann muß in dieser Weise spekulieren. Je gewaltiger der Umfang der Warenproduktion, desto mehr findet auch auf diesem, wie so manchem anderen Gebiete eine Art Arbeitsteilung in der Weise statt, daß eine Sorte von Menschen ersteht, die die Spekulation zu ihrem besonderen und ausschließlichen Geschäft machen, die in die Warenzirkulation eingreifen, nicht um Waren zu produzieren oder für den eigenen Gebrauch zu kaufen oder um Waren vom Produzenten zum Konsumenten zu führen, sondern bloß um auf das Steigen oder Fallen der Preise zu spekulieren, wobei sie um so mehr Erfolg haben werden, je mehr sie an Einsicht in den Zirkulationsprozeß oder an ökonomischer Macht, diesen zu beeinflussen, den Durchschnittsgeschäftsmann überragen.

Die Neigung zu dieser Art Geschäften wächst um so mehr, je undurchsichtiger diese, je reicher an Ueberraschungen, je größer und plötzlicher die Schwankungen der Preise. Desto mehr hat der Spekulant zu verlieren — soweit er eigenes Vermögen besitzt, nicht mit fremdem Geld spekuliert — desto mehr hat er aber auch zu gewinnen. Die Größe der Gewinne lockt und macht die Größe der Verluste vergessen, wie bei jeder Lotterie. Aus dem vorsichtigen, soliden Geschäft wird immer mehr ein waghalsiges Hasardspiel.

Stete Unsicherheit und Unruhe auf dem Markte, Spekulation und Schwindel, rasche Bildung großer Vermögen und verheerende Bankrotte, allgemeine ökonomische Zerrüttung, das ist das Bild, das sich dort ergibt, wo Papiergeld im Uebermaß ausgegeben wird. Und im Uebermaß wurde es bisher fast immer ausgegeben, weil es vorwiegend als Mittel betrachtet wurde, den Staat aus einer finanziellen Notlage zu retten.

Aber wir müssen hier nochmals betonen, daß das Papiergeld dieser Art nicht zu verwechseln ist mit der Banknote, die allerdings auch einen Papierzettel darstellt, der als Geld fungiert, also äußerlich dasselbe ist, wie das Papiergeld. Aber dieser Zettel bedeutet nicht einen Ersatz für nicht vorhandenes Gold, sondern eine Anweisung auf Gold, das da ist. Er wird nicht vom Staate ausgegeben, sondern von einer Bank, er hat seinen Ursprung nicht in der Münzhoheit des Staates, der ausschließlich befugt ist, Geld zu prägen, sondern in der Entwicklung des Bankwesens. Diese wollen wir noch betrachten, ehe wir uns daran machen, zu untersuchen, welche Konsequenzen sich aus dem hier dargelegten Wesen des Geldes für die Uebergangswirtschaft ergeben.

6. Die Banknote.

Wir haben das Geld als Mittel der Warenzirkulation mit einer Eisenbahn vergleichen können, die einer gewissen Menge Waggons bedarf, um bei gegebener Schnelligkeit des Verkehrs eine gegebene Warenmenge transportieren zu können. Dabei sind nicht immer alle Waggons in Bewegung. Zu manchen Zeiten braucht man mehr, zu manchen

weniger, eine gewisse Reserve muß vorhanden sein, es ist unvermeidlich, daß in einem bestimmten Zeitpunkt eine Anzahl Waggons auf den verschiedenen Stationen stillsteht.

So ist es auch unvermeidlich, daß die verschiedenen Individuen, die sich im Bereich der Warenzirkulation befinden, das Geld, das ihnen aus ihr zufließt, nicht alles gleich wieder in Umlauf durch neue Käufe setzen, sondern einen Teil für kürzere oder längere Zeit stille liegen lassen, aufhäufen, „akkumulieren“, daraus einen Schatz bilden.

In den Anfängen der Warenproduktion ist solche Anhäufung ein Ergebnis bloßer Geldgier. Wohl bilden nur die Waren wirkliche Gebrauchswerte und damit stofflichen Reichtum. Das Geld hat dagegen den einzigen Gebrauchswert, Waren zu zirkulieren. Sein Gebrauchswert außerhalb dieser Zirkulation ist gleich Null, es kann als solches nie konsumiert werden, treibt sich ewig nur im Bereich der Zirkulation herum. Die Arbeit, die zur Erzeugung des Geldes erheischt ist, vermehrt also nicht die Menge der Verbrauchswerte in der Gesellschaft, es bildet einen Abzug von dieser Menge. Je weniger Metallgeld die Gesellschaft braucht, desto mehr Gebrauchswerte kann sie produzieren. Dies, nebenbei bemerkt, eine der nützlichen Seiten des Papiergeldes.

Aber das gilt nur für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. In der Warenproduktion produziert aber jeder nur das, was er nicht braucht. Seine Waren sind also für ihn keine Gebrauchswerte. Gold dagegen als Geld ist die Ware, die jeder nimmt, für die man jeden Gebrauchswert kaufen kann, den man wünscht. Gold bedeutet Verfügung über die Gebrauchswerte der Gesellschaft. So ist jeder um so reicher, je größer die Goldmenge, über die er verfügt. Daher die Gier nach Gold und nach der Anhäufung von Schätzen.

Je größer deren Menge, um so rascher kann man aber auch große Mengen von Gebrauchsgütern ankaufen oder große Mengen von Menschen besolden und vereinigen.

Neben den Privaten haben daher auch die Besitzer der Staatsgewalt schon früh begonnen, große Schätze von Gold und Silber zu sammeln, als Mittel rascher Mobilisierung im Krieg.

Der aufkommende Kapitalismus wirkt später diesem Drang nach Gold- oder Silberschätzen entgegen. Die preußischen Könige gehörten zu den letzten, die einen Kriegsschatz in klingender Münze sammelten. Schon 1776 erschien das Adam Smith auffallend. In seinem „Wealth of Nations“ bemerkt er:

„In unserer Zeit scheint es, wenn wir absehen vom König von Preußen, nirgends mehr zur Politik europäischer Fürsten zu gehören, Schätze anzusammeln.“ (IV, 1. Kapitel.)

Diese preußische Besonderheit hat sich allerdings bis in unsere Tage nicht nur erhalten, sondern sie wurde sogar vom neuen Deutschen Reich übernommen, das 1871 den Reichskriegsschatz von 120 Millionen Mark begründete, der im Juliusturm zu Spandau untergebracht wurde.

Im allgemeinen schwindet das Streben, Metallschätze anzuhäufen, sobald der Kapitalismus aufkommt, die Kunst, Geld so anzuwenden, daß es seinem Anwender mit einem Gewinn zurückkehrt. Jetzt lautet die Parole nicht mehr: Akkumuliert Gold, häuft es an, um es als toten Haufen beisammen zu halten, sondern werft das Angehäufte wieder in die Zirkulation, um es mit einem Profit zurückzugewinnen und in dieser Weise seinen Betrag, seine Akkumulation zu vermehren.

Aber wenn der Kapitalismus die Schatzanhäufung verpönt, so entwickelt er selbst doch wieder Bedingungen, die gelegentliche Schatzanhäufung nicht mehr in das Belieben des Einzelnen stellen, sondern zu einer ökonomischen Notwendigkeit machen.

Dahin wirkt schon die Entwicklung des Geldes als Zahlungsmittel. An manchen Terminen sind größere Zahlungen zu leisten, für die längere Zeit vorher schon gespart werden muß. Wer seine Wohnungsmiete in vierteljährigen Abständen zu entrichten hat, muß das ganze Vierteljahr hindurch Geld ansammeln, um die Summe schließlich beisammen zu haben. Wenn ein Fabrikant eine Maschine kauft, die sagen wir 10000 Mark kostet und sich in zehn Jahren abnutzt, so muß er jedes Jahr 1000 Mark zurücklegen, um nach zehn Jahren mit dem angesammelten Schatz von 10000 Mark die Maschine erneuern zu können. Selbst Arbeiter müssen in dieser Weise „Schätze“ sammeln, etwa um in bestimmten Zwischenräumen ihre schadhafte Kleidung erneuern zu können.

Anderseits bekommt der Bauer beim Verkauf der Ernte eine größere Summe Geldes in die Hand, die er nicht gleich ganz ausgibt, sondern zum Teil als Schatz liegen läßt, um sie im Laufe des Jahres nach und nach zu verausgaben.

Jedes an der Warenzirkulation beteiligte Individuum unterliegt so der Notwendigkeit, für bestimmte Zwecke bestimmte Schätze aufzuhäufen. Die Arbeitsteilung, die die Warenproduktion kennzeichnet, führt jedoch auch dahin, daß die Funktion der Schatzanhäufung von einzelnen Individuen als besonderes Geschäft betrieben wird. Wer über einen größeren Schatz verfügt, den er nicht selbst braucht, kann mit ihm anderen aushelfen, die einen Schatz brauchen und über keinen verfügen, etwa einem Bauern, dem sein Haus verbrannt ist und der Geld braucht, ein neues zu erbauen. Oder einem Pächter dessen Felder durch Mißwachs keinen Ertrag lieferten, und dem daher das Geld fehlt, seinen Pachtzins zu entrichten. Oder einem prachtliebenden Junker, der doppelt so viel ausgibt, wie er einnimmt. Verlieh der Schatzbildner sein Geld nicht um bloßen Gotteslohn, sondern bedang er sich neben der Rückgabe des Verliehenen auch noch eine Mehrleistung aus, dann verwandelte er seinen Schatz in Kapital.

Das Wucherkapital ist neben dem Handelskapital die erste Form des Kapitals. Wenn man von Kapitalismus im Altertum spricht, darf man nur an diese beiden Kapitalformen denken. Das industrielle Kapital gewinnt Bedeutung erst seit dem Zeitalter der Entdeckungen und den Schätzen, die dieses in Europa konzentrierte.

Sobald die Möglichkeit vorhanden ist, Geld kapitalistisch anzuwenden, ersteht die Möglichkeit, von dem bloßen Geldbesitz zu leben, ohne ihn zu verringern, ja man kann ihn gleichzeitig vermehren. Der Besitz und die Anwendung von Geldschätzen wird nun ein Geschäft für sich.

Neben dem Verleihen von Geld kam für die Geldmenschen auch das Geldwechseln als Quelle von Gewinn frühzeitig in Frage. Jede Münze galt ja nur innerhalb des Staates, der sie prägte. Kamen auf einem Markte viele Kaufleute aus verschiedener Herren Länder zusammen, so brachten sie vielerlei Münzen mit sich, die auf dem Markte keinen Kurs hatten. Die Geldmänner mit überflüssigem Geldvorrat waren imstande, solche Münzen umzutauschen, was sie natürlich auch nur gegen Gewinn besorgten.

Wenn anderseits jemand aus dem eigenen Lande in die Fremde ziehen wollte, wechselten sie ihm sein einheimisches Geld gegen fremdes um.

Das Geldwechseln auf der Wechselbank wurde die zweite Funktion für diese Geldmenschen, für die Bankiers, neben dem Anleihegeschäft.

Als drittes gesellte sich dazu das Depotgeschäft. Je mehr einer hat, desto größer die Gefahr, daß sein Besitz ihm entwendet wird. Diese Gefahr wurde leicht am größten beim Gold, das leichter transportabel ist, als die meisten anderen Güter, und überall austauschbar. Die Besitzer großer Schätze trugen daher schon früh Sorge dafür, besonders feste Gebäude zu erbauen, in denen sie ihren Reichtum bargen. Desgleichen mußte jeder Bankier tun. Da lag es nahe, daß ihm Geschäftsfreunde, die nicht über so einbruchsichere Behältnisse verfügten, die Aufbewahrung ihrer eigenen Geldschätze anvertrauten. Der Bankier konnte das gern übernehmen. Ein Geldstück sieht wie das andere aus. Das Geld des Geschäftsfreundes war von dem eigenen der Bank nicht zu unterscheiden. Diese übernahm nicht die Verpflichtung, die gleichen Goldstücke, sondern nur die gleiche Geldsumme wieder zurückzugeben, sobald sie wieder gefordert wurde. Bis dahin mochte der Bankier damit machen, was er wollte, er besaß ebensogut das Verfügungsrecht darüber, wie über eine ihm geliehene Geldsumme. Er konnte diese Depots dazu benutzen, seine Geldgeschäfte zu erweitern, seinen Profit zu steigern. Das wurde so gewinnbringend für die Banken, daß sie die Menge der bei ihnen lagernden Gelddepots zu vermehren suchten. Zu diesem Zweck erboten sie sich, diese Geldsummen zu verzinsen, natürlich zu einem niedrigeren Zinsfuß als dem, den sie selbst für das von ihnen verliehene Geld verlangten. Die Differenz bildete ihren Gewinn.

Gleichzeitig wandelt sich der Charakter der Anleihen. Zuerst wurden sie hervorgerufen durch Notlagen, die das Ergebnis von Unglücksfällen, geschäftlicher Unfähigkeit oder Leichtfertigkeit waren, oder auch von Katastrophen, wie Kriegen, die den Staat selbst zu Anleihen zwangen. Sie brachten dem Gläubiger Gewinn, die Notlage des Schuldners wurde durch sie oft gesteigert, sein Ruin beschleunigt, der stoffliche Reichtum des Gemeinwesens selbst vermindert, wenn die Anleihe Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung unterstützte.

Anders wirken, sobald der industrielle Kapitalismus aufkommt, die Anleihen, die diesem dienen. Die Produktionsmittel, die der Kapitalist anwendet, werden nicht von ihm, sondern von anderen produziert, als Waren, die die Produzenten selbst nicht gebrauchen. Sollen sie als Produktionsmittel angewendet werden, müssen sie erst von demjenigen gekauft sein, der sie als solche gebrauchen kann und will.

Es genügt in der kapitalistischen Produktionsweise also nicht, daß die zum Fortgang und zur Erweiterung der Produktion nötigen Produktionsmittel produziert sind. Diejenigen, die sie anwenden können, müssen auch das nötige Geld haben, sie zu kaufen. Je rascher das den industriellen Kapitalisten zur Verfügung stehende Geld zunimmt, desto rascher werden sie ihre Produktion ausdehnen können, vorausgesetzt natürlich, daß die stofflichen Bedingungen und die Arbeitskräfte gegeben sind.

Das Geld, über das sie verfügen, suchen daher die industriellen Kapitalisten möglichst zu erweitern dadurch, daß sie zu ihrem eigenen Geld geliehenes hinzugesellen. Wohl müssen sie die Anleihe verzinsen, aber ihr eigener Profit ist noch größer. Ihr Gewinn besteht in dem Ueberschuß des Profits über den Zins, im Unternehmergewinn. Die Anleihen werden jetzt ein Mittel, nicht nur die Gläubiger, sondern auch die Schuldner zu bereichern und die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes zu fördern.

Durch nichts wird aber das den industriellen Kapitalisten zur Verfügung stehende Leihkapital mehr vergrößert, als durch die Zunahme der Bankdepots.

Diese wachsen weit rascher, als die Gesamtmenge des Geldes im Lande, weil immer mehr Geldsummen, die man sonst zu Hause aufhob, den Banken zufließen, um dort Zins zu tragen. Die industriellen Kapitalisten selbst gewähren einander gegenseitig in dieser Weise Anleihen durch die Banken. Wir haben oben als Beispiel einen Fabrikanten genannt, der, um eine angekaufte Maschine nach 10 Jahren ersetzen zu können, jedes Jahr 1000 Mark zurücklegen muß. Diese 1000 Mark läßt er nicht in seinem Geldschrank liegen, sie wandern in die Bank und werden von dieser anderen Kapitalisten für so lange geliehen, bis der Fabrikant die gesamte Summe zurückfordert.

Dazu gehören freilich schon entwickelte kapitalistische Verhältnisse. Zunächst wollen wir aber nochmals zu den Anfängen des Bankwesens zurückkehren, zu den Schatzbildnern, die feste Schatzkammern bauten und denen ihre Freunde die Aufbewahrung ihrer eigenen Geldschätze anvertrauten.

Das geschah gegen einen Schein, in dem der Bankier sich verpflichtete, das eingelagerte Geld wieder auszuzahlen, sobald es verlangt wurde. Wurde dieser Schein in der Weise ausgestellt, daß er seinen Ueberbringer, wer es auch sein mochte, berechtigte, von der Bank eine bestimmte Geldsumme ohne weitere Förmlichkeiten zu entnehmen, so war damit der Anfang der Banknote gegeben.

Hatte der Besitzer eines solchen Scheines eine Zahlung zu leisten, so konnte er zur Bank gehen, dort unter Zurückgabe des Scheines sein

Geld beheben und damit bezahlen. Es konnte jedoch beiden Teilen, dem Zahlenden, wie dem Bezahlten, bequemer oder vorteilhafter, weil zeitsparend, erscheinen, wenn der eine dem anderen die Note einhändigte, sobald deren Betrag für die Zahlung ungefähr ausreichte. Ein eventueller Ueberschuß oder Fehlbetrag ließ sich ja dabei noch durch kleinere Münze begleichen.

Auf solche Weise dienten die Noten der Bank als Geld.

Sie waren leichter zu transportieren als größere Goldmengen und die Goldmünzen, die im Keller der Bank ruhen blieben, wurden vor Abnutzung bewahrt.

Es lag nahe, sobald derartige Noten der Bank als Geld genommen wurden, daß die Bank auch Noten ausgab, die Anweisungen auf ihren eigenen Goldschatz darstellten. Mit diesen Noten konnte sie ebensogut Geldgeschäfte machen, wie mit dem Gold, das sie darstellten. Damit war von vornherein das Bestreben gegeben, mehr Noten auszugeben, als durch ihren Goldschatz gedeckt wurden. So lange die überschüssigen Noten genommen wurden, bedeuteten sie eine Erweiterung des Geldkapitals der Bank, aber auch eine Vermehrung des vorhandenen Geldvorrates der Gesellschaft. Dabei blieben sie so lange gegen jede Entwertung gesichert, als die Bank jede Note, die ihr präsentiert wurde, gegen Gold einlöste.

Zu dieser Einlösung mußte sie stets bereit sein, denn die Noten der Bank wurden nur von Leuten genommen, die sie kannten und Vertrauen zu ihrer Solidität hatten. Wer außerhalb dieses Kreises Geschäfte machte, mußte nach wie vor mit Gold zahlen, und wenn er Banknoten besaß, sie gegen Gold einlösen. Erfahrungsgemäß stellte sich nach und nach heraus, wie viel Gold im Verhältnis zu der Menge ihrer Noten die Bank stets bereit halten mußte, um allen Anforderungen auf Einlösung gewachsen zu sein, oder umgekehrt, wie viel Noten im Verhältnis zu ihrem Goldvorrat die Bank ausgeben durfte, ohne befürchten zu müssen, in Verlegenheiten zu kommen.

Je größer der Geschäftsbereich der Bank, desto weiter auch der Kreis, in dem ihre Noten angenommen wurden, desto geringer der Prozentsatz der Noten, die in einem gegebenen Zeitraum gegen Gold eingelöst wurden. Er mußte am geringsten sein bei einer Zentralbank, die ihren Geschäftsverkehr über den ganzen Staat ausdehnte. Und die Zentralisation der Betriebe machte gerade bei den Notenbanken raschestе Fortschritte.

Anderseits konnte durch schwindelhafte Notenausgabe der größte Unfug getrieben, die heilloseste Verwirrung im Geldwesen angerichtet werden, dessen Regelung der Staat an sich gezogen hatte. Und warum sollte dieser die Profite aus der Geldfabrikation Privaten überlassen?

So ist es in den meisten Staaten dahin gekommen, daß die Ausgabe von Banknoten das Privilegium einer einzigen oder einer geringen Zahl staatlich konzessionierter Zentralbanken geworden ist, die allein berechtigt sind, Noten auszugeben und damit Geschäfte zu machen. Deren Ertrag haben sie mitunter mit dem Staate zu teilen und diesem Anleihen ohne Zins oder mit geringer Verzinsung zu gewähren.

Ihre Geschäftsgebarung wird vom Staate geregelt und überwacht, daher auch das Maximum der ungedeckten Noten, die sie ausgeben dürfen, und die relative Höhe des Barschatzes, über den sie verfügen müssen, genau bestimmt.

Diese letztere Bestimmung wird sehr oft mißverstanden. Nicht selten nimmt man an, der Wert, den die Noten repräsentieren, hänge von der Höhe ihrer Golddeckung ab. Er steige und falle mit dieser. So schrieb Umbreit im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften in einem Artikel über „Gewerkschaftliche Fragen zur Uebergangswirtschaft“ (9. Februar 1918): „Sinkt unser Goldbestand, so sinkt damit unser Geldwert“.

Nichts irriger als das. So lange die Einlösbarkeit der Banknoten gegen Gold besteht, ist ihr Wert stets gleich dem der Goldmenge, die sie nach ihrer Aufschrift darstellen. Der Goldschatz hat bloß den Zweck, diese Einlösbarkeit zu sichern. Er kann sehr gering sein in einem Lande, in dem allgemein mit Noten gezahlt wird und das Gold bloß für Geschäfte auf dem Weltmarkte Verwendung findet.

Ein Sinken der Banknoten unter den Goldwert kann nur dort stattfinden, wo ihre Einlösbarkeit gegen Gold aufgehoben ist, jedermann gezwungen ist, sie in Zahlung an Stelle von Gold zu nehmen. Das kann nur durch staatlichen Erlaß für die Noten einer staatlich privilegierten Bank geschehen. Diese Noten nehmen damit den Charakter des staatlichen Papiergeldes mit Zwangskurs an, von dem wir im vorigen Kapitel sprachen. Der Wert der Banknoten kann unter solchen Umständen sinken. Aber wo das eintritt, wird dies nicht die Folge davon sein, daß der Goldschatz der Bank sinkt, sondern daß ihre Notenausgabe die Bedürfnisse der Warenzirkulation übersteigt. Nicht von der Höhe ihrer Deckung, sondern von dem Verhältnis ihrer Menge zu dem Wert der zirkulierenden Waren und zu der Raschheit der Zirkulation hängt ihr Wert ab.

Es ist etwas kühn, wenn z. B. Dr. A. Schwoner aus Wien in der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 25. Februar 1918 in einem Artikel über die finanzielle Lage Oesterreichs erklärt:

„Es ist nicht so sehr die Höhe des Notenumlaufs, die bedenklich macht, ob zwar der Notenumlauf enorm hoch ist. Er beträgt nach dem Stand vom 7. Dezember 1917 17,7 Milliarden Kronen gegen 3 Milliarden Kronen bei Kriegsbeginn. Er ist also um 14,7 Milliarden gestiegen, wovon 13,2 Milliarden auf die Schulden der beiden Staaten der Monarchie bei der Notenbank und 1,5 Milliarden auf andere Umstände zurückzuführen sind. . . . .

Anders verhält es sich mit unserem Goldschatz. Im Frieden hatte die Notenbank einen zur Deckung der Noten völlig ausreichenden Goldschatz . . . der Besitz der Bank an effektivem Gold . . . ist während des Krieges von 1150 auf 324 Millionen Kronen zurückgegangen.“

Dem sollen Forderungen ans Ausland gegenüberstehen, so daß der Goldbesitz der Oesterreichisch-Ungarischen Bank auf 900 Millionen berechnet werden kann.

„Auch das bedeutet nur eine minimale Deckungsquote für den ungeheuren Notenumlauf.

Aber wir lassen darum den Mut nicht sinken. Wir gehören eben nicht zu den blinden Anbetern des Goldes. Produktivkraft ist mehr als Gold.“

Dieser letzte Satz ist sicher sehr schön, er hat nur den Fehler, daß Gold ein Mittel der Warenzirkulation ist, Produktivkraft dagegen nicht. Produktivkraft kann Gold in dieser Funktion nicht ersetzen. Ebensogut könnte sich jemand über den Mangel an Eisenbahnwagen damit trösten, daß die Wasserkräfte des Landes dadurch nicht berührt würden. Doch stimmen wir mit Schwoner darin überein, daß wir nicht blinde Anbeter des Goldes sind.

Gerade deswegen aber schätzen wir die Erscheinungen des österreichischen Notenumlaufes ganz anders ein, als er. Er hält die Ausdehnung des Notenumlaufes für weniger bedenklich, als die Verringerung der Golddeckung. Wir sind der umgekehrten Meinung.

Wäre der Umlauf an Noten der gleiche geblieben, dann hätte sich ihr Wert nicht geändert, bei gleichem Umfang und gleicher Schnelligkeit der Warenzirkulation, auch wenn die Deckung von 1200 auf 300 Millionen sank. Dagegen muß jede Notenausgabe über das Zirkulationsbedürfnis hinaus den Notenwert senken, selbst wenn die Golddeckung entsprechend erhöht wird.

Die Leute sind zahlreich, die meinen, man könne die Notenzirkulation beliebig weit ausdehnen, wenn nur die Golddeckung gleichzeitig steigt. Andere gehen noch weiter. Sie setzen die Deckung einer Verpfändung gleich. Das ist grundfalsch. Die Golddeckung hat die Aufgabe, jedem Notenbesitzer, der Gold braucht, den Umtausch von Noten gegen das Goldmetall, das eigentliche Zirkulationsmittel, zu ermöglichen. Nur als Anweisung auf Gold zirkuliert die Note.

Wenn ich dagegen eine Anleihe aufnehme und ein Pfand dafür dalasse, ist dieses nicht Geld, sondern Ware. Ich gebe sie gerade deshalb hin, weil sie kein Geld ist und ich Geld brauche. Ich verpfände sie, statt sie zu verkaufen, entweder, weil sie zur Zeit nicht verkäuflich ist, oder ich nicht dauernd auf sie verzichten will.

Ein derartiger Pfandschein ist Anweisung auf Ware, nicht auf Geld. Leute, die von dessen Wesen keine Ahnung haben, bilden sich aber ein, jede Anweisung auf einen Wert könne als Geld funktionieren. Und da sie meinen, es könne mit der Deckung auch die Zahl der ausgegebenen Banknoten beliebig vermehrt werden, so erweitern sie das dahin, daß auch mit der Zahl der Pfänder die Zahl der Banknoten entsprechend zunehmen dürfe.

Als ein derartiges Pfandobjekt wurde oft der Grund und Boden betrachtet. Wenn der Staat Grund und Boden im Werte etwa einer Milliarde konfiszierte, dann durfte er auch im gleichen Betrage Papiergeld ausgeben. Es war gedeckt. Diese Idee war der Ausgangspunkt der Assignatenwirtschaft der französischen Revolution.

Sie spukt auch heute noch in manchen Köpfen.

Da befürwortet z. B. Herr A. Damaschke in der schon früher zitierten Schrift „Der Tag der Heimkehr“ die Schaffung von „Kriegerheimstätten“. Die Frage, wie das dafür erforderliche Geld beschafft werden soll, bereitet ihm geringe Sorgen. Man verpfändet einfach die erst zu schaffenden Heimstätten und gibt für den Betrag Darlehnskassenscheine aus.

Er sagt:

„Wir haben während des Krieges einen überaus wichtigen Schritt getan. Niemals zuvor hat man gewagt, Geld auszugeben, das nicht durch Gold gedeckt wird. (Herr Damaschke scheint vom Papiergeld früherer Zeiten nie etwas gehört zu haben. K.) Durch den Krieg aber gerieten nun viele Leute unverschuldet in Not, z. B. die Fabrikanten, die ihre Ware nicht ausführen können, die Kaufleute, die in Kolonien Güter haben, die Besitzer von ausländischen Wertpapieren usw. Um diesen zu helfen, haben wir Darlehnskassen eingerichtet. Bei diesen können Werte, wie die genannten, gegen Darlehnskassenscheine verpfändet werden. Dieser Schritt ist ohne jeden Widerspruch getan worden. Wir wissen in der Regel gar nicht, ob auf unserm Papiergeld steht „Reichsbanknote“ oder „Darlehnskassenschein“. Es ist zuletzt ja auch ganz gleichgültig. Nicht das Stück Gold, das in den Kellern der Reichsbank steckt, oder das Pfand in der Darlehnskasse ist das entscheidende, sondern daß das Deutsche Reich mit seiner Ordnung, mit seiner Steuerkraft, mit seiner Ehre für den Schein eintritt.“ (S. 20.)

In dieser ganzen Darlegung des Herrn Damaschke, wie fast aller, die über Geldverhältnisse jetzt schreiben, merkt man auch nicht die leiseste Ahnung davon, daß die Menge des Geldes, das einen bestimmten Wert repräsentiert, bestimmt und begrenzt ist durch den Wert der in die Zirkulation eintretenden Warenmasse. Nach Damaschke müßte ein Staat, in dem Güter im Werte von 100 Milliarden verpfändet werden, für 100 Milliarden Papiergeld ausgeben können.

Darlehnskassenscheine und Banknoten, die nicht einlöslich sind, unterliegen den gleichen ökonomischen Gesetzen wie das Papiergeld, von dem wir im vorigen Kapitel sprachen. Einlösliche Banknoten dagegen sind vom Papiergeld wesentlich verschieden, schon ihrem Ursprung nach. Das Papiergeld entstammt dem Zahlungsbedürfnis des Staates, die Banknote den Bedürfnissen des Warenverkehrs. Sie kann ein Mittel werden, ihn zu beschleunigen, die Produktivkräfte zu vermehren und die Warenproduktion auf eine höhere Stufe zu heben.

Wir haben schon das Papiergeld als eine Erfindung bezeichnet, die innerhalb bestimmter Grenzen Arbeit erspart, die sonst zur Produktion von Geldmetall erheischt wäre, und damit Arbeitskräfte freisetzt, die zur Erzeugung von Gebrauchswerten verfügbar werden. Die Banknote bewirkt dasselbe in rationellerer Form.

Papiergeld wie Banknote vermehren aber nicht bloß die Zahl der Arbeitskräfte, die Gebrauchswerte schaffen, sie ermöglichen es auch, die Menge der Zirkulationsmittel weit rascher zu vermehren, als durch den Goldbergbau bewirkt werden kann. Damit wird eine Schranke beseitigt, die der raschen Entwicklung der Warenproduktion im Wege stand, da ja eine bestimmte Ausdehnung der Warenzirkulation einer bestimmten Geldmenge bedarf. Die Menge der Werte, die in den Zirkulationsprozeß eintreten, wächst nicht nur mit der Bevölkerung, das heißt der Zahl der Arbeitskräfte; sie muß auf das rascheste selbst bei gleichbleibender Zahl dieser Kräfte zunehmen, wenn die Produktion für den Selbstgebrauch rasch zurückgeht und die für den Verkauf wächst. Nur die letztere bedarf des Geldes zu ihrer Zirkulation, nicht die erstere.

Als die Warenproduktion die Schwelle der kapitalistischen Produktion erreicht hatte, die allein imstande ist, sie zu allgemeiner Form der Produktion

zu machen, da wurde ihre Entwicklung im 16. und 17. Jahrhundert mächtig gefördert durch die gewaltigen Gold- und Silbermassen, die von Amerika nach Europa flossen und die Menge des umlaufenden Geldes sehr vermehrten. Dieser Strom trat im Laufe des 17. Jahrhunderts immer mehr zurück, dafür erschlossen die großen Notenbanken, die im 18. Jahrhundert aufkamen, einen neuen Geldstrom, der noch den Vorteil hatte, daß er nicht, wie die Gold- und Silbergewinnung, zahlreiche Arbeitskräfte für die Erzeugung von Gebrauchswerten brachlegte.

Durch die Banknote wird es ermöglicht, die umlaufende Geldmenge der raschesten, sprunghaftesten Vermehrung der zum Verkauf kommenden Warenmenge anzupassen.

7. Wechsel und Scheck.

Gleichzeitig erstehen Methoden, die nicht neues Bargeld schaffen, wohl aber solches und auch Zeit sparen, den Geldverkehr beschleunigen und damit die Intensität der Warenproduktion ebenso fördern wie das z. B. durch die Beschleunigung des Warentransports geschieht. Manche dieser Methoden werden besonders wichtig für die internationale Warenzirkulation. In dieser spielt die Banknote keine Rolle und gleichzeitig wachsen mit den zunehmenden Wertmassen und Entfernungen des Warenverkehrs die Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten der Zahlungen mit Gold. Auch der Umfang des internationalen Verkehrs strebt rascher zu wachsen als die Goldproduktion.

Für den internationalen Verkehr kommt namentlich der Wechsel in Frage, für den inneren Geldumlauf der Scheck. Beide werden wichtig durch die Ausgleichung der Zahlungen, die sie ermöglichen.

Wir haben bereits von den Bankdepositen gesprochen und den Ursprung der Banknote aus einer Art der Verfügung des Depositärs über sein Depot abgeleitet. Heute verfügt er in anderer Art darüber, durch einen Zahlungsauftrag, einen Scheck, der die Bank beauftragt, einem Dritten aus dem Depot Zahlung zu leisten. Besitzt dieser Dritte ein Depot bei der gleichen Bank, so kann diese Zahlung ohne jegliches Bargeld in der Weise geschehen, daß in den Büchern der Bank das Depot des einen um den Betrag des Schecks gekürzt und das des anderen um ihn erhöht wird (Giro).

Je größer die Bank, je ausgedehnter ihr Geschäftsverkehr, je zahlreicher ihre Filialen, desto öfter wird dieser Fall vorkommen. Die Deutsche Reichsbank wird für den Giroverkehr von den meisten größeren Geschäften benutzt.

„Im Jahre 1910 wurde bei etwa einer Milliarde Mark werktäglichen Umsatzes der Reichsbank nur noch $^1/_8$ Milliarde Bargeld erfordert. Nur 500 Mark Notenumlauf kamen auf den Geschäftsumsatz der Reichsbank von je 100 000 Mark.“ (G. v. Schulze-Gaevernitz, Die Deutsche Kreditbank, Grundriß der Sozialökonomie, V. Abt., II. Teil. Bankwesen. Tübingen, Mohr. 1915. S. 41.)

Daneben entwickeln sich Verrechnungs- und Abrechnungseinrichtungen, in denen die großen Geschäfte, namentlich die Banken, ihre gegenseitigen

Forderungen untereinander ausgleichen und nur die verbleibenden Reste (Saldi oder Bilanzen) aneinander bar bezahlen oder durch Giro übertragen. Welche Ausdehnung dies Verfahren gewonnen hat, bezeugen einige Zahlen, die wir dem eben zitierten Werke Schulze-Gaevernitz' entnehmen. Es betrugen bei der Reichsbank die Umsätze

	1891 Milliarden	1913 Milliarden
im Giroverkehr	81,0	379,2
im Abrechnungsverkehr	17,6	73,6
Zusammen	98,7	452,8
Davon Barzahlungsverkehr	24,3	43,4
Barzahlung in Prozenten des Gesamtumsatzes	24,7 Prozent	9,6 Prozent

Anderer Art als der Scheck ist der Wechsel. Er ist nicht ein Zahlungsauftrag, sondern ein Zahlungsversprechen. Entweder ein direktes Zahlungsversprechen, der Solowechsel, in dem Müller verspricht, dem Schulze zu einem gegebenen Termin eine bestimmte Summe zu zahlen. Oder er ist ein indirektes Zahlungsversprechen, eingeleitet durch einen Zahlungsauftrag. Schulze beauftragt Müller, ihm, dem Schulze selbst oder einem Dritten, eine bestimmte Summe zu bestimmter Zeit zu zahlen. Dieser Wechsel erhält seine volle Gültigkeit erst, sobald Müller ihn akzeptiert, das heißt, durch seine Unterschrift, sein Akzept, die Forderung Schulzes als gültig anerkannt hat. Dadurch wird der Auftrag ein Versprechen.

Forderungen aus dem internationalen Warenverkehr werden meist auf diesem Wege beglichen. Die deutschen Exporteure nach England zogen Wechsel auf die dortigen Importeure, und die englischen Exporteure nach Deutschland zogen Wechsel auf die deutschen Importeure.

Die Exporteure hier wie dort verkauften ihre Wechsel, die erst später fällig wurden, an Banken, entweder gegen bar oder zur Auffüllung ihres Depots. So flossen die Wechsel hüben wie drüben in wenigen Zentralstellen zusammen, denen es nicht schwer wurde, die gegenseitigen Verbindlichkeiten von Land zu Land auszutauschen. Auch hier braucht bloß der Saldo oder die Zahlungsbilanz in barem Gelde beglichen zu werden, dieses allerdings muß Gold sein.

Und das Gold bleibt die Basis des ganzen ungeheuren Geldgebäudes, das sich auf diese Weise erhebt. Sein Anteil an der Geldmasse wird allerdings immer geringer, und auch der Anteil der Banknoten daran geht zurück gegenüber jenen Geldsummen, die bloß aus Zahlungsaufträgen, Zahlungsversprechen, buchmäßigen Zahlungsansprüchen bestehen, aber alle Geld sind, in Geldform umgesetzte Warenwerte, die noch nicht wieder in die Form neuer Waren umgesetzt sind.

So sehr der Anteil des Goldes an der Gesamtheit des Geldes zurückgeht, so nimmt doch absolut mit dem Fortgang der Goldproduktion die in Geldform vorhandene Goldmenge zu. Es bleibt der Wertmesser der Waren, und jede Summe andersartigen Geldes wird ausgedrückt als eine

Goldsumme. So gewaltig sich auch die ganze papierne Herrlichkeit gebärden mag, sie bleibt unter der Diktatur des Goldes. Und daran kann keine Papierwährung etwas ändern. Das Gold bleibt auch die einzige sichere Basis des kapitalistischen Geschäfts. Alle anderen Geldarten sind im Grunde genommen nur Versprechungen von Gold, können als Geld nur fungieren, solange die Versprechungen der Urheber dieses Geldes für bare Münze genommen werden. Schwindet das Vertrauen, der Kredit, dann erbebt das ganze Gebäude und droht zusammenzubrechen.

Anderseits erleichtert es das Kreditgeld, daß bloße Versprechungen in bare Münze umgesetzt werden. Wird die Geldwirtschaft immer empfindlicher gegen jeden Schwindel, so öffnet sie ihm doch immer mehr Tür und Tor. Und je größer die Unsicherheit, desto mehr blüht die Spekulation.

8. Das fiktive Kapital.

Dieser Zustand wird auf den Gipfel getrieben dadurch, daß sich zum fiktiven Geld auch noch fiktives Kapital gesellt.

Wir haben gesehen, daß das Geldkapital seine Verwertung in der Gewährung von Anleihen gegen Verzinsung sucht. Der Zins entspringt anfangs einer Erpressung, einer Ausnutzung der Notlage des Schuldners, sein Satz hängt daher ganz von der Höhe dieser Notlage ab.

Ganz anders gestaltet sich die Sachlage, sobald die Anleihe ein Mittel wird, die industrielle Produktion zu befruchten, ein Mittel nicht bloß des Gläubigers, sondern auch des Schuldners, Mehrwert zu gewinnen. Regelmäßigkeit des Geschäftsverkehrs und Konkurrenz bringt jetzt Regelmäßigkeit, wie in den Profit so auch in den Zins. Bei allen kleinen Schwankungen des Tages erlangt doch sein durchschnittlicher Satz für das solide Geschäft eine allgemeine Geltung.

Gleichzeitig wird es auch so allgemein, jede Geldsumme, die man nicht sofort braucht, in einer Bank oder sonstwie zinstragend anzulegen, daß im Bewußtsein des Geschäftsmenschen der Zins zu einem natürlichen Produkt des Geldes wird.

„Es wird ganz so Eigenschaft des Geldes, Wert zu schaffen, Zins abzuwerfen, wie die eines Birnbaums, Birnen zu tragen." (Marx, Kapital, III, 1, S. 378.)

Sind aber einmal im Bewußtsein Geldkapital und Zins unauflöslich miteinander verbunden, erwartet man, überall dort Zins zu finden, wo Geldkapital ist, so liegt die Umdrehung dieses Verhältnisses nahe und sieht man überall dort Geldkapital, wo eine regelmäßige Zinszahlung vorliegt. Und ist der allgemeine Zinsfuß ein bestimmter, dann sieht man hinter einer bestimmten Zinsmenge auch eine bestimmte Menge Geldkapital.

So ersteht eine neue Form von Wert und Kapital, die nicht ein Produkt der Arbeit, sondern bloßer Berechnung ist, eine Form, die Marx das fiktive, mitunter auch das illusionäre Kapital nennt. Ist das Anrecht auf einen Zinsenbezug in einem Papier festgelegt, so wird dieses zu einem

Wertpapier, zu einer Ware, die man kauft und verkauft, ebenso wie andere Waren.

Hinter einem fiktiven Kapital kann wirkliches stecken, Produkt von Arbeit, etwa Produktionsmittel und Geld für Lohnzahlungen. Aber der Wert des fiktiven Kapitals wird nicht danach bemessen.

Nehmen wir z. B. eine Aktiengesellschaft, etwa eine Fabrik. Der Kurs der Aktien wird nicht berechnet nach dem Wert der Fabrikanlagen und des Rohmaterials sowie der vorhandenen Barmittel, sondern nach der Höhe der Dividende, die sie abwerfen. Bei der Gründung der Fabrik sei das Aktienkapital gleich dem wirklich in der Fabrik angelegten Kapital gewesen, beides gleich 10 Millionen, und der Kurs der Aktien habe ihrem Nennwert entsprochen, sei gleich 1000. Ist der durchschnittlich im Lande übliche Zinsfuß gleich 5 Prozent und erzielt die Gesellschaft einen Jahresertrag von 1 Million, eine Dividende von 10 Prozent, so werden ihre Aktien auf 2000 steigen. Erzielt sie jahraus jahrein 1 Million Gewinn und sinkt der übliche Zinsfuß auf 4 Prozent, so wird der Kurs der Aktien 2500 erreichen.

Auch hinter den Papieren einer Staatsanleihe kann wirkliches Kapital stecken, wenn sie z. B. zu Eisenbahnbauten verwendet wird. Aber die Staatsschuldverschreibungen haben den gleichen Wert, auch wenn der Staat das Geld, das er für sie einnahm, unproduktiv verpulverte. Ihr Kurs wechselt mit dem üblichen Zinsfuß.

Nicht nur wirkliche, sondern auch bloß erwartete Zinsen schaffen schon ein fiktives Kapital. So bekommt ein wüstes Landstück, wenn es als Baugrund verwendet werden könnte, Wert nicht durch die Zinsen, die es trägt, sondern durch die, welche von benachbarten Häusern abgeworfen werden und die es auch tragen könnte, wenn es bebaut würde.

Bei der Gründung einer jeden Aktiengesellschaft beruht der Wert der Aktien zunächst nur auf versprochenen Dividenden.

Das ermöglicht und erleichtert schwindelhafte Geschäfte, bewirkt aber auch, daß auf keinem anderen Gebiete die Preise so stark schwanken, wie bei den fiktiven Werten, daß sie daher das Hauptobjekt der Spekulation werden, die sich auf der Börse, dem Markte für alles fiktive Kapital, konzentriert und am wildesten austobt.

Auf der einen Seite wird der Geld- und Kreditmechanismus des Produktionsprozesses immer empfindlicher. Andererseits wachsen gleichzeitig die Erschütterungen, denen er zeitweise ausgesetzt wird. So schien es, als müsse die kapitalistische Produktionsweise schließlich in einem Chaos, in allgemeiner wirtschaftlicher Anarchie enden, die nur der Sozialismus bannen könne.

Indessen setzte schon innerhalb des Kapitalismus eine Gegenwirkung ein. Weniger durch die Bildung der Kartelle, von denen wir in diesem Zusammenhange absehen, als durch die Entwicklung der Banken.

Wir haben bereits gesehen, wie die Zentralisation des Kapitals sich bei ihnen am meisten bemerkbar macht. Gleichzeitig werden sie immer mehr zu Behältern alles Geldes, das nicht sofort benötigt wird und über

das sie die Verfügung bekommen. In demselben Maße wächst die Summe von Leihkapital, das in der Industrie zur Anwendung kommt und das sie von den Banken in den verschiedensten Formen bezieht. Der einzelne Kapitalist wird immer abhängiger von seiner Bank und diese bekommt immer mehr Einsicht in seine Geschäftsgebarung.

Je größer die Bank, desto ausgedehnter der Kreis von Kapitalisten, den sie kontrolliert, desto größer ihre Einsicht in die allgemeine Geschäftslage, desto größer aber auch ihre Macht, in die Geschäftsgebarung der Kapitalisten einzugreifen, hier hemmend, dort fördernd.

Dadurch wird keineswegs jeder Schwindel und jede Spekulation ausgeschlossen. Gerade das Bankwesen liefert die größten Mittel und Möglichkeiten für Schwindler und Spekulanten. Aber die großen Zentralbanken bekommen immer mehr die Macht, allen Schwindel und alle Spekulation zu verhindern, die ihnen nicht passen, bei denen sie nichts profitieren, die ihnen für ihre eigene Machtposition und das eigene Geschäft gefährlich erscheinen. Und die Fülle der Profite, die ihnen aus normalen Geschäften zufließen, wächst so gewaltig an, daß sie gern auf gewagte Geschäfte kleineren Umfangs verzichten. Nur große Spekulationen, so riesenhafter Natur, daß sie ganze Reiche umwälzen, interessieren sie noch. Die Spekulationen der großen Banken werden zur gewaltigsten Triebfeder des Imperialismus.

Im Geldverkehr der einzelnen kapitalistischen Unternehmungen untereinander aber ersetzen die großen Banken immer mehr die Anarchie der freien Konkurrenz durch ihren eigenen Despotismus. In diesem Gegensatz zwischen wachsendem Despotismus und wachsender Anarchie bewegt sich jetzt die kapitalistische Produktionsweise.

9. Die Zahlungsbilanz.

Wir haben uns in unseren Ausführungen über das Geldwesen anscheinend von unserem Thema der Uebergangswirtschaft weit entfernt. Doch haben wir sie stets im Auge behalten und jene Seiten des Geldes besonders berücksichtigt, die für sie in Betracht kommen. Je länger die Grundlegung ausgefallen ist, um so kürzer werden wir uns bei den Konsequenzen für die Uebergangswirtschaft, die wir ziehen, fassen dürfen.

Wer von der Regelung des Geldwesens in der Uebergangswirtschaft spricht, hat vor allem die Hebung der Valuta im Auge, das heißt, der Wertgeltung des im Lande umlaufenden Geldes, deren Sinken in einem ungünstigen Wechselkurs zutage tritt.

Das Sinken des Geldwertes ist eine Erscheinung, die nicht auf Deutschland beschränkt ist, sondern mehr oder weniger bei allen kriegführenden Mächten beobachtet werden kann. Ihre ökonomischen Schäden haben wir bereits in dem Kapitel über das Papiergeld erörtert und dort auch ihre wichtigste Ursache dargelegt, die übermäßige Ausgabe papierner Geldzeichen.

Beim Wechselkurs gesellt sich dazu noch eine weitere Ursache: die ungünstige Zahlungsbilanz. Bei den Erörterungen der Valutafrage wird meist nur diese allein in Betracht gezogen, und doch ist sie nicht das wichtigste Moment.

Der Wechselkurs steht ungünstig, das heißt, der Kurs des ausländischen Geldes steht höher als der des inländischen, wenn die Zahlungsbilanz eine passive ist, wenn also das Land mehr an das Ausland zu zahlen als von ihm zu bekommen hat. Was eintritt, wenn z. B. das Land mehr Waren einführt als ausführt und dieser Ueberschuß durch keine Forderungen an das Ausland ausgeglichen wird.

Um das klarzulegen, wollen wir den Mechanismus möglichst einfach darstellen, ohne Dazwischenkunft der Banken. Nehmen wir zwei Länder, die miteinander Handel treiben, etwa Rußland und Deutschland. Rußland sende für 2 Milliarden Mark Waren nach Deutschland, dieses Waren für 1½ Milliarden Rubel, gleich 3 Milliarden Mark, nach Rußland. Die russischen Exporteure werden Wechsel im Betrage von 2 Milliarden Mark auf Deutschland ziehen; die russischen Importeure werden dagegen 1½ Milliarden Rubel, gleich 3 Milliarden Mark an Deutschland zu zahlen haben. Das einfachste Mittel, diese Zahlung zu leisten, besteht darin, daß sie auf Deutschland gezogene Wechsel ankaufen. Durch diesen Ankauf kommen die russischen Exporteure zu dem Geld, das ihnen Deutschland schuldet. Aber die russischen Importeure suchen mehr Wechsel auf Deutschland (3 Milliarden), als gezogen wurden (2 Milliarden). Es werden Wechsel im Gesamtbetrage von einer Milliarde Mark mehr gesucht, als angeboten, der Markwechsel wird im Preise steigen.

Das Steigen des Kurses ausländischer Wechsel wird jedoch einen gewissen Punkt nicht überschreiten können, wenn Einlösbarkeit der Banknoten gegen Gold besteht, also jeder Kapitalist seinem Geld die Goldform zu geben vermag, die allein im Ausland gilt. Der Wechsel aufs Ausland wird gesucht, um die Kosten und Mühen der Versendung von Gold zu ersparen. Je höher der Wechselkurs, desto näher liegt es, statt Wechsel zu kaufen, Gold zu versenden. Sobald der Wechselkurs den Punkt erreicht hat, von dem an die Versendung von Gold vorteilhafter wird, hört sein Steigen auf. Dieser Punkt heißt der Goldpunkt. Er entfernt sich nur wenig vom Goldwert. Die Wechselkurse schwanken stets, aber in normalen Zeiten innerhalb sehr unbedeutender Grenzen.

Das gilt jedoch nur bei Einlösbarkeit der Noten. Ist in einem Lande kein Gold zu haben, dann fällt Ländern gegenüber, wo dies doch oder leichter der Fall ist, diese Grenze für das Steigen des Wechselkurses fort. Er kann unbegrenzt hoch steigen und damit werden die Preise der importierten Waren immer höher, wobei man nicht sofort genau unterscheiden kann, inwieweit dies der Entwertung des eigenen Papiergeldes zuzuschreiben ist, die auch die im Inland produzierten Waren im Preise erhöht, oder der ungünstigen Zahlungsbilanz.

Diesem Zustand, der sich während des Krieges herausgebildet hat, wird die Uebergangswirtschaft abhelfen müssen. Dabei kommt sie jedoch in einen argen inneren Konflikt.

Die ungünstige Zahlungsbilanz der kriegführenden Mächte beruht in erster Linie auf ihrer ungünstigen Handelsbilanz, darauf, daß wegen Mangels an Arbeitskräften die für den Export tätigen Produktionszweige lahmgelegt sind, indes der Verbrauch im Innern wächst. Also Abnahme der Ausfuhr, Zunahme der Einfuhr.

Um die Zahlungsbilanz günstiger zu gestalten, soll nun während der Uebergangswirtschaft die Sache umgekehrt, die Einfuhr gehemmt, die Ausfuhr gesteigert werden. Wir haben schon die stofflichen Hindernisse dieser Manipulation erörtert. Wie soll die Industrie wieder in Gang kommen, wenn ihr die Rohstoffe fehlen? Sie sind es hauptsächlich, die viel Schiffsraum beanspruchen, nicht die Industrieprodukte. Um die Rohstoffe zu bekommen, soll der Schiffsraum möglichst rasch erweitert werden! Und gleichzeitig will man die Einfuhr möglichst beschränken, um die Zahlungsbilanz zu bessern.

Nun wird man sagen, nicht die ausländischen Rohstoffe, sondern die Industrieprodukte sollen ferngehalten werden. Man vergißt nur, daß diese Fernhaltung die berühmte Schraube ohne Ende ist. Halte ich durch Gewaltmaßregeln Industrieprodukte des Auslands von mir fern, so antwortet dieses mit gleicher Münze. Und doch gehört zur Besserung der Handelsbilanz die Förderung der Ausfuhr.

Uebrigens wirkt eine sinkende Valuta, die die Preise für Auslandsprodukte erhöht, ebenso wie ein Schutzzoll. Meist mehr, als erwünscht ist.

Wir können nicht genug Rohstoffe hereinbekommen. Man braucht nicht zu befürchten, daß deren Einfuhr zu groß wird, sondern eher, daß sie ungenügend bleibt. Erst wenn das Industrieland die nötigen Rohstoffe erlangt hat, kann es daran gehen, seine Exportindustrie wieder aufzurichten und so seine Handelsbilanz zu verbessern.

Wie soll man aber die Rohstoffe bezahlen? Wo das Geld für sie hernehmen? Wer selbst kein Geld hat, denkt an das der anderen, an eine Anleihe. Durch eine Anleihe beim Ausland kann man sicher eine ungünstige Zahlungsbilanz zeitweilig verbessern und gleichzeitig für ihren Betrag Rohstoffe erwerben und damit durch Belebung der Exportindustrie eine Besserung der Handelsbilanz anbahnen. Aber man baue nicht auf ausländische Anleihen. Der Weltkrieg wird alle Staaten zu sehr erschöpft und zugleich alle zu sehr nach auswärtigen Anleihen begierig vorfinden, als daß irgendeiner unter ihnen viel auf finanzielle Stärkung durch das Ausland rechnen dürfte.

Doch braucht man deshalb nicht zu verzweifeln. Ist vom Ausland nichts zu erwarten, so verfügt jeder Staat doch in seinem Innern über ein gehöriges Quantum von Geld, das als Weltgeld benutzt werden kann, den Goldschatz, den er entweder als Staatsschatz besitzt oder den er als Schatz der zentralen Notenbank beherrscht.

Es gehört zu den gröbsten Irrtümern der unter den Bankleuten herrschenden Geldtheorie, daß sie diesen Goldschatz nicht anzutasten wagen. Man braucht kein Verfechter der Papierwährung zu sein, darf wohl anerkennen, daß das Gold die unentbehrliche Basis des Geldwesens bildet,

als Wertmesser wie als Weltgeld, und kann doch das krampfhafte Festhalten am Goldschatz für völlig verfehlt erklären.

Dieses Festhalten beruht auf der falschen Ansicht, daß der Wert der Banknoten nicht von dem Verhältnis ihrer Menge zum Wert der zirkulierenden Warenmasse, sondern von der Höhe ihrer metallischen Deckung abhänge. In Wirklichkeit ist der Goldschatz nicht zur Hochhaltung des Wertes der Banknoten da, sondern als Reservefonds für Zahlungen ans Ausland, die in Gold geleistet werden müssen, soweit sie sich nicht ausgleichen. Seine Aufgabe ist gerade die, Zahlungen in Gold an das Ausland zu ermöglichen, die in anderer Weise nicht zu begleichen sind, und so die Zahlungsbilanz auszugleichen.

Gewiß kann kein Staat, der nicht selbst über die nötige Anzahl Goldgruben verfügt, dauernd seine Wareneinfuhr mit Gold bezahlen. Auch der größte Goldschatz würde sich dabei rasch leeren.

Aber einmal, bei einer außerordentlichen Gelegenheit, darf man sich schon einen tüchtigen Griff in die Kasse gestatten. Dazu ist der Reservefonds eben da. Der Feldherr handelt taktisch sicher unklug, der seine Reserve ohne Not und vorzeitig einsetzt. Nicht minder aber jener, der sie ängstlich in einem Moment zurückhält, in dem sie den Sieg entscheiden kann. Verliert er dadurch die Schlacht, dann ist es ein schwacher Trost, daß die Reserve intakt blieb, um den Rückzug zu decken.

Wenn jemals für einen Staat eine dringende Notwendigkeit gegeben war, seinen Goldschatz zu Ankäufen im Ausland anzuwenden, so ist es die, vor der sich jeder am Ende des Krieges durch die ökonomische Situation gestellt sehen wird.

Die Aufwendung des Goldschatzes zum Ankauf von Rohmaterialien im Ausland bildet auch das zweckmäßigste Verfahren für das regelnde Eingreifen des Staates in die Einfuhr. Neben der Verstaatlichung der Bergwerke und des großen Grundbesitzes und der staatlichen Regelung der kommunalen Landwirtschaft bietet diese Verwendung des staatlichen Goldschatzes die beste Möglichkeit für den Staat, den in Verwirrung gebrachten Produktionsprozeß wieder zu ordnen. Dies Verfahren, die Einfuhr in bestimmte Bahnen zu lenken, ist viel zweckmäßiger, als der mehr hemmende und an allen Ecken und Enden Anstoß erregende Apparat der Einfuhrverbote und der monopolisierten Einkaufsgesellschaften, den man befürwortet.

Daß wir dabei stets einen demokratischen Staat im Auge haben, in dem die Bureaukratie nicht autokratisch waltet, ist selbstverständlich.

Man braucht nicht zu befürchten, daß der Staat bei dieser Goldausfuhr seinen ganzen Goldschatz einbüßt. Eher besteht die Gefahr, daß er nicht genug davon los wird.

Wir wissen ja, daß der Geldumlauf in jedem Lande unter bestimmten Bedingungen nur eine bestimmte Menge von Gold oder Goldeswert aufnehmen kann.

Wenn alle Staaten, die Defizite an Gebrauchswerten aufweisen, dazu übergehen, den wenigen Staaten, die nach dem Kriege Ueberschüsse

produzieren, solche mit Gold abzukaufen, dann wird sich bei diesen eine große Goldmenge anhäufen, für die sie keine Verwendung haben. Bei einer Reihe neutraler Staaten haben sich Ansätze dazu schon während des Krieges gezeigt.

Nun ist Geld sicher, wie schon der biedere Roscher wußte, eine angenehme Ware, aber doch nur deshalb, weil es die angenehme Eigenschaft besitzt, daß ich mir jede beliebige Ware dafür kaufen kann. Geld, für das ich keine Ware zu kaufen bekomme, hat keinen Gebrauchswert mehr, denn sein einziger Gebrauchswert besteht darin, die Waren zirkulieren zu lassen.

Wenn die Rohstoffe exportierenden Staaten nur Gold für ihre Waren bekommen, nicht Fabrikate, dann mag ihnen das als schlechter Tausch erscheinen und dann könnten sie noch zu einem Verbot weiterer Goldeinfuhr kommen, im Gegensatz zu der heute vorherrschenden Praxis des Verbots der Goldausfuhr.

Aber diese Gefahr bildet natürlich keinen Grund für ein Industrieland, solange die Länder des Rohstoffüberschusses sich die Goldeinfuhr nicht verbitten, soviel als möglich von seinem Goldschatz auf Erwerbung von Rohstoffen aus dem Ausland aufzuwenden. Je rascher, kühner, energischer man das tut, um so größer wird der Erfolg sein.

10. Die Ausgleichung von Gold und Note.

Wenn wir für die Goldausfuhr plädieren, so wollen wir damit nicht der Papierwährung das Wort reden. Als Wertmesser und Weltgeld ist das Gold nicht zu ersetzen, es muß in jedem Lande die Basis des Geldgebäudes bleiben. Dazu ist jedoch nicht notwendig, daß in der inneren Zirkulation die Goldmünzen wieder frei umlaufen und stets nach Belieben gegen Noten einzutauschen sind. Papiergeld oder Banknoten mögen das ausschließliche Zirkulationsmittel für den inneren Markt bilden. Aber sie müssen in ein bestimmtes Wertverhältnis zum Golde gebracht werden und Gold zu diesem Verhältnis stets für Zwecke der Industrie oder auswärtiger Zahlungen gegen Noten zu haben sein.

Zur Lösung dieser Aufgabe muß natürlich Gold im Staat vorhanden sein. Er darf sich nicht ganz des Goldes entblößen. Aber er braucht dazu keineswegs die riesigen Goldschätze, die in den Kellern der großen Banken heute aufgespeichert sind. Nicht von der Höhe der Deckung hängt die Herstellung der Parität zwischen Gold und Note ab, sondern von dem Umfang der in Umlauf gesetzten Menge Noten.

Es gibt verschiedene Methoden, die papiernen Geldzeichen dem Golde wieder gleichwertig zu machen. Welche immer man wählen mag, jede hat eine Vorbedingung, die unter allen Umständen erfüllt sein muß. Der erste Schritt, den die Uebergangswirtschaft tut, um das Geldwesen zu sanieren, muß in der Einstellung jeder weiteren Ausgabe papierner Geldzeichen bestehen, welchen Namen immer sie tragen mögen. Das gilt für Darlehnskassenscheine ebenso wie für Banknoten.

Nach Erlangung dieser Vorbedingung gibt es zwei Wege, die Papierwirtschaft wieder in eine Goldwirtschaft zu verwandeln. Alle die verschiedenen Vorschläge, das zu erreichen, lassen sich auf diese beiden Wege zurückführen. Der eine besteht in der rascheren oder langsameren Hebung des Wertes des papiernen Geldes, die so lange fortzusetzen ist, bis er dem Goldwert gleich ist. Der andere in der Fixierung des bei Ausgang des Krieges bestehenden Wertverhältnisses zwischen Papier und Gold.

Am raschesten ließe sich das Ziel auf dem ersteren Wege in der Weise erreichen, daß man den Betrag der das Zirkulations- und Zahlungsbedürfnis überschreitenden Notenmenge festsetzt, eine Anleihe in diesem Betrage aufnimmt und deren Erlös dazu benutzt, die entsprechende Anzahl Noten aus dem Verkehr zu ziehen. Wenn die Zirkulation 6 Milliarden Mark in Gold erheischen würde und Banknoten im Nennwert von 12 Milliarden ausgegeben sind, würde eine Anleihe von 6 Milliarden ausreichen, die Banknote wieder dem Golde gleichwertig zu machen.

Aber abgesehen davon, daß größere Anleihen nach dem Kriege nur schwer zu erlangen sein werden, würde dies bei einer Differenz zwischen Gold und Papier, wie die in obigem Beispiel angenommene, einen plötzlichen Sprung des Geldwertes bedeuten, eine völlige Umwälzung aller Preise. Schwere Störungen der Warenzirkulation wären die erste Folge der Sanierung, das Heilmittel vorübergehend schlimmer als das Uebel selbst. Nur wo die Differenzen geringere waren, nur wenige Prozente ausmachten, wurde bisher die Sanierung des Geldwesens durch eine Anleihe vorgenommen.

Eine Methode, die langsamer vorgeht, gewaltsame Störungen ausschließt und gar nichts kostet, ist die, daß man einfach nichts tut, sich darauf beschränkt, kein weiteres Papiergeld auszugeben. Mit der Entwicklung der Warenproduktion und der Zunahme der Bevölkerung nimmt die Menge der produzierten und in Zirkulation tretenden Warenwerte von Jahr zu Jahr zu. Damit auch das Bedürfnis nach neuem Geld. Der Zirkulationswert der umlaufenden Masse Papiergeldes wächst also jährlich. Bleibt diese Masse unverändert, dann steigt der Wert jedes ihrer Bruchteile, eines jeden Scheines, bis er schließlich den Wert des gleichnamigen Goldstücks erreicht.

Diesen Weg haben z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem großen Bürgerkriege eingeschlagen, der von April 1861 bis zum Mai 1865 währte und die Staatsausgaben, die für 1861/62 mit 68 Millionen Dollars veranschlagt waren, schließlich bis auf 1900 Millionen Dollars (rund 8 Milliarden Mark) im Jahre 1864/65 hinaufschnellen ließ. Man behalf sich mit Steuererhöhungen und Anleihen. Daneben mit der Ausgabe von Papiergeld. Im Jahre 1862 setzte man für 73 Millionen Dollars Staatspapiergeld (genannt Greenbacks nach der grünen Rückseite) in Umlauf, 1864 waren bereits für 415 Millionen ausgegeben. Die Folge war zunehmende Entwertung des Geldes, ein Steigen der Preise. Im Juli 1864 erreichte das Goldagio 185 Prozent.

Nach dem Kriege versuchte man, nicht mit einem Male, sondern allmählich, die Menge der Greenbacks zu verringern, indem monatlich bis zu 4 Millionen Dollars eingezogen wurden. Doch diese Maßregel stieß auf Widerstand, sie wurde aufgegeben, von 1868 an ist die Zahl der Greenbacks im wesentlichen auf dem gleichen Stande geblieben. Sie betrug damals 328 Millionen Dollars. Ihr Wert stieg von Jahr zu Jahr, die Vereinigten Staaten wuchsen in das anfangs zu umfangreiche Kleid von Papiergeld hinein, bis es ihnen schließlich paßte. Im Jahre 1879 standen Gold- und Papierdollar einander gleich. Bis dahin mußten die Mißstände der Papierwirtschaft ertragen werden.

Es ist nicht anzunehmen, daß irgendeiner der heute am Kriege beteiligten Staaten im Frieden einen so raschen Aufschwung erleben wird, wie damals Amerika. Der Sieg über die Sklavenhalter im Süden hatte der Bauernschaft des Nordens weite Landflächen eröffnet, jungfräulichen Boden, der auch bei oberflächlicher Bewirtschaftung ohne Düngung zunächst reiche Ernten abwarf. Ein weites Feld für neue Arbeitskräfte eröffnete sich da und zog zahlreiche Auswanderer aus den Oststaaten wie aus Europa an. Die Aera der Ueberschwemmung Europas mit amerikanischem Getreide und Fleisch wurde gerade in der Zeit von 1864 bis 1879 angebahnt. Von 1860 bis 1880 wuchs die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von 31 auf 50 Millionen, verdoppelte sich die Zahl der Bauernhöfe von 2 Millionen auf 4 Millionen, vermehrte sich die Weizenproduktion von 173 auf 499 Millionen Bushels.

Für einen derartigen Aufschwung fehlen in Europa alle Vorbedingungen, das zuschüssige Land ebenso wie die zuschüssigen Menschen. Der Geburtenstreik wird allenthalben die Stärke des französischen erlangen, die Wanderungsbewegung der Arbeiter wird Europa mehr Arbeitskräfte entziehen, als zuführen. Das einzige Land, in dem in den nächsten Jahren ähnliche Bedingungen wie in den Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkriege gegeben sein dürften, wird Rußland sein.

Das unmerkliche, schmerzlose Hineinwachsen des europäischen Kapitalismus in das weite Papierkleid, das er an Stelle seines eng anliegenden Goldpanzers antat, ist also eine ebenso zweifelhafte Sache, wie das unmerkliche Hineinwachsen in den Zukunftsstaat.

Könnte man indes nicht das Steigen des Wertes des Papiergeldes beschleunigen, in der Weise, wie es in den Vereinigten Staaten anfangs versucht wurde, daß man jeden Monat eine gewisse Menge Papiergeld einzieht und so allmählich ohne Katastrophe seinen Wert erhöht? Wie wir bereits gesehen, fand diese Prozedur Widerstand. Warum?

Wir haben oben schon bemerkt, daß am Sinken des Geldwertes, also am Steigen der Preise, eine Reihe von Elementen der Bevölkerung interessiert sind. Die Preise, die steigen, sind die Papierpreise im Innern, nicht die Goldpreise im Weltverkehr. Da die Löhne nicht im gleichen Maße zunehmen, wie die Preise der Produkte, können diese, in Gold gemessen, trotz der Preissteigerung sogar billiger hergestellt werden, als unter sonst gleichen Bedingungen die Produkte in einem Lande mit

Goldwährung. So kann der sinkende Wert des Papiergeldes wie ein Schutzzoll wirken. Anderseits hilft der sinkende Wert des Geldes den Schuldnern, die die Anleihen, die sie aufnahmen, wenn sie langfristig sind, in minderwertigem Geld verzinsen und zurückzahlen. Die Leidtragenden sind die Gläubiger. Die gegenteiligen Wirkungen übt natürlich der steigende Wert des Geldes, der sich in sinkenden Preisen ausdrückt. Die schutzzöllnerischen Industriellen fühlten sich in den Vereinigten Staaten dadurch ebenso benachteiligt, wie die Bauern, die ihre Hypotheken mit schlechtem Geld aufgenommen hatten und sie nun mit höherwertigem Geld verzinsen und zurückzahlen sollten.

Die Arbeiter allerdings gewinnen bei sinkenden Preisen, da der Preis ihrer Arbeitskraft sich nicht so leicht ändert, wie der der anderen Waren. Doch waren die Lohnarbeiter in Amerika noch nicht zu einer eigenen Politik vorgedrungen, viele von ihnen fühlten sich noch als künftige industrielle Kapitalisten oder als Bauern und machten deren Politik mit.

In Europa wird das diesmal nicht so leicht gehen. Die Arbeiter werden an der Teuerung durchaus keinen Geschmack finden und ein Sinken der Preise freudig begrüßen. Aber sie werden es sich sehr überlegen, ob sie zu diesem Zwecke eine künstliche Steigerung des Geldwerts durch Maßnahmen verlangen sollen, die eine Neubelastung des Staates und damit auch der Arbeiterschaft herbeiführen. Das gälte von jeder Einziehung von papiernen Geldzeichen durch den Staat, mag sie durch eine Anleihe vermittelt werden oder nicht. Der Staat kommt, abgesehen von seinen Profit abwerfenden Wirtschaftsbetrieben, in den Besitz von Geld nur durch Steuern oder Anleihen. Will er 100 Millionen Papiergeld im Monat einziehen, so muß er dieser 100 Millionen zuerst, wenn er sie nicht mit einer Anleihe bezahlt, mit einer Steuer habhaft werden. Und diese 100 Millionen, die er nur einnimmt, nicht aber wieder ausgeben soll, bedeuten einen Abzug von seinen Einnahmen, also, wenn diese nicht geschmälert werden sollen, eine Steuererhöhung.

Und wer wird den Gewinn bei der Transaktion haben? Nicht die Arbeiter, denn deren Löhne werden angesichts der plötzlichen großen Arbeitslosigkeit ihre sonstige konservative Schwerbeweglichkeit nur zu sehr verlieren. Sicher gewinnen werden alle diejenigen, die während des Krieges Gläubiger geworden sind, entweder des Staates oder Privater, sowie die Kriegsgewinner. Wenn in einem Lande der Wert des Papiergeldes nur mehr fünfzig Prozent des Goldwerts beträgt und es wird durch Einziehung der einen Hälfte der Papierscheine vollwertig gemacht, so würde das eine Verdoppelung der Kriegsgewinne und der Schuldenzinsen bedeuten, und zwar auf Kosten des Staates, der wieder auf Kosten der Arbeiter lebt.

Für eine andere Methode, Papier und Gold in Einklang miteinander zu bringen, bietet uns das alte zaristische Rußland ein gutes Beispiel.

Die Kriege gegen das revolutionäre Frankreich und Napoleon hatten es veranlaßt, gewaltige Mengen Papiergeld auszugeben. Dies wurde enorm entwertet, im Jahre 1815 waren 426 Papierrubel ebensoviel wert

wie 100 Silberrubel. Nach dem Kriege versuchte man es, die übermäßige Menge Papiergeld einzuziehen. Doch mangelten dazu bald die Kräfte. Es gelang nicht, das Silberagio auf mehr als 350 herabzudrücken. Schließlich entschloß man sich, diesen Zustand als definitiven anzuerkennen und zu fixieren. Im Jahre 1839 wurde festgesetzt, daß künftighin 350 Papierrubel gleich 100 Rubel Silber zu rechnen seien und Papiernoten in diesem Verhältnis stets gegen Silber eingewechselt würden. Damit war die Verschiedenheit der Preise in Metall- und Papiergeld nicht aufgehoben, aber beide in ein bestimmtes, festes Verhältnis zueinander gebracht, die Uebelstände übermäßigen Papiergelds beseitigt, die sich daraus ergeben, daß sein Wert nicht durch den relativ beständigen Wert des Geldmetalls, sondern den ewig schwankenden Zirkulationswert der Warenwelt bestimmt wird.

Diese Methode, die sogenannte Devalvation, setzt einfach fest, was wirklich ist. Sie ist jederzeit, mit einem Male und ohne alle Belastung des Staates und der Steuerträger durchzuführen. Sie führt wieder für den inneren und den äußeren Markt das gleiche Wertmaß und eine Uebereinstimmung der Preise ein, aber freilich in der Weise, daß sie den Unterschied zwischen metallenem Preis auf dem Weltmarkt und papiernem Preis im Inland in dieses selbst hineinträgt. Doch wird eben dadurch der Uebergang zu reiner Metallwährung vorbereitet und erleichtert.

Natürlich kann diese neue Doppelwährung nicht für die Dauer bestimmt sein. Sie ist echte Uebergangswirtschaft. Es wäre zu abgeschmackt, wollte man dauernd einen Papierzettel einen Rubelschein nennen, wenn er nur ein Drittel eines Metallrubels wert ist. Man wird trachten, die alten Papierrubel einzuziehen, aber diese Maßregel hat einen anderen Sinn, als die nach der früher besprochenen Methode durchgeführte Einziehung. Sie bringt jetzt keine Werterhöhung des Papiergelds mit sich. Sie braucht auch keine Kosten zu verursachen.

Es ist nicht notwendig, die alten Scheine (in dem festgesetzten Verhältnis) gegen blankes Gold einzulösen. Es genügt, wenn man sie in diesem Verhältnis gegen Banknoten einlöst, die ihrerseits stets mit dem Golde auf gleich, auf pari stehen.

Bei der 1839 begonnenen russischen Geldreform, von der wir sprachen, wurden solche „Reichskreditbilletts“ schon 1841 eingeführt und 1843 zum einzig gültigen Papiergeld erklärt.

Trotz aller dieser Vorzüge begegnet auch die Devalvation großen Bedenken und starkem Widerspruch. Sie ist die beste Methode, rasch in der Warenzirkulation alle Störungen auszuschalten, die aus dem Widerspruch zwischen einem besonderen im inneren und einem anderen auf dem Weltmarkt geltenden Wertmaß und Zirkulationsmittel entspringen. Wie steht's aber mit den Zahlungen, die vor dem Eintreten der Devalvation stipuliert wurden? Die Ware, die nun auf den Markt kommt, wird zwei Preise haben, einen papierenen und einen metallenen. Bei den vorher vereinbarten Zahlungen ist eine derartige Verdoppelung des Wertausdrucks nicht vorgenommen worden. Sind sie in Gold zu zahlen oder in Papier? In anderer Weise wiederholt sich dieselbe Schwierigkeit, die wir schon bei der

Erhöhung des Geldwerts durch Einziehung von Papiergeld kennen lernten. Sind die Zahlungen alle in Papier zu begleichen, so wird, wenn wir das russische Verhältnis zwischen Geldmetall und Papier von 1839 zur Basis nehmen, jeder, der vor dem Kriege ein Gelddepot niederlegte oder eine Geldsumme verlieh, an Stelle von 100 Rubeln nur noch 30 zurückbekommen. Sind dagegen die Zahlungen alle in Gold oder Banknoten, die dem Golde gleichwertig sind, zu entrichten, so sieht jeder, der gegen Ende des Krieges eine Geldsumme bei einer Bank deponierte oder verlieh (der Ankauf eines Wertpapiers kommt auf dasselbe hinaus), nach vorgenommener Devalvation diese Summe auf das Dreiundeinhalbfache erhöht.

Das eine wird als unverdiente Beraubung zugunsten der Schuldner, das andere als ein noch unverdienteres Geschenk an die Gläubiger empfunden werden.

Noch wissen wir nicht, wie die Geldverhältnisse am Ende des Krieges sein werden, wie sich das Verhältnis von Papier und Gold in den einzelnen Staaten stellen wird. Wir sehen aus einer Reihe von Gründen davon ab, hier bestimmte Vorschläge zu machen. Eines aber kann man heute schon mit Bestimmtheit sagen: Bei der Regelung der Geldverhältnisse werden nicht nur theoretische Unklarheiten eine große Rolle spielen, die nirgends verbreiteter sind als auf diesem Gebiete, sondern auch sehr reelle und wohlverstandene Interessengegensätze mächtiger Klassen und Cliquen werden hier aufeinanderprallen und aus der Währungsfrage eines der politisch am heftigsten und meisten umstrittenen Gebiete der Uebergangswirtschaft machen.

11. Der Geldmangel.

Noch eine Frage haben wir zu behandeln, wohl das schwierigste Problem der Uebergangswirtschaft. Haben wir bisher untersucht, wie die Qualität des Geldes zu bessern ist, so fragt sich's jetzt, woher die Quantitäten nehmen, deren die Uebergangswirtschaft bedürfen wird. Wie wird sie das nötige Geld auftreiben?

Kein kapitalistisches Unternehmen kann beginnen ohne Geld, alles Kapital muß zuerst in Geldform vorhanden sein, ehe es andere Formen annimmt. Wenn der Evangelist Johannes meint, im Anfang sei der Logos gewesen, das „Wort“ oder wohl besser die „Weltvernunft“; wenn Faust im Gegensatz dazu erklärt: Im Anfang war die Tat, so sagt der Kapitalist, im Anfang war das Geld.

Ehe er beginnen kann, zu produzieren und Mehrwert zu gewinnen, muß er Geld haben, um die Fabrik zu bauen, die Maschinen zu kaufen, Rohstoffe anzuschaffen, Arbeitslöhne zu zahlen.

Da Geld der Ausgangspunkt eines jeden Kapitals, wird oft genug Geld und Kapital verwechselt, und doch verwandelt sich nicht alles Geld in Kapital, und das Geld, das in kaufmännisches oder industrielles Kapital verwandelt wird, vollzieht damit seine Verwandlung in Ware, hört auf, Geld zu sein. Erst jüngst wieder belehrt uns Umbreit:

„Zu den Arbeitsmitteln gehören in erster Linie die Rohstoffe, dann die Betriebe und drittens die Kapitalien.“ (Der Tag der Heimkehr, S. 25.)

Rohstoffe und „Betriebe“ sind natürlich in den Händen des Kapitalisten auch Kapital. Unter dem „Kapital“, das Umbreit als dritte Art von Arbeitsmitteln (er meint Produktionsmitteln) nennt, kann nur Geld verstanden werden; jenes Geld, das zu Lohnzahlungen verwendet wird. Geld ist natürlich weder ein Arbeitsmittel im besonderen noch ein Produktionsmittel im allgemeinen, sondern stets nur Zirkulationsmittel. Der dritte Faktor, der neben Rohstoffen (Arbeitsgegenständen) und Arbeitsmitteln in der Produktion auftritt, ist nicht das Geld, sondern die Arbeitskraft, die mit Geld gekauft wird, ebenso wie Maschinen und Rohmaterial.

Der Kapitalist muß also Geld haben, ehe er an die Produktion von Waren geht. Aber das Geld wird, trotz der Alchimie der Papierwirtschaft, nicht aus nichts erzeugt. Es wird gewonnen durch Verkauf von Waren. Also nicht das Geld ist am Anfang, sondern die Ware. Doch wie diese produzieren ohne Geld?

Das Problem kommt auf die Frage hinaus: Was war früher, das Ei oder die Henne? Ist einmal die kapitalistische Wirtschaft im Gange, dann findet ununterbrochen nebeneinander die Produktion von Waren, die Verwandlung von Waren in Geld und die von Geld in Waren statt, die dem Konsum oder neuer Produktion dienen. Von keiner dieser Transaktionen kann man sagen, sie vollziehe sich früher als die andere, bilde einen Anfang.

Der Anfang der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt setzte aber allerdings die Akkumulation von Geld voraus. Es ist kein Zufall, daß sie mit dem Zeitalter der Entdeckungen einsetzt, also mit der neueren Kolonialpolitik. Das Erbeuten und Zusammenraffen der Gold- und Silbermassen, die seit Jahrtausenden von den Bewohnern einzelner Teile Amerikas und Indiens zutage gefördert und aufgestapelt worden waren, oft nur aus Freude am Glanz, das bildete die Geldbasis des Kapitalismus, die „ursprüngliche Akkumulation“ des Kapitals in Geldform.

Noch über die Anfänge der kapitalistischen Produktionsweise hinaus, noch zur Zeit des Merkantilismus, bis ins achtzehnte Jahrhundert hinein, galt die Anhäufung von Gold im Lande als die Quintessenz aller ökonomischen Weisheit.

Ist einmal die kapitalistische Produktionsweise im Gange, dann verliert die Frage, ob Geld oder Ware den Ausgangspunkt kapitalistischer Produktion bedeutet, jeden Sinn. Aber sie taucht wieder auf, sobald einmal die Kontinuität des Produktionsprozesses erheblich durchbrochen wird. Das ist seit dem Beginn der kapitalistischen Produktionsweise nie so tiefgehend und so allgemein der Fall gewesen, wie im jetzigen Kriege. Nach seinem Abschluß wird sich's zeigen, daß am Anfang jedes kapitalistischen Produktionsprozesses das Geld steht und wird die Frage brennend: woher das Geld nehmen, um die stillgesetzten Produktionszweige wieder in Gang zu bringen?

Um sie zu beantworten, wird auch schon der Geist der ursprünglichen Akkumulation beschworen. Das Verlangen, das erforderliche Geld durch Kriegsentschädigungen zu beschaffen, ist aus diesem Geiste geboren.

Da wir die Uebergangswirtschaft vom internationalen, nicht vom nationalen Standpunkt aus untersuchen, kommt für uns diese Lösung der Geldfrage nicht in Betracht.

Woher aber sonst das Geld nehmen?

Die Menge Geld kann man nicht nach Belieben vermehren, sie ist unter bestimmten Verhältnissen eine bestimmte Größe, der Warenwert nimmt bei ungestörter Warenzirkulation die Geldform an, um sich schließlich aus dieser wieder in die Form einer neuen Ware zu verwandeln.

Die Summe des vorhandenen Geldes wird also bestimmt durch die Summe der Warenwerte, die Geldform angenommen und noch nicht die Rückverwandlung in neue Ware vollzogen haben. Der Erlös für alle verkauften Waren, der noch nicht zum Ankauf neuer Waren benutzt wurde, das ist die Summe des vorhandenen Geldes, das in den verschiedensten Formen existieren kann, als Münze, Banknote, Wechsel, Scheck, Buchforderung. Ueber mehr als dieses Geld kann die Kapitalistenklasse nicht verfügen. Das Kreditsystem kann diese Größe nicht vermehren, es gestattet bloß, sie kapitalistisch intensiver auszunutzen und dadurch allerdings auch die Warenproduktion und damit die Menge des vorhandenen Geldes auszudehnen.

Das Kapital kann jedoch nicht das ganze, jeweilig vorhandene Geld, über das es verfügt, der Produktion zuführen. Der Kapitalist will leben, gut leben. Zu diesem Zwecke funktioniert er als Kapitalist, und er hat einen Anhang unproduktiver Existenzen, der auch leben will. Das Geld, das diese Schichten für ihren Konsum ausgeben, kann nicht als Kapital verwendet werden.

Das übrige Geld, von dem ein Teil den Wert verzehrter Produktionsmittel ersetzt, ein anderer akkumulierten Mehrwert darstellt, wird nicht alles vom industriellen Kapitalisten direkt wieder seinem Unternehmen zugeführt. Ein großer und stets wachsender Teil wird in Leihkapital verwandelt, wird einer besonderen Klasse von Geldkapitalisten von den kommerziellen und industriellen Kapitalisten zeitweise zur Verfügung gestellt. Wir haben bereits gesehen, wie immer mehr alles nicht sofort wieder in Ware umzusetzende Geld bei den Banken deponiert wird und wie anderseits jeder kapitalistische Betrieb immer mehr mit Leihkapital arbeitet.

Von der Menge verfügbaren Leihkapitals hängt immer mehr der Fortgang des kapitalistischen Produktionsprozesses ab. Wenn der Kapitalist von Geld spricht, hat er vor allem das Leihkapital im Auge. Wird mehr Leihkapital angeboten, als gefordert, so ist Geld flüssig; wird mehr verlangt, als angeboten, dann herrscht Geldknappheit. In letzterem Falle wird der Zins hoch angesetzt, der Kapitalist klagt, das Geld sei teuer. Bei niederem Zins dagegen ist das Geld billig. Mit dem Geldwert hat das nichts zu tun. Und ebensowenig mit der Menge der vorhandenen

Geldzeichen. Wohl aber steht Fülle und Knappheit des Geldes in enger und steter Wechselwirkung mit dem Produktionsprozeß.

Ist er sehr belebt, herrscht Prosperität, dann sucht jeder die gute Konjunktur auszunutzen. Da drängen sich die Kapitalisten nach Geld, um ihre Anlagen zu erweitern und die bestehenden möglichst intensiv auszubeuten. Alle auf den Markt kommende Ware wird sofort in Geld, dieses aber auch wieder sofort in Ware verwandelt, der Zeitraum sehr verkürzt, in dem die geschaffenen Warenwerte in Geldform verharren. Die Nachfrage nach Leihkapital steigt enorm, ohne daß dieses entsprechend zunimmt. Das Geld ist knapp. Und doch wird glänzend verdient und die glücklichen Gewinner werfen das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus. Nie kommt so viel Geld „unter die Leute" — unter was für Leute! — als in Zeiten derartiger Geldknappheit.

In Zeiten der Stagnation tritt das Gegenteil ein, da wird Geld sehr flüssig und doch schränkt sich jeder ein, Not nimmt überhand.

Man darf bei Geldknappheit also nicht ohne weiteres an Mangel denken. Doch wäre es ebenso verkehrt, sie stets als ein Zeichen von Prosperität zu betrachten. Sie kann den verschiedensten Ursachen entspringen. So ist sie auch ein Kennzeichen der Panik, des Mangels an Vertrauen, bei dem es die Kapitalisten vorziehen, ihr Geld als Schatz unverzinst zu Hause liegenzulassen, statt es gegen Zins auszuleihen.

Einen großen Unterschied macht es auch, ob das Geld als flüssiges oder fixes Kapital angewandt werden soll. Das flüssige Kapital, Rohstoffe und Löhne, schlägt rasch um, kehrt schon nach Monaten, vielleicht nach Wochen zu seinem Ausgangsort als Geld zurück, wird dem Geldmarkt nicht lange entzogen. Anders das fixe Kapital, Maschinen, Bauten. Es braucht oft Jahre, bis diese fertig sind, inzwischen bleibt das Kapital der Warenzirkulation völlig entzogen. Und auch nach der Fertigstellung kehrt es nur bruchstückweise nach und nach, je nach dem Maße seiner Abnutzung und damit Wertabgabe, an seinen Ausgangspunkt zurück. Wenn ein Bau 20 Millionen kostet und jedes Jahr im Wert seines Produkts oder in seinem Ertrag ein Zwanzigstel seines Gesamtwertes wiedererscheint und in Geldform umgesetzt wird, und wenn die Errichtung des Baues 2 Jahre währte, so werden 22 Jahre vergehen, ehe das verausgabte Geld vollständig wieder dem Geldmarkte zugeflossen ist.

Sind aber die Bauten einmal fertig, dann nehmen sie, außer zu Reparatur- und Erhaltungszwecken, kein Geld mehr in Anspruch, sie liefern nun jedes Jahr mehr Geld auf den Geldmarkt, als sie ihm entnehmen, vermehren also das vorhandene Geld.

Wie haben sich nun die Geldverhältnisse während des Krieges gestaltet?

Eine Reihe von Betrieben wurde völlig stillgesetzt. So zahlreiche Kleinbetriebe der verschiedensten Gebiete, die ohne die Person ihres Besitzers nicht fortgeführt werden konnten. Sobald die Besitzer zum Kriegsdienst eingezogen wurden, standen ihre Betriebe still. Daneben wurden ganze Erwerbszweige lahmgelegt, z. B. in manchen Ländern die über-

seeische Schiffahrt, oder das Baugewerbe mit allen seinen zahlreichen Hilfsgewerben. Wir haben hier nur die Arbeiten für die Zivilbevölkerung im Auge. Die für den Militärbedarf stehen auf einem anderen Blatt.

Die Gelder, die die Bauunternehmer für Ankauf von Baumaterial, Auszahlung von Löhnen usw. bereitgehalten hatten, oder die von Banken für sie bereitgehalten waren, kamen nicht zur Verwendung. Was sie oder ihre Hilfsgewerbe an Materialien besaßen, wurde verkauft, neues nicht angekauft. Also bloß Verwandlung von Ware in Geld, nicht von Geld in Ware, bloße Vermehrung von Geld.

Wie die durch Abnutzung einer Maschine in das Maschinenprodukt übertragenen Werte dazu benutzt werden müssen, schließlich eine neue Maschine zu erwerben, wenn der Produktionsprozeß unverkürzt fortgehen soll, so muß auch der Teil der Summe der Wohnungsmieten in einem Lande, der nicht Grundrente vorstellt, sondern Ersatz für die Abnutzung der Häuser, wieder zu deren Reparatur oder zum Bau neuer Häuser verwendet werden, soll nicht Wohnungsnot eintreten. Während des Krieges ist beides eingestellt. Die Wohnungsmieten werden nach wie vor bezahlt, aber ihr Erlös, oder eine diesem Erlös gleichkommende Geldsumme anderer Kapitalisten, als der Hausbesitzer, nicht wieder zur Herstellung neuer Wohnungen angewandt, also nicht in Ware verwandelt, weder von den Hausbesitzern selbst, noch von den Bauunternehmern, die sonst indirekt durch die Banken das nötige Geld zu Hausbauten erhielten.

Anderen Produktionszweigen wurde der Bezug von Rohmaterial abgeschnitten. Sie verarbeiteten das vorhandene Rohmaterial, verkauften alle ihre Vorräte, kauften aber kein weiteres Material mehr, und wenn sie schließlich die Produktion einstellten, zahlten sie auch keine Löhne mehr. Also auch sie verwandelten bloß Ware in Geld und nicht wieder Geld in Ware. Ein großer Teil der Textilindustrie sowie der Möbelfabrikation gehört in diese Gruppe.

Eine dritte Gruppe wird von Produktionszweigen gebildet, die von dem Rohstoffbezug aus dem Ausland unabhängig sind. Dazu gehören vor allem die Produzenten von Rohstoffen selbst, Landwirtschaft, Bergwerke, Schwerindustrie. Sie produzieren nicht nur weiter, sie produzieren mit erhöhten Gewinnen. Die Preise ihrer Produkte steigen, nicht nur wegen des Sinkens des Geldwertes, sondern auch, weil die Störung des Verkehrs ihre monopolistische Macht steigert, die Preise über die Werte und Produktionspreise hinaus zu erhöhen. Ihre Produktionskosten steigen nicht in gleichem Maße. Ihre Arbeitskräfte sind zum Teil Kriegsgefangene, die wenig kosten.

Auch die Löhne der einheimischen Arbeiter sind in der Regel hinter den Warenpreisen zurückgeblieben. Männer wurden durch Frauen und Kinder ersetzt und dabei die Arbeiterschutzgesetze suspendiert. Wohl wird durch Ueberanstrengung die Produktivität der Arbeit herabgesetzt, aber nicht sofort. Vorübergehend wird die Produktion dadurch gesteigert. Die Ausgaben der Unternehmer sinken oder steigen doch wenig, indes der Erlös ihrer Produkte gewaltig anwächst.

So steigen die Geldeinnahmen der Unternehmer jener Produktionszweige. Ein Teil davon wird in erhöhtem persönlichen Verbrauch verausgabt, gegen Ware umgesetzt. Der andere Teil sollte zur Erneuerung des Produktionsapparats verwendet werden. Aber dazu fehlen die Vorbedingungen, Produkte und Arbeiter. Kein Dünger, keine Futtermittel, keine Maschinen werden gekauft, alle nicht unbedingt nötigen Reparaturen verschoben, von Neubauten wird abgesehen. Auch hier wird mehr verkauft als gekauft.

Eigenartig gestalten sich die Dinge bei der Lohnarbeiterschaft. Der Arbeitslohn überschreitet in der Regel nicht das, was der Arbeiter zur Erhaltung seiner Arbeitskraft und seiner Familie braucht. Das Geld, das er als Lohn erhält, verausgabt er binnen kurzem, er vermehrt nicht die Geldmenge im Lande.

Indessen muß auch der Arbeiter, wie wir gesehen, für gewisse Gelegenheiten „Schätze" ansammeln, in Zeiten der Prosperität auch einen Notpfennig für Zeiten der Arbeitslosigkeit. Diese Geldsummen erreichen nie eine Höhe, die es der Arbeiterklasse gestatten würde, mit ihren Ersparnissen die Kapitalistenklasse auszukaufen, wie die Sparapostel ehedem meinten, sie können aber doch erhebliche Beträge erreichen und finden meist in den Sparkassen ein Unterkommen.

Der Krieg hat die Menge derartiger Spargelder sehr vermehrt. Der persönliche Verbrauch der Arbeiterbevölkerung, wie des größten Teils der Zivilbevölkerung, abgesehen von den Kriegsgewinnern, hat sich sehr verringert. Das bedeutet keine Vermehrung der Geldmenge dort, wo die Einschränkung aus dem Mangel an Geld hervorging, der entweder eine Folge von Arbeitslosigkeit oder der Verminderung der Arbeit und damit des Lohnes, oder eine Folge davon ist, daß der Lohn nicht so rasch stieg, wie die Preise der Lebensmittel.

Aber die Preise können rascher steigen als der Lohn, und doch die Geldausgaben der Arbeiterfamilie sinken, wenn sie keine Gelegenheit hat, die teuer gewordenen Sachen zu kaufen.

Wie gestaltet sich denn die Lage der Arbeiterfamilie? Die Wohnungsmieten sind relativ wenig gestiegen. Kleider, Möbel, Hausrat sind unendlich teuer geworden, aber nicht zu haben. Bier und Tabak sind selten, die Wirtschaften geben kaum noch Gelegenheit, Geld auszugeben. Dabei ist die Arbeiterfamilie vielfach reduziert, der Mann im Felde, er verbraucht nichts vom Einkommen der Familie. Dafür verdienen Weib und Kind.

Wir sehen hier ab von der Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer, da wir hier zunächst, wie schon gesagt, nur die Geldverhältnisse erörtern, die sich aus der Gestaltung des Produktionsprozesses unter dem Einfluß des Krieges ergeben, aber ohne das Eingreifen der Kriegsverwaltung. Auch abgesehen von jenen Unterstützungen übersteigen die Einnahmen nicht weniger Arbeiterfamilien ihre Ausgaben, nicht wegen ihres Wohlstandes, sondern gerade wegen ihrer Notlage.

Der Mangel, an dem sie leiden, bleibt der stofflich gleiche, mag er eine Folge des Mangels an Geld oder an Ware sein. Oekonomisch aber macht das einen Unterschied. Denn in letzterem Falle wird dadurch die Geldmenge im Lande vermehrt. Es wird Arbeitskraft als Ware verkauft und nur ein Teil des dafür erlösten Geldes wieder in neue Ware verwandelt.

Freilich, gegenüber den Summen, die sich bei den Kapitalisten ansammeln, kommt die Vermehrung des Geldes durch die erzwungene Konsumeinschränkung der Arbeiterklasse wenig in Betracht.

So werden durch die verschiedensten Methoden weit mehr Waren verkauft als gekauft —, wie schon bemerkt, innerhalb des Prozesses der Produktion für die Zivilbevölkerung. Diese akkumuliert immer mehr Geld, dessen Betrag um so mehr ansteigt, je länger der Krieg dauert. Das vorhandene Geld müßte jetzt ein ungeheures Ausmaß erreicht haben, wenn es keinen Abnehmer gefunden hätte, der es doch wieder in Ware verwandelte. Aber derselbe Krieg, der diese Geldflüssigkeit erzeugt, bedarf ihrer. Hier findet er das Geld, ohne das er nicht geführt werden kann. Wieder wie in den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges ernährt der Krieg den Krieg, nur finden wir die primitiven Methoden der Naturalwirtschaft in die der Geldwirtschaft umgewandelt. Aber hier wie dort ist es die Ernährung des Krieges durch den Krieg, die seine lange Dauer ökonomisch möglich macht und erklärt. Nur sah man in den Zeiten der Naturalwirtschaft die Konsequenzen klarer als heute, wo die Nebel des Geldwesens sie verhüllen.

Das Geld, das verfügbar wird, zieht der Staat an sich, zum Teil, dem weitaus geringsten, in Form von Steuern, zum Teil in der von Anleihen. Wie sonst die industriellen Kapitalisten, verwendet auch er das Geld entweder zur Zahlung von Lohn (oder Sold) oder zum Ankauf von Waren. Aber beides dient nicht mehr dem Prozeß der Produktion, sondern dem der Vernichtung.

Das Geld, das als Kapital im Produktionsprozeß verausgabt wird, kehrt zu seinem ursprünglichen Besitzer, um den Mehrwert vergrößert, im Laufe der Warenzirkulation wieder zurück. Das Geld, das nicht als Kapital, sondern zum Ankauf von Konsummitteln verausgabt wird, ist für immer ausgegeben, der Käufer bekommt es nie wieder zu sehen.

Der Staat hat das Geld im Kriege in letzterer Weise ausgegeben, der Kapitalist aber, der sein Geld dazu hergab, will es wiederhaben, er will es in Kapital verwandelt wissen. Diesem Bedürfnis entspricht die Anleiheform. Er bekommt für sein Geld ein Wertpapier.

Wir haben von solchen Wertpapieren schon oben gehandelt, wo wir vom fiktiven Kapital sprachen.

Schon im Frieden haben die Kapitalisten es geliebt, die Geldsummen, die sie durch die Natur ihres Betriebes anzusammeln gezwungen sind, in fiktives Kapital zu verwandeln.

Erinnern wir uns dessen, was wir über die Notwendigkeit sagten, in die jeder Kapitalist, ja jedermann innerhalb der kapitalistischen Pro-

duktionsweise, versetzt wird, zeitweise Geldschätze von bestimmtem Umfang anzulegen. Er deponiert das Geld zinstragend bei einer Bank. Doch der Zins, den diese ihm zahlt, ist gering. Er bekommt einen höheren Zins, wenn er fiktives Kapital kauft, Wertpapiere, und diese bei der Bank hinterlegt.

Aber was er dort liegen haben soll, ist Geld. Soll er seinen Betrieb ohne Störung fortsetzen können, müssen die Wertpapiere jederzeit in Geld verwandelbar sein, und zwar ungefähr in ebensoviel Geld, als sie ihn kosteten. Nicht wegen dauernden Zinsgenusses kaufte er sie, sondern, um sie bald wieder zu verkaufen, am liebsten zu einem erhöhten Kurs. Ist der Kurs gefallen und braucht er Geld, dann lombardiert er sie, verpfändet er sie für so lange, bis der Kurs wieder gestiegen ist, was ihn freilich schwere Zinsen kosten kann.

Das alles setzt voraus, daß das geschäftliche Leben sich immer in gleichen Geleisen bewegt, daß den Kapitalisten, die Wertpapiere verkaufen, immer wieder solche entgegentreten, die Wertpapiere kaufen, und daß gleichzeitig mit den Kapitalisten, die Papiere lombardieren, wieder andere auftreten, die ihre Papiere wieder einlösen und die Pfandsummen zurückzahlen.

Tritt eine Panik ein oder eine Stockung, werden einseitig Papiere bloß angeboten und lombardiert, aber keine gekauft und eingelöst, dann werden die Papiere unverkäuflich, dann schwinden den Banken die Mittel zur Lombardierung, dann bleibt den Kapitalisten ihr fiktives Kapital, aber es fehlt ihnen das Geld zur Fortsetzung ihrer Betriebe. Sie müssen diese einstellen.

„In diesen Tatsachen, daß sogar eine Akkumulation von Schulden als eine Akkumulation von Kapital erscheinen kann, zeigt sich die Vollendung der Verdrehung, die im Kreditsystem stattfindet. Diese Schuldscheine, die für das ursprünglich geliehene und längst verausgabte Kapital ausgestellt sind, diese papierenen Duplikate von vernichtetem Kapital, fungieren für ihre Besitzer so weit als Kapital, als sie verkaufbare Waren sind und daher in Kapital zurückverwandelt werden können." (Marx, Kapitel III, 2, S. 14. Man vergleiche über das „illusorische, fiktive Kapital" der Staatsschuldverschreibungen für unseren Zweck namentlich noch S. 2 und 3.)

Lensch glaubt heute noch, daß „eine Akkumulation von Schulden eine Akkumulation von Kapital" darstellt. Nach einem Bericht des „Vorwärts" vom 25. März 1918 erzählte er dem Volksbund für Freiheit und Vaterland:

„Der Staat ist (im Krieg) ein ganz anderer Wirtschaftsfaktor geworden, denn er hat etwa ein Drittel des *Volksvermögens* als Kriegsanleihe in Händen."

Dadurch, daß Lensch an Stelle von „Kapital" „Volksvermögen" sagt, wird die „Verdrehung" des wirklichen Verhältnisses noch grotesker.

Die große Geldfrage nach dem Kriege wird nun die sein, die Massen fiktiven Kapitals, die während seiner Dauer geschaffen wurden, wieder in Geld zu verwandeln. Der Vorgang, daß im Rahmen des Produktionsprozesses mehr Ware verkauft als gekauft wurde, wird in der Uebergangswirtschaft die entgegengesetzte Richtung annehmen. Es

wird sehr wenig zu verkaufen da sein, aber ein großes Bedürfnis nach Geld, um zu kaufen. Geld ist jedoch, außer durch Raub und Erpressung, nur durch Verkauf von Waren zu erlangen. Als solche kommen zur Vermehrung des Geldes, das der Friede vorfindet, zunächst nur die fiktiven Kapitalien in Betracht, die der Krieg geschaffen. Wer wird sie kaufen, wenn alles verfügbare Geld von der Produktion in Anspruch genommen ist?

Angesichts der Bedeutung der Frage hat man viel Scharfsinn auf ihre Lösung verwendet — soweit diese Bedeutung erkannt wurde, was noch nicht allgemein der Fall ist. Wir können unsere Aufgabe nur darin sehen, auf die Wichtigkeit des Gegenstandes hinzuweisen. Eine praktische Lösung haben wir nicht vorzuschlagen, von den vorgeschlagenen, die uns bekannt geworden sind, bringt uns keine das Ei des Kolumbus. Sie laufen entweder auf eine Anleihe beim Ausland hinaus, oder auf eine Vermehrung der in Umlauf gesetzten Geldzeichen.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, wie wenig Hilfe jeder Staat nach dem Kriege für seine inneren ökonomischen Schwierigkeiten vom Ausland zu erwarten hat. Am wenigsten in der Geldfrage. Die kriegführenden Staaten werden nach dem Kriege völlig ausgepumpt sein. Sie werden alles Geld, das ihnen geblieben ist, selber gebrauchen und nichts ans Ausland abzugeben haben. Die Zahl der neutralen Staaten ist klein und sie werden in nicht viel besserer Verfassung sein.

Vor einer Vermehrung der Geldzeichen, etwa Neuausgabe von Darlehnskassenscheinen zur Lombardierung von Wertpapieren, muß dringend gewarnt werden. Sie würde nicht als Mittel dienen können, den angestrebten Zweck zu erreichen, sondern nur als Mittel, einen anderen, ebenfalls sehr wichtigen und sehr wohl erreichbaren Zweck zu vereiteln. Sie würde die wirkliche, in Geldform vorhandene Wertmenge nicht vermehren, wohl aber die Wiederherstellung der Valuta unmöglich machen. Sie könnte den Geldapparat in keiner Weise vergrößern, wohl aber seine Unordnung empfindlich steigern.

Wir werden uns schon mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß es eine Methode, die Menge verfügbaren Geldes, die der Friede vorfinden wird, rasch zu steigern, nicht gibt.

Um so wichtiger wird die Art der Verausgabung dieses Geldes werden. Der Produktionsprozeß wird um so rascher wieder in Fluß kommen, je mehr von dem vorhandenen Geld produktiv, also unter den gegebenen Verhältnissen als industrielles wirkliches Kapital verausgabt wird, für die Zahlung von Löhnen für industrielle Arbeiter, für den Ankauf von Produktionsmitteln, und je weniger unproduktiv, für den persönlichen Gebrauch der Kapitalisten und ihres Anhanges und für unproduktive Staatszwecke.

Mag man die Probleme der Uebergangswirtschaft nach der stofflichen oder nach der Geldseite hin betrachten, ihr A und O bleibt stets:

Internationale Abrüstung.

VIII. Uebergangswirtschaft und Sozialismus.

Von der kommenden Uebergangswirtschaft werden die mannigfaltigsten Bilder entworfen. Es ist ja auch nicht möglich, ihre Umrisse heute schon ganz klar zu erkennen, wo noch nicht abzusehen ist, unter welchen Umständen und Bedingungen der allgemeine Friede zustande kommt. Die Uebergangswirtschaft wird sich anders gestalten unter einem Machtfrieden und anders unter einem Verständigungsfrieden. Und sie wird verschiedene Formen in den verschiedenen Staaten je nach ihrer ökonomischen Eigenart annehmen. Ob die Exportindustrie während des Krieges ruhte oder weiterging, ob das Land Rohstoffe oder Industrieprodukte ausführt, wird für die besondere Gestaltung seiner Uebergangswirtschaft sehr wichtig werden.

Aber wie immer sie sich gestalten, und wie immer man sie sich vorstellen mag, in einem stimmen alle urteilsfähigen Beobachter überein und eines wird für alle Staaten eintreffen: sie werden alle ihre Friedenswirtschaft auf einer stofflich wie geldlich wesentlich eingeschränkten Basis aufzunehmen haben. Sie werden alle viel ärmer sein, als sie noch im Juli 1914 waren.

Doch in keinem Lande wird die Verarmung alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig treffen. Einigen Kreisen hat der Krieg Gewinne gebracht, manchen sogar enorme Gewinne. Diese konnten bei der allgemeinen Verarmung nur erzielt werden dadurch, daß die Masse der Bevölkerung noch unter den Durchschnitt der allgemeinen Verarmung herabgedrückt wurde. Und sie wird ihre Herabdrückung um so bitterer empfinden, je weniger sie in dem Reichtum der Emporkömmlinge die Belohnung überlegener Geistesgaben oder die Entschädigung für selbstlose Hingabe, sondern vielmehr den Erfolg eines robusten Gewissens sieht, das seine Paläste auf Leichen baut.

Die der kapitalistischen Gesellschaft überall eigentümlichen Klassengegensätze werden in der Zeit der Uebergangswirtschaft schroffer werden als je.

Das wird die Lösung ihrer Aufgaben nicht erleichtern. Sie wird im höchsten Maße darauf angewiesen sein, alle vorhandenen Produktivkräfte aufs beste planmäßig auszunutzen und jede Verschwendung zu vermeiden.

Das ist aber nur möglich bei einheitlichem Zusammenwirken, das wird verhindert durch Zwietracht und Kampf, also auch durch Klassenkampf.

Daher verlangen denn auch viele Erforscher der Uebergangswirtschaft die Fortsetzung des Burgfriedens über den Krieg hinaus, und vor allem warnen sie vor Streiks, die der geschwächte ökonomische Organismus nicht vertragen könne.

Das ist alles sehr richtig, aber deswegen braucht man daraus doch nicht die Konsequenzen zu ziehen, zu denen jene Erforscher kommen. Um einen Kampf zu hindern oder zu beenden, gibt es zwei Methoden: die eine besteht in der Aufhebung des Gegensatzes, der den Kampf hervorruft; die andere in der Unterwerfung des einen Teils unter den anderen. Das gilt bei Kriegen, bei Parteispaltungen, bei Klassenkämpfen. Eine andere Methode gibt es nicht. Mit bloßem gütlichen Zureden, man solle sich einigen, mit bloßem Ausmalen der Schönheit der Einigkeit erreicht man nichts. Das ist Gerede in den Wind.

So lassen sich auch Klassenkämpfe nur vermeiden durch Aufhebung der Klassen, also durch den Sozialismus, oder durch willenlose Unterwerfung der einen Klasse unter den Willen ihrer Gegner.

Wer dies letztere nicht will, dem bezeugt die ökonomische Gefährdung der Uebergangswirtschaft durch Klassenkämpfe und namentlich Streiks nur die Schädlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise für die Gesellschaft. Der sieht darin den Beweis für die Ueberlegenheit des Sozialismus.

Doch so argumentieren die Verfechter des Burgfriedens für die Zeit der Uebergangswirtschaft nicht. Was sie wollen, ist, daß im allgemeinen Interesse die eine Klasse darauf verzichte, Forderungen zu erheben, die die andere nicht freiwillig gewährt. Und natürlich wird dieser Verzichtfriede nicht von denen verlangt, die gewonnen, sondern von denen, die verloren haben, den Proletariern.

Doch ist jedes derartige Verlangen vergebliche Liebesmüh. Das sollte schon die Geschichte des letzten Jahrhunderts außer Zweifel gestellt haben. Auch wissen die Proletarier, daß kein Verzicht, zu dem sie sich freiwillig verstünden, den Klassenfrieden erhalten, daß jeder bloß ihre Gegner reizen würde, noch weitere Verzichtleistungen zu verlangen. Nur im Kampf vermag sich das Proletariat zu behaupten.

Das ist nicht zu ändern, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht. Wer daran Anstoß nimmt, müßte, wenn er unbefangen dächte, auch an ihr Anstoß nehmen.

Indes ist nicht zu erwarten, daß die Uebergangswirtschaft gerade viele Streiks nach der herkömmlichen gewerkschaftlichen Methode sehen wird. Diese Methode dürfte in hohem Grade versagen. Sie hat die englischen Arbeiter in den fünfziger und sechziger Jahren, die Deutschen im letzten Jahrzehnt des vorigen, im ersten des jetzigen Jahrhunderts weit gebracht, nun aber dürften wieder einmal die Methoden des politischen Kampfes in den Vordergrund treten, doch auch diese nicht mehr in den alten Formen, als bloße Wahlkämpfe oder parlamentarische Kämpfe. Streiks

werden dabei auch eine Rolle spielen, politische Streiks, die nicht auf die Unternehmer, sondern auf die politischen Faktoren einwirken wollen.

Dieses Ueberwiegen des Politischen über das Gewerkschaftliche dürfte einmal daher rühren, daß der Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben schon im Kriege ungemein stark gestiegen ist und in der Zeit der Uebergangswirtschaft kaum eine Minderung erfahren, eher noch weiter steigen wird. Um so wichtiger wird für jede Klasse die Frage, in welchen Händen die Staatsgewalt sich befindet, welchen Klasseninteressen sie dient. Aus der wachsenden wirtschaftlichen Macht des Staates folgt noch lange nicht wachsendes Vertrauen zur jeweiligen Staatsgewalt.

Dann aber versprechen die rein gewerkschaftlichen Methoden des Kampfes um deswillen geringeren Erfolg, weil die Lage der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkte sich wesentlich verschlechtern wird. Auf der einen Seite wird die Arbeitslosigkeit ungeheure Dimensionen annehmen, die nur durch politische, nicht durch gewerkschaftliche Mittel einzudämmen sind. Auf der anderen Seite hat die Unternehmerorganisation im Kriege ungeheure Fortschritte gemacht und sie wird noch weitere Fortschritte machen. Die kleinen Betriebe sind massenhaft aus der Produktion ausgeschieden und die Kartellierung der großen ist von Staats wegen noch gefördert worden, soweit das noch nötig war.

Das alles erschwert sehr den rein gewerkschaftlichen Streik, der sein Ziel durch geschäftliche Pression auf den Unternehmer zu erreichen sucht.

Aber bringt uns nicht die Organisation der Kapitalisten dem Sozialismus näher, der Organisierung der Produktion?

Mehr noch als die Unternehmerverbände wirken in dieser Beziehung die großen Zentralbanken, auf die wir in diesem Zusammenhange schon hinwiesen: Die Kartelle und Trusts bringen bloß Betriebe des gleichen Produktionszweiges in einen organisatorischen Zusammenhang. Die Banken bekommen die Kraft, bestimmend in das Verhältnis der verschiedenen Produktionszweige zueinander einzugreifen und damit die Produktion wahrhaft zu regeln.

Doch diese Regelung ist keine sozialistische. Der Sozialismus will den Bedarf der Gesellschaft, also der Gesamtheit der Konsumenten, zur Triebfeder der Produktion machen an Stelle des Profits. Er will an Stelle der Macht einzelner, über die Produktionsmittel zu verfügen, von denen die Masse ausgeschlossen ist, die Verfügung der Gesellschaft, der Masse, über die Produktionsmittel setzen. Er will in der Wirtschaft wie in der Politik die Autokratie durch die Demokratie verdrängen.

Die Herrschaft der Banken führt nicht zu diesen Zielen hin, sondern von ihnen weg. Sie regelt die Produktion, aber nicht im Interesse der Allgemeinheit, sondern im Interesse des eigenen Profits, der auch gewaltig wächst. Neben den Agrariern und den Monopolisten der Bergwerke und der Schwerindustrie gehören die Großbanken zu den Kriegsgewinnern.

Die Bankokratie, die Bankenherrschaft, macht der Macht einzelner über die gesellschaftlichen Produktionsmittel nicht ein Ende, sondern erhebt sie auf den Gipfel, indem sie den Geldkönigen nicht nur ihr

Privateigentum an Geld ungeheuer vermehrt, sondern daneben noch ihnen immer mehr die Verfügung über die Gesamtheit alles Geldes verschafft, das im Lande nicht augenblicklich gebraucht, alles Geldes, das für Produktionszwecke verfügbar wird.

Der kapitalistische Betrieb beruht auf der Autokratie des Unternehmers. Wie das Kartell, so beseitigt auch die regelnde Großbank nicht diese Autokratie, sondern unterwirft bloß die zahlreichen kleinen Despötchen der Oberherrschaft einiger wenigen großen Selbstherrscher.

Die Ansicht ist weit verbreitet, daß der Kapitalismus dadurch, daß er Banken und Kartelle entwickelt, selbst den Sozialismus organisiert. Daß das Proletariat, wenn diese Organisationen einmal weit genug entwickelt sind, sich bloß in das Bett zu legen braucht, das ihm die Kapitalisten selbst bereitet haben, und daß es ja nicht den Versuch machen darf, sich früher sein Bett selbst herzurichten, ehe die Kapitalistenklasse nicht damit fertig wird.

Diese gemütliche Anschauung vom unmerklichen Hineinwachsen in den Zukunftsstaat, der aus der Tätigkeit der Kapitalisten hervorgeht und an dem diese eifrig arbeiten, führt dahin, daß man es als die wichtigste Aufgabe des Proletariats betrachtet, die Kapitalistenklasse zu unterstützen, da es damit seine eigene Befreiung fördert.

Diese neueste Fassung der Theorie von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wird noch dadurch erweitert, daß man gleichzeitig findet, daß die Staatsgewalt, je mehr ihre wirtschaftlichen Funktionen wachsen, desto mehr auch von sozialem Geist erfüllt wird, so daß sie dem Kapitalismus alle für die Arbeiterklasse unangenehmen Begleiterscheinungen nimmt und er sich schließlich ohne allen proletarischen Kampf durch seine Eigenbewegung in den reinen Sozialismus auflöst. Das Proletariat hat nichts zu tun, als, wie den Kapitalismus, so auch den Staat zu unterstützen und zu hoffen und zu harren.

In Wirklichkeit liegen die Dinge weit weniger gemütlich.

Marx sagte bekanntlich in seiner Adresse über den „Bürgerkrieg in Frankreich“:

„Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.“ (3. Auflage, Seite 43.)

Noch weit mehr als von der Staatsmaschinerie gilt das von der ökonomischen Maschinerie des Kapitalismus. Hier wie dort gilt es, die vollkommenste Demokratie durchzuführen. Dazu bietet die Allmacht der Kartelle und Banken keine Vorbedingungen.

Die *Genossenschaft*, die demokratische Genossenschaft, die Genossenschaft der Arbeiter als Produzenten und Konsumenten, das ist die Basis, auf der sich die sozialistische Produktionsweise wird aufbauen müssen. Diese Basis wird unter den heutigen Produktionsverhältnissen nur wenig entwickelt.

Wohl machen die Konsumgenossenschaften rasche Fortschritte, aber in dem Produktionsprozeß, in dem sich die Klassenlage der Arbeiter

entscheidet, können sie nur in wenige Zweige eindringen, nur in jene, in denen tägliche Gebrauchsartikel der Arbeiter ihre letzte Form bekommen.

Nicht nur Lassalle, sondern auch Marx wendeten daher ihr Hauptinteresse den Produktivgenossenschaften zu. Marx sah in den „Kooperativfabriken" eine „Uebergangsform aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte", erwartete „die allmähliche Ausdehnung der Kooperativunternehmungen auf mehr oder minder nationaler Stufenleiter". (Kapital, III, 1, S. 428.)

Wohl betrachtete er auch „die kapitalistischen Aktienunternehmungen" als eine solche Uebergangsform, aber als eine, in der „der Gegensatz negativ", indes er „in den anderen (den Kooperativfabriken) positiv aufgehoben ist", der Gegensatz nämlich,

„gegen die alte Form, worin gesellschaftliches Produktionsmittel als individuelles Eigentum erscheint; aber die Verwandlung in die Form der Aktie bleibt selbst noch befangen in den kapitalistischen Schranken; statt daher den Gegensatz zwischen dem Charakter des Reichtums als gesellschaftlichem und als Privatreichtum zu überwinden, bildet sie ihn nur in neuer Gestalt aus". (S. 427.)

Als eigentliche Uebergangsform, die einzige, die den Gegensatz positiv überwindet, bleibt demnach nur die Produktivgenossenschaft übrig. Aber gerade sie macht innerhalb des kapitalistischen Getriebes gar keine Fortschritte, eher Rückschritte. Solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Warenproduktion herrscht, verliert jede Produktivgenossenschaft über kurz oder lang ihren demokratischen Charakter, um zu einer Aristokratie einiger wenigen begünstigten Genossenschafter einzuschrumpfen und schließlich zu einer kapitalistischen Autokratie zu werden. Erst auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der gesellschaftlichen Regelung der Produktion für den Verbrauch und nicht für den Profit wird diese Produktionsform sich entfalten können.

Die einzige ökonomische Organisation von Belang, die die Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus entwickelt, ist die Gewerkschaft. Sie wird für die Organisierung der sozialistischen Produktion unentbehrlich sein.

Aber sie wird dieser Aufgabe nur deshalb gerecht werden können, weil sie ihr Wesen nach dem Siege des Proletariats gänzlich umwandeln muß. Heute ist sie in erster Linie eine Organisation des *Kampfes*, nicht der *Regelung der Produktion*.

Wir sehen also, daß der Kapitalismus keineswegs das organisatorische Bett der neuen Produktionsweise herrichtet, in dem sich's das Proletariat nach seinem Siege ohne weiteres bequem machen kann. Es wird natürlich an die ökonomischen Organisationen anknüpfen, die es vorfindet, auch an die kapitalistischen, aber sie nicht „einfach in Besitz nehmen und für seine eigenen Zwecke in Bewegung setzen", sondern vielfach gänzlich umwandeln oder durch neue Organisationen ersetzen, die erst zu bilden sind.

Neues kann der Mensch jedoch nicht schaffen, wenn es nicht vorher in seinem Bewußtsein und seinem Wollen als Ziel bestimmte Umrisse gewonnen hat. Die Details des Planes mögen erst festgestellt werden, wenn der Zeitpunkt der Ausführung gekommen ist, Kräfte, Materialien,

Grundlagen genau bekannt sind. Das Endergebnis mag unter dem Drang der materiellen Bedingungen ein ganz anderes werden, als die ursprüngliche Absicht war, aber ohne bestimmte Absicht, ein bestimmtes Ziel kann niemand bewußt arbeiten. Ohne ein großes Ziel, ein Ideal, ist keine neue Gesellschaftsform zu schaffen. Aus dem Kampf für das sozialistische Ideal und nicht aus der Praxis der kartellierten Unternehmer und Finanzmagnaten wird der Sozialismus hervorgehen.

Bedeutet das aber nicht ein Aufgeben des historischen Materialismus, einen Rückfall in den utopistischen Idealismus? Mit nichten. Das wäre es nur, wenn die Ideale, um die es sich handelt, als raum- und zeitlose Ideale betrachtet würden, als Ziele der Verwirklichung einer ewigen Gerechtigkeit, einer ewigen Sittlichkeit, die Schaffung einer für alle Zeiten vollkommenen Gesellschaft.

Für den historischen Materialismus steht das Denken und Wollen der Menschen, wie jede Naturerscheinung, nicht außerhalb des ehernen Kausalzusammenhanges. Der philosophische Idealismus sieht im menschlichen Denken und Wollen ganz einzigartige Erscheinungen, die ihre Ursachen aus sich selbst schöpfen. Diese Auffassung ist unvereinbar mit dem historischen Materialismus. Für ihn ist jede Veränderung im Denken und Wollen der Menschen auf einen Anstoß von außen zurückzuführen.

Historische Wirkungen nun erzielen nur solche Veränderungen, die sich nicht in einem oder ein paar Individuen allein vollziehen, sondern in zahlreichen, in so vielen und so kraftvollen, daß sie imstande sind, sich in der Gesellschaft durchzusetzen. So weit verbreitete geistige Veränderungen können nur hervorgerufen werden durch neue Verhältnisse der Außenwelt, die auf jene vielen Individuen übereinstimmend in gleicher Weise wirken. Die veränderlichen Verhältnisse der Außenwelt, die derartige gleichförmige Massenwirkungen hervorrufen, sind die ökonomischen Verhältnisse.

Der Kapitalismus bereitet den Sozialismus vor, weil er das Proletariat zur zahlreichsten und schließlich auch kraftvollsten Klasse der Gesellschaft erhebt und es empfänglich macht für die sozialistischen Ziele, und nicht deshalb, weil die Unternehmer und die Banken die Produktion organisieren. Sollte das Proletariat nicht stark genug werden, die Macht an sich zu reißen, dann könnte aus dem Kapitalismus nie der Sozialismus erstehen, auch wenn sein ganzes internationales Getriebe von einer einzigen Bank organisiert würde. Und auch aus dem ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus würde kein Sozialismus erstehen können, wenn kein Proletariat da wäre, fähig und bereit, die Gesellschaft sozialistisch zu organisieren.

Die Macht und die Reife des Proletariats ist die entscheidende Vorbedingung für die Durchführung des Sozialismus, und nicht ein bestimmter Höhepunkt der kapitalistischen Organisation durch Trusts und Banken. Das Proletariat würde, nachdem es die Staatsgewalt erobert hat, scheitern, wenn es nicht die Fähigkeit besäße, an Stelle der kapitalistischen Organisation seine eigene Organisierung der Produktion zu setzen.

Andererseits vermag es im Besitz der Staatsgewalt den Sozialismus auch dann zur Durchführung zu bringen, wenn die kapitalistische Organisation noch nicht zu voller Entfaltung gelangt ist, wenn es nur die Kraft und Fähigkeit erlangt hat, seine eigene Organisation der Produktion auf nationaler Stufenleiter durchzusetzen.

Diese Kraft und Fähigkeit hängt sicher auch ab vom Stand der kapitalistischen Entwicklung, die die industriellen Proletarier der Verödung des Landlebens entreißt, sie in Betrieben, in Großstädten und Industriezentren zusammendrängt, sie dort schult und organisiert, sowie zu Klassenkämpfen wider Willen anstachelt, die sie weiter schulen und organisieren.

Doch zur Entwicklung der Fähigkeiten der Massenorganisation und zu massenhafter Verbreitung sozialistischer Erkenntnis gehören auch Koalitionsrecht, Preßfreiheit, Wahlkämpfe. Gehört auch eine gute Schulbildung. Nicht immer treffen diese Bedingungen gerade mit hochgradiger kapitalistischer Organisation zusammen. Diese kann sich auf einem sehr geknechteten, unwissenden, unselbständigen Proletariat aufbauen.

Andererseits ist Höhe der kapitalistischen Organisation nicht gleichbedeutend mit Höhe der kapitalistischen Produktionsweise. Letztere hat ihren Höhepunkt in England erreicht. Dagegen war die Herrschaft der Kartelle und der Banken in anderen Staaten weit stärker entwickelt.

Endlich ist zu erwarten, daß der Sozialismus in verschiedenen Ländern, die auf verschiedener Höhe kapitalistischer Entwicklung stehen, gleichzeitig zur Durchführung kommen wird.

Den Ausgangspunkt eines proletarischen Gemeinwesens kann freilich nur ein Land bilden, in dem das Proletariat nicht bloß die große Mehrheit der Bevölkerung bildet, sondern auch in jahrzehntelangem Ringen zur politisch intelligentsten und organisatorisch fähigsten der demokratischen Klassen geworden ist.

Hat aber einmal das Proletariat in einem solchen Staate die Organisierung der Produktion in seiner Weise mit Erfolg in Angriff genommen, dann muß das Beispiel zündend wirken, dann wird sich kein Land mit kapitalistischer Produktion der Einwirkung des bahnbrechenden Staatswesens entziehen können, dann können die zurückgebliebenen Staaten mit Riesensprüngen die vorangegangenen einholen.

Von der Macht und Reife des Proletariats und nicht von der Stärke der kapitalistischen Organisation hängen die Aussichten des Sozialismus ab. Von der Stärke der kapitalistischen Organisation weder in dem Sinne, daß der Sozialismus unmöglich ist, solange diese Organisation nicht eine bestimmte Höhe erreicht hat, noch in dem Sinne, daß er unmöglich ist, solange diese Organisation ausreicht, das kapitalistische Getriebe fortzusetzen, solange also dieses nicht stockt und zusammenbricht.

Nicht vom Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern vom Sieg des Proletariats erwartete Marx den Sozialismus. Ein solcher gelegentlicher Zusammenbruch könnte eine Veranlassung werden, den Ansturm des Proletariats zu verstärken, er vermag ihn nicht zu ersetzen.

Nichts irrtümlicher, als die Ansicht, weil die kapitalistische Produktionsweise bei Ausbruch des Krieges nicht zusammengebrochen sei, habe sie ihre Lebensfähigkeit und Notwendigkeit für lange hinaus erwiesen.

Diese Ansicht wurde im ersten Jahre des Krieges oft geäußert, auch von Sozialisten. Jetzt ist man stiller damit geworden.

Niemand weiß, welche geschäftlichen Komplikationen die Uebergangswirtschaft bringen mag. Um so sicherer weiß man, daß sie die Klassengegensätze enorm verschärfen und die riesenhaftesten Klassenkämpfe entfesseln wird. Dabei ist auf der einen Seite die Macht der Kartelle und der Banken, auf der anderen die Zahl der Proletarier durch Zermürbung des Mittelstandes gewaltig gewachsen.

Das wirtschaftliche Eingreifen der Regierungen wird zunehmen, ihre politische Macht aber schwinden. Nie sind Regierungen stärker als im Kriege, nie schwächer, als nach einem langen Erschöpfungskriege, wie immer er ausgehen mag.

Auf der Gegenseite war im Kriege das Proletariat schwächer als vorher, denn dieser brachte so undurchsichtige, komplizierte, unerwartete Verhältnisse, erschwerte so sehr die Gewinnung richtiger Informationen und die gegenseitige Verständigung, daß viele Proletarier irre wurden an den sozialistischen Parteien, diese selbst tiefem Zwiespalt verfielen, ein Teil die Macht der Regierungen und der kapitalistischen Parteien stärkte.

Das wird ganz anders nach dem Kriege werden. Er verlegt wieder den Schwerpunkt der Politik in die Inlandspolitik, die den Massen näher liegt, über die sie leicht zu informieren sind. Und deren Verhältnisse werden so scharf zugespitzt sein, daß sie auch dem Naivsten klar werden. Nie wird der Zusammenschluß der proletarischen Massen zu gemeinsamem Kampf so energisch gewesen sein, wie er nun sein wird, in der Zeit der Uebergangswirtschaft.

Das wird auf jeden Fall ein kolossales Ringen geben, vielleicht schon den Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Uebergangswirtschaft nicht bloß den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, sondern auch den vom Kapitalismus zum Sozialismus bedeutet.

Man glaube nicht, daß dieser Gedanke einer anderen Quelle entstammt, als einer nüchternen Erwägung aller Möglichkeiten. Der Wunsch ist keineswegs sein Vater. Denn wenn das Proletariat in der Zeit der Uebergangswirtschaft zur Herrschaft kommt, hat es den Sozialismus unter den für ihn ungünstigsten Bedingungen durchzuführen, und doch kann es nur zur Herrschaft kommen unter der Bedingung und zu dem Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus.

Sein Ziel ist: Wohlstand für alle. Die materielle Grundlage, auf der es zu erreichen ist, bildet die riesige Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus. Hier finden wir eine jener unerläßlichen materiellen Vorbedingungen des Sozialismus, die das Kapital für die arbeitende und darbende Menschheit schafft. Nach dem Kriege wird gerade diese Vorbedingung mehr als je eingeengt sein. Ein siegreiches Proletariat geriete

dann in die Lage des Erben eines Millionärs, der bei Prüfung des Nachlasses findet, er habe nichts geerbt, als eine Million Schulden.

Kein sozialistisches Regime kann ein Elend aufheben, das aus allgemeinem Mangel der Gesellschaft entspringt. Es kann nur das Elend eines Mangels inmitten des Ueberflusses beseitigen.

Der Sozialismus würde auch in der Uebergangswirtschaft Vollkommneres schaffen als der Kapitalismus, da er durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln die Organisierung der Produktion direkt, nicht auf Umwegen, zum Besten der Gesellschaft, nicht des Profits durchführen, viele Schwierigkeiten der Geldwirtschaft vermeiden könnte. Und vermöchte er angesichts der allgemeinen Verarmung das proletarische Elend nicht gleich völlig aufzuheben, so wäre er doch imstande, es zu mildern durch Ausgleichung der Gegensätze. Er würde durch seine Friedenspolitik einerseits, seine Beschränkung der großen Einkommen anderseits jeder Verschwendung aufs nachdrücklichste steuern und die Zeit des Uebergangs zu dem normalen Zustand beschleunigen. Bei dem kolossalen Wachstum der geistigen Produktivkräfte, der Erfindungen und Entdeckungen, das die Not des Krieges gebracht hat und das die Vereinigung wissenschaftlichen Interesses mit industrieller Praxis der Arbeiter im Sozialismus in noch stärkerem Maße und in erfreulicherer Weise fortsetzen wird, muß dieser normale Zustand dann eine Summe allgemeinen Wohlstands bringen, wie sie vor dem Kriege noch nicht möglich gewesen wäre.

Aber die Zeit des Ueberganges wäre eine schwierige für ein sozialistisches Regime, sie kann leicht zu Ansprüchen führen, denen zu genügen ihm die materiellen Mittel fehlen. Nicht nur aus der ökonomischen Rückständigkeit Rußlands, sondern auch, und vielleicht noch mehr, aus der allgemeinen Zerrüttung des Landes durch den Krieg stammen die Schwierigkeiten für die Bolschewiki. Bereits 1902 wies ich in meiner Schrift über die „soziale Revolution“ auf diese Schwierigkeit hin. Ich sagte dort (zitiert nach der dritten Auflage von 1911):

> „Eine feindliche Invasion bringt so entsetzliche Zerstörungen mit sich, schafft so ungeheuerliche Anforderungen an den Staat, daß sie eine Revolution, die aus ihr entspringt, aufs schwerste mit Aufgaben belastet, die dieser nicht eigentümlich sind und die vorübergehend fast alle ihre Mittel und Kräfte absorbieren. Dabei fällt eine Revolution, die aus dem Kriege entspringt, mitunter mit einem Versagen der revolutionären Kräfte zusammen, wenn diese durch den Krieg vorzeitig zur Lösung von Aufgaben berufen wird, für die sie noch zu schwach ist. Der Krieg selbst kann diese Schwäche noch steigern, schon durch die Opfer, die er mit sich bringt, wie durch die moralische und intellektuelle Degradierung, die ein Krieg meist hervorruft. Also enorme Vermehrung der Aufgaben des revolutionären Regimes und gleichzeitige Schwächung seiner Kräfte. Daher kann eine Revolution, die einem Kriege entspringt, leichter scheitern oder frühzeitig ihre Triebkraft verlieren, wenn sie nicht tief in den Verhältnissen begründet ist . . . Wir haben also nicht den mindesten Grund, eine künstliche Beschleunigung unseres Vormarsches durch den Krieg zu wünschen.“ (3. Aufl., S. 58.)

Das bezog sich auf die Frage, ob wir einen Krieg wünschen sollten zur Herbeiführung der Revolution, es bezog sich auf die Aussichten einer

Revolution im Kriege, nicht auf die Aussichten während der Uebergangswirtschaft. Daß ein Krieg so lange dauern und das Gepräge der Wirtschaft so gänzlich verkehren könnte, daß eine eigene Uebergangswirtschaft notwendig würde, ließ sich damals noch niemand träumen.

Für die Uebergangswirtschaft gilt das oben Gesagte nicht in allen Punkten. Das Proletariat ist in ihr stärker als im Kriege. Aber die materiellen Mittel zur Durchsetzung des Sozialismus sind in der Uebergangswirtschaft nicht minder beschränkt als im Kriege. Unter den Bedingungen der Uebergangswirtschaft zur Herrschaft zu kommen, braucht also nicht das Ziel unserer Sehnsucht zu sein. Indes schon 1902 bemerkte ich darüber:

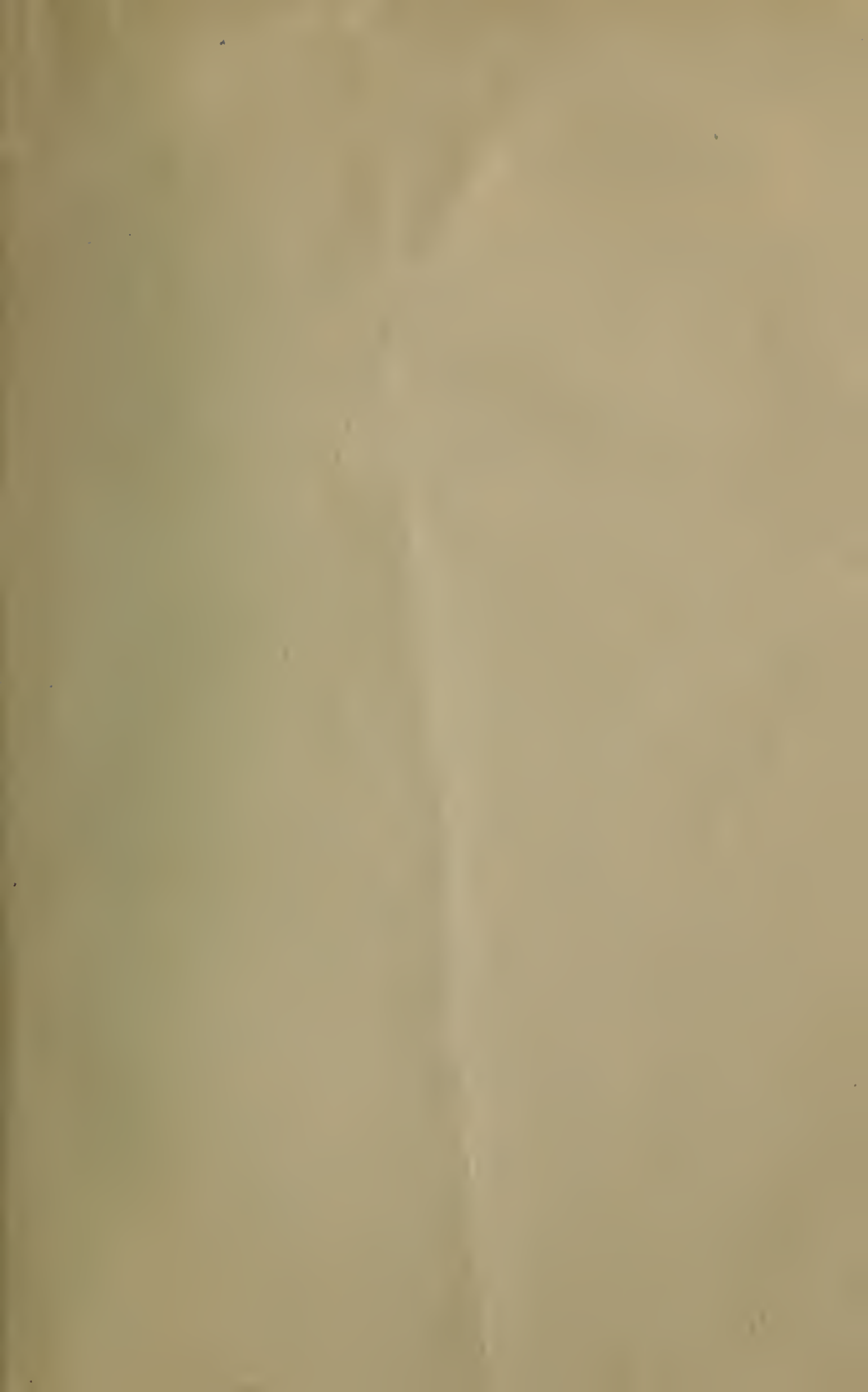
„Aber auf unsere Wünsche kommt es nicht an. Wohl machen die Menschen selbst ihre Geschichte, aber sie wählen nicht nach Belieben die Probleme, die sie zu lösen haben, noch die Umstände, unter denen sie leben, noch die Mittel, durch die sie die Probleme lösen. Käme es auf unsere Wünsche an — wer von uns würde nicht den friedlichen Weg einem gewaltsamen vorziehen, dem unsere persönlichen Kräfte vielleicht nicht gewachsen sind, der vielleicht uns selbst verschlingt. Aber unsere Aufgabe ist es nicht, fromme Wünsche zu äußern und von der Welt zu fordern, daß sie sich ihnen füge, sondern die gegebenen Aufgaben, Umstände und Mittel zu erkennen, um die letzteren zweckmäßig zur Lösung der ersteren benutzen zu können." (S. 58, 59.)

Der Tag des Sieges des Proletariats hängt nicht von unseren Wünschen ab, sondern von großen historischen Faktoren, die die ganze Masse des arbeitenden Volkes gleichmäßig bewegen und entzünden. Auch der flammendste Appell kann den Sieg nicht um eine Stunde näherbringen. Und die krampfhafteste Beschwörung vermag ihn ebensowenig wie die brutalste Vergewaltigung einzelner um eine Stunde hinauszuschieben.

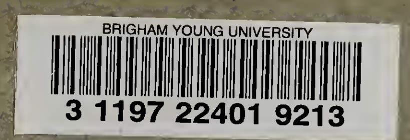
Was aber auch kommen mag, unsere Aufgabe bleibt die gleiche. Stets haben wir alles aufzubieten, daß das Proletariat in jedem Moment über das höchste Maß von Kraft verfügt, dessen es gerade fähig ist, und daß es sie aufs zweckmäßigste und energischste zu den Zwecken seiner Befreiung und damit der Befreiung der Menschheit einsetzt. Mehr zu tun, kann niemand von uns verlangen. Das zu tun ist unsere heilige Pflicht.



Druck der Leipziger Buchdruckeri A. G.






BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22401 9213

Druck der Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft